



Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) 1917/1922

Moskau

Geschichtliche Hintergründe

100 Jahre Krieg gegen Deutschland

Teil 2
1919 - 1939



**Geschichtliche Hintergründe
100 Jahre Krieg gegen Deutschland
Teil 2
1819 – 1939**



**Reichverband
Deutscher
Recht-Konsulenten e.V.**

**Gerechtigkeit
und Rechtspflege
im Deutschen Reich**

Postfach 1106, 04701 Leisnig
Tel.: +49 3525 704 895 31
Fax: +49 3525 704 895 30
ePost: zentrale@deutsche-recht-konsulenten.de

*„Eine Lüge ist bereits dreimal um die Erde gelaufen,
bevor sich die Wahrheit die Schuhe anzieht.“*

Mark Twain

Inhalt

Inhalt	3
Vorwort	5
Die alte Ordnung stirbt – Folge: Dekadenz in Politik, Sozialverhalten, Musik, Presse, Moral und Stil	6
Wie „die Zeiten“ vorsätzlich geändert werden	8
Die Rolle der Musik im Niedergang Europas	10
1920	13
Moskaus Invasion in Polen zur Ausweitung des kommunistischen Machtbereichs	13
1923	14
Die Hyperinflation löscht den Mittelstand aus	14
November 1923 – Das Scheitern des „Deutschen Oktobers“	15
1924	16
Utopische Reparationsforderungen erdrücken die deutsche Wirtschaft	16
Der Dawes-Plan	16
Der Young-Plan	18
1924	21
Die Wall Street investiert in Deutschlands Kriegsindustrie und finanziert den Aufstieg Hitlers	21
BIZ – die Spitze des Kontrollsystems	24
Die Geschichte der Rothschilds und ihre Rolle bei der Zerstörung Deutschlands durch den Zweiten Weltkrieg	25
1927	28
Stalins Vorbereitungen auf den 2. Weltkrieg beginnen	28
1929	30
24. Oktober 1929 Zusammenbruch der New Yorker Börse	30
1932 - 1933	32
NSDAP wird zur größten Partei im Reichstag	32
Januar 1933 – Hitler wird zum Reichskanzler ernannt	32
24. März 1933 - Die jüdische Kriegserklärung	34
1933-1935	46
November 1933 - Roosevelt erkennt die Sowjetunion diplomatisch an	46
1935	48
Die Alliierten brechen den Versailler Vertrag	48
Hochrangige Persönlichkeiten loben Hitler	49
Winston Churchills Aufsatz im STRAND-MAGAZINE vom November 1935	49
Lloyd George preist Hitler als „George Washington Deutschlands“	58
Das Saarland entscheidet sich in Volksabstimmung für das Deutsche Reich	59
Die deutsche Wehrhoheit im Rheinland	61
1938 Der „Anschluß“ Österreichs an das Deutsche Reich	64
Die Vorgeschichte	64
Die deutsch-österreichische Wiederannäherung	66

Das Nachkriegsösterreich	68
Dr. Schuschniggs „Volksabstimmung“	74
Die Wiedervereinigung	76
1938 Der Anschluß der Sudetengebiete und die Unterwerfung der Tschechei	83
Die historischen Wurzeln der Tschechoslowakei	83
Die Tschechoslowakei als Vielvölkerstaat	85
Die Sudetendeutschen	86
Die deutsche Einmischung in die tschechische Sudetenkrise	89
Chamberlains erster Vermittlungsversuch und Benešs Vorschlag zur Aussiedlung der Sudetendeutschen	94
Roosevelts Rettungsversuch	96
Das Einlenken der Tschechen	96
Das Treffen in Bad Godesberg vom 22. bis 24. September 1938	97
Benešs „Sowjet-Plan“	97
Die Münchener Konferenz vom 29. und 30. September 1938	99
Der Wiener Schiedsspruch vom 2. November 1938	105
1918 – 1939 - Polen pocht auf Expansion	108
24. Oktober 1938 – 30. August 1939	114
Verhandlungsversuche mit Polen	114
Lösungsversuche für das Danzig—Problem	114
1939	117
15. März 1939 - Die Tschechei wird zum Protektorat	117
Die Rückgabe Memels	122
Britisch-französische Garantieerklärung an Polen	126
Polnische Verbrechen an Volksdeutschen zwischen 1918 und 1939	127
Phase I: „Der Versuch der Entdeutschung“ 1918 bis 1926	128
Phase II: „Kriegsplanungen“ 1930 bis 1936	128
Phase III: „Eskalation“ 1938/39	128
Chronologie antideutscher Gewalt von Polen	131
Die Zahlen	131
1933 bis 1939	132
Der „Bromberger Blutsonntag“	137
Polen als Aggressor 1918–1938	141
19. August 1939 - Stalin will, daß Hitler Polen angreift, um ihm später in den Rücken zu fallen	145
Die letzten Vermittlungsvorschläge	146
Die letzte Woche vor dem Krieg	148
Mittwoch 23. August 1939 - Neun Tage vor dem Kriegsausbruch.	148
Donnerstag 24. August 1939 - Acht Tage vor dem Kriegsausbruch.	150
Freitag 25. August 1939 - Sieben Tage vor dem Kriegsausbruch.	152
Sonnabend 26. August 1939 - Sechs Tage vor dem Kriegsausbruch.	156
Sonntag 27. August 1939 - Fünf Tage vor dem Kriegsausbruch.	158
Berlin glaubt, die Tür sei offen für eine friedliche Lösung	160
Hitlers aufrichtiger Friedensbrief an den französischen Präsidenten	160
Montag, der 28. August - Vier Tage vor dem Kriegsausbruch.	165
Dienstag, 29. August 1939 - Drei Tage vor dem Kriegsausbruch.	167
Mittwoch 30. August 1939 - Zwei Tage vor dem Kriegsausbruch.	171
Mittwoch 30. August 1939 - Zwei Tage vor dem Kriegsausbruch.	175
Donnerstag, 31. August 1939 - Der letzte Tag vor Kriegsausbruch.	178

Vorwort

Im ersten Teil der Serie „Geschichtliche Hintergründe - 100 Jahre Krieg gegen Deutschland“ stellten wir das in Schulbüchern gelehrt und von Politik und Medien verbreitete Geschichtsbild den offiziell zugänglichen Quellen gegenüber. Selbst Zweifler an der offiziellen Geschichtsschreibung dürften überrascht gewesen sein, wie sehr das uns vermittelte Bild durch schlicht falsche Wiedergaben, Verzerrungen oder das Weglassen wichtiger Sachverhalte von den tatsächlichen Ereignissen und Hintergründen abweicht.

Wir fügten wichtige Ereignisse auf dem Weg in die Ur-Katastrophe des 20. Jahrhunderts zusammen und beleuchteten, inwiefern von einer Alleinschuld Deutschlands, wenn überhaupt von einer Schuld gesprochen werden kann. Genau diese Anerkennung der Alleinschuld am Kriege durch die Deutschen wurde **in Versailles u.a. unter Androhung einer Fortsetzung der Hungerblockade mit dem damit verbundenen Drama für die deutsche Bevölkerung erzwungen**, durchaus vergleichbar mit einem Geständnis unter Folter. Diese Hungerblockade der Siegermächte hatte in den Jahren zuvor bereits mehr als einer Million deutschen Zivilisten den Hungertod beschert! Mit Anerkennung der Alleinschuld am Kriege nahm die Zerstörung Deutschlands durch die Umsetzung des „Friedensvertrags“ von Versailles jedoch erst ihren verheerenden Lauf: Während zu Kriegzeiten kein Schuß auf deutschem Boden gefallen war, wurden nun gewaltige Teile seines Gebietes besetzt oder abgetrennt und damit Millionen Menschen ihrer Heimat beraubt und unter fremde Herrschaft gestellt, wo sie Entrechtung, Unterdrückung und zigtausendfachen Tod erfuhren. Durch zusätzliche Reparationszahlungen in astronomischen Höhen, Industriedemontagen, Abtretung von Millionen landwirtschaftlichen Nutztieren uvm. wurden die Deutschen ihrer existentiellen Grundlagen beraubt und fielen in eine tiefe Depression mit dramatischer Arbeitslosigkeit, Armut und politischem Chaos. All dies hervorgegangen aus einem Krieg, der nachweislich schon Jahrzehnte zuvor auf englischer Seite geplant, dessen Verantwortung jedoch allein den Deutschen aufgezwungen wurde.

In diesem Teil wird der Aufstieg Hitlers und der Zweite Weltkrieg nahezu genau 20 Jahre nach Versailles betrachtet und wie beim Ersten Weltkrieg lohnt es sich auch hier, etwas genauer hinzusehen und das von Schulbüchern, Medien und Politik vermittelte Bild den offiziell zugänglichen und belegten Quellen gegenüberzustellen. Der israelische Botschafter in Bonn meinte 1967 nach Beginn des „Sechstage-Kriegs“ in einer Fernsehsendung: „Wer die ersten Schüsse abgegeben hat ist ganz belanglos. Entscheidend ist, was den ersten Schüssen vorausgegangen ist“ Über viele solch „entscheidender“ Punkte, die dem Zweiten Weltkrieg vorausgegangen waren, wird geschwiegen und sie stehen in keinem Schulbuch.

Der zweite Teil endet am Vortag des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges.

Die alte Ordnung stirbt – Folge: Dekadenz in Politik, Sozialverhalten, Musik, Presse, Moral und Stil

Mit Ausnahme Rußlands litt die Aristokratie viel weniger als die Bourgeoisie unter den wirtschaftlichen Konsequenzen von Kriegen und Revolutionen in Europa. Traditionell war viel ihres Reichtums Landbesitz, der während der Inflation nicht so an Wert verlor wie Sachvermögen. Die Desintegration der Monarchien (außer in England) traf die alte Gesellschaftsordnung insbesondere in den oberen Klassen sehr hart. Besonders betroffen waren jene, die nicht der Gesellschaft in ihren alten Rollen als Offiziere oder Diplomaten nicht mehr dienen konnten – es gab nicht mehr den selben Bedarf für ihre Dienste, wie es ihn vor dem Ersten Weltkrieg gegeben hatte.

Ein Teil der russischen Aristokratie akzeptierte einen proletarischen Rang oder sogar den Status eines Dieners, wie z. B. die russischen Taxifahrer, Nachtclubtürsteher und Oberkellner, die im Paris der Nachkriegsjahre angetroffen wurden. Die meisten jedoch sanken herab in ein Leben sozialer Erniedrigung. Wo es in den alten monarchistischen Hauptstädten und der Kaffeehausgesellschaft streng bewachte Grenzen der Elitegesellschaft gegeben hatte, klafften nun tiefe Lücken, in denen Grenzen verschwammen oder überhaupt ganz verschwanden.

„Die Gewalt der Veränderung hatte sich noch nicht so tief in das Gewebe der britischen Gesellschaft eingegraben, als daß sie die alte Eleganz ausgelöscht hätte... Während der sogenannten Londoner Saison war das Westend beinahe von Mitternacht bis zur Morgenröte ein ständiger Ball... Der Abend konnte immer durch einen Ausflug in einen oder mehrere der schwulen Nachtclubs gerettet werden, die damals in Mode kamen und fast respektabel wurden.“

Duke of Windsor „A King’s Story“ (1951)

Der Begriff „gay“ bedeutete zu jener Zeit „glücklich“. (Er wurde erst Mitte der fünfziger Jahre als Euphemismus für Sodomie benutzt.) Der Duke erklärte auch nicht, daß „die Gewalt der Veränderung“ im Auftrag des *Komitees der 300* durch Experten des *Tavistock-Instituts* herbeigeführt wurde.

Europa erlebte nach dem Ersten Weltkrieg und am Ende der bolschewistischen Revolution viele erzwungene gesellschaftliche Änderungen, ganz entsprechend dem Plan des *Tavistock-Institutes*. Als „dank“ des von Briten eingefädelten und angefachten Ersten Weltkrieges Europa in einen Abgrund stürzte – vielleicht ist es angemessener zu sagen, daß es wie ein Zombie torkelte, bis der Rest des durch das Abendland geprägten Zeitalters in ewiger Dunkelheit versank –, wurden diese Änderungen offensichtlich. Dies ist nicht ein Buch über den Ersten Weltkrieg per se. Nichts markiert das Versagen des 20. Jahrhunderts so sehr wie die größte Tragödie, die die Menschheit je durchmachen mußte. Tausende an Büchern sind darüber geschrieben worden, dennoch ist dieser Krieg noch nie adäquat beschrieben worden und wird es vielleicht auch nie werden. Über diesen Sachverhalt sind sich viele Autoren – einschließlich mir selbst – einig.

Der Krieg wurde von Großbritannien aus schierem Haß und Neid auf Deutschland begonnen, wegen seiner schnellen Entwicklung zu einer großen Wirtschaftsmacht, die zu Englands Konkurrenz anwuchs. Lord Edward Grey, der britische Außenminister, war der Haupt-Architekt des Krieges.



Duke of Windsor (1894-1972)

Krieg war als politisches Instrument grundsätzlich unter der britischen Bevölkerung unpopulär, und eine große Mehrheit billigte ihn nicht. Dies rief nach „speziellen Maßnahmen“, nach der Gründung einer neuen Abteilung, um mit dieser Herausforderung umzugehen. Hierin liegt der essentielle Grund für die Etablierung des *Wellington House*.

Aus einem kleinen Anfang heraus entwickelte es sich zu dem gigantischen *Tavistock Institute of Human Relations*, das bis ins Jahr 2005 das weltweit führende Gehirnwäsche-Institut und eine äußerst bösartige Macht werden sollte.

Die Folgen des Ersten Weltkrieges und der verfehlt Versuch, einen Völkerbund zu bilden, dienten nur dazu, die Lücke zwischen der alten westlichen Zivilisation und der neuen zu übertünchen. Zusätzlich zu dem düsteren, traurigen und angstvollen Gesellschaftsklima, das in den zwanziger Jahren begann, hing das wirtschaftliche Desaster Nachkriegsdeutschlands wie der Rauch eines Scheiterhaufens über der westlichen Zivilisation.

Historiker stimmen darin überein, daß alle Kombattanten wirtschaftliche Verwüstungen verschiedenen Ausmaßes erlitten, obwohl Rußland noch geschont wurde, nur um dann durch die Bolschewisten zerstört zu werden, während Deutschland und Österreich-Ungarn die härtesten Schläge erhielten. Eine seltsame Art erzwungener Heiterkeit senkte sich in den Zwanzigern über Europa (in das ich hier England mit einbeziehe) und über die Vereinigten Staaten. Das sozio-kulturelle Klima wurde beschönigend als „Rebellion der Jugend“ umschrieben und damit begründet, die Leute seien im allgemeinen „der Kriege und der Politik überdrüssig“. Tatsache ist aber: die Völker reagierten auf eine von den Meistern des *Tavistock-Institutes* zelebrierte, „über große Entfernungen wirkende, permanente, nach innen gerichtete Konditionierung“ (im Original: „long-range penetration and inner-directional conditioning“).

In der Zeit zwischen dem Ende des Ersten Weltkrieges und 1935 waren die Völker Europas und der USA genauso geschockt und neurotisiert wie ihre Truppen, die die Hölle der Schützengräben überlebt hatten, während Kugeln, Granaten und Bombensplitter um sie flogen. Nur waren es jetzt ökonomische Bomben und Granaten, und gewaltige Änderungen der sozialen Sitten, die ihre Sinne betäubten.

Aber das Endergebnis der „Behandlung“ war das gleiche. Die Menschen verzichteten auf Diskretion, warfen sie quasi in den Wind, und die moralische Fäulnis, die 1918 in Bewegung gesetzt wurde, geht weiter und gewinnt an Schwung. Im Zustand erzwungener Heiterkeit sah niemand das Kommen des weltweiten ökonomischen Zusammenbruchs und die anschließende weltweite Depression.

Die meisten Historikern bestätigen, daß dieser Zustand künstlich hergestellt wurde, und wir werden zu der Schlußfolgerung kommen, daß das *Tavistock* eine Rolle bei den fieberhaften Werbekampagnen verschiedener Gruppen dieser Zeit spielte.

Oswald Spengler hatte vorhergesagt, was geschehen würde, und seine Voraussagen erwiesen sich als erstaunlich zutreffend. Die „dekadente Gesellschaft“ und ihre Zügellosigkeit verkörperten sich durch „flatterhafte Weiber“ und durch Männer in Trenchcoats, bestückt mit Flachmännern, die nach einer Minderung der weiblichen Sittlichkeit gierten und diese auch bekamen; dies alles ging einher mit modischen Erscheinungen wie kurzen Röcken, dem unweiblichen Bubikopf, übermäßigem Gebrauch von Schminke und Frauen, die in der Öffentlichkeit rauchten und tranken. Als es schwieriger wurde, Geld zu verdienen, die Suppenküchen zahlreicher wurden und die Reihen der Arbeitslosen länger, wurden die Röcke noch kürzer. Und während die Werke von Sinclair Lewis, F. Scott Fitzgerald, James Joyce und D. H. Lawrence nach Luft schnappen ließen, enthüllten neueste Broadway Shows und Nachtclub-Vorstellungen mehr als jemals zuvor den verborgenen Charme der Frauen und stellten sie in der Öffentlichkeit bloß. Modedesigner bemerkten 1919 im „New York Magazine“: „Die Rocksäume sind dieses Jahr sechs Zoll vom Boden entfernt und sehr gewagt.“

Radikale und revolutionäre Exzesse manifestierten sich in Kunst, Musik und Mode. „Jazz“ war in der Luft, „Moderne Kunst“ wurde als „chic“ angesehen. Das verbindende Element in all dem war das Motto „Mach' Dir nichts draus“. Dies alles war beunruhigend und unwirklich. Es war eine Zeit, während der ganz Europa unter den Schockwirkungen des Krieges, unter einer Kriegsneurose litt. *Wellington House* und *Tavistock* hatten ihre Arbeit gut gemacht.

Unterhalb der hektischen Aktivität, die einen durch unkontrollierbare Ereignisse nach vorne trieb, lag eine geistige und emotionale Taubheit. Das Ausmaß des Schreckens des Krieges, in dem Millionen junger Männer sinnlos abgeschlachtet und verwundet wurden bzw. einen gräßlichen Gastod starben, begann gerade erst

wahrgenommen zu werden; was man dagegen tat, lief nach der Devise „Lösche es aus der Erinnerung“ ab – durch ein im Grunde empörendes Verhalten, das die alten Konventionen mißachtete. Die Todesopfer hatten den Krieg in seiner gespenstischen und grausamen Ekelhaftigkeit sehr real werden lassen, und die Leute schreckten geschockt und angeekelt zurück. Die Europäer, mit ihrer überlegenen Kultur, die die westliche Zivilisation verkörperte, waren in einem größeren Ausmaß als die Amerikaner vom Krieg neurotisiert. Sie verloren ihr Vertrauen zu den Grundlagen ihrer Kultur und sie zweifelten am Fortschritt, den ihre Väter und ihre Großväter bewirkt und der ihre Nationen groß gemacht hatte. Dies war insbesondere in Deutschland, Rußland, Frankreich und England der Fall. Denkende Menschen konnten nicht verstehen, warum die zwei fortgeschrittensten und zivilisiertesten Nationen der Welt einander in Stücke gerissen und das Leben von Millionen ihrer besten jungen Männer geopfert hatten.

Es schien, als ob plötzlich ein schrecklicher Wahnsinn England und Deutschland ergriffen hätte. Die Menschen waren traumatisiert, daß so ein schrecklicher Krieg innerhalb einer so fortgeschrittenen Zivilisation hatte stattfinden können.



Oswald Spengler (1880-1936)

Für den Eingeweihten war es kein Wahnsinn, er erkannte in allem die Methoden des *Wellington House*, das die britische Jugend ergriffen hatte. Die Angst, daß dies wieder passieren könnte, verhinderte fast den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Aber sowohl die Anstifter als auch die Planer, die bösen Männer in hohen Positionen, waren dazu entschlossen, die zweite Runde Blutvergießen zu eröffnen. Offiziere, die vom Gemetzel, das der Erste Weltkrieg war, zurückkamen, beschrieben den Nachrichtenjournalen die Schrecken des Nahkampfgefechtes, das sich im „Großen Krieg“ oft zugetragen hatte. Sie waren bestürzt, erschüttert und verängstigt. Nur wenige konnten verstehen, warum es überhaupt einen Krieg gegeben hatte. Die dunklen Geheimnisse des *Wellington Hauses* und der „Olympier“ blieben verborgen. Es gab keinen Funken Licht, der die Angst und die Vorahnungen, die im Jahre 1920 dick in der Luft hingen, aufhellte. Einst brachte die Zeremonie, wenn der englische Monarch in Whitehall, London, einen Kranz niederlegt, Trost. Nun aber brachte sie Bitterkeit, Wut und Abscheu hervor. Die Bühne für den Zweiten Weltkrieg wurde vorbereitet, auf der *Tavistock* eine unverhältnismäßig große Rolle spielen sollte.

Es gab wenige Denker, die etwas zu sagen hatten: Oswald Spengler, in der Geschichtsschreibung zum Beispiel, Hemingway und Evelyn Waugh, Upton Sinclair und Jack London, aber ihre Botschaften waren schwermütig, teils noch dunkler als Spenglers dunkle Voraussagen des unausweichbaren Niedergangs der westlichen Zivilisation. Diese Voraussagen wurden durch den Niedergang der persönlichen Beziehungen nach dem Krieg bestätigt. Scheidung und Fremdgehen in der Ehe kamen nun immer öfter vor. Das schöne Bild von weichen und femininen Frauen mit lieblichen Stimmen, den Blumen in Gottes Garten, dem Mysterium der Weiblichkeit – es wurde ein verschwindendes Ideal. Statt dessen kam die scharfe, laute, vulgäre Fremde mit ratternder, kratzender Stimme, die durch die modernen Medien Radio und später Fernsehen populär gemacht und nachgeäfft wurde. Niemand konnte wissen, daß dieser Niedergang das Endprodukt der durch *Tavistock* erfolgten Kriegserklärung an die westliche Weiblichkeit war.

Wie „die Zeiten“ vorsätzlich geändert werden

Mit Hitlers Machtübernahme ab 1933 – garantiert durch die unmöglichen Bedingungen, die Deutschland in Versailles aufgezwungen wurden – stiegen die Rocksäume ebenfalls in schwindelerregende Höhe, außer in Deutschland, wo die Nationalsozialisten von der deutschen Weiblichkeit Sittsamkeit verlangten und sie auch bekamen, zusammen mit einem gesunden Respekt – das freilich paßte *Tavistock* gar nicht ins Konzept.

Leute, die ihr Hirn nicht mehr benutzten, sagten, sie haßten die Art, wie sich „die Zeiten ändern“, aber was sie nicht wußten und auch nicht wissen konnten, war, daß die Zeiten entsprechend einer sorgfältig ausgearbeiteten Tavistock-Formel geändert werden. Überall in Europa und Amerika kam es zu Revolten, als sich das „Emanzipations“-Fieber ausbreitete.

In den Vereinigten Staaten waren es die stummen Bildschirmgötzen, die den Weg zeigten, aber das war nichts gegenüber dem, was sich in Europa zutrug, wo jedem einzelnen „Vergnügen“ offen gefrönt wurde, einschließlich der Homosexualität, die lange in Dunkelheit verborgen gewesen war und in der höfischen Gesellschaft nie erwähnt worden war. Schwule und Lesben traten ins Rampenlicht, riefen Ekel hervor und brüskierten jene, die immer noch in der alten Ordnung lebten. Eine Studie dieser Verirrungen bezeugte, daß Homosexualität nicht aus einem inneren oder latenten Wunsch überhand nahm, sondern als ein Mittel, die alte Ordnung mit ihrem unbeugsamen Regelwerk zu untergraben. Die Musik litt ebenfalls und „ging vor die Hunde“ – in allen Abarten von Jazz bis hin zu noch dekadenteren Formen.

Tavistock befand sich nun in einem entscheidenden Stadium, um seinen Plan weiter zu entwickeln. Die Weiblichkeit sollte auf einen niedrigeren Moralstandard gedrückt werden. Vorher undenkbares weibliches Verhalten sollte als vorbildhaft dargestellt werden. Ganze Nationen waren in einem Zustand allgemeiner Betäubung, neurotisiert durch die radikalen Änderungen, die ihnen aufgezwungen wurde und die scheinbar nicht gestoppt werden konnten. Die komplette Abwesenheit weiblicher Sittsamkeit zeigte sich in einem antrainierten Verhalten, welches die zwanziger und dreißiger Jahre zu einer großen Frauen-Sonntagsumerziehungsschule werden ließ. Es gab kein Halten bei dieser „sexuellen Revolution“, die während dieser Jahre über die Welt fegte und auch kein Einhalten bei der vorsätzlichen Entwürdigung der Weiblichkeit, die damit einherging. Manch warnende Stimmen wurden gehört, insbesondere G. K. Chesterton und Oswald Spengler, aber das war nicht genug, um die Angriffe zu entschärfen, die seitens des *Tavistock-Institutes* lanciert wurden; es hatte der westlichen Zivilisation tatsächlich den Krieg erklärt.

Die Auswirkungen dieser „langfristigen, über weite Entfernungen wirkenden Durchdringung und nach innen gerichteten Konditionierung“ (im Original: „long range penetration and inner directional conditioning“) konnten überall beobachtet werden. Der moralische, geistige, rassische, wirtschaftliche, kulturelle und intellektuelle Bankrott ist kein soziales Phänomen oder das Ergebnis von etwas Abstraktem oder Soziologischem, das einfach so entwicklungsbedingt „geschah“. All dies ist das Ergebnis eines sorgfältig geplanten Tavistock-Programms.

Was wir erleben, läuft weder zufällig ab, noch ist es eine Verirrung der Geschichte. Man erkennt darin eher das Endprodukt einer absichtlich hervorgerufenen sozialen und moralischen Krise, die überall in „Reality“-Fernsehshows und „Musik“-Darbietungen als ein Amalgam eines ungezügelten Ur-Instinktes durchbricht. Pornographische Filme in Mainstream Kinos; Werbung, in der Bescheidenheit und Anstand vollends abwesend sind; lautes rüdes Verhalten auf öffentlichen Plätzen, insbesondere in Restaurants; und ein Heer weiblicher Nichts, die „erschaffen“ wurden, um hochbezahlte Moderatorinnen oder Talk Show-Gastgeber zu sein, die alle trainiert wurden, mit harter, kratzender, monotoner männlicher Stimme zu sprechen, die völlig jeglichen Wohlklang vermissen läßt, als ob sie durch zusammengepreßte Wangen sprechen würden, in einer Art, die herb, herrschend und hart in den Ohren klingt.

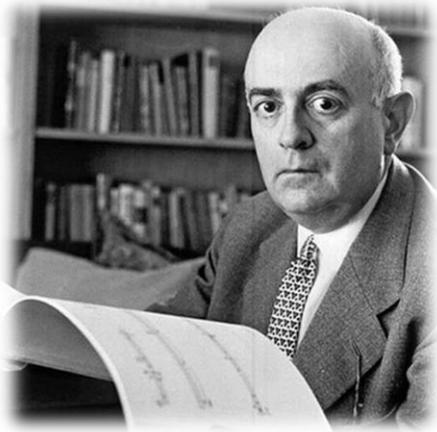
Wir werden sehen, was es von seinen frühen Tagen in England an erreichte, seit der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg über seine Entwicklung bis hin zum Zweiten Weltkrieg und danach bis in die heutige Zeit. Während des Zweiten Weltkrieges war das Hauptquartier des *Tavistock-Institutes* bei der British Army Physiological Warfare Division (dt., Physiologische Kriegsabteilung der Britischen Armee) angesiedelt. Wir haben seine Gründerjahre als *Wellington House* bereits beschrieben und schreiten nun in die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg fort, um schließlich seine Aktivitäten in der Nachkriegszeit zu untersuchen.

Die Rolle der Musik im Niedergang Europas

war nicht schwer zu erkennen. Aristoteles sagte in seinen Schriften, daß Musik einen Einfluß auf Politik ausüben würde:

„... Gefühle aller Art werden durch Melodien und Rhythmen produziert; deshalb wird ein Mann durch Musik an die richtigen Emotionen gewöhnt; Musik hat die Macht, den Charakter zu formen; und die verschiedenen Arten von Musik, basierend auf den verschiedenen Tonarten, sollten unterschieden werden durch die Wirkungen, die sie auf den Charakter haben; beispielsweise arbeitet eine Tonart in Richtung der Melancholie, eine andere in Richtung Verweichlichung; eine andere unterstützt Verwahrlosung, eine andere Selbstkontrolle, eine weitere Enthusiasmus und so weiter.“

Aristoteles



Theodor W. Adorno (1903-1969)

Die hauptsächlich für die Gehirnwäsche der Massen zuständige Institution, das *Tavistock Institute of Human Relations*, ließ seine Sozialwissenschaftler an den Theorien Platons arbeiten. Das Studium der Musik des Dionysiuskultes hatte zum Ziel, seine Ergebnisse auf die moderne Neue Musik anzuwenden.

Schon lange bevor Theodor Adorno-Wiesengrund (1903 - 1969) in England ankam, war er bereits beim *Tavistock-Institut* bekannt gewesen. Es wurde ihm eine Stelle in Schottland, an der Gordstoun School, angeboten, wo es ihm frei stand, seine Forschungen fortzusetzen. Als Adorno in England landete, wurde er sofort unter die Fittiche des *Tavistock-Institutes* genommen. Adorno mußte Deutschland verlassen, nachdem die deutschen Behörden auf seine Tätigkeit aufmerksam geworden waren. Er hatte mit dem Bewußtsein von Kindern mittels musikalischem Ausdruck gespielt, genau nach Anweisung von Plato. Bekannt als „Karl Marx der Musik“, hatte er seine theoretische

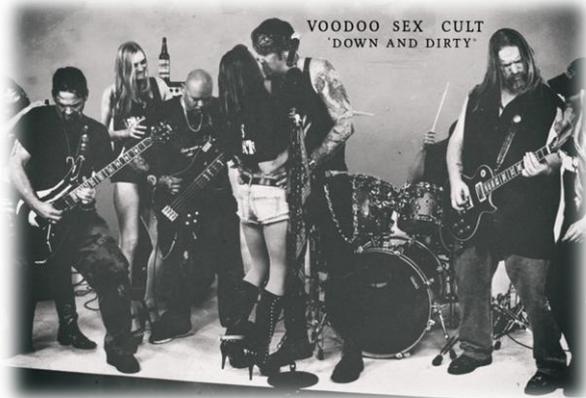
Methode, Musik zu komponieren, von Alban Berg, dem „musikalisch Radikalen“, übernommen, der die Tonalität zeitgenössischer, traditioneller Musikklänge in Frage stellte. Adorno sagte, er befände sich auf einer „höheren Bewußtseinsebene“, und jede Musik, die er komponiere, sei schockierend und schwierig zu verstehen (zumindest für die Menschen, die nicht auf seiner angeblich „höheren Bewußtseinsebene“ sind; A.d.Ü.). Adorno nannte seinen Sound „Corrosive Unacceptability“, das heißt sein Klangbild hatte eine „Korrosive Unakzeptierbarkeit“. Er adoptierte das von den Musikern des Dionysiuskultes benutzte 12-(a)tonale System und schuf damit eine „Neue Form“ und einen „Neuen Sound“. Er betonte oft, daß nur durch die „korrosive Unakzeptierbarkeit“ zu den kommerziell-definierten Sensibilitäten der Mittelklasse die neue Kunst darauf hoffen könnte, die dominanten kulturellen Annahmen in Frage zu stellen“.

Mit seinen eigenen Worten sagte Adorno, daß seine Musik stalinistisch oder faschistisch sei, und daß er „große Konzepte benutzte, um zu sehen, ob sie richtig klangen und den Daten entsprechen“ – s. o. Daher wurde er von *Tavistock* engagiert, Musik, basierend auf dem atonalen 12-Ton Musiksystem, zu schreiben, die „richtig klang“, und „die zu den Daten paßte“. Er schrieb die entsprechenden Liedtexte dazu, so daß dadurch 18 Alben für die „Beatles“ entstanden.

Dem ganzen „Beatles“-Musikkonzept lag der lang anhaltende Glaube Adornos zu Grunde, daß Kapitalismus bössartig war, weil er „die Leute mit den Produkten einer Kulturindustrie füttert, um sie passiv, zufrieden und politisch apathisch zu halten“. Seine atonale 12-Ton-„Beatles“-Musik würde Verzerrungen im größten kapitalistischen Staat der Welt bewirken, den Vereinigten Staaten von Amerika.

Adorno spiegelte die Worte und Werke von Karl Marx in seiner Musik wieder. Während Marx sich auf den wirtschaftlichen Aspekt konzentrierte, legte Adorno seinen Schwerpunkt auf die Rolle, die die Kultur in der Aufrechterhaltung des politisch status quo spielt. Die Musik des atonalen 12-Ton-Systems würde sogar mächtiger sein als der wirtschaftliche Angriff von Marx auf den westlichen Kapitalismus. Adorno war selbstverständlich ein ernsthafter Student, ein guter Autor und Aufführender klassischer Musik. Er war vielleicht der wichtigste Philosoph des „New Ground“, ein intellektueller Gigant des Modernismus in der Musik. Während er an der Universität in Frankfurt/Main wirkte, befreundete er sich mit Alban Berg und absolvierte ab 1925 in Wien, der

Wirkungsstätte Bergs, ein Aufbaustudium im Fach Komposition. Hier lernte Adorno die „Dialektik“ von Georg Hegel kennen und wendete sie auf seine Kompositionen an. Adorno wurde nach seiner Rückkehr nach Deutschland nach dem Krieg Professor der Philosophie und der Soziologie an der Universität Frankfurt/Main.



Um die „Beatles“-Musik zu verstehen, muß man verstehen, wieso Adorno derartige „neue Musik“ favorisierte. Sie entstand aus seinem Glauben, daß die „kleinbürgerliche Öffentlichkeit keine Musik möchte, die Ansprüche an ihre Sinne stellt“. Er erzählte den New Science-Sozialwissenschaftlern am *Tavistock-Institut*, daß das, was sie brauchen, eine „neue Musik ist, die wie ein Fußball herumgekickt wird“, in der die Massenzuhörerschaften sich selbst in die neue musikalische Erfahrung einbringen könnten. Dies sei eine fundamentale Revolution, die Millionen von Menschen beeinflussen sollte, die nur eine oberflächliche Kenntnis der Musik haben. Deshalb wurde ein ganzes Sammelsurium „unbequemer Musik“ geboren,

die aus dem atonalen 12-Ton-System stammte, welche auch für die „Beatles“ komponiert wurde. Musikalisch unerfahrenen jugendlichen Zuhörern würde sie gefallen, während die von einem anderen Harmonieverständnis geprägte ältere Generation ihr ablehnend gegenüberstehen würde.

Nur wenig Menschen (einschließlich Musiker) sind dazu fähig, den Einsatz mißtönender Musik (sog. Rockmusik) mit den Zielen des Komitees zu verbinden. Deshalb lehnen sie die gesamte Information einfach ungeprüft ab. Es gibt keinen Zweifel, daß Musik eine entscheidende Rolle in positiver oder eben auch in negativer Hinsicht haben kann, für Glücklichkeit oder Traurigkeit, für Selbstdisziplin oder Verlust der Selbstkontrolle. Kurz gesagt, Musik kann die Handlungen von Menschen beeinflussen, und darüber wurde schon vor und nach Christus, während des Mittelalters und der Renaissance, bis ins 20. Jahrhundert hinein vieles geschrieben. Das Konzept, daß Musik „das grausame Monster besänftigen“ kann und den Charakter stark beeinflusst, ist eine gut etablierte Erkenntnis in der Geschichte der Menschheit und der Musik.

Die tiefgründigen Denker des Altertums sagten, daß die machtvollen Wirkungen der Musik den Charakter und das Verhalten des Menschen stark beeinflussen. Das ist nichts Abstraktes. Von Adorno und den Wissenschaftlern am *Tavistock-Institut* wurde festgestellt, daß der psychologische und gesellschaftliche Einfluß (der Musik), den Aristoteles und Platon so gut aufgezeigt hatten, den Leuten aufgezwungen werden könnte, indem man sie verschiedenen Klängen und Formen aussetzt, um ihre Art, zu denken und zu handeln, zu beeinflussen, ohne daß die Leute sich dessen bewußt sind, daß dieser Einfluß auf sie ausgeübt wird.

Im *Tavistock-Institut* sah man in dieser Erkenntnis mehr als nur eine Theorie. Es wurde ebenfalls erkannt, daß alles im Leben einen Vibrationszyklus bzw. Frequenzzyklus hat, und daß eine starke Vibrations-Matrix über die Lebensbedingungen eines einzelnen Individuums oder auch großer Menschengruppen gelegt werden kann. Aus diesem Konzept heraus entwickelte Adorno „Rock and Roll“, „Heavy Metal“ und atonale 12-Ton- Klänge, „schwere sich wiederholende Drumbeats“ in der Art des Molochkultes und afrikanischer Voodoo-Musik, mit ihren komplexen Rhythmen, die das Bewußtsein betäuben sollen und können.

Die Geschichte des alten Ägyptens, Chinas und Indiens zeigte, daß die Kulturstandards dieser Länder entsprechend dem Niedergang ihres Musikstandards absanken. Das antike Griechenland und Rom erfreuten sich eines exzellenter Kulturniveaus, solange ihre Musik nicht verschmutzt und nicht verseucht wurde. Das Absinken der kulturellen Höhe des antiken Griechenlands kann zurückverfolgt werden bis zu seinen Anfängen, ungefähr 444-429 vor Chr., also bis ins perikleische Zeitalter. Es kann gezeigt werden, daß die Vergiftung griechischer Musik zur Vergiftung anderer Kunstformen führte und – mit ihnen – zu einem Niedergang der gesamten griechischen Zivilisation und Kultur.

Adorno wußte das und zog seinen Nutzen daraus; er kombinierte die atonale 12-Ton-Musikform mit niedrigen, vulgären Improvisationen, ratternden Tönen und mit exzessiven Modulationen. Der Effekt des Ganzen, mit Liedtexten kombiniert, war ein Sänger, der mit seiner Stimme unterhalb und oberhalb der Note und sonstwo herumirrte, der die Noten nie genau traf und dies mit einem konstantem Vibrato kombinierte, welches wiederum überdeckt wurde von einem heftigen, sich ständig wiederholendem Schlagzeugbeat. Es klang, häßlich und

es wirkte destruktiv. Es war die Aufgabe der Sozialwissenschaftler des *Tavistock-Institutes*, den Sound akzeptabel zu machen, so daß er von Millionen von Teenagern gemocht wurde.

Dieser „Neue Sound“ war in der Tat nicht angenehm aber eingängig, im Sinne einer eingängigen Melodie, wenn er mit Rhythmen des barbarischen Molochkultes und afrikanischen Voodoo-Kultes kombiniert wurde. Wie im Fall der griechischen klassischen Musik hatte die neue vulgäre Musik sich bereits unter den Athenern ausgebreitet, und die verfeinerte, harmonisch durchgeformte und wohl disziplinierte Musik, die die griechische Zivilisation charakterisierte, ersetzt. Ein neuer Sound bewirkte Unordnung, wo vorher Ordnung geherrscht hatte. Die Musikrevolution ab 404 v. Chr. brachte gewalttätige Ausbrüche hervor und mündete in gewalttätigen Revolutionen. Die provokante Musik an sich transportierte die „Einladung“, Werte zu zerbrechen.

Die Welt der Musik wurde Anfang der 20er Jahre drastisch und unwiederbringlich geändert, eine wichtige Absichtserklärung des Tavistock Institut. Sie hatte nun eine enge Nähe zur Musik des Dionysus- und des Molochkultes, das Ganze vermischt mit Schlagzeug. In dieser musikalischen Adaption wurde das Schlagzeug ausgiebig genutzt; komplizierte Rhythmusfiguren werden von disharmonischem „Singen“ begleitet. Die Musik des Dionysuskultes basiert auf Trommelmustern, die afrikanischen Voodootrommeln ähnlich sind und wahrscheinlich den repetitiven Beat des Molochkults kopieren.

Voodoo-Drumming ist nicht einfach, sondern besteht aus komplizierten Mustern, die den Geist beeinflussen. Die „neue“ Musik bildete sich schließlich zu Klängen zurück, die den Geist betäuben. Ungewohnt für das untrainierte Ohr, sind Voodoo-Rhythmen mit subtilen Änderungen die Basis für die Herbeirufung okkultur Geister. Dieses „Beschwören okkultur Mächte“ durch ständige Wiederholungen führte zu den bekannten Massenhysterien, die durch die Rockmusik seit den sechziger, siebziger, achtziger, neunziger Jahren bis in das neue Jahrtausend erzeugt wurden und werden. Rockmusik ist brutale Musik. Sie brutalisiert den Geist und desensibilisiert die Empfindsamen. Ihre fortlaufend gebrochene Harmonik, gespielt über einen sich wiederholenden Beat, mit sich steigendem Tempo, hat – empirisch-meßbar bewiesen – einen hysterischen Effekt auf den Geist und die Körperorgane.

Und genau an diesem Punkt wird Rock'n'Roll und moderne Musik potentiell gefährlich. Um als Mensch einen Sinn für Wohlbefinden und Integration aufrecht zu erhalten, ist es essentiell, daß man nicht zu vielen Rhythmen ausgesetzt wird, die nicht im Einklang mit den eigenen, natürlichen Körperperrhythmen stehen. Der große russische Wissenschaftler Professor Gurvich, vielleicht der Vater“ der Wissenschaft von den Vibrationen, war der erste, der diese Wahrheit entdeckte.

Der aus Riga stammende Elektrophysiologe Tobiy R. Gurvich führte Tausende von Laborexperimenten mit Wellenformen extrem-tiefer Frequenz (ELF, extremely-low frequency) durch und bewies, daß jedes Lebewesen einen Vibrationszyklus hat. Sein Schüler Vlail Krasneyechev demonstrierte, daß der Mensch eine rhythmische Einheit ist. Alles im menschlichen Körper funktioniert nach einem vorbestimmten, gesetzten, rhythmischen Muster, einer Taktfrequenz. Professor Gurvich zeigte nun, daß es möglich ist, Leute krank zu machen, indem man Änderungen im Körperperrhythmus durch die Anwendung extrem tiefer elektromagnetischer Wellen auf ihre Umgebung und ihre Körper hervorruft.

Natürlich hatte Adorno keinen Zugang zu solch entwickelter Technologie, aber er experimentierte mit repetitiver Musik, basierend auf einem gebrochenen Rhythmus, so wie er in der Jazzmusik vorherrschend ist. Manches von Adornos experimentaler Musik fiel in die Hände der deutschen Polizei. Adorno wurde ausgewiesen, nachdem klar wurde, was die Zielsetzung seiner Experimente war. Einige interessante Details wurden in einem Bericht im „New York American“ vom 22. Juni 1922 enthüllt:

„Laut der Illinois Vigilance Association kommt auf Hunderte junger amerikanischer Mädchen eine moralische Zerstörung zu, und zwar durch die pathologische, die Nerven irritierende, Sex anregende Musik von Jazzorchestern. Repetitiver, schwerer Sound, begleitet von unaufhörlichen Drumbeats, würde, falls das Subjekt ihm zu lange ausgesetzt wäre, einige, wenn nicht alle, der folgenden zerstörerischen Verhaltensweisen hervorbringen: Rebellion, selbstfixierte Meinungen, Freude, Lethargie, Verzweiflung, Steigerung der sexuellen Aktivität und Überreizung.“

„New York American“ 22. 06.1922

Quellen:

John Coleman, „Die Hierarchie der Verschwörer: Das Komitee der 300“

John Coleman, „Das Tavistock-Institut - Auftrag: Manipulation“

1920

Moskaus Invasion in Polen zur Ausweitung des kommunistischen Machtbereichs



Polnische Verteidigungsstellungen bei der siegreichen Schlacht an der Weichsel gegen die Sowjetunion

Den Zusammenbruch des deutschen Kaiserreichs wollte Lenin für die Ausweitung der kommunistischen Revolution nach Mitteleuropa nutzen, weshalb er im Jahr 1920 der Roten Armee unter dem Befehl von Marschall Michail Tuchatschewski den Befehl gab, durch Polen nach Deutschland vorzustoßen um dort den gewaltsamen Klassenkampf zu entfachen. Diesen Vorstoß bezeichnete GRU-Überläufer Suworow als den ersten Versuch, „den Zweiten Weltkrieg zu entfesseln“ und er wurde, wie Suworow ausdrücklich betonte, von den Sowjets unternommen.

Der Revolutionäre Kriegsrat Sowjetrußlands gab im Juli 1920 eine Proklamation an die Rote Armee heraus, welche die Zielsetzung der Kommunisten klar zum Ausdruck brachte:

„Im Westen wird das Schicksal der Weltrevolution entschieden. Über der Leiche Weißpolens verläuft die Straße zum Weltenbrand. Auf Bajonetten werden wir der werktätigen Menschheit Frieden und Glück bringen.“¹⁾

Doch schon im August 1910 wurde Tuchatschewskis Angriff in der Schlacht an der Weichsel durch die polnische Armee zerschlagen. Drei Jahre später beschrieb Tuchatschewski seinen gescheiterten Versuch, den Kommunismus nach Europa zu bringen mit den Worten: „Es unterliegt keinem Zweifel, daß der ganze europäische Kontinent von den Flammen der Revolution erfaßt worden wäre, wenn wir an der Weichsel gesiegt hätten ... Dieser Brand wäre nicht auf Polen begrenzt geblieben. Seine Flammen hätten ganz Westeuropa erfaßt.“²⁾

Tuchatschewski gab damals auch erstaunlich offen zu verstehen, welchen unvorstellbar blutigen Klassenkampf die Völker Europas erlitten hätten, wenn der Roten Armee der militärische Durchbruch nach Deutschland gelungen wäre, denn „die Vernichtung der feindlichen Armee“ bedeutet laut Tuchatschewski nicht etwa das Ende, sondern „nur den Anfang des Krieges, das Ziel des Krieges besteht darin, die freie Anwendung von Gewalt zu ermöglichen.“³⁾

Was das dann für die Zivilbevölkerung bedeutet hätte, hatte Tuchatschewski bereits in den Jahren zuvor während des russischen Bürgerkriegs unter Beweis gestellt.



Der Militärbefehlshaber Michail Tuchatschewski drohte offen mit Gewalt gegen Zivilisten im Falle eines Durchbruchs der Roten Armee nach Deutschland.

Quellen:

- 1) *de.wikipedia.org, Polnisch-Sowjetischer Krieg*
- 2) *Viktor Suworow, Stalins verhinderter Ersts Schlag S.46*
- 3) *Der letzte Mythos - Wer entfesselte den 2. Weltkrieg?, Filmdokumentation*

1923

Die Hyperinflation löscht den Mittelstand aus



Höchste jemals gedruckte deutsche Banknote, 100 Billionen Mark, 15. Februar 1924

Die Weimarer Republik war im Jahr 1923 von einer Hyperinflation und damit einer galoppierenden Teuerungsrate der deutschen Währung betroffen.

Verlauf: Im Januar 1922 zahlte man für einen Dollar 200 Mark, im Juli = 500, im Januar 1923 = 18.000 Mark, im Juli 1923 = 350.000, im August 1923 =viereinhalb Millionen, im September fast 100 Millionen, im Oktober 25 Milliarden und am 15. November 1923 = 4,2 Billionen.

So wurden die Sparvermögen Millionen Deutscher innerhalb kürzester Zeit vernichtet. Rentner und Sparer verlor

ren ihr Vermögen, Massenarmut war die Folge. Ein braunschweiges Schulbuch aus dem Jahr 1929 stellt fest: „Der größte Inflationsgewinnler aber war die Großindustrie. Mit geliehenem Gelde, das bei Rückzahlung fast wertlos war, kaufte sie alles auf, was an industriellen Unternehmungen zu haben war. Diese vereinigten Unternehmungen wurden zu Trusten und Konzernen zusammengeschlossen und bilden heute im Wirtschaftsleben eine gewaltige Macht.“¹⁾ Für diese „Gewinnler“ mögen die Zwanziger-Jahre „golden“ gewesen sein, aber nicht für die Kleinunternehmer und Arbeitnehmer.

Fast drei Millionen deutsche Soldaten kehren dauerhaft kriegsbeschädigt von der Front zurück. Die Versehrten, Amputierten, Blinden und Entstellten prägen das Straßenbild.

Die Lage der Kriegsversehrten und Kriegshinterbliebenen ist desolat, die staatliche Unterstützung äußerst mangelhaft. Auf das Heer der Kriegsbeschädigten ist die gesetzliche Fürsorge nicht eingerichtet. Die Versorgung der heimkehrenden Soldaten richtet sich nach ihrem erreichten Dienstgrad, von sozialer Gerechtigkeit kann keine Rede sein.

Die Renten sind noch an den Lebensverhältnissen der Vorkriegsjahre orientiert. Die Fürsorge liegt sowohl bei Ländern und Gemeinden wie auch bei privaten Wohlfahrtseinrichtungen. Hier eine einheitliche und gerechtere Versorgung zu schaffen, wird zur dringenden sozialen Aufgabe.



Ein im Ersten Weltkrieg mit dem Eisernen Kreuz geehrter kriegsversehrter Soldat muß um Geld betteln (Berlin 1923)

Quelle: *Geschichtsbilder, Braunschweig 1929, S.152 f.*

November 1923 – Das Scheitern des „Deutschen Oktobers“

Die Sowjets ließen sich von ihrer Niederlage gegen Polen nicht von ihrem Plan abbringen, den roten Massenmord auf Deutschland und Europa auszuweiten, denn schon im Herbst 1923 auf dem Höhepunkt der Weimarer Staatskrise wurde der nächste Versuch unternommen, die Weimarer Republik in einen kommunistischen Bürgerkrieg zu stürzen. Wie Boris Baschanow, der im Jahr 1928 nach Frankreich geflohene Sekretär Stalins, berichtete, fand Ende September 1923 eine geheime Sitzung des sowjetischen Politbüros statt, in der das Datum für den kommunistischen Umsturz in Deutschland festgelegt wurde: Der „Deutsche Oktober“ sollte auf Betreiben Trotzki am 9. November 1923 ausbrechen.¹⁾

Zur Vorbereitung der deutschen Revolution wurde Josef Unschlicht, der Vizevorsitzende der Geheimpolizei Tscheka und Stellvertreter Trotzki im Revolutionären Kriegsrat war, illegal nach Deutschland eingeschleust, um die Untergrundarbeit der deutschen Kommunisten zu koordinieren und die Bildung der kommunistischen Streitkräfte in Deutschland zu überwachen.²⁾ Wie Baschanow erklärte, entfiel auf Unschlicht „die Organisation von Abteilungen des bewaffneten Aufstandes für den Umsturz, ihre Rekrutierung und Versorgung mit Waffen. Außerdem sollte er eine deutsche Tscheka zur Vernichtung der Bourgeoisie und der Revolutionsgegner nach dem Umsturz aufstellen.“³⁾



Leo Trotzki (1879-1940)

Bereits lange vor der geplanten Revolution hatte der Kreml keine Mühen und Kosten gescheut, Deutschland für den Umsturz zu präparieren. Die Entscheidung über einen kommunistischen Revolutionsversuch fiel in Moskau. Zahlreiche Streiks gegen die rechtsgerichtete Regierung Wilhelm Cunos (Cuno-Streiks) schienen der Beginn revolutionärer Ereignisse zu sein. Der Vorsitzende der Komintern Grigori Sinowjew wies die KPD am 15. August 1923 an, sich auf eine herannahende revolutionäre Krise vorzubereiten. Dem stimmte Leo Trotzki ausdrücklich zu. Am 23. August 1923 kam es zu einer geheimen Sitzung des Politbüros der Kommunistischen Partei Rußlands. Auch der Deutschland-Experte Karl Radek befürwortete dort ein offensives Vorgehen. Skeptisch zeigte sich Josef Stalin. Das Kalkül hinter dem Plan: Nach einem Sieg der KPD würde das hoch industrialisierte "Sowjetdeutschland", so kalkulierte man in Moskau, den wirtschaftlichen Aufbau der noch überwiegend agrarischen Sowjetunion unterstützen.⁴⁾ Der schwerkranke Lenin spielte dabei schon keine Rolle mehr. Am Ende der Sitzung wurde eine Kommission des ZK aus vier Mitgliedern gebildet und umgehend unter falschen Identitäten zur illegalen Arbeit nach Deutschland geschickt. Die Mitglieder waren Radek, Unschlicht, Wassili Schmidt und Pjatakow. Radek sollte im Sinne Moskaus auf das ZK der KPD einwirken, Schmidt als Organisator der revolutionären Zellen innerhalb der deutschen Gewerkschaften fungieren, auf Pjatakow entfiel die allgemeine Koordination und Verbindung mit Moskau, und Unschlicht war verantwortlich für paramilitärische Belange sowie für die Bildung einer deutschen Tscheka für die Zeit nach dem Umsturz.⁵⁾ Ihre Untergrundarbeit inoffiziell unterstützen sollte auch der sowjetische Botschafter in Berlin, Nikolai Krestinski. Dieser war für die Verwaltung der geheimen Gelder (400.000 US-Dollar) zur Vorbereitung des Deutschen Oktober verantwortlich.⁶⁾

Doch die kommunistische Revolution kam nicht wie geplant zum Ausbruch. Ein wesentlicher Grund für das Scheitern des „Deutschen Oktobers“ lag in der beginnenden Zwietracht an der Spitze der kommunistischen Bewegung, denn nachdem sich Lenin aufgrund mehrerer Schlaganfälle im Jahr 1922 aus der Politik zurückziehen mußte, setzte in Moskau ein erbitterter Machtkampf ein, den Stalin letztlich für sich entscheiden konnte, nachdem er Trotzki ins Exil gezwungen und den sowjetischen Staatsapparat von politischen Gegnern „gesäubert“ hatte.

Quellen:

- 1) Viktor Suworow, *Stalins verhindertes Erstschiß* S.47 f.
- 2) [de.wikipedia.org, Josef Unschlicht](https://de.wikipedia.org/wiki/Josef_Unschlicht)
- 3) Boris Baschanow, *Ich war Stalins Sekretär*, S. 58
- 4) Reinhard Sturm: *Kampf um die Republik 1919 – 1923*
- 5) Baschanow, Boris: *Ich war Stalins Sekretär*, Ullstein 1982, S. 58
- 6) Volker Ullrich: *Der Aufstand, der nicht stattfand - Die Zeit*, 11. Dezember 2003.

1924

Utopische Reparationsforderungen erdrücken die deutsche Wirtschaft

„Als Reparationsschuld waren dem Reich im Jahre 1921 31,4 Milliarden Dollar (132 Milliarden Goldmark) zu-diktirt worden. Diese utopische Summe sollte Deutschland bezahlen, weil der in seinem Deutschenhaß maß-lose französische Ministerpräsident Raymond Poincare außer den eigentlichen Reparationen auch Frankreichs Kriegskosten und sogar Pensionen bezahlt wissen wollte“.¹⁾

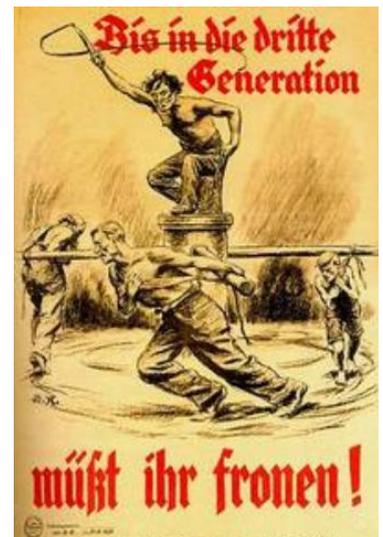
Diese vorzeitige Gesamthöhe der Reparationszahlungen wurde am 5. Mai 1921 von den Alliierten auf der Lon-doner Schuldenkonferenz festgelegt.

Wie unrealistisch hoch diese Ansprüche waren, beschrieb der Autor *Josef A. Kofler*:

„Deutschland wurde gezwungen, 137 Milliarden Goldmark (Die Summe variierte im Laufe der Zeit) ‚Wiedergutmachung‘ zu bezahlen. Diese Forderungen waren das Vierfache des damaligen Goldbestan-des der Welt. Sie waren das Vierunddreißigfache der Kontributionen von 1871, die Frankreich zahlen sollte ... (Nach verlorenem Krieg gegen Deutschland)“²⁾

Im Versailler Vertrag war weder eine präzise Endsumme festgelegt worden noch ein Zeitraum, in welcher diese zu zahlen gewesen wäre. Die Alliierten konnten selbst darüber entscheiden, was zu der anfänglichen Forderung von 132 Milliarden Goldmark führte. Als die Weimarer Republik, wie schon 1919 voraussehen war, diesen haushohen Forderungen nicht nachkommen konnte, wurde unter englisch-nordamerikanischer Leitung im August 1924 der Dawes-Plan entwickelt. Er vermied die Angabe einer Endsumme und bestimmte als regelmäßige deutsche Jahreszahlung - abgesehen von den vier ersten Jahren - die ebenfalls viel zu hohe Summe von 2,5 Milliarden Goldmark. Als Pfand stellte er die Reichsbank und die neu gegründete Deutsche-Reichsbahn-Gesellschaft unter ausländische Überwachung und setzte dazu einen nordamerikanischen Generalbevollmächtigten in Berlin ein.

Nur mittels hoher Auslandsanleihen konnten die ersten Zahlungen des Dawes-Planes erfüllt werden. Deutschland - nach wie vor nicht zahlungsfähig - lieh sich das verlangte Geld bei US-Banken und zahlte seine Reparationen nun fünf Jahre lang mit immer neuen Schulden. Die deutschen Schulden bei den Alliierten wurden also von amerikanischen Banken bezahlt, was absurd war, da Zahlungen der Alliierten, circa in Höhe der deutschen Reparationen, etwa gleichzeitig an amerikanische Banken gingen, bei denen sich die Alliierten im Ersten Weltkrieg verschuldet hatten.

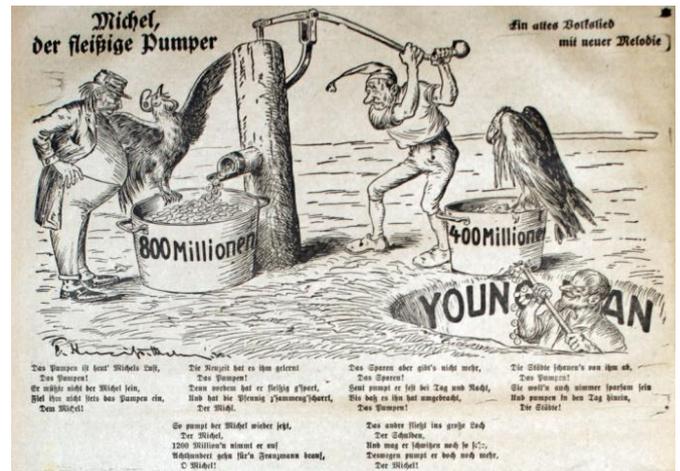


Plakat aus der Weimarer Republik, das sich gegen die wahnwitzigen Reparationsforderungen der Sieger wandte

Der Dawes-Plan

Der Vertrag von Versailles nach dem Ersten Weltkrieg erlegte dem besiegten Deutschland eine große Reparationslast auf. Diese finanzielle Last – die eine wirkliche Ursache der deutschen Unzufriedenheit war, die dann zur Akzeptanz des Hitlersystems führte – machten sich die internationalen Bankiers zu ihrem eigenen Vorteil zunutze. Der Dawes-Plan, wie auch später der Young- Plan, schufen die Möglichkeit, gewinnbringende Anleihen für deutsche Kartelle in den Vereinigten Staaten aufzulegen. Beide Pläne wurden von denselben Zentralbankern realisiert, die auch in den Komitees saßen und dort ihre eigenen finanziellen Vorteile verfolgten. Obwohl diese Komitees formell gesehen nicht von der US-Regierung berufen wurden, billigte und förderte die Regierung diese Pläne.

Das Feilschen der Financiers und der Politiker in der Nachkriegszeit hatte die deutschen Reparationszahlungen auf 132 Milliarden Goldmark festgesetzt, zu zahlen in jährlichen Raten, die etwa einem Viertel des Gesamtexports Deutschlands im Jahre 1921 entsprachen. Als Deutschland nicht in der Lage war, diese erdrückenden Summen zu zahlen, besetzten Frankreich und Belgien das Ruhrgebiet, um sich mit Gewalt das zu holen, was nicht auf freiwilliger Basis zu holen war. 1924 beriefen die Alliierten ein Komitee von Bankiers, dessen Vorsitzender der amerikanische Bankier Charles G. Dawes wurde. Hier sollte ein Programm für die Reparationszahlungen entwickelt werden. Der daraus resultierende **Dawes-Plan** war laut



Carroll Quigley, Universitätsprofessor für Internationale Beziehungen in Georgetown, „zum großen Teil ein J.P.-Morgan-Produkt.“³⁾ Unter dem Dawes-Plan wurde eine Reihe ausländischer Darlehen mit einer Gesamtsumme von \$ 800 Millionen aufgelegt, deren Erlöse nach Deutschland fließen. Diese Darlehen sind für unsere Geschichte von Bedeutung, da die Summen, die zum größten Teil in den USA von Dollarinvestoren aufgebracht wurden, Mitte der zwanziger Jahre dafür verwendet wurden, die gigantischen Chemie- und Stahlkombinate der IG Farben beziehungsweise der Vereinigten Stahlwerke zu schaffen und zu konsolidieren. Diese Kartelle verhalfen nicht nur Hitler 1933 zur Macht, sondern produzierten auch den Großteil der deutschen Schlüsselkriegsmaterialien, die im Zweiten Weltkrieg Verwendung fanden.

Zwischen 1924 und 1931 zahlte Deutschland unter dem Dawes- und dem Young-Plan etwa 36 Milliarden Mark an Reparationen an die Alliierten. Gleichzeitig lieh sich Deutschland im Ausland, vornehmlich in den USA, etwa 33 Milliarden Mark – und leistete somit eine Nettzahlung von nur drei Milliarden Mark an Reparationen. Folglich wurde die Last der deutschen Reparationszahlungen an die Alliierten eigentlich von ausländischen Käufern deutscher Pfandbriefe getragen, die wiederum von den Finanzhäusern der Wall Street ausgestellt wurden, mit natürlich bedeutenden Gewinnen für diese Finanzhäuser selbst. Und – das sollte vermerkt werden – diese Firmen gehörten denselben Financiers, die periodisch ihre Bankiershüte ablegten und neue anlegten, um „Staatsmänner“ zu werden. Als „Staatsmänner“ formulierten sie den Dawes- und den Young-Plan aus, um das „Problem“ der Reparationen zu „lösen“. Als Bankiers legten sie die Darlehen auf. Wie **Carroll Quigley** herausstellt:

„Erwähnenswert ist, daß dieses System von den internationalen Bankiers eingerichtet wurde und daß das folgende Leihen des Geldes anderer Leute an Deutschland sehr ertragreich für diese Bankiers war.“⁴⁾

Wer waren diese internationalen Bankiers aus New York, die die Reparationskommissionen bildeten?

Die Experten des Dawes-Plans von 1924 aus den USA waren der Bankier Charles Dawes und der Vertreter Morgans, Owen Young, der Präsident der General Electric Company war. Dawes war 1924 Vorsitzender des Expertenkomitees der Alliierten. 1929 wurde Owen Young Vorsitzender des Expertenkomitees und wurde von J.P. Morgan selbst unterstützt, mit den Stellvertretern T.W. Lamont, einem Partner Morgans, und T.N. Perkins, einem Bankier mit Verbindungen zu Morgan. Mit anderen Worten waren die US-Delegationen schlicht und einfach, wie Quigley herausgestellt hat, Delegationen J.P. Morgans, die mit Hilfe der Vollmacht und des Siegels der USA Finanzpläne vertraten, die zugleich zu ihrem eigenen finanziellen Vorteil waren. Infolgedessen „saßen die internationalen Bankiers im Himmel und wurden mit Gebühren und Aufträgen überschüttet“⁵⁾, wie es Quigley ausdrückte.

Die deutschen Mitglieder des Expertenkomitees waren gleichermaßen interessant. 1924 war Hjalmar Schacht Präsident der Reichsbank und hatte eine wichtige Rolle bei der organisatorischen Arbeit für den Dawes-Plan; ebenso der deutsche Bankier Carl Melchior. Unter den deutschen Delegierten von 1928 befand sich A. Voegler vom deutschen Stahlkartell Vereinigte Stahlwerke. Kurz, die zwei bedeutenden Länder, die hier involviert waren (die USA und Deutschland), wurden auf der einen Seite durch die Morgan-Bankiers repräsentiert und durch Schacht und Voegler auf der anderen, wobei beide Schlüsselfiguren beim Aufstieg von Hitlerdeutschland und der nachfolgenden deutschen Aufrüstung waren.

Zuletzt waren die Mitglieder und Berater der Dawes- und Young-Kommissionen nicht nur mit den New Yorker Finanzhäusern verbunden, sondern auch – wie wir später sehen werden – Direktoren von Firmen innerhalb der deutschen Kartelle, die Hitler zur Macht verhalfen.

Der Young-Plan



Laut Hitlers Finanzgenie *Hjalmar Horace Greeley Schacht* (Bild links, 1877-1970) und dem Naziindustriellen Fritz Thyssen war es der Young-Plan von 1929 (der Nachfolgeplan des Dawes-Plan), der von dem Agenten Morgans, Owen D. Young, formuliert wurde, der Hitler 1933 an die Macht brachte. Fritz Thyssen behauptet:

„Ich wandte mich der Nationalsozialistischen Partei erst zu, nachdem ich überzeugt war, daß der Kampf gegen den Young-Plan unvermeidbar war, wenn der völlige Zusammenbruch Deutschlands verhindert werden sollte.“⁶⁾

Der Unterschied zwischen dem Young-Plan und dem Dawes-Plan bestand darin, daß der Young-Plan Geldzahlungen erforderte, während der Dawes-Plan Zahlungen in Gütern, die in Deutschland hergestellt und durch ausländische Darlehen finanziert wurden, erforderte. „Meiner Meinung nach schrieb Thyssen mußten die finanziellen Schulden, die so geschaffen wurden, die gesamte Wirtschaft des Reiches zerstören.“

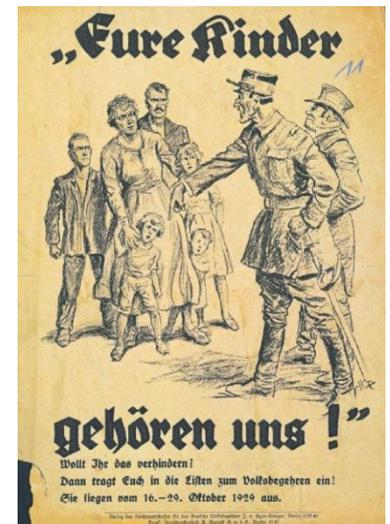
Der Young-Plan war zugegebenermaßen eine Vorrichtung, die dazu bestimmt war, Deutschland mit amerikanischem Kapital zu besetzen und auf die realen Werte Deutschlands eine riesige Hypothek in den Vereinigten Staaten aufzunehmen. Es sollte festgehalten werden, daß deutsche Firmen mit Verbindungen zu amerikanischen Unternehmen den Plan durch die Konstruktion einer vorübergehenden ausländischen Eigentümerschaft umgingen. Beispielsweise fusionierte die AEG (die Allgemeine Deutsche Elektrizitätsgesellschaft) mit der General Electric in den USA, wurde an eine französisch-belgische Beteiligungsgesellschaft verkauft und umging somit die Bedingungen des Young-Plans. Es sollte im Vorbeigehen auch festgehalten werden, daß Owen Young der große finanzielle Unterstützer Franklin D. Roosevelts bei dem Unternehmen United Europe war, als FDR als geklonter Wall-Street-Financier bestrebt war, einen Vorteil aus der deutschen Hyperinflation des Jahres 1923 zu ziehen. United Europe war gedacht als Vehikel für Spekulationen und Profite nach der Annahme des Dawes-Plans und ist ein eindeutiger Beweis dafür, daß private Financiers (inklusive Franklin D. Roosevelt) mit Hilfe der Macht des Staates ihre eigenen Interessen vorantrieben, indem sie die Außenpolitik manipulierten.

Schachts Parallelvorwurf, Owen Young sei verantwortlich für den Aufstieg Hitlers, der natürlich auch im eigenen Interesse gemacht wurde, ist in einem Bericht des US-Nachrichtendienstes dokumentiert, der das Verhör von Schacht im September 1945 wiedergibt:

„Die Annahme des Young-Plans und seiner finanziellen Prinzipien ließ die Zahl der Arbeitslosen immer weiter ansteigen, bis es etwa eine Million Arbeitslose gab. Die Menschen waren verzweifelt. Hitler sagte, er würde die Arbeitslosigkeit beseitigen. Die amtierende Regierung dieser Zeit war eine äußerst schlechte und die Lage des Volkes wurde immer schlimmer. Dies war eigentlich der Grund für den enormen Erfolg, den Hitler bei der Wahl zu verzeichnen hatte. Als die letzte Wahl kam, erhielt er etwa 40% der Stimmen.“⁷⁾

Hjalmar Horace Greeley Schacht

Jedoch ging der Gedanke der späteren Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (Bank for International Settlements – BIZ) auf Schacht und nicht auf Owen Young zurück. Die tatsächlichen Einzelheiten wurden auf



Plakat zum (gescheiterten) Volksbegehren gegen den Young-Plan. Auch die nächste Generation sollte für die utopischen Reparationsforderungen der Alliierten aufkommen.

einer Konferenz unter dem Vorsitz von Jackson Reynolds, „einem der führenden New Yorker Bankiers“, zusammen mit Melvia Traylor von der First National Bank of Chicago, Sir Charles Addis, ehemals von der Hong Kong and Shanghai Banking Corporation, sowie verschiedenen französischen und deutschen Bankiers ausgearbeitet.⁸⁾ Die BIZ war unter dem Young-Plan als Instrument zur Abwicklung der internationalen finanziellen Beziehungen notwendig geworden. Seinen eigenen Aussagen gemäß gab Schacht Owen Young auch die Idee, die später, nach dem Zweiten Weltkrieg, zur Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (International Bank for Reconstruction and Development) wurde:



Unterzeichnung des Young-Planes als Abschluß der Pariser Sachverständigen-Konferenz am 7. Juni 1929 im Hotel George V. in Paris
Rechts Dr. Hjalmar Schacht, in der Mitte links Owen Young

„Eine Bank dieser Art erfordert die finanzielle Zusammenarbeit der Besiegten mit den Siegern, die zu einer Interessensgemeinschaft führt, die wiederum gegenseitiges Vertrauen und Verständnis entstehen läßt und somit den Frieden fördert und sichert.

Ich kann mich immer noch lebhaft an die Atmosphäre, in der dieses Gespräch stattfand, erinnern. Owen Young saß in seinem Sessel und rauchte seine Pfeife. Seine Beine waren ausgestreckt und sein scharfer Blick war unbeirrbar auf mich gerichtet. Wie es nun einmal meine Gewohnheit ist, wenn ich derartige Argumente unterbreite, ging ich ruhig den Raum auf und ab. Als ich mit meinen Vorschlägen fertig war, herrschte eine kurze Pause. Dann leuchtete sein gesamtes Gesicht auf, und sein Entschluß äußerte sich durch die folgenden Worte:“

„Dr. Schacht, Sie haben mir eine wunderbare Idee unterbreitet und ich werde sie der Welt verkaufen.“⁹⁾

Die im Dawes-Plan festgelegten Verpflichtungen erwiesen sich als eine für die Weimarer Republik nicht tragbare Belastung. Im Juni 1929 legte daher ein Sachverständigenausschuß unter Leitung von Owen Young einen neuen Zahlungsplan für Reparationen vor (Young-Plan), der dem deutschen Wunsch nach Senkung der Schuldenlast minimal, aber nicht ausreichend entgegenkam. Die Reparationssumme wurde nun auf 112 Milliarden Reichsmark mit einer Laufzeit bis 1988 festgelegt. Die durchschnittliche Jahresrate betrug 2 Milliarden Reichsmark. Das war zwar eine Senkung der Forderungen, doch weit weniger als sich die Deutschen erhofft hatten. Die deutsche Wirtschaft wurde so weiter erdrückt und der Widerstand gegen den Young-Plan wuchs. Die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) sowie die NSDAP hatten deshalb leichtes Spiel, den Unmut in der Bevölkerung auszunutzen. Schließlich wurde ein ganzes Volk so für fast 60 Jahre zum Schuldenzahlen verdammt. Plakate gegen den Young-Plan legten den Alliierten die Worte „Eure Kinder gehören uns“ in den Mund.

Hitlers Reichsbankchef Hjalmar Schacht bestätigte in einem Verhör der Nürnberger Prozesse, daß der Young-Plan für den Aufstieg Hitlers mitverantwortlich gewesen war: „Die Annahme des Young-Plans und seiner finanziellen Prinzipien ließ die Zahl der Arbeitslosen immer weiter ansteigen, bis es etwa eine Million Arbeitslose gab. Die Menschen waren verzweifelt. Hitler sagte, er würde die Arbeitslosigkeit beseitigen. Die amtierende Regierung dieser Zeit war eine äußerst schlechte, und die Lage des Volkes wurde immer schlimmer. Dies war eigentlich der Grund für den enormen Erfolg, den Hitler bei der Wahl zu verzeichnen hatte.“¹⁰⁾



Deutschland mußte sich bei amerikanischen Banken verschulden, um Reparationen an die Alliierten zu zahlen, die ebenfalls bei amerikanischen Banken verschuldet waren.

Quellen:

de.wikipedia.org, Dawes-Plan

- 1) *spiegel.de*, Dawes-Anleihe: Etwas besseres gibt es nicht, 23.03.1960
- 2) Josef A. Kofler: *Die falsche Rolle mit Deutschland*, S. 13
- 3) *None Dare Call it Conspiracy*. Rossmoor, Concord Press, 1971. Für eine andere Perspektive, die auf Insider-Dokumenten beruht, S. Carroll Quigley, *Tragedy and Hope*, The Macmillan Company, New York 1966; dt. Teilausgabe unter dem Titel *Katastrophe und Hoffnung* bei Perseus Verlag, Basel, 2007.
- 4) *Ebda.*, S. 308.
- 5) *Ebda.*, S. 309.
- 6) Fritz Thyssen, *I Paid Hitler*, Farrar & Rinehart, New York, S. 88.
- 7) *US Group Control Council (Germany)*, Office of the Director of Intelligence, *Intelligence Report No. EF/ME/1*, 4 September 1945. Siehe auch Hjalmar Schacht, „Confessions of the old Wizard“, Houghton Mifflin, Boston 1956. (Dt: *76 Jahre meines Lebens*, Bad Wörrishofen 1953.)
- 8) Hjalmar Schacht, a.a.O., S. 18. Fritz Thyssen fügt hinzu, „Damals sagte mir Mr. Dillon, ein New Yorker Banker jüdischer Herkunft, den ich sehr bewunderte: «An Ihrer Stelle würde ich nicht unterzeichnen.»“
- 9) *Ebda.*; S. 232.
- 10) Anthony C. Sutton, *Wallstreet und der Aufstieg Hitlers*, S.28

1924

Die Wall Street investiert in Deutschlands Kriegsindustrie und finanziert den Aufstieg Hitlers

Der im August 1924 übernommene Dawes-Plan paßte bestens zu den militär-ökonomischen Planungen des deutschen Generalstabs.

Zeugenaussage vor dem US-Senat, Komitee für militärische Angelegenheiten, 1946

Das Kilgore-Komitee des US-Senats nach dem Zweiten Weltkrieg erhielt detaillierte Beweise von Regierungsbeamten, die besagten, daß

*... als die Nazis 1933 an die Macht kamen, sie feststellten, daß seit 1918 große Schritte unternommen worden waren, um Deutschland wirtschaftlich und industriell auf einen Krieg vorzubereiten.*¹⁾

Diese Aufrüstung für einen europäischen Krieg vor und nach 1933 war zum großen Teil der finanziellen Hilfe zu verdanken, welche die Wall Street in den zwanziger Jahren geleistet hatte, um das deutsche Kartellsystem aufzubauen; aber auch der technischen Hilfe sehr bekannter amerikanischer Firmen beim Aufbau der Wehrmacht.

Ausgerechnet von Hitlers Kriegsgegner *Franklin D. Roosevelt* soll die Aussage stammen: *„In der Politik geschieht nichts zufällig. Wenn etwas geschieht, kann man sicher sein, daß es auch auf dieser Weise geplant war.“* Hundertprozentig belegt ist, was dem damaligen bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer in der ARD-Sendung „Pelzig unterhält sich“ herausrutschte: *„Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden!“*



John Pierpont "Jack" Morgan Jr. (1867-1943)

Ist es also überhaupt realistisch, daß sich eine einzelne Person aus eigener Kraft und ohne Hilfe von finanzstarken Hintermännern an die Spitze eines Staates setzen kann? Auch das Buch „Wall Street und der Aufstieg Hitlers“ des amerikanischen Historikers Anthony C. Sutton stellt diese Frage und beantwortet sie zumindest im Fall von Adolf Hitler mit einem klaren: „Nein“. Ohne ausländische Finanziere hätte weder Hitler 1933 die Macht ergreifen, noch das Dritte Reich einen wirkungsvollen Krieg führen können. Mit Darlehen der US-Hochfinanz (siehe Dawes-Plan) entstand ab 1924 das Chemieunternehmen IG Farben, dessen Produktionskapazitäten Hitler den Krieg erst ermöglichten.

So deckten die Produktionswerke der IG Farben nicht nur über 70% der deutschen Sprengstoffproduktion, sondern auch 95% des Giftgases sowie sage und schreibe 100% des Schmierölbedarfs, genauso wie 100% des für Flugzeugtriebwerke so wichtigen Methanols.

Diese Auflistung ist dabei nur exemplarisch und könnte noch lange für andere Rohstoffe mit ganz ähnlichen hohen Prozentsätzen fortgeführt werden.

Dr. Schnitzler, Aufsichtsrat der IG Farben, sagte 1943: *„Es ist nicht übertrieben zu behaupten, daß ohne die Arbeit der deutschen Chemie unter dem Vierjahresplan die Führung eines modernen Krieges undenkbar gewesen wäre.“*²⁾

Der Beitrag des amerikanischen Kapitalismus zu den deutschen Kriegsvorbereitungen vor 1940 kann nur als phänomenal beschrieben werden. Er war mit Sicherheit von entscheidender Bedeutung für die deutschen militärischen Fähigkeiten. Beispielsweise produzierte Deutschland 1934 nur 300.000 Tonnen Naturprodukte aus Petroleum und weniger als 300.000 Tonnen synthetisches Benzin; der Rest wurde importiert.

Unzählige - teilweise hochgradig kriegsnotwendige - Patente wurden von US-Firmen mit Nähe zur Wall Street unentgeltlich an Deutschland übertragen. Der größte Patentaustausch fand zwischen der IG Farben und der US-Ölfirma Standard Oil statt. So wanderte beispielsweise ein amerikanisches Patent von Standard Oil zur Herstellung von Öl aus Braunkohle über den Atlantik direkt in die deutsche Kriegsindustrie.

Im Zweiten Weltkrieg, nachdem die Patente und Technologien der Standard Oil of New Jersey zur Kohlehydrierung (um synthetisches Benzin aus Kohle herzustellen) an die IG Farben übergeben worden waren, produzierte Deutschland etwa 6½ Millionen Tonnen Öl – wovon 85% (5 Millionen Tonnen) synthetisches Öl waren, das mit Hilfe des Kohlehydrierungsprozesses der Standard Oil hergestellt wurde. Darüber hinaus lag die Kontrolle der Produktion des synthetischen Öls bei der IG Farben-Tochter Braunkohle-Benzin AG und dieses Farben-Kartell war 1926 mit finanzieller Hilfe der Wall Street geschaffen worden.

Standard Oil wurde kontrolliert von der Rockefeller-Familie, die sowohl die US-Zentralbank Federal Reserve mitgegründet als die bolschewistische Revolution 1917 mitfinanziert hatte. Danach hielten ihre Banken und Unternehmen auch das marode System des Kommunismus des durch technologische Transfers weltweit am Leben, wie Sutton in seinem Buch „Der leise Selbstmord. Amerikas Militärhilfe an Moskau“ nachweist.

Auch in anderen Sektoren läßt sich die Spur des Geldes in USA zurückverfolgen: Die größten Panzerhersteller des deutschen Reiches, Opel und die Ford A.G., waren beide Unternehmen, die in den Händen von Amerikanern lagen. Opel war im Vollbesitz von General Motors, das dem US-Bankier J. P. Morgan gehörte, und die Ford A.G. unterstand dem namensgebenden Industriemagnaten und Inhaber Henry Ford.

Von der Firma AEG wurde ein maßgeblicher Anteil der deutschen Kriegselektronik hergestellt. Die AEG war mit Krediten der Wall-Street Bank „National City Bank“ aufgebaut worden. J.P. Morgans Firma General Electric war zudem mit etwa 30 Prozent der größte Einzelteilhaber der AEG und hatte damit die größten Mitspracherechte. General Electric hatte auch in den 20er-Jahren die Elektrifizierung der frühen Sowjetmacht durchgeführt und sie so erst am Leben erhalten. Besonders interessant: Bei Bombardierungen wurde die AEG - im Gegensatz zu ihrem rein deutschen Branchennachbar Siemens - systematisch ausgespart. Das läßt aufhorchen.

Der NSDAP-Wahlkampf wurde von der IG Farben ebenfalls mit hohen Geldsummen unterstützt. Der Autor **G. Edward Griffin** schreibt:

„Der Generaldirektor der I.G. Farben, Hermann Schmitz, war persönlicher Berater von Reichskanzler Brüning. Dr. Karl Duisberg, der erste Vorsitzende der IG Farben (und Gründer American Bayer Co. und Carl Bosch, Schmitz' Vorgänger als Generaldirektor der IG Farben, gründeten einen geheimen, vierköpfigen politischen Ausschuß, um Verbindungen zu allen politischen Parteien in Deutschland zu schaffen und sie unter Kontrolle zu bringen. In den Nürnberger Prozessen sagte Baron von Schnitzler aus, daß die IG Farben nicht zögerte, in ihrer Rolle als verborgener politischer Manipulator erhebliche finanzielle Mittel einzusetzen. Er schätzte, daß jede Wahl das Kartell etwa 400.000 Reichsmark kostete - eine gewaltige Summe in den 1930er-Jahren.“³⁾

Genau diese „gewaltige“ Summe wurde kurz vor der Wahl im März 1933 an eine einzige Partei gezahlt, nämlich an die NSDAP⁴⁾, und machte die IG Farben zum wichtigsten heimischen Unterstützer Hitlers. Der Autor Richard Sasuly sprach sogar von Zuwendungen in Höhe von drei Millionen Reichsmark ab dem Herbst 1932.⁵⁾

Mit der Finanzierung der Sowjetunion und deren Verbindung zur Wallstreet beschäftigt sich Sutton in „Wallstreet und die Bolschewistische Revolution“. Zu allem Überfluß weist Sutton in seinem Werk „Roosevelt und die internationale Hochfinanz: die Weltverschwörung in der Wallstreet“ nach, daß auch Franklin D. Roosevelt mit Unterstützung der Wall Street an die Spitze der US-Regierung befördert wurde. Handelte es sich bei den Kriegen etwa nur um ein abgekartetes Spiel der Finanziere von Internationalem Sozialismus, Nationalsozialismus und Roosevelts „New-Deal-Sozialismus“, um Europa in den Krieg zu manövrieren?

Die IG Farben ist bei der Bildung des nationalsozialistischen Staates von spezifischem Interesse, weil die Direktoren der Farben Hitler und den Nazis 1933 materiell zur Macht verhalfen.

I.G. FARBENINDUSTRIE AKTIENGESELLSCHAFT
Bankabteilung

POSTANSCHRIFT I.G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft Bankabteilung Frankfurt (Main) 20, Grödenbergplatz	DRAHTWORT IGFARBEN Frankfurt/Main	FERNRUF Ortsverkehr: Sammelnummer 200 27 Fernverkehr: Sammelnummer 300 49	GESCHAFTSZEIT 9-17 Uhr Sonnabend 9-12 ^{1/2} Uhr	KONTEN Reichsbank-Giro-Konto Frankfurt (Main) Postcheck-Konto 241 Frankfurt (Main)
--	--	--	---	---

Firma

Delbrück Schickler & Co., X

Berlin W.8.

Mauerstr. 63/65.

Ihre Zeichen _____ Ihre Nachricht vom _____ Unsere Zeichen Nr. _____

FRANKFURT (MAIN) 20

den **27. Febr. 33.**

B./G5.

Betreff _____

Wir teilen Ihnen hierdurch mit, dass wir die
DRESDNER BANK in FRANKFURT/M., FRANKFURT A/M., beauftragt
haben, Ihnen morgen vormittag
RM 400.000.--
zu vergüten, die Sie zu Gunsten des Kontos
• NATIONALE TREUHAND •
verwenden wollen.

Hochachtungsvoll

I.G. FARBENINDUSTRIE AKTIENGESELLSCHAFT.

Mohr *W. Jäger*

sch. EILBOTEN.

fotografisches Beweismaterial, daß die IG Farben 400.000 RM in Hitlers politischen „Schmiergeldfonds“ zahlte.

Dies war der geheime Fonds, der die Machtergreifung der Nazis im März 1933 finanzierte. Viele Jahre zuvor hatte die IG Farben die finanziellen Mittel aus der Wall Street zum Aufbau des Kartells und der Ausweitung in Deutschland 1925 und \$ 30 Millionen für die amerikanische IG Farben 1929 erhalten und hatte Direktoren aus der Wall Street im Vorstand der Farben. Es sollte festgehalten werden, daß sowohl die Beschaffung dieser Mittel als auch die Direktorenbesetzungen Jahre vor Hitlers Beförderung zum deutschen Diktator lagen.

Quellen:

Anthony C. Sutton: *Wall Street und der Aufstieg Hitlers*, Basel, Perseus Verlag, 2008, 4. Auflage

- 1) *United States Congress. Senate. Anhörungen vor einem Unterkomitee des Komitees für militärische Angelegenheiten. Elimination of German Resources for War. Bericht gemäss S. Res. 107 und 146, 2. Juli 1945, Teil 7 (78th Congress und 79th Congress). Washington, Government Printing Office 1945, von hier an zitiert als Elimination of German Resources.*
- 2) *Subcommittee of Committee on Military Affairs- Elimination of German Resources, 5.947*
- 3) *G. Edward Griffin: Eine Welt ohne Krebs - Die Geschichte des Vitamin 817 und seiner Unterdrückung, Rottenburg, Kopp-Verlag, 2006, 5.225.*
- 4) *Anthony C. Sutton, Wall Street und der Aufstieg Hitlers, 5.36*
- 5) *Griffin, 5.226*

BIZ – die Spitze des Kontrollsystems

Diese Interaktion der Gedanken und diese Zusammenarbeit zwischen Hjalmar Schacht in Deutschland und, durch Owen Young, den Interessen J.P. Morgans in New York war nur eine Facette eines gewaltigen und ehrgeizigen Systems der Zusammenarbeit und eines internationalen Bündnisses zur Beherrschung der Welt. Wie von Carroll Quigley beschrieben, war dieses System *„nicht weniger als die Schaffung eines Weltsystems der finanziellen Steuerung in privaten Händen zur Beherrschung des politischen Systems eines jeden Landes und der Wirtschaft der Welt als gesamter“*¹⁾

Dieses Feudalsystem funktionierte in den zwanziger Jahren, so wie es heute funktioniert, durch das Medium der privaten Zentralbankiers in jedem Land, die die Geldschöpfung der Wirtschaft des jeweiligen Landes steuern. Während der zwanziger und dreißiger Jahre übten das New Yorker Federal Reserve System, die Bank of England, die deutsche Reichsbank und die Banque de France mehr oder weniger indirekten Einfluß auf den politischen Apparat ihres jeweiligen Landes durch die Steuerung der Geldmenge und der Gestaltung der monetären Gesamtumstände aus. Ein direkterer Einfluß wurde durch Bereitstellung oder Entzug politischer Fonds für Politiker und politische Parteien ausgeübt. In den Vereinigten Staaten gab beispielsweise Präsident Herbert Hoover 1932 dem Entzug der Unterstützung seitens der Wall Street und deren Umschalten auf Finanzierung und Beeinflussung Franklin D. Roosevelts die Schuld an seiner Niederlage.

Politiker, die für die Ziele des Finanzkapitalismus zugänglich sind, und Wissenschaftler, die reichlich Ideen zur Beherrschung der Welt produzieren, wie sie den internationalen Bankiers nützlich erscheinen, werden durch ein System der Belohnung und Strafe bei der Stange gehalten. Anfang der dreißiger Jahre war die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel / Schweiz das führende Vehikel dieses internationalen Systems finanzieller und politischer Steuerung, das Quigley als „die Spitze des Systems“ bezeichnete. Die BIZ-Spitze setzte ihre Arbeit während des Zweiten Weltkrieges als Medium fort, durch das die Banker – die anscheinend nicht gegeneinander im Krieg standen – einen gegenseitig nutzbringenden Austausch an Ideen, Informationen und Plänen für die Nachkriegswelt fortsetzen konnten. Wie ein Schriftsteller beobachtete, spielte der Krieg für die internationalen Bankiers keine Rolle:

*„Die Tatsache, daß die Bank eine wahrlich internationale Belegschaft besaß, stellte natürlich eine höchst anomale Situation zu Kriegszeiten dar. Ein amerikanischer Präsident betrieb die täglichen Geschäfte der Bank mittels eines französischen Generaldirektors, der einen deutschen stellvertretenden Generaldirektor hatte, während der Generalsekretär italienischer Staatsangehörigkeit war. Angehörige anderer Staaten nahmen weitere Stellen ein. Diese Männer standen natürlich untereinander in täglichem direktem Kontakt. Außer Mr. McKittrick hatten sie natürlich während dieser Zeit ihren dauerhaften Wohnsitz in der Schweiz und sollten zu keinem Zeitpunkt den Anweisungen ihrer Regierung unterliegen. Die Direktoren der Bank jedoch blieben natürlich in ihrem eigenen Land und standen in keinem direkten Kontakt zu dem Bankpersonal. Dennoch wird behauptet, daß H. Schacht, Präsident der Reichsbank, sich während dieser Zeit meist einen persönlichen Stellvertreter in Basel hielt.“*²⁾

„Diese geheimen Treffen - Treffen, die geheimer als alle Treffen der Royal-Ark-Freimaurer oder irgendeines Rosenkreuzerordens waren“³⁾ - zwischen den Zentralbankiers an der „Spitze“ der Kontrollstruktur waren es, welche die zeitgenössischen Journalisten so zu faszinieren pflegten, obwohl sie nur sehr selten und kurzzeitig hinter die Maske der Geheimhaltung zu schauen vermochten.

Ohne das von der Wall Street gelieferte Kapital hätte es in erster Linie gar keine IG Farben gegeben und fast sicher nicht einen Adolf Hitler und einen Zweiten Weltkrieg.

Amerikanische Bankiers halfen Hitler in den Sattel. (Der Amsterdamer Verlag Holkema und Van Warendorfs Uitg. Mij. NV veröffentlichte unter dem Titel „Die Geldquellen des Nationalsozialismus – Drei Gespräche mit Hitler“ ein Buch über die ausländischen finanziellen Förderer des Nationalsozialismus. Der Autor Sidney Warburg ist Partner im einflußreichen amerikanischen Bankhaus Warburg & Co.

Als 1929, so berichtet Warburg, in der amerikanischen Wirtschaft ein gefährlicher Abwärtstrend erkennbar wurde, machte man sich Sorgen um das in Übersee investierte Geld. Der Präsident des Guaranty Trust bat Warburg damals, nach Europa zu fahren, um herauszufinden, in welchem Masse das in Deutschland investierte Kapital durch eine kommunistische Revolution gefährdet sei. Warburg reiste 1929 nach Europa. Nach seiner Rückkehr konnte er den Gedanken bestätigen, der schon in den höchsten amerikanischen Finanzkreisen die Runde machte – daß es nur einen Weg gebe – Hitler! Wie Hearst, der Besitzer des größten amerikanischen Zeitungskonzerns glaubte, würde Hitler sich nicht unzugänglich zeigen. Warburg sollte noch einmal nach Europa reisen – dieses Mal über Italien –, und zu diesem Zweck die Banca Italiana in Rom aufsuchen. Er speiste mit Gregor Strasser und Göring in Balbos Haus. Das Geld, das kurz zuvor verfügbar gemacht worden war, floss über ausländische Banken: fünf Millionen über die Rotterdamsche Bankvereinigung und weitere fünf Millionen über Mendelssohn & Co., Amsterdam. Die Partei brauchte jedoch noch mehr Geld. Weitere 5 Millionen wurden beigesteuert, um die Partei zur Macht zu bringen. Dennoch schritt die Angelegenheit für Warburgs Auftraggeber nicht rasch genug voran. Im Januar 1933 ist Warburg abermals in Deutschland. Dieses Mal empfängt ihn Göring, und auch Goebbels ist anwesend. Erneut werden Hitler Millionen zur Verfügung gestellt. Die Summe, die ihm den Weg zur Macht ebnete, war auf 34 Millionen angewachsen.

Diese Enthüllungen zeigen, wie ungerecht man mit den Deutschen verfährt, wenn man ihnen allein die Schuld an der Machtübernahme des Nationalsozialismus gibt.³⁾

Quellen:

Anthony C. Sutton: *Wall Street und der Aufstieg Hitlers*, Basel, Perseus Verlag, 2008, 4. Auflage

1. Carroll Quigley, *Tragedy and Hope*, S. 324

2. Henry H. Schloss, *The Bank for International Settlements*

3. <https://www.h-ref.de/literatur/w/warburg-bericht/warburg-foermliche-erklaerung.php>

Die Geschichte der Rothschilds und ihre Rolle bei der Zerstörung Deutschlands durch den Zweiten Weltkrieg

Seit seiner Schulzeit und seinem Studium am Trinity-College der Oxford- Universität war Edward, Prince of Wales, war es stets das Ziel für jeden männlichen Rothschild, Freundschaft mit dem Prinzen zu schließen. Zusammen planten sie den Zweiten Weltkrieg und fuhren fort, die Hauptspieler dieses Krieges zu kreieren.

Prinz Edward zeugte zusammen mit Jenny Jerome die wichtigste Figur des Zweiten Weltkrieges, Winston Leonard Spencer Churchill (1874-1965). Nun konnte der zionistisch geführte Krieg unter der Federführung Rothschilds, der Windsors und Churchills so richtig eskalieren. Winston Churchill war Winston Rothschild Windsor Churchill. Sein Vater war König Edward VII., und sein Großvater und sein Urgroßvater hießen beide Nathan Meyer Rothschild. Mütterlicherseits war sein Großvater der Jude Leonard Walter Jerome, ein reicher Wall Street-Spekulant, Besitzer der „New York Times“. Winston Churchill hatte mindestens zu drei Vierteln jüdisches Blut, für Juden gilt er durch Abstammung von einer Mutter als Jude.

Es war kein ungewöhnliches phänotypisches Ereignis, daß die Königskinder einander unähnlich sahen und daß diejenigen entfernt wurden, die sich am meisten von den anderen Verwandten unterschieden. Unter allen Kindern war die Ähnlichkeit von Prinz Leopold mit Prinz Albert, dem späteren Prinzgemahl Königin Viktorias, bemerkenswert, er starb als erster im Alter von 30 Jahren. Königin Viktoria hielt ihre Kinder ans Haus gebunden, und verheiratete sie im jungen Alter in die königlichen Familien Europas hinein; alles Territorien, die sich eine Rothschild-Hannover-Sachsen-Coburg-Gotha- Elternschaft teilten.

Es waren dies die Länder Dänemark, Hessen, Thüringen, Sachsen, Preußen, Polen und auch Kanada. Bayern, Hessen, Sachsen-Coburg-Gotha waren Ursprungsgebiete der Illuminaten, dem *Order of the Golden Dawn* und des Nationalsozialismus. Die Kinder Königin Viktorias wurden also durch ihre Ehen in Gebieten platziert, die historisch nützlich für die Illuminaten und die Rothschilds waren. Die Rothschilds hätten mit den Hochzeiten der britischen Königsfamilie nicht glücklicher sein können – sie besorgten die Vaterschaft des zukünftigen Kö-

nigs von England, lieferten ihren Neffen und seine Freunde und Kollegen, und waren der Großvater und Urgroßvater von Premierminister Winston Churchill.

Prinz Albert von Sachsen-Coburg und Gotha kam aus dem oberfränkischen Coburg, das bis 1920 territorialpolitisch zu Thüringen gehörte. Seine Eltern hatten eine turbulente Hochzeit. Seine Mutter, Luise von Sachsen-Coburg-Altenburg, hatte eine Affäre mit dem Kammerjunker Gottfried von Bülow. Die Eltern trennten sich, und sie wurde daran gehindert, ihre Kinder, Ernst II. und Albert, zu sehen. Die Söhne wuchsen mit einer frühreifen, aber abwesenden Mutter auf, die im Alter von 30 Jahren an Gebärmutterkrebs starb.

Ihr Sohn Albert heiratete seines Vaters Nichte, Königin Viktoria; Sachsen-Coburg und Gotha wurde damit von 1840 bis 1917 zum Namen des Königshauses der britischen, königlichen Familie. Die Rothschilds hatten überall in Europa ihre Spione und „besaßen“ Bayern seit dem 1. Mai 1776, seit Adam Weishaupts Gründung des Illuminaten-Ordens, der aus reichen Männern in einer lokalen Geheimgesellschaft entstand.

Die Rothschilds zeichneten aus subjektiver Sicht wichtige Ereignisse auf und benutzten die daraus gewonnenen Erkenntnisse, um daraus die Abfolge von Ereignissen in den folgenden Generationen abzuleiten, insbesondere, um die Königsdynastien von England und Europa zu beeinflussen. Die königlichen Familien kontrollierten die Armee, und wenn die Armee in den Krieg zog, borgten sich die Königsfamilien Geld. Wenn die Armeen in den Krieg zogen, finanzierten die Rothschilds beide Seiten.

Auf diese Art errangen die Rothschilds die Kontrolle über die Geschichte, die Finanzen, die Adligen, über Herzogtümer, Königsfamilien und auch das Zeugen von Kindern in diesen Königsfamilien. Dies machte es sehr schwierig, zwischen einem quasi Rothschild-Königlichen und einem Echt-Königlichen zu unterscheiden. Nach zwei Generationen dieser Mischungen war es unmöglich, den Unterschied festzustellen; diejenigen, die auffällig anders waren, wurden auf lange Werbereisen in die Kolonien geschickt oder auf Schiffsreisen, bei denen man dann einen Anschlag auf sie verübte, bevor sie ein Amt antreten oder von der Öffentlichkeit als wahrhaft königlich wahrgenommen werden konnten. Die Söhne der Rothschild-Königlichen überlebten, die originär Königlichen wurden getötet.

In manchen Gebieten des damaligen Bayerns wurde zu jener Zeit Inzest betrieben; ältere Männer, die ihre Nichten heirateten, Hochzeiten zwischen Basen und Vettern, Heiraten innerhalb der Familie und Hochzeiten, um einen Titel zu bekommen. Als die Rothschild-Spione von der Geburt Prinz Alberts berichteten, manipulierten sie danach die Heirat von Prinz Albert mit Königin Viktoria herbei, bis ihr erster Sohn geboren wurde. Dies machte den zukünftigen König Edward VII. zu einem Rothschild-Königlichen.

Es gab auch illegitime Kinder. Sie trugen den Präfix „Fitz“, wie z. B. bei Fitzroy. Die illegitimen Kinder der Rothschilds wurden manchmal „Roth-Roth“ genannt oder Rothchild (also ohne „s“ nach dem „h“), wenn sie finanziell mit den Rothschild-Agenten²⁾ zusammenhingen.

Während des Ersten Weltkrieges war Hitler ein Rothschild-Meldegänger, und, unähnlich den meisten anderen, überlebte er den Krieg. Die Familienstammbäume der illegitimen Rothschilds wurden gründlich durcheinander gebracht, wenn sie als „Feinde im Krieg“ aufgezogen wurden. Dies war der Fall bei der Hitler Familie, deren Stammbaum einer der verwirrtesten der Geschichte ist. Das bedeutet, seine Nachkommen wurden als Agenten für Kriege (als Kriegstreiber) benutzt. Für sie wurden angemessene Doppelgänger benötigt, – wer auch immer der führende Kriegstreiber wurde; Adolfs Vater, Alois Hitler, war ein Fitz-Rothchild, der seinen Vornamen geändert hatte und dessen Familiengeschichte gründlich verwirrt worden war. Dies bedeutete, daß seine Nachkommen als Kriegstreiber benutzt wurden.

Lionel Nathan Rothschild hatte Sex mit der Dienerin Maria Anna Schickelgruber am 31. August 1836 und zeugte Alois Hitler (7. Juni 1837 – 3. Januar 1903). Alois Hitler hatte die gleiche Haltung wie Lionel und seine Nase, seine flachen Wangen und sein Kinn sind denen von Lionels Vater, Nathan Mayer Rothschild, sehr ähnlich.



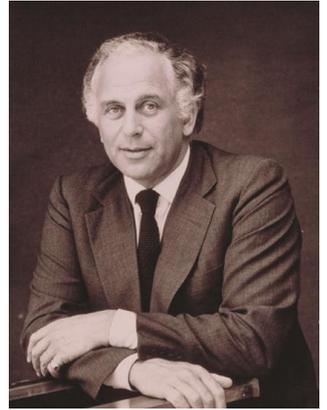
Lionel Rothschild



Alois Hitler
Sohn



Adolf Hitler
Enkel



Evelyn de Rothschild
Urenkel

Nathan Mayer starb offiziell im Alter von 58 Jahren. Die Rothschilds haben traditionell eine lange Lebenserwartung, deshalb ist Nathan Mayer Rothschilds früher Tod verdächtig. Seine männlichen Geschwister lebten bis zu einem Alter von 76 Jahren, sein Vater wurde 69 Jahre alt, seine Mutter lebte bis 95. Vier Geschwister starben im Jahr 1855.

In der Sprache des *Golden Dawn-Ordens* waren dies okkulte Opfer; „1855“ bedeutet dort „Ein geheimer Meister für immer“. Weil Nathan Mayer Rothschild der Finanzkopf der Rothschild-Bankendynastie war, war es normal für ihn, zu „sterben“ und danach mit der Beratung seines Sohnes weiterzumachen, – und dies führte zu Hitler. Das Vorgegangene hilft, Hitlers erstaunlichen Aufstieg zur Macht zu erklären. Er schien Geld zu haben, wenn es am nötigsten gebraucht wurde. Sein Protagonist war Winston Churchill; zusammen halfen sie, Deutschland völlig zu zerstören.

Quellen:

Hallett, Greg: *How To Take Over The World: A Right Royal Con; FNZ Inc., 5. Auflage, 2009.*

1927

Stalins Vorbereitungen auf den 2. Weltkrieg beginnen

1927 ist das Jahr, in dem Stalin endgültig die Machtspitze erklommen und sich dort fest eingerichtet hat. Von diesem Augenblick an richtet sich seine Aufmerksamkeit nicht nur auf die Festigung seiner Diktatur, sie galt vielmehr auch den Problemen der ganzen kommunistischen Bewegung und der Weltrevolution.



1925, von links: Laschewitsch, Frunse, Tschubar, Rykow, Woroschilow, Stalin, Skrypnyk, Bubnow und Ordschonikidse, Quelle: wikipedia

Stalins Plan zur Ausweitung der Revolution nach Europa, den er ab dem Jahr 1924 entwickelte, orientierte sich an den Dogmen des Marxismus-Leninismus, denen zufolge Europa in einen Zweiten Weltkrieg verwickelt werden müsse, bei dem die Sowjetunion zunächst unbeteiligt ihre Neutralität wahren sollte, um dann, sobald sich die westlichen Staaten gegenseitig ausreichend geschwächt hätten, in einer großen Invasion ganz Europa zu überrennen. ¹⁾ Auf einer Sitzung des Zentralkomitees sagte Stalin im Januar 1925 - also zu einer Zeit als Hitlers NSDAP noch eine unbedeutende Kleinpartei war - die Rote Armee müsse sich auf die Situation vorbereiten, daß in den Nachbarstaaten der Sowjetunion ein neuer Weltkrieg ausbricht:

„Wenn dort der Krieg ausbricht, dann werden wir dabei nicht tatenlos zusehen. Wir werden in den Krieg ziehen, aber wir werden die letzten sein, die hineinziehen, um unser Gewicht in die Waagschale zu werfen, das Gewicht, das den Ausschlag geben wird. Deshalb lautet die Schlußfolgerung: Wir müssen auf alles vorbereitet sein, wir müssen unsere Armee vorbereiten, sie mit Stiefeln und Bekleidung ausrüsten, sie trainieren, ihre technische Ausrüstung verbessern, ihren Schutz gegen Chemiewaffen und die Luftwaffe verbessern und unsere Rote Armee insgesamt auf ein angemessenes Niveau bringen.“ ²⁾

Knapp drei Jahre später, im Dezember 1927, betonte Stalin unter Verweis auf Lenin erneut, daß sehr viel für den Aufbau des Kommunismus davon abhängt, „ob es uns gelingen wird, den Krieg mit der kapitalistischen

Welt hinauszuzögern, der unvermeidlich ist, den man aber hinauszögern kann ... bis zu dem Moment, da die Kapitalisten einander ... in die Haare geraten.“³⁾

Im selben Jahr 1927 begann Stalin die Industrialisierung und Kollektivierung der Sowjetunion, die ohne Rücksicht auf zivile Verluste nur auf das Ziel ausgerichtet war, die Rote Armee zur schlagkräftigsten Streitkraft Europas zu machen und der Sowjetunion eine erdrückende militärische Überlegenheit über die westlichen Staaten zu verschaffen. Viktor Suworow schrieb hierzu in seinem sehr lesenswerten Buch „Der Eisbrecher“:

„Diese Industrialisierung war in Fünfjahresabschnitten geplant, und der erste Fünfjahrplan setzte in dem nämlichen Jahr 1927 ein. Wozu diese Fünfjahrpläne nötig waren, kann man an der folgenden Tatsache ablesen: Zu Beginn des ersten Fünfjahrplanes besaß die Rote Armee 92 Panzer, an seinem Ende über 4000 Stück. Dennoch ist die militärische Ausrichtung im ersten Fünfjahrplan nicht so augenfällig. Das Hauptinteresse gilt nicht der Rüstungsproduktion, sondern zunächst der Schaffung einer industriellen Basis, die anschließend Waffen produzieren wird. Der zweite Fünfjahrplan dient dem weiteren Ausbau dieser industriellen Basis. Das bedeutet die Errichtung von Kokereien, Martinofen, riesigen Elektrizitätswerken und Sauerstofffabriken, Walzstraßen und Blockwalzwerken sowie den Ausbau von Bergwerken und Erzgruben. Die Rüstungsproduktion ist vorerst nicht das Hauptanliegen, auch wenn sie von Stalin nicht vergessen wird: In den ersten beiden Fünfjahrplänen wurden 24.708 Kampfflugzeuge produziert. Doch nun kommt der dritte Fünfjahrplan, der 1942 auslaufen sollte - und er bringt die Produktion. Kriegsproduktion. In gigantischen Mengen von hoher Qualität.“⁴⁾

Quellen:

- 1) Viktor Suworow, *Der Eisbrecher*, S.62
- 2) Josef Stalin, *Collected Works Vol. 7*, S.14
- 3) Josef Stalin, *Werke X.*, S.143
- 4) Viktor Suworow, *Der Eisbrecher*, S. 39 f.

1929

24. Oktober 1929 Zusammenbruch der New Yorker Börse

Das Chaos begann ziemlich genau um 11:00 Uhr. Schon seit der Eröffnung der New Yorker Börse (**Stock Exchange**) an diesem Donnerstag, dem 24. Oktober 1929, standen die Händler unter Druck. In den vorangegangenen Wochen hatte der Dow-Jones-Index, das wichtigste Aktienbarometer, deutlich nachgegeben – vom Allzeithoch von 381,17 Punkten am 3. September auf 305,85 Punkte am 23. Oktober. Doch es kam noch schlimmer.

In der ersten knappen Stunde an diesem Vormittag nämlich wurden schon 1,6 Millionen Aktien gehandelt, bei weiter stetig sinkenden Kursen. Viele Anleger setzten die Händler im Handelssaal des Gebäudes 11 Wall Street, Manhattan unter Druck, Firmenanteilscheine um jeden Preis loszuschlagen. Doch plötzlich, eben ziemlich genau um 11:00 Uhr, blieben die Kaufinteressenten aus. Die Kurse sackten durch.

Panik machte sich breit, und die Notierungen gaben so schnell nach, daß mehrfach Händler wegen ausbleibender offizieller Kursangaben geschätzte eigene Informationen bekannt gaben. Teilweise war die Rede von einem Verlust von bis zu 96 Punkten – was nicht stimmte, aber das Chaos weiter anheizte. Bis zum Mittag sanken nach Angaben der Abendausgabe der „New York Times“ die Kurse so weit, daß nominelle Aktienwerte von vier Milliarden Dollar verpufften. Andere Angaben kamen sogar auf 11,25 Milliarden.



BROOKLYN DAILY EAGLE

And Complete Long Island News

LATE NEWS
WALL STREET
1:15 PRICES

89th YEAR—No. 295. NEW YORK CITY, THURSDAY, OCTOBER 24, 1929. 32 PAGES THREE CENTS

WALL ST. IN PANIC AS STOCKS CRASH

Attempt Made to Kill Italy's Crown Prince

<p>ASSASSIN CAUGHT IN BRUSSELS MOB; PRINCE UNHURT</p> <p>Royal Suitor Was About to Lay Wreath on Unknown Soldiers' Tomb.</p>	<p>Hollywood Fire Destroys Films Worth Millions</p> <p>Consolidated Studios Are Swept by Flames Fald to One-Master Picture Burned Includes Many New Talkie Productions.</p>	<p>FEAR 52 PERISHED IN LAKE MICHIGAN; FERRY IS MISSING</p> <p>Wreckage Picked Up Indicates Craft Went Down With All Aboard.</p>	<p>PIECE OF PLANE LIKE DITENMAN'S IS FOUND AT SEA</p> <p>Black and Orange Wreckage Indicates Darling Flier Went to Death.</p>	<p>High Duty Group Gave \$700,000 to Coolidge Drive</p> <p>Grundy Agrees Rates Went Up Due to His Activities as Propagandist.</p>	<p>FOR MORE LOBBYISTS</p> <p>Washington, Oct. 24.—Joseph H. Grundy, 61-year-old manufacturer who additionally has been lobbying in the capital for several decades in the interest of a protective tariff, testified before the Senate Lobby Committee today that he raised \$700,000 for President Coolidge's campaign in 1928 and that most of the money came from interests seeking higher tariffs.</p>	<p>STOCKS CRASH IN RUSH TO SELL; BILLIONS LOST</p> <p>Morgan, Mitchell Buying Stocks in Effort to Check Rush to Unload.</p>
<p>Princess, Deeply Moved, Falls Into Finca's Arms and Kisses Him</p> <p>Princess, who is engaged to the Italian King, was seen in the city today. She was seen in the city today. She was seen in the city today.</p>	<p>ATTEMPT MADE ON LIFE OF PRINCE</p> <p>Princess, who is engaged to the Italian King, was seen in the city today. She was seen in the city today.</p>	<p>PHOENIX BOMBARDERS</p> <p>Phoenician bombers were seen today night, according to reports from Phoenix, Arizona.</p>	<p>WARDER SOUGHT TO KEEP SEA TRIP SECRET, AID SAYS</p> <p>Washington, Oct. 24.—A warder sought to keep the details of the trip secret, an aid says.</p>	<p>SOMERS NAMED AS HEAD OF NEW EXCHANGE BANK</p> <p>Francis Somers, 51-year-old banker, was named as head of the new exchange bank.</p>	<p>PAICER REIGNED ON THE STOCK EXCHANGE</p> <p>Francis Paicer, 51-year-old banker, was named as head of the new exchange bank.</p>	<p>CHARLES E. MITCHELL, Chairman of the National City Bank, was conferred in the office of J. P. Morgan & Co. It was understood that the Morgan partners had been looking for information with J. P. Morgan to London all morning.</p>
<p>CARNEGIE CHARGE OF PAID ATHLETES ROUSES COLLEGES</p> <p>Colleges are roused by charges of paid athletes at Carnegie.</p>	<p>HOVER'S TRAIN HALTED BY AUTO PLACED ON RAILS</p> <p>Hoover's train was halted by an auto and placed on rails.</p>	<p>NO DITENMAN IN CLEVELAND</p> <p>No Ditenman in Cleveland, according to reports from Cleveland.</p>	<p>PAICER REIGNED ON THE STOCK EXCHANGE</p> <p>Francis Paicer, 51-year-old banker, was named as head of the new exchange bank.</p>	<p>SOMERS NAMED AS HEAD OF NEW EXCHANGE BANK</p> <p>Francis Somers, 51-year-old banker, was named as head of the new exchange bank.</p>	<p>PAICER REIGNED ON THE STOCK EXCHANGE</p> <p>Francis Paicer, 51-year-old banker, was named as head of the new exchange bank.</p>	<p>CHARLES E. MITCHELL, Chairman of the National City Bank, was conferred in the office of J. P. Morgan & Co. It was understood that the Morgan partners had been looking for information with J. P. Morgan to London all morning.</p>

Der Grund war einfach: Viele Investoren, vor allem kleine, aber durchaus auch Profis, hatten im trügerischen Vertrauen auf stetig steigende Kurse in den vergangenen Jahren Aktien auf Pump gekauft. Doch dieses Vertrauen war geschwunden, als am Wochenende zuvor mehrere Sonntagszeitungen spekuliert hatten, wegen der Kursverluste seit Anfang September könnten Banken von ihren Kreditnehmern zusätzlich zu den ohnehin verpfändeten Aktienpaketen als Sicherheiten echtes Geld verlangen.

Viele hoffnungslos durch Wertpapierkäufe verschuldete Anleger hatten keinerlei liquide Mittel mehr, um solche Forderungen zu erfüllen – sie mußten Aktienpakete verkaufen, um an Bargeld zu kommen. Das setzte eine Abwärtsspirale in Gang, die sich immer stärker beschleunigte.

In der Mittagspause verständigten sich an jenem 24. Oktober 1929 die drei führenden Geldhäuser New Yorks, die Morgan Bank, die Chase Nation Bank und die National City

Bank, auf ein gemeinsames Vorgehen: Der Vizepräsident der Börse sollte mit Mitteln der Institute große Kauforders plazieren, um den Kursverfall aufzufangen.

Inzwischen hatten Gerüchte über den Zusammenbruch des Marktes zu einem Massenaufmarsch im und vor dem Börsengebäude geführt. Bis zu 50.000 Menschen drängten sich nach Schätzung verschiedener Zeitungen in den Straßen des südlichen Manhattan. „Der Abend“, die Spätausgabe des sozialdemokratischen „Vorwärts“, der ohnehin wenig Sympathie für das Geschehen auf den US-Aktienmärkten hatte, überschrieb die Meldung seines Korrespondenten: „Börsenlärm lauter als Glockenläuten“.

Das Eingreifen der drei Banken dämpfte die Panik vorläufig. Dennoch wurden bis 15:00 Uhr, als der offizielle Börsenhandel Schloß, fast 13 Millionen Aktien gehandelt – viermal so viel wie an einem normalen Börsentag. Die beiden nächsten Handelstage am Freitag und am Samstag brachten scheinbar eine Stabilisierung, doch am Montag und vor allem am Dienstag, dem 29. Oktober 1929, ging es fast wie im freien Fall nach unten: Der Dow Jones sank auf 230,07 Punkte – ein Minus von einem Viertel zu den schon schwachen Kursen sechs Tage zuvor und von sogar 40 Prozent gegenüber dem Allzeithoch.

Doch es kam noch schlimmer: Die Verunsicherung der Investoren und die ersten zusammenbrechenden Banken, die absehbar ihre ausgegebenen Kredite abschreiben mußten, führten zu einem Verfall des Dow Jones auf 198,69 Punkte Mitte November 1929.



Angeblich hätten die Schreie aus dem Handelssaal das Geläut der 170 Meter entfernten Trinity Church überbört:

„Jeder Börsenposten im Saal war der Mittelpunkt einer sich wild bewegenden, schreienden Menschenmasse. Zeitweise ermattete das Geschrei der Tausenden von Stimmen, um dann nur noch mächtiger wieder anzuschwellen, wenn Gerüchte der Kursstürze sich verbreiteten.“

In Deutschland beobachtete man den Crash, machte sich aber nicht allzu viele Sorgen. Man habe keinen Grund dazu, sondern im Gegenteil glänzende Aussichten. Das linksliberale „Berliner Tageblatt“ meinte: „US-Kapital wird seinen Weg nach Europa finden“, weil die Zinsen in Deutschland nun höher seien als in New York. Der größte Vorteil werde sein, daß der Vorrang von Aktien gegenüber Anleihen zurückgehen werde.

Eine dramatische Fehleinschätzung. Denn statt weiteres Geld in Europa und vor allem in Deutschland zu investieren, zogen die reihenweise angeschlagenen US-Banken ihre kurzfristigen Mittel aus Europa ab. Unternehmen und Kommunen, die auf Pump investiert hatten, gingen buchstäblich das Geld aus.

Der Historiker Hellmut Diwald schrieb über den „Schwarzen Donnerstag“ in New York: „Von den Auswirkungen dieser Weltwirtschaftskrise wurde praktisch jedes Land der Erde hart getroffen, doch für die Weimarer Republik bedeutete sie eine Katastrophe.“¹⁾ Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland lag Ende September 1929 bei 1,4 Millionen, im Februar 1930 waren es 3,5 Millionen. Als diese Zahl im Frühjahr 1930 nicht zurückging, hofften Reichsregierung und die Reichsbank noch lange auf eine Selbstheilung der Wirtschaft, obwohl die Arbeitslosenzahl schon Ende des Jahres mit 5 Millionen im weltweiten Vergleich auf höchstem Niveau stand. Heinrich Brüning erließ daraufhin ein Sparprogramm, wobei die öffentlichen Gehälter um 25% vermindert und die Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe stark gekürzt wurden. Im Februar 1932 standen 6,12 Millionen Arbeitslose, also 16,3% der Gesamtbevölkerung, nur 12 Millionen Beschäftigten gegenüber.

Quelle:

1. Hellmut Diwald, *Geschichte der Deutschen*, 1978

1932 - 1933

NSDAP wird zur größten Partei im Reichstag

Die Reichstagswahlen, bei denen Hitlers NSDAP die höchste Anzahl an Stimmen erhielt, fanden in einer Zeit des Chaos und der Krise statt. Auf den Straßen bekämpften sich NSDAP-Braunhemden und Kommunisten. Putschversuche und Aufstände linker sowie rechter Revolutionäre erschütterten das Land. Die harte Haushaltssanierung von Reichskanzler Heinrich Brüning hatte die deutsche Wirtschaft um 25% schrumpfen lassen. Die Arbeitslosenquote stieg auf 30% und die Selbstmordrate erreichte einen Rekordhöchststand. Die sich immer wieder anbahnende wirtschaftliche Gesundung der Weimarer Republik war durch ins Grenzenlose gestiegene Wiedergutmachungs-Ansprüche der Siegerstaaten ständig zerstört worden. Dadurch erklärten sich auch die rasch aufeinanderfolgenden Regierungswechsel in Berlin, vor Hitlers Machtübernahme 20 an der Zahl. Die Regierung wechselte von 1918 bis 1933 also mehr als ein Mal pro Jahr. Jede neue Regierung versuchte, die begründeten deutschen Wünsche, die Umsetzung des Versailler Vertrags erträglicher zu gestalten, darzulegen, wurde aber unverzüglich mit einem „Nein“ der Siegermächte abgewiesen.

Wahlergebnisse der NSDAP 1932-1933

Wahl	14. September 1930	31. Juli 1932	6. November 1932	5. März 1933
Prozent	18,3 %	37,4 %	33,1 %	43,9 %

Januar 1933 – Hitler wird zum Reichskanzler ernannt

Die Armut und der rote Terror ermöglichen seinen Aufstieg

Um Hitlers Aufstieg zu verstehen, muß man sich die allgegenwärtige, nachvollziehbare Angst vor den kommunistischen Revolutionären in ganz Europa vor Augen führen. Sie hatten von 1918 bis zu Hitlers Wahl 1933 Millionen unschuldige Todesopfer in der Sowjetunion zu verantworten. Die sowjetische Regierung unter Wladimir Lenin hatte schon am 02.01.1922 statistisches Material veröffentlicht, wonach nach offiziellen Angaben innerhalb von vier Jahren 1.766.118 politische Gegner ermordet worden waren. ¹⁾ Unter diesen Opfern hatten sich mehrheitlich Zivilisten (Lehrer, Ärzte, Intellektuelle, Priester, Arbeiter usw.) befunden. Zum Vergleich: Im Ersten Weltkrieg hatten 1,85 Millionen russische Soldaten ihr Leben verloren.

In der Ukraine waren dann 1932/33 etwa sieben Millionen unschuldige Bauern (Frauen, Kinder, Alte) zu Tode gehungert worden.

Beim Holodomor (auch „Hungerholocaust“ genannt) handelte es sich um eine bewußt und systematisch herbeigeführte Hungersnot. Den meisten Einschätzungen zufolge starben während dieser bolschewistischen Zwangskollektivierung der Landwirtschaft in der Ukraine rund sieben Millionen Menschen (davon drei Millionen Kinder) in den Jahren 1932/33. Einige Historiker, wie Robert Conquest, beziffern die Gesamt-opferzahl auf bis zu 14,5 Millionen Menschen. Die Angst der deutschen Bevölkerung - die Schrecken der alliierten Hungerblockade noch im



Bis heute wird das Mantra alleiniger und kollektiver Schuld der deutschen Bevölkerung am Zweiten Weltkrieg gepredigt, während der Kommunismus wieder salonfähig wird. ³⁾

Gedächtnis -, eine solche Hölle könne auch über sie hereinbrechen, half Hitler bei der Machtübernahme und -ausweitung.²⁾

Die Wahlentscheidung für Hitlers antikommunistische NSDAP ergab sich also zum Großteil aus der Furcht vor der im Osten lauernden roten Gefahr.

Am 30. Januar 1933 ernannte Reichspräsident Paul von Hindenburg NSDAP-Führer Adolf Hitler zum deutschen Reichskanzler. Nach einer langen Krisenphase 1932: Abtransport der Ernte durch sogenannte „Rote Züge“ in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft war die Weimarer Republik von 1930 bis 1933 mit Notverordnungen regiert worden. Als die Nationalsozialisten 1933 an die Macht gelangten, übernahmen sie ein morsches Gebilde, das schon längst aufgehört hatte, eine funktionierende Demokratie zu sein. Viele verzweifelten Deutsche sahen in Hitler die einzige Möglichkeit, die Kommunisten davon abzuhalten, dieses Chaos für eine Machtübernahme auszunutzen. Hindenburgs Ernennung Hitlers zum Reichskanzler geschah mit der Erklärung, man wolle das Land vor dem Kommunismus schützen. Gleich nach Hitlers Machtantritt folgte eine groß angelegte Kampagne der Kommunisten gegen ihn. Allerdings waren die Kommunisten, wohl kaum zu Unrecht, bei einem großen Teil der Bevölkerung gefürchtet, was der NSDAP bei der nächsten Wahl im März 1933 weitere Zugewinne bescherte.

Zudem war in den Notzeiten nach dem Versailler Vertrag in allen Kreisen der deutschen Bevölkerung die Sehnsucht und das Verlangen nach einer grundlegenden Änderung, Besserung und Gesundung vorhanden; das galt für die Betriebe der Industrie ebenso wie für den kaufmännischen und handwerklichen Mittelstand und für die Millionen arbeitslosen, ausgesperrten und aussichtslos mit Plakaten und Streiks protestierenden Arbeiter. Für sie alle schienen die Parteipunkte der NSDAP und damit Hitler eine Alternative zu bieten, denn sowohl die bisherige Politik der Weimarer Republik als auch der Kommunismus (in Rußland) waren nachvollziehbarerweise in ihren Augen gescheitert. Will man heute, aus weiter zeitlicher Distanz ein neutrales Urteil über Hitlers Machtergreifung in Deutschland fällen, sollte man den Ersten Weltkrieg und die katastrophalen Jahre der Weimarer Republik berücksichtigen. Dabei pauschal die Kriegslust und Obrigkeitshörigkeit der Deutschen für Hitlers Aufstieg verantwortlich zu machen, greift zu kurz und analysiert die damalige Gemengelage nur sehr oberflächlich.

Opferzahlen des Kommunismus²⁾

Staat	Tote
China	65 Millionen
Sowjetunion	30 Millionen
Nordkorea	2 Millionen
Kambodscha	2 Millionen
Afrika	1,7 Millionen
Afghanistan	2 Millionen
Osteuropa	1 Million
Lateinamerika	150.000

Quellen:

- 1) 1. Junge Freiheit 52/11-01112, S. 21, „Historisches Kalenderblatt“
- 2) 2. <http://freieukraine-braunschweig.de/wp-content/uploads/2016/08/Holodomor-1.pdf>
- 3) Gunnar Heinsohn: Lexikon der Völkermorde, 1998, S. 244
- 4) Der Spiegel Nr. 21/1996 20.05.1996

24. März 1933 - Die jüdische Kriegserklärung



Die briefartig verfaßte Balfour-Deklaration von 1917 kann als eine erste ernsthafte *jüdische Kriegserklärung an Deutschland* im 20. Jahrhundert aufgefaßt werden. Derartige, von jüdischen Interessenverbänden vor allem ab 1933 durchgeführte, antideutsche Proklamationen und Aktionen behinderten die nationalsozialistische Reichsregierung bei der Lösung der Judenfragen. Dennoch wollte die deutsche Regierung die wichtigen Fragen bezüglich der Juden in Abstimmung mit der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland sowie zionistischen Führern einvernehmlich lösen, so z.B. mit dem Haavara-Abkommen (Auswanderungswillige Juden zahlten ihr Vermögen bei einer der Transfer-Banken in Deutschland ein. Von diesem Geld kauften palästinensische Importeure Waren in Deutschland, die sie in Palästina veräußerten. Diese Erträge erhielten die Auswanderer in Palästina nach Abzug von Kosten wieder ausbezahlt.)

Auf die ersten jüdischen Boykottaufrufe 1933 folgten als Reaktion für einen Tag im ganzen Reich die Abwehrboykotte jüdischer Geschäfte, nämlich am darauf folgenden Sonnabend, der bekanntlich im Judentum als *Sabbat* durch Nichtarbeit zu heiligen ist.

Nach den jüdischen „Kriegserklärungen“ gab es auch ähnliche antideutsche Aktionen und Aufrufe in den Vereinigten Staaten, die nicht oder nicht offen von Juden initiiert wurden, aber bei ihnen breite Unterstützung fanden.

„Die Juden erklärten Nazi-Deutschland den Krieg, und durch den Boykott glaubten sie, daß sie die Nazi-Macht in Deutschland zerstören und Deutschland wieder in seinen früheren Zustand versetzen würden. Mehr als sechs Jahre sind seitdem vergangen.“

*Harry Watson, Rabbiner, Kommunist und Präsident des Marx-Engels Institutes, im Jahre 1939*²⁾

Diese jüdischen Kriegserklärungen rechtfertigten nach Ansicht des Historikers Ernst Nolte, *„daß Hitler die Juden als Kriegsgefangene ... behandeln und internieren durfte.“* In gleicher Weise wurden z. B. die Wolga-



deutschen in der Sowjetunion, Deutsche und Deutschamerikaner, Italiener und Japaner in den USA interniert.

Die organisierte Judenheit ist weltweit als politische Einheit aufgetreten und sie war es, die im Krieg mit Deutschland durch die Boykotte zuerst zu offenen Kampfhandlungen überging.

Collage zur Hetze gegen Deutschland

Deutschlands eintägiger Boykott gegen jüdische Gewerbetreibende war erst die Antwort darauf, also eine defensive, keine offensive Maßnahme. Im Zweiten Weltkriege nahmen ca. 1,5 Millionen Juden am regulären militärischen Kampf sowie völkerrechtswidrig als Partisanen aktiv am Krieg gegen Deutschland teil. Des weiteren verübten Juden Mordanschläge auf nationalsozialistische Politikerpersönlichkeiten wie Wilhelm Gustloff oder Ernst vom Rath.

Die verbalen Aggressionen hochrangiger Juden in bezug auf Deutschland begannen bereits kurz nach Ende des Ersten Weltkrieges. So erklärte Isaak Sallbey am 11. Februar 1922 in der Schrift „Der Türmer“: *„Die deutsche Rasse muß vernichtet werden; darüber besteht gar kein Zweifel“*.³⁾

Am 20. Juli 1932, ein halbes Jahr vor der nationalsozialistischen Revolution, erklärte Bernard Lecache, Präsident der Jüdischen Weltliga und der LICRA in Paris: *„Deutschland ist unser Staatsfeind Nummer Eins. Es ist unsere Sache, ihm erbarmungslos den Krieg zu erklären.“*⁴⁾ Am 12. März 1933 kündigte der Amerikanische Jüdische Kongreß eine massive Protestveranstaltung im *Madison Square Garden* für den 27. März an, und ein Führungsmitglied des American Jewish Congress erklärte am 13. März 1933 mit Blick auf die Wirtschaftskrise, in der Deutschland sich noch befand:⁵⁾ *„Ein bellum judaicum bedeutet für Deutschland Boykott, Untergang und Verderben, bedeutet das Ende der deutschen Hilfsquellen und das Ende aller Hoffnungen auf den Wiederaufstieg Deutschlands.“*

Am 18. März beschlossen die amerikanischen *Jewish War Veterans*, deutsche Waren und Dienstleistungen zu boykottieren; andere Organisationen in den USA und in Großbritannien folgten.⁶⁾ Unter der Leitung der *Jewish War Veterans* kam es dann am 23. März zum ersten öffentlichen Protest, bei dem circa 20.000 Juden Massenversammlungen vor dem Rathaus in New York und vor den Vertretungen des Norddeutschen Lloyd und der Hamburg-Amerika-Schiffahrtlinie abhielten und Boykotts gegen deutsche Waren durch Läden und Geschäfte in New York verlangten. Aufgrund des weitreichenden Einflusses der Juden blieb vielen Geschäften nichts anderes übrig, als ihren Forderungen Folge zu leisten. Selbst die *National City Bank* mußte sich dem Druck beugend eine geplante Kreditvergabe an das Deutsche Reich absagen, und es wurde sogar versucht, das US-amerikanische Olympische Komitee dazu zu bringen, die Teilnahme an den 1936 in Deutschland stattfindenden Olympischen Spielen abzusagen.¹⁾



Die von den Jüdischen Kriegsveteranen angeführte Parade gegen Deutschland am 23. März 1933

Auch außerhalb der USA spielte sich ähnliches ab. Auf der Titelseite der Mittags- und Abendausgabe des auf lagenstarken Londoner Daily Express prangte am 24. März 1933 in großen Lettern der Schriftzug *„Judäa erklärt Deutschland den Krieg – Juden der ganzen Welt vereinigen sich – Boykott von deutschen Waren – Massendemonstrationen“*. Der zugehörige Artikel beschwor den kommenden „Heiligen Krieg“ und forderte die Juden der Welt auf, sich an den antideutschen Aktionen zu beteiligen:⁷⁾

„Ganz Israel in der gesamten Welt schließt sich zusammen, um den Wirtschafts- und Finanzkrieg gegen Deutschland zu erklären. ... Ganz Israel erhebt sich im Grimm gegen den Nazi-Angriff auf die Juden. Adolf Hitler ... gedachte, nur die deutsche Nation im Rassenbewußtsein zu einigen, erweckte aber das ganze jüdische Volk zur nationalen Wiedergeburt. Das Erscheinen des Hakenkreuzes als Zeichen eines neuen Deutschland weckte den Löwen von Juda ... Vierzehn Millionen Juden, die über alle Welt verstreut sind, haben sich wie ein Mann zusammengeschlossen, um den deutschen Verfolgern ihrer Glaubensgenossen den Krieg zu erklären. ... Deutschland könnte einen hohen Preis für Hitlers Juden-gegnerschaft zu zahlen haben. Es steht vor einem internationalen Boykott in Handel, Finanz und Industrie. Der jüdische Handelsprinz verläßt sein Kontor, der Bankier sein Vorstandszimmer, der Geschäftsmann seinen Laden und der Straßenhändler seinen kleinen Karren, um sich gemeinsam dem

anzuschließen was ein heiliger Krieg geworden ist, um die hitlerischen Judenfeinde zu bekämpfen. Pläne für ein gemeinsam abgestimmtes jüdisches Vorgehen sind in Europa und Amerika gereift, um gegen das hitlerische Deutschland einen Vergeltungsschlag zu führen. In London, New York, Paris und Warschau warten jüdische Händler auf den Beginn eines wirtschaftlichen Kreuzzuges.“



Am 27. März folgte der von Rabbi Stephen Wise gegründete *American Jewish Congress* den *Jewish War Veterans* und veranstaltete Massenversammlungen in New York, Chicago, Boston, Philadelphia, Baltimore, Cleveland und unzähligen anderen Orten der USA. Bei einer weltweit im Rundfunk ausgestrahlten Veranstaltung im *Madison Square Garden* versammelten sich 25.000 Juden und ein Sprecher nach dem anderen verurteilte die angeblichen „antijüdischen Aktionen“ in Deutschland. Die *New Yorker Daily News* titelte am nächsten Tag mit „40.000 brüllen hier Protest gegen Hitler“⁸⁾

Dies alles wurde begleitet von einer nicht nachlassenden Flut von erfundenen Greueltaten sowie verzerrten Darstellungen der nationalsozialistischen Politik und spielte sich vor dem am 1. April 1933 in Deutschland abgehaltenen, eintägigen Abwehrboykott jüdischer Geschäfte ab. In einer Rede am 28. März – vier Tage nach der ursprünglichen jüdischen Kriegserklärung –, in der Hitler diese Maßnahme gegen das Weltjudentum für den kommenden Samstag ankündigte, sagte er u. a.: „*Jetzt, da die einheimischen Feinde der Nation durch das Volk selbst ausgeschaltet worden sind, wird das, auf das wir lange gewartet haben, nun doch nicht eintreffen. Die kommunistischen und marxistischen Kriminellen und ihre jüdisch-intellektuellen Anstifter, die mit ihrem Kapital gerade noch rechtzeitig über die Grenze verschwunden sind, entfalten von dort aus nun eine gewissenlose, verräterische Kampagne der Agitation gegen das deutsche Volk als Ganzem.*“

Der deutsche Propagandaminister, Dr. Joseph Goebbels, kündigte an, daß, wenn nach dem eintägigen Boykott keine weiteren Angriffe auf Deutschland gemacht würden, der Boykott auch beendet würde.¹⁾ Hitlers Anordnung eines Boykottes vom 28. März 1933 als Gegenreaktion und die vollen Umstände, die zu diesem Boykott führten, werden heute in der Regel aus der Geschichtsschreibung über dieses Thema herausgelassen und der eigentliche Abwehrboykott als nackte Aggression dargestellt.



Proteste in den Vereinigten Staaten, 1933

Indes waren die Boykottaufrufe seitens der Juden nicht nur vereinzelte Appelle, sondern fanden vielmehr breite Unterstützung – u. a. bei der *Jewish State Party* sowie der *New Zionist Organization* – und mündeten in

einem Boykott deutscher Waren, der bis zum Kriegsende fortgesetzt wurde und erhebliche Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft hatte.⁹⁾

Der deutsche Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Joseph Goebbels, erklärte am 12. Oktober 1934 auf einer Tagung des Gaues Groß-Berlin, die „Boykotthetzer“ müßten nicht glauben, daß das Deutsche Reich wegen Devisenschwierigkeiten oder wegen des bevorstehenden Winters klein begeben werde.

Am 6. August 1933 kehrte Samuel Untermyer, Präsident der „World Jewish Economic Federation“ und der „International Jewish Federation to combat Hitlerite Oppression of Jewish“ sowie „Führer des jüdischen Boykotts gegen Deutschland“, aus Europa, wo er u. a. im Vormonat die *Internationale Jüdische Boykott Konferenz* in Amsterdam leitete, in die USA zurück. In einer Rede vor verschiedenen jüdischen Vertretern und Mitgliedern jüdischer Organisationen, über die am nächsten Tag in der *New York Times* berichtet wurde, drängte er auf eine vereinigte Front von Juden im Boykott gegen Deutschland und sprach von einem „heiligen Krieg“, der unablässig geführt werden müsse. Ferner beklagte er, daß die Vereinigten Staaten in bezug auf Boykotte gegen Deutschland weit hinter anderen Ländern zurücklägen.^{10) 11)}



Wladimir Jabotinsky
als Leutnant der „Royal Fusiliers“

Der Rabbiner und Zionistenführer Wladimir Jabotinsky appellierte im Januar 1934 in einer jüdischen Zeitung: *„Seit Monaten wird der Kampf gegen Deutschland von jeder jüdischen Gemeinde, auf jeder Konferenz, auf jedem Kongreß, in allen Gewerkschaften und von jedem einzelnen Juden auf der ganzen Welt geführt. Wir werden einen geistigen und einen materiellen Krieg der ganzen Welt entfachen. ... Unsere jüdischen Interessen verlangen die vollständige Vernichtung Deutschlands.“*¹²⁾

Am 27. Juli 1935 sagte Wladimir Jabotinski in „The Jewish Daily Bulletin“: *„Es gibt nur eine Macht, die wirklich zählt, das ist die Macht des politischen Druckes. Wir Juden sind die mächtigste Nation auf der Welt, weil wir die Macht besitzen und anzuwenden verstehen.“*¹³⁾

In *The Youngstown Jewish Times* vom 16. April 1936 wird Deutschland die Vernichtung prophezeit: *„Nach dem nächsten Krieg wird es nicht mehr ein Deutschland geben. Auf ein von Paris gegebenes Signal werden Frankreich und Belgien sowie die Völker der Tschechoslowakei sich in Bewegung setzen, um den deutschen Koloß in einen tödlichen Zangengriff zu nehmen. Sie werden Preußen und Bayern voneinander trennen und das Leben in diesen Staaten zerschlagen.“*¹⁴⁾

Mehrmals ist in der renommierten Zeitung *American Hebrew* von der Ausrottung Deutschlands die Rede: *„Die Völker werden zu der notwendigen Einsicht kommen, daß Nazideutschland verdient, aus der Völkerfamilie ausgerottet zu werden.“*¹⁶⁾

*„Der mit Will Eili, Eili Triumph over Horst Wessel? überschriebene Artikel eines Joseph Trimble endet mit der blutrünstigen Ankündigung eines vom jüdischen Ministerpräsidenten Frankreichs, Blum, vom jüdischen Kriegsminister Großbritanniens, Hore-Belisha, und vom jüdischen Außenminister der UdSSR Litwinow zu entfesselnden Krieges gegen Hitlers Deutschland. Dieser Krieg werde mit einem Triumph der jüdischen Koalition enden.“*¹⁷⁾

John Trimble, laut redaktionellem Zusatz ein Nichtjude, schreibt im *American Hebrew*: *„Und wenn der Rauch der Schlacht sich verflüchtigt hat und die Kriegshörner schweigen und die Kugeln aufgehört haben zu knallen, könnte ein Gemälde präsentiert werden, das den Mann zeigt, der Gott spielte, der hakengekreuzte Christus, der wenig sanft in ein Loch im Boden heruntergelassen wird, als das unarische Trio Anm.: Stalin, Churchill, Roosevelt eine verzweigte Totenmesse anstimmt, die wie ein musikalisches Gemisch von Marseillaise, God Save the Queen und Die Internationale klingt, das zum krönenden Abschluß in einem kriegerischen Klang und einer kämpferischen Komposition von Eili, Eili übergeht!“*¹⁸⁾ Eili, Eili ist ein hebräisches Lied.¹⁹⁾

Der *American Hebrew* brachte eine schwertschwingende Judith aufs Titelblatt und drohte mit einem Rachekrieg gegen Deutschland. Alfred Rosenberg reagierte darauf im *Völkischen Beobachter* vom 17. Juli 1938.²⁰⁾

„Der American Hebrew war alles andere als ein Winkelblatt. In dem repräsentativen Organ der tonangebenden jüdischen Oberschicht in den USA schrieben führende Politiker, Meinungsmacher (Juden und Nicht-Juden) und prominente Emigranten wie Thomas Mann und Stefan Zweig.“²¹⁾

Seit 1938 veranstalteten die katholischen Kirchenführer der westlichen Demokratien, die Kardinäle und Bischöfe in den USA, England und Frankreich zusammen mit jüdischen Personen und Organisationen gemeinsame Hetz- und Protestkundgebungen gegen Deutschland.²²⁾



Pro-jüdische Demonstration nach der Reichskristallnacht 1938

Die Boykottbewegung gegen das Deutsche Reich erlebte nach der Reichskristallnacht im November 1938 einen erheblichen Aufschwung. Viele ausländische Unternehmen in Frankreich, Großbritannien, Jugoslawien, Kanada, den Niederlanden und den USA kündigten ihre Handelsverträge mit Deutschland. Manche deutsche Firmen büßten ein Viertel ihres Exportgeschäftes ein. Auch Betriebe, die für die Rüstung von Bedeutung waren, erlitten nach Aussage des Wehrwirtschaftsstabes empfindliche Verluste. Am härtesten betroffen waren die Leder-, Textil- und Spielwarenhersteller.

Deutschland war 1938 erneut in einer finanziell prekären Lage. Zum Jahresbeginn 1938 lag das offizielle staatliche Haushaltsdefizit bei zwei Milliarden Reichsmark. Die Schuldenaufnahme stieß an ihre Grenzen. Walther Bayrhofer vom Reichsfinanzministerium fürchtete, das Reich würde zahlungsunfähig, da die Mefo-Wechsel 1938 fällig wurden.

Kurz nachdem Chaim Weizmann auf dem 21. Zionistenkongreß (16.-25. August 1939) in Genf – also noch vor dem Polenfeldzug – die Weigerung der Briten, jüdische Flüchtlinge nach Palästina einreisen zu lassen, beklagte und die Juden in aller Welt zum Kampf gegen Deutschland aufrief, schrieb er am 29. August 1939 als Präsident der Jewish Agency in einem Brief an Arthur Neville Chamberlain:²³⁾ *„Ich möchte auf das ausdrücklichste die Erklärung bekräftigen, ... daß die Juden bei Großbritannien stehen und an der Seite der Demokratien kämpfen werden.“*

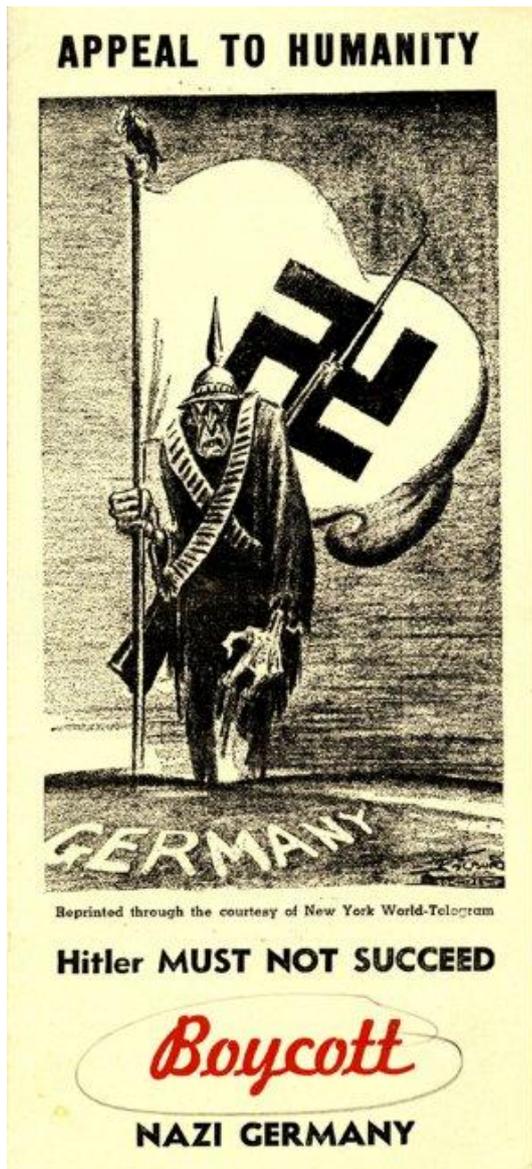
Mit Kriegsbeginn am 1. September 1939 wurde durch eine Polizeiverordnung für Juden im Deutschen Reich eine Ausgangssperre eingeführt. Nachdem Juden ein Unsicherheitsfaktor betreffend Sabotage oder sonstiger nachteiliger Handlungen gegen das Deutsche Reich verdächtig sein mußten, war dies in gleicher Weise eine logische Maßnahme wie die Inhaftierung japanisch- und deutschstämmiger US-Bürger in den USA.

Als England am 3. September 1939 dem Reich den Krieg erklärt hatte, veröffentlichte der Chef der Jewish Agency, Chaim Weizmann, am 5. September 1939 eine von ihm unterschriebene Stellungnahme, in der es heißt:

„Der Krieg, zu dem sich Großbritannien jetzt durch das nazistische Deutschland gezwungen sieht, ist unser Krieg. Wir werden dem britischen Heer und dem britischen Volk vorbehaltlos jedwede Unterstützung zuteil werden lassen, die wir leisten können und dürfen.“²⁴⁾

Die Erklärung wurde am 8. September 1939 im Jewish Chronicle veröffentlicht.

Des weiteren bot der Judenführer der britischen Regierung 20.000 Mann zur Verwendung im Nahen Osten und insgesamt eine Armee von 100.000 Juden als Kämpfer gegen Deutschland an:²⁵⁾ *„Ich wünsche nachdrücklich die Erklärung zu bestätigen, daß wir Juden an der Seite Großbritanniens und für die Demokratie kämpfen werden. ... Die jüdische Vertretung ist bereit, sofort ein Abkommen zu schließen, um alle menschliche jüdische Kraft, ihre Hilfsmittel und ihre Fähigkeiten nützlich gegen Deutschland einzusetzen.“*



Antideutsches Plakat mit typischer Karikatur eines militaristischen Deutschen mit Pickelhaube und Affengesicht

Das „*Centraal blad voor Israëlieten in Nederland*“ schrieb am 13. September 1939:²⁶⁾ *„Millionen von Juden in Amerika, England, Frankreich, Afrika und Palästina sind entschlossen, den Ausrottungskrieg gegen Deutschland zu tragen, bis zu dessen totaler Vernichtung.“*

Das offizielle Organ der zionistischen Vereinigung Belgiens, „*L’avenir Juif*“, Nr. 191, vom 16. Februar 1940 proklamierte das „jüdische Jahrhundert“ und erhob folgenden Anspruch auf die Weltherrschaft:²⁷⁾ *„Am Ende des gegenwärtigen Krieges wird man sagen können, daß alle Straßen nach Jerusalem führen. Es wird kein einziges Problem in Mittel- und Osteuropa geben, welches ohne Jerusalem gelöst werden kann und ohne daß Palästina es gebilligt hätte.“*

Die kanadische Zeitung „*Evening Telegram*“, Toronto schrieb am 26. Februar 1940:²⁸⁾ *„Der jüdische Weltkongreß steht seit sieben Jahren mit Deutschland im Krieg.“*

Der „*Jüdische Weltkongreß*“ (Maurice Perlzweig), British Section bestätigte am 26. Februar 1940:²⁹⁾ *„Der jüdische Weltkongreß befindet sich seit sieben Jahren ununterbrochen im Krieg mit Deutschland.“*

Der Rabbiner Stephan S. Wise meinte am 8. Mai 1940:³⁰⁾ *„Dieser Krieg ist unser Geschäft.“*

Die führende jüdische Zeitung Großbritanniens *The Jewish Chronicle* vom 8. Mai 1942:³¹⁾ *„Wir Juden haben uns mit Hitler seit dem Tage seiner Machtergreifung im Kriege befunden.“*

Am 8. Oktober 1942 schrieb die jüdische Zeitschrift „*The Sentinel*“ in Chicago:³²⁾ *„Der Zweite Weltkrieg wird geführt, um die wesentlichen Prinzipien des Judentums zu verteidigen.“*

Und die jüdische Zeitung „*Aufbau*“ aus Neu York berichtete im Januar 1942 auf Seite 1 unter der Überschrift *„Wie können wir der U.S.A. im Kampf gegen Hitler helfen“*, daß sich das Judentum bereits seit neun Jahren, also seit 1933 im Krieg gegen Deutschland befände.³³⁾

„Ich jedenfalls habe das Weltjudentum gezwungen, die Maske fallen zu lassen, und selbst wenn unsere Anstrengungen fehlschlagen, so wird es sich nur um einen vorübergehenden Fehlschlag handeln, denn ich habe der Welt die Augen geöffnet über die jüdische Gefahr.“

Adolf Hitler, 13. Februar 1945³⁴⁾

Die Splittergruppe der *Vereinigten Revisionisten Deutschlands* (Staatszionistische Organisation) hatte sich aus Eigeninteresse zu einer aktiven Unterstützung der nationalsozialistischen Judenpolitik entschlossen. Die Beziehungen zu ihren Schwesterorganisationen im Ausland brach sie ab, das die revisionistische Bewegung außerhalb Deutschlands den Wirtschaftsboykott gegen Deutschland nachdrücklich unterstützte und das Haavara-Abkommen ablehnten.³⁵⁾

Der Jude Jakob Trachtenberg verfaßte 1933 das Werk *Die Greuelpropaganda ist eine Lügenpropaganda, sagen die deutschen Juden selbst*. Darin stellte er klar, daß die Anschuldigungen gegen Deutschland auf Propaganda beruhten.

Hermann Göring sandte Mitte März einige namhafte Vertreter der deutschen Juden nach London, wo sie gegen geplante antideutsche Initiativen protestieren sollten. Zudem telegrafierte Kurt Blumenfeld, Präsident der Zionistischen Vereinigung für Deutschland, und Julius Brodnitz, Präsident des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, am 26. März an das *American Jewish Committee* in New York City: Man protestiere gegen antideutsche Demonstrationen und Rundfunksendungen und verlange energische Bemühungen, solche Aktionen zu unterbinden. Damit erhofften sie sich, die Nationalsozialisten zu beschwichtigen.

Um dem Zurückfallen der Greuelpropaganda der Juden im Ausland auf die Juden in Deutschland entgegenzuwirken, verteilte der *Verein zur Abwehr des Antisemitismus e.V. Berlin* am 27. März 1933 ein Flugblatt, in dem es hieß:

„Das Ausland ist in letzter Zeit überschwemmt worden mit Nachrichten, daß in Deutschland Verfolgungen und Bedrohungen der Juden an der Tagesordnung seien und daß Reichskanzler Hitler, seine Regierung und seine Partei die Verantwortung für diese angebliche Judenbedrückung tragen. Der Verein zur Abwehr des Antisemitismus e.V. hat seine seit 43 Jahren unter maßgeblicher christlicher Beteiligung geleistete Arbeit gegen den Antisemitismus immer unter die Idee der Wahrheit und des Rechts gestellt. Er, der als unverdächtig Zeuge gelten darf, betrachtet es deshalb als seine selbstverständliche Pflicht, den im Ausland verbreiteten Ausstreuerungen über angebliche Judenverfolgungen im Dienste der Wahrheit aufs nachdrücklichste entgegenzutreten. Wir stellen hiermit fest:

1. *Der politische Umschwung in Deutschland war wohl von einer Reihe von Einzelaktionen gegen Juden begleitet, die aber nicht im entferntesten den Umfang und die Formen angenommen hatten, wie dies vielfach in ausländischen Zeitungen ohne Nachprüfung des Sachverhaltes behauptet worden ist.*



Plakat mit der jüdischen Kriegserklärung an Deutschland

2. *Von den verantwortlichen Männern der neuen Regierung sind die von ihnen selbst festgestellten vereinzelt Übergriffe weder gutgeheißen noch gewünscht worden. Sie haben im Gegenteil wiederholt ihren ganzen Einfluß aufgeboten, um antisemitische Ausschreitungen abzubremsen und Wiederholung zu unterbinden.*

3. *Dieses Verhalten verbietet es, an der Aufrichtigkeit und dem Ernst der Erklärung zu zweifeln, welche von führenden Regierungsmännern, wie Reichskanzler Hitler, Vizekanzler von Papen, Reichsminister und preußischer Innenminister Göring u. a. über die Gleichberechtigung und den Schutz der „deutschen Juden“ abgegeben worden sind.*

*Die leichtfertige oder gewissenlose Verbreitung unwahrer Greuelpropaganda schädigt das deutsche Volk und nicht zuletzt den ‚deutschen Juden‘. Wer antisemitische Hetze verurteilt, muß aus dem gleichen Ethos der Gerechtigkeit und Wahrheit auch die blinde Hetze gegen Deutschland verdammen.“*³⁶⁾

Am 31. März 1933 äußerte sich der Ehrenvorsitzende des *Verbandes nationaldeutscher Juden*, Dr. Max Naumann, in der Zeitschrift *Neues Wiener Journal* zu dem Thema:

„Ich brauche Ihnen nicht erst zu sagen, daß ich ein absoluter Gegner dieser Greuelhetze gegen Deutschland bin. Ich sehe in dieser Kampagne nichts anderes, als eine Neuauflage der Kriegshetze gegen Deutschland und seine Verbündeten von einst. Sogar die Methoden und Einzelheiten sind genau die gleichen wie damals, wo man von abgehackten Kinderhänden und ausgestochenen Augen, ja sogar von Kadaververwertung sprach, daß man menschliche Kadaver zur Gewinnung von Fett-Ersatzstoffen verwertet habe. Dazu passen genau die Behauptungen von heute, die besagen, daß verstümmelte Judenleichen scharenweise vor den Friedhöfen liegen, daß sich sozusagen kein Jude auf der Straße sehen lassen dürfe, ohne attackiert zu werden.

Wohl haben Ausschreitungen stattgefunden, aber ganz vereinzelt. Sie sind unzweifelhaft als Sonderaktion irgendwelcher einzelner Leute anzusprechen, wie sie sich in jedem Volke und in jeder Organisation finden, die die Gelegenheit benutzt haben, persönliche Rachegefühle gegen einzelne jüdische Personen, mit denen sie aus irgendeinem Grunde Differenzen hatten, in ihrer Weise zu erledigen. Die leitende Stelle der NSDAP und die

ganze Reichsregierung haben stets mit größter Energie erklärt, daß sie in jedem derartigen Falle, der ihnen zur Kenntnis kommt, schonungslos zugreifen werden. Es ist mir bekannt, daß in solchen Fällen wirklich schonungslos eingegriffen worden ist. Jedenfalls haben wir deutschen Juden, und zwar ohne jeden Unterschied der besonderen Gefühlsrichtung, durchweg die Überzeugung, daß auf Seite der Regierung und der Leitung der NSDAP der ernste Wille besteht, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Wir haben uns deshalb schon vor geraumer Zeit mit sehr energischen Protesten gegen die ausländische Greuelpropaganda gewendet und zwar wie ich ausdrücklich hervor heben möchte, nicht etwa unter irgendeinem Zwang, sondern aus eigenem Antrieb, weil wir überzeugt waren, daß durch diese Hetze unserem Deutschland schwer geschadet wird und geschadet werden soll. Ferner, weil nebenher – ich hebe ausdrücklich hervor, daß dieser Gesichtspunkt für uns nur sekundärer Natur ist – auch uns in Deutschland lebenden Juden durch diese angeblich in unserem Interesse verübte Hetze ein ganz außerordentlich schlechter Dienst erwiesen wird. Wir wandten uns auch dagegen, daß man diese Auslandhetze als eine ‚jüdische Mache‘ darzustellen versucht. Es ist keine jüdische, sondern eine typisch anti-deutsche Mache, bei der leider auch einzelne Juden beteiligt sind. Diese Juden, insbesondere die früher in Deutschland gelebt haben, gehören zu denjenigen Elementen, gegen die wir nationaldeutsche Juden uns schon vor vielen Jahren mit größter Schärfe gewandt haben.“



Plakat der jüdischen Kriegsveteranen der USA: Aufruf zum Boykott

Einen Tag später, am 1. April 1933, wurde dann ein eintägiger Abwehrboykott gegen jüdische Geschäfte und Gewerbetreibende durchgeführt. Als drei Jahre später die Hetze immer noch nicht aufgehört hatte, äußerte sich Adolf Hitler auf einer Gauleitertagung im Jahre 1936 im Münchener Rathaus folgendermaßen zu diesem Thema: „*Heute wird überall auf der Welt gegen mich ein richtiges Kesseltreiben veranstaltet. Nehmen Sie, welche Zeitung Sie wollen, in die Hand und lesen Sie sie. Man könnte erschrecken über den Haß, der mir da entgegen gebracht wird. Ich verstehe, daß das Emigrantenvolk, das wie ein Rudel Mäuse vor dem Kater bei meinem Erscheinen als Kanzler aus unserem Reichshause davonlief, schimpft. Ich habe ihnen ihre Pfründe genommen. Mögen sie schimpfen! Das läßt mich kalt. Auch das deutsche*

Volk. Aber genau wie ich es schon 1919 und 1920 erkannte, bildet sich wieder unter dem Vorwand der Bekämpfung meiner Person eine haß- und neiderfüllte drohende Einheit der alten Feinde Deutschlands in allen Teilen der Welt. Was habe ich eigentlich, was hat das deutsche Volk diesen Reichsten der Reichen getan, daß sie gerade uns so hassen? Wir wollen unser Reich in Frieden mit eigenen Kräften wieder aufrichten. Da boykottiert man unsere Waren. Also sind wir zur Autarkie gezwungen. Da schreit man, das sei gegen das Prinzip des Welthandels. Da kann ich nur fragen: Was wollen sie eigentlich, alle diese ewigen Hasser unserer Arbeit? Auf keinen Fall uns helfen. Aber haben sie es etwa mit der guten Weimarer Biedermannsrepublik anders gemacht? Nein! Die haben sie nur leichter überrennen können als uns. Die Juden der ganzen Welt hassen mich. Das ist erklärlich. Das nehme ich hin. Aber sie schüren allüberall mit ihrer Macht den Kampf gegen unsere nationalen Lebensgrundlagen. Warum haßt mich England? Warum die USA? Warum Frankreich? Fast glaube ich noch eher, mich mit Moskau verständigen zu können, als mit diesen goldtriefenden, vor Sattheit ungemütlich gewordenen Demokratien. Aber meine Nächte sind voll ernstester Unruhe, mein Schlaf ist mir genommen, wenn ich an dieses Unisonokonzert der Weltmächte gegen uns denke.“

Auf der einen Seite nutzte die Hochfinanz ihre Mittel und betrieb eine weltweite Hetze gegen Deutschland; auf der anderen Seite verschärfte sich die Repressalien gegen die Juden in Deutschland, unter denen am Ende auch die „nationaldeutschen Juden“ zu leiden hatten, bis die Juden tatsächlich zu Tausenden aus Deutschland auswanderten. Dies entsprach genau dem von den Zionisten erhofften Ergebnis. Bedauerlich aus Sicht der Zionisten war allerdings, daß nicht alle Juden nach Palästina auswanderten.³⁷⁾

Das nationalistische Deutschland galt prominenten Juden wie Arthur Szyk und Raul Hilberg als „Amalek“. Und Simon Dubnow schrieb 1935 in einem Brief in bezug auf die Nürnberger Gesetze an einen Freund, daß „*wir uns jetzt in einem Krieg mit Amalek*“ befinden.³⁸⁾

Der Stamm Amalek, bzw. die Amalekiter, waren von jeher die erklärten Erbfeinde der Juden. Im Alten Testament heißt es z.B. über Amalek:

*„Gedenke was dir die Amalekiter taten auf dem Wege, da ihr aus Ägypten zoget, (2. Mose 17.8–16) 18 wie sie dich angriffen auf dem Wege und schlugen die letzten deines Heeres“*³⁹⁾

*„Und der HERR sprach ... ich will den Amalek unter dem Himmel austilgen, daß man sein nicht mehr gedenke.“*⁴⁰⁾

*„... daß der HERR streiten wird wider Amalek von Kind zu Kindeskind.“*⁴¹⁾

Dies begründet für die Juden das Gebot, die Amalekiter auszulöschen, wobei Amalek dabei lediglich ein Symbol ist, da der Stamm der Amalekiter zu deuteronomischer Zeit längst nicht mehr existierte. Andererseits lehrten wichtige Rabbiner wie Maimonides und Rabbi Pinhas Halevi von Barcelona, daß es immer noch Amalekiter gäbe und mit diesen eben auch die Pflicht, sich ihrer Taten zu erinnern und sie zu vernichten. Das „Dritte Reich“ stand für viele Juden als die Reinkarnation Amaleks.^{42) 43)}



Schon im Jahre 1898 weigerte sich der Ober-Rabbi der aschkenasischen Gemeinde in Palästina, Yosef Haim Sonnenfeld, Kaiser Wilhelm II. bei seinem Palästina-Besuch zu begrüßen, da die Deutschen von den Amalekitem abstammen würden. Er berief sich dabei auf ein Urteil von Elijah Ben Salomon Zalman (1720–1797), genannt Gaon (der Weise) von Vilna.⁴⁴⁾

Der Gaon von Vilna, seit frühester Jugend Kabbalist, reiste in jungen Jahren vom Baltikum aus einige Jahre durch

Polen und Deutschland. Später entwickelte er eine endzeitliche esoterische Lehre, den Kol Hator, in dem er seine Schüler lehrte, daß 999 Schritte notwendig seien, um das jüdische Volk nach Palästina zurück und den jüdischen Messias hervorzubringen. Er sah die Zeit der ersten Schritte gekommen, schickte seine Schüler los und begründete so den frühen religiösen Zionismus mit.

So wie in der biblischen Geschichte vom Auszug aus Ägypten glaubte der Gaon von Vilna anscheinend, daß sich auch bei der Rückkehr nach Palästina wieder ein neuer Amalek in den Weg seines Volkes stellen müsse. Diese Rolle sprach er den Deutschen zu.



Moses Hess (1812–1875)

Die nächste wichtige anti-deutsche Figur, die dieses Feindbild aufnahm und in die Welt der Politik übertrug, war der Mitentwickler der sozialistischen Ideologie und Vordenker des Zionismus, Moses Hess.

Moses Hess erklärte in seinem Werk „Rom und Jerusalem“ im Jahre 1862, daß ein letzter Rassenkampf (eine originär jüdische Idee) mit der letzten dominanten Rasse, der germanischen, wohl unvermeidlich sei:⁴⁵⁾

„Die ganze bisherige Geschichte bewegte sich in Racen- und Klassenkämpfen. Der Racenkampf ist das Ursprüngliche, der Klassenkampf das Sekundäre. Die letzte herrschende Race war die germanische. – Dank dem französischen Volke, welches in sich selbst zur Versöhnung des Racenantagonismus gelangt ist, seitdem es die letzte herrschende Race in ihrem Chef enthauptet hat, Dank seiner grossen Revolution, welche in seiner eignen Mitte jede Racenherrschaft zertrümmert hat, geht heute der Racenantagonismus zu Ende.“

Mit dem Racenantagonismus hört auch der Klassenkampf auf, die Gleichberechtigung aller gesellschaftlichen Klassen folgt jener aller Racen auf dem Fusse, und ist schliesslich nur noch eine wissenschaftliche Frage der Socialökonomie.

Ein letzter Racenkampf scheint jedoch unvermeidlich zu sein, wenn die deutschen Politiker es nicht verstehen, sich der gewaltigen reaktionären Strömung zu widersetzen, welche in jeder Collision Deutschlands mit den romanischen Völkern auch die fortgeschrittensten deutschen Demokraten in ihren romantisch-demagogischen Schwindel hineinzieht.“

Moses Heß, Rom und Jerusalem, 1862

Wie schon der Gaon von Vilna, erklärte also auch der Kommunistenrabbi Moses Heß die Deutschen zum zu überwindenden Gegner.

Über den ersten deutschen arisch-sozialistischen Politiker, Eugen Dühring, ging dieses Feindbild dann nach dem Französisch-Deutschen Krieg von 1870 in die deutsche völkisch-sozialistische Politik ein.

Schon in Jesaja 19,2 wird die Zwietracht zwischen den Völkern heraufbeschworen: *„Und ich will die Ägypter aneinander hetzen, daß ein Bruder wider den andern, ein Freund wider den andern, eine Stadt wider die andere, ein Reich wider das andere streiten wird.“*

Zionistenführer Herzl verkündete im Jahre 1897 in Basel bei einem großen Judenkongreß: *„Sobald ein nicht-jüdischer Staat es wagt, uns Juden Widerstand zu leisten, müssen wir in der Lage sein, sein Nachbarn zum Kriege gegen ihn zu veranlassen. ... Als Mittel dazu werden wir die öffentliche Meinung vorschützen. Diese werden wir vorher durch die sogenannte ‚achte Großmacht‘, die Presse in unserem Sinne bearbeiten. Mit ganz wenig Ausnahmen, die überhaupt nicht in Frage kommen, liegt die ganze Presse der Welt in unseren Händen.“*

Hitler selbst benannte „den jüdischen Kriegsminister Hore-Belisha“ in seinen „Monologen im Führerhauptquartier“ neben Winston Churchill, Anthony Eden und Robert Vansittart als den Hauptverantwortlichen für die britische Kriegserklärung an Deutschland.⁴⁶⁾ Hitler zog in seiner Rede vom 30. Januar 1939 daraus die Konsequenz: *„Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa.“*

Chaim Weizmann bekannte vor dem Zionistischen Weltkongreß am 8. Dezember 1942: *„Wir leugnen es nicht und wir haben keine Furcht, die Wahrheit zu bekennen, daß dieser Krieg unser Krieg ist und zur Befreiung des Judentums geführt wird.“*

Ähnlich äußerte sich auch Wladimir Zeev Jabotinsky in seinem 1942 posthum erschienen Buch „The War and the Jew“ (dt.: *Der Krieg und die Juden*):⁴⁷⁾ *„Wenn die Nazis jenseits der Grenzen oder ihre Söldner in Großbritannien und Frankreich schreien oder flüstern, daß dies ein ‚jüdischer Krieg‘ sei, haben sie vollkommen recht: die Mikrobe des Krieges wäre gestorben, hätte man ihr nicht erlaubt, auf der jüdischen Tragödie zu gedeihen.“*



Chaim Weizmann

Schätzungen zufolge waren europaweit bis zu 1,5 Millionen Juden am regulären militärischen Kampf, als auch völkerrechtswidrig als Partisanen aktiv am Krieg gegen Deutschland beteiligt: *„Zählt man zu den Partisanen die regulären Soldaten und Offiziere in den Armeen der Alliierten hinzu, so haben sich eineinhalb Millionen Juden am aktiven Kampf gegen die Deutschen beteiligt. Neben der Roten Armee, den Amerikanern und den Briten eine regelrechte vierte Armee, die Nazi-Deutschland besiegt und Europa befreit hat.“⁴⁸⁾*

Mit dem Ende von Krieg und nationalsozialistischer Herrschaft war der jüdische Deutschenhaß nicht verschwunden, sondern entlud sich in behaupteten „Racheaktionen“. Bekannt ist hierbei vor allem die jüdische Organisation Nakam.

Angehörige der „Jüdischen Brigade“ formten nach dem Krieg Zellen mit dem Ziel, Offiziere der SS oder Wehrmacht, denen sie Verbrechen gegen die europäischen Juden vorwarfen, zu ermorden. Informationen zur Durchführung dieser Morde wurden teils durch militärische Verbindungen erlangt, teils durch Folterung gefangener Nationalsozialisten. Die so beschafften Informationen wurden benutzt, um Killerkommandos zu entsenden und deutsche Offiziere als Ziele auszumachen und zu liquidieren.⁴⁹⁾

Als gegen Kriegsende 1944/45 maßgebliche jüdische Kreise unter Führung des späteren israelischen Ministers Siegfried Moses Reparationsansprüche gegen ein besiegtes Deutschland erhoben, hieß es zur Begründung: *„Jüdische Ansprüche auf Entschädigung müssen auf Anerkennung der Tatsache beruhen, daß die Juden einer seit 1933 mit Deutschland im Krieg befindlichen Nation angehören“*, so die israelische Professorin Nana Sagi in ihrem Grundlagenwerk *„Wiedergutmachung für Israel“* (Stuttgart 1981) auf Seite 27. Diese Resolution selbst war den Regierungen der Alliierten am 27. Oktober 1944 vorgelegt worden.

„Der Spiegel“ wußte fast zwanzig Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg mitzuteilen: ⁵⁰⁾ *„Bekanntlich ist keine deutsche Wehrmacht, die schon Anfang Mai 1945 bedingungslos kapitulierte, als Palästina noch britisches Mandatsgebiet war, in das Territorium des heutigen Staats Israel einmarschiert, was sie aufgrund des Kriegszustandes hätte tun können. Wenn nun aber tatsächlich der Präsident des zionistischen Weltkongresses und spätere erste Präsident des Staates Israel, Weizmann, die Juden zum Kampf gegen Deutschland aufgerufen und eine Beistandserklärung des zionistischen Kongresses der britischen Regierung übermittelt hat, wie Herr Professor Hofstätter unter Berufung auf Peter Kleist ausführte, so kommt dies insofern einer Kriegserklärung an das Deutsche Reich nahe – übrigens im August 1939, also vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges.“*



Siegfried Moses

Und am 10. Februar 1965 hieß es an derselben Stelle: ⁵¹⁾ *„Eine Delegation jüdischer Kriegsveteranen drohte dem deutschen Botschafter Heinrich Knappstein, sie würde ... ihren ganzen Einfluß geltend machen, um eine Wiedervereinigung Deutschlands zu verhindern. Die Deutschen, berichtete die Zeitung der Organisation*

‘The Jewish Veteran’, wurden an den wirksamen Boykott deutscher Waren durch unsere Organisation im Jahre 1933 erinnert. Wir sind bereit, eine derartige Aktion notfalls zu wiederholen.“

Selbst der Richter im Eichmann-Prozeß, Halevy, kam nicht umhin, angesichts der Weizmann-Erklärung mitzuteilen: *„Es gab tatsächlich eine Erklärung von Professor Chaim Weizmann aus dem Jahre 1939, die man als Kriegserklärung des Judentums an Deutschland verstehen konnte.“*

Rabbi Schwartz von den „Torah True Jews“ stellte 1997 klar, daß die jüdischen Kriegserklärungen an Deutschland im Interesse der Zionisten lagen: *„Der weltweite Boykott gegen Deutschland 1933 und die später aufs Ganze gehende Kriegserklärung gegen Deutschland, die von zionistischen Führern und dem Weltjudenkon-greß initiiert worden sind, versetzten Hitler derart in Wut, daß er drohte, die ‚jüdische Rasse in Europa‘ zu vernichten. ... Das Motto der Zionisten lautete: ‘Rak B’Dam (Nur mit Blut bekommen wir das Land Israel).‘“* ⁵²⁾

Der hessische NPD-Aktivist Alfred Zutt wurde 2006 von der politischen Justiz wegen angeblicher „Volksverhetzung“ verurteilt, weil er Ministerpräsident Roland Koch dazu aufgefordert hatte, auch die jüdischen Kriegserklärungen an Deutschland in den Schulbüchern zu thematisieren. ⁵³⁾

Ebenso wie die Feindstaatenklausel noch heute besteht, hat seit dem Zusammenbruch 1945 keine der großen jüdischen Organisationen und keine der kleineren, die sich hinter die aufgeführten antideutschen Kriegserklärungen gestellt hatten, oder eine ihrer Nachfolgeorganisationen die Kriegserklärungen je widerrufen, zurückgenommen, für aufgehoben oder obsolet erklärt. Insofern ist von ihrem Weiterbestehen auszugehen.

Diese Sichtweise ermöglicht eine widerspruchsfreie Deutung vielfältiger Handlungen jüdischer Protagonisten seitdem. Als ein Beispiel kann gelten, wie jüdische Protagonisten die Zivilinvasion in die BRD und BRÖ fördern, in Wort ⁵⁴⁾ und Tat. ⁵⁵⁾

Quellen:

- 1) metapedia
- 2) Harry Watson, Committee for the Preservation of the Jews (Hg.): *A Program for the Jews and An Answer To All Anti-Semitism*, Astoria Press, New York 1939, S. 10: *„The Jews declared war against Nazi Germany, and by means of the boycott they believed that they would destroy Nazi power in Germany, and would restore Germany to its former state. More than six years have passed since then.“*
- 3) <http://www.cwporter.com/bildde1.htm>
- 4) <http://www.cwporter.com/bildde1.htm>
- 5) Heinz Höhne: *Gebt mir vier Jahre Zeit – Hitler und die Anfänge des Dritten Reiches*. Ullstein Verlag, Berlin 1996, S. 110

- 6) Edwin Black: *The Transfer Agreement. The Dramatic Story of the Pact Between the Third Reich and Jewish Palestine*. New York und London 1984, S. 10–14; Dietrich Aigner: *Das Ringen um England. Das deutsch-britische Verhältnis, die öffentliche Meinung 1933-1939*. Bechtel Verlag, München und Esslingen 1969, S. 221
- 7) *Daily Express*, London, 24. März 1933: „[Judea declares war on Germany](#)“
- 8) Norman H. Finkelstein: *American Jewish history*, Jewish Publication Society 2007, S. 133
- 9) Francis R. Nicosia, *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, 37. Jg. (1989), Heft 3, S. 380
- 10) UNTERMYER BACK, GREETED IN HARBOR; Met by Jewish Groups, He Urges a United Front on Anti-Nazi Boycott. SAYS DRIVE LAGS HERE Roosevelt Recovery Program Is the Wonder of Europe, Lawyer Reports. in: [New York Times](#), 7. Juli 1933. ([Vorschau](#) | [PDF](#) | [Faksimile](#))
- 11) Text of Untermyer's Address in: [New York Times](#), 7. Juli 1933. ([Vorschau](#) | [PDF](#)) Each of you, Jew and Gentile alike, who has not already enlisted in this sacred war should do so now and here. It is not sufficient that you buy no goods made in Germany. You must refuse to deal with any merchant or shopkeeper who sells any German-made goods or who patronises German ships or shipping...
- 12) [Wladimir Jabotinsky](#) im Januar 1934; vgl. Carlos Baagoe: „Geburtswehen einer neuen Welt“, Samisdat-Verlag, Toronto, S. 143
- 13) vgl. Harold Cecil Robinson, „Verdammter Antisemitismus“, S. 119
- 14) *The Youngstown Jewish Times*, 16. April 1936
- 15) Norman H. Finkelstein: *American Jewish history*, Jewish Publication Society 2007, S. 133
- 16) *The American Hebrew* vom 30. April 1937
- 17) Christian Tilitzki: *Die deutsche Universitätsphilosophie in der Weimarer Republik und im Dritten Reich*, S. 1066
- 18) “And when the smoke of battle clears and trumpets no longer blare and bullets have ceased to blast, there may be presented a tableau showing the man who played God, the swastikaed Christus, being lowered none too gently, into a hole in the ground as the trio of non-Aryan intone a ramified requiem that sounds ... like a medley of a [Marsellaise](#), [God save the Queen](#) and the [Internationale](#), blending in Grand finale into a militant sound and aggressive arrangement of Eili, Eili!” — John Trimble, zit. nach Tilitzki, S. 119
- 19) [Text und englische Übersetzung](#)
- 20) vgl. Tilitzki, S. 119
- 21) Tilitzki, S. 119
- 22) Berichtet von Josef Roth: *Die katholische Kirche und die Judenfrage*, in: *Sitzungsbericht der Vierten Münchner Arbeitstagung des Reichsinstitutes für Geschichte des neuen Deutschlands vom 4. bis 6. Juli 1939*. Veröffentlicht in: *Forschungen über das Judentum* (1939), Bd. 4, Seite 163 ff.
- 23) [Brief von Weizmann an Chamberlain vom 29. August 1939](#)
- 24) [Hochspringen](#) ↑ Wer hat Deutschland den Krieg erklärt?, in: [Rolf Kosiek](#) / [Olaf Rose](#) (Hrsg.): *Der Große Wendiq*. Grabert Verlag, Tübingen, Band 1, 2006, S. 611–613 (612)
- 25) So die „World Chronicle“ und die „Jewish World Chronicle“ am 5. September 1939, sowie auch die „Times“. Vgl. Harold Cecil Robinson: *Verdammter Antisemitismus*, S. 118
- 26) Harold Cecil Robinson: *Verdammter Antisemitismus*, S. 119
- 27) vgl. Max Wahl: *Eidgenoss*, Verlag-Eidgenoss, CH-8401 Winterthur, S. 12
- 28) vgl. Harold Cecil Robinson: *Verdammter Antisemitismus*, S. 120
- 29) vgl. Harold Cecil Robinson: *Verdammter Antisemitismus*, S. 120
- 30) vgl. Joachim Kohl: *Die Erbschaft Moses*, S. 4 und Harold Cecil Robinson: *Verdammter Antisemitismus*, S. 119
- 31) [zitiert in: „Joachim Nolywaika: Die Sieger im Schatten ihrer Schuld](#)
- 32) vgl. Harold Cecil Robinson: *Verdammter Antisemitismus*, S. 119
- 33) „Aufbau“, jüdische Zeitung, New York, Freitag, 23. Januar 1942, S. 1
- 34) Hitlers Politisches Testament. Die Bormann Diktate vom Februar und April 1945, 13. Februar 1945.
- 35) Gabriele Anderl, in: Erika Weinzierl / Otto D. Kulka (Hgg.): *Vertreibung und Neubeginn. Israelische Bürger österreichischer Herkunft*, Wien, S. 184
- 36) Zitiert nach [Udo Walendy](#): *Historische Tatsachen Nr. 10*, S. 19
- 37) Hoefelbernd: *Die andere Welt*, S. 170
- 38) [Gedenke, was Amalek dir angetan](#), [FAZ](#), 24. Juli 2006
- 39) *Moses* 25,17 ([Luther 1912](#))
- 40) 2. *Moses* 17,14 ([Luther 1912](#))
- 41) 2. *Moses* 17,16 ([Luther 1912](#))
- 42) Hartmut Stern: *Jüdische Kriegserklärungen an Deutschland: Wortlaut, Vorgeschichte, Folgen*, 2000, S. 12
- 43) Moshe Zimmermann: *Zur Entstehung einer israelischen Schizophrenie: Amalek und Deutschland in Vergangenheit und Gegenwart*, in: K.-J. Mass (Hg.): *Deutschland von Außen. Der Andere Blick 50 Jahre danach*, Rheinbach, 1995, 168–188
- 44) [The First Word: Are Jews still commanded to blot out Amalek? – Jerusalem Post](#)
- 45) [Moses Hess](#): *Rom und Jerusalem. Die letzte Nationalitätenfrage*, M. W. Kaufmann 1899, S. 158 f.
- 46) Werner Jochmann (Hg.): *Adolf Hitler: Monologe im Führerhauptquartier 1941–1944*, Hamburg 1980, S. 93
- 47) [Wladimir Jabotinsky](#): *The War and the Jew*, The Dial Press, New York 1942, S. 52: „When the Nazis across the frontiers, or their hirelings in Britain and France, yell or whisper that this is a “Jewish War”, they are perfectly right: the microbe of war would have died had it not been allowed to bat-ten on the Jewish tragedy.“
- 48) Dokumentarfilm *Mit dem Mut der Verzweifelten – Jüdischer Widerstand gegen Hitler* von Rena und Thomas Gieffer, Deutschland 2005, unter histo-rischer Fachberatung von Prof. Dr. Arno Lustiger
- 49) Morris Beckman: *The Jewish Brigade*, S. 213
- 50) Hofstätter-Gespräch, [Der Spiegel](#), 38/1963,
- 51) Kommt nach Hause, [Der Spiegel](#), 7/1965, [10. Februar 1965](#), S. 56
- 52) Rabbi Schwartz von den „Torah True Jews“, in: „New York Times“ *National* vom 30. September 1997, Seite A16
- 53) [NPD-Paar Zutt verlässt Hessen](#), [Frankfurter Rundschau](#), 18. Juli 2008
- 54) [World Jewish Congress and Official German Jewry Welcome Non-White Invasion](#), [National Vanguard](#), 20. Februar 2016
- 55) [The New Observer: Israel unterstützt offiziell die Invasion aus der Dritten Welt](#) – Deutsche Übersetzung eines Berichts von [The New Observer](#), 22. November 2015; Original: [Israel Officially Aids Third World Invasion](#), *The New Observer*, 22. November 2015

1933-1935

November 1933 - Roosevelt erkennt die Sowjetunion diplomatisch an



Präsident Franklin D. Roosevelt (rechts) gibt dem neuen US-Botschafter in der Sowjetunion, William Bullitt, am 17. November 1933 die Hand. Bullitt wurde ernannt, kurz nachdem Roosevelt angekündigt hatte, die diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern wiederherzustellen.

1917 hatten die USA ihren Botschafter aus Rußland zurückgezogen. 1922 wurde die Sowjetunion gegründet, und schon bald bemühte sie sich um die diplomatische Anerkennung durch die USA, zunächst vergeblich. Nicht nur, daß die US-Amerikaner das sowjetische Gesellschaftssystem ablehnten, auch die Weigerung der neuen russischen Regierung, die Schulden des Zarenreichs aus der Zeit des Ersten Weltkriegs zu übernehmen, spielte eine Rolle.

Der Kurswechsel kam 1933 mit dem Amtsantritt des demokratischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt. Am 16. November 1933 konnte der sowjetische Außenkommissar Maxim Litwinow in Washington mit Präsident Roosevelt die Anerkennung der UdSSR vereinbaren.

Der folgende Telegrammtausch, FDR an Maxim Litvinov (Bild unten), kennzeichnete die diplomatische Anerkennung:

Das Weiße Haus, Washington, 16. November 1933

Mein lieber Herr Litvinov:

Ich freue mich sehr, Ihnen mitteilen zu können, daß die Regierung der Vereinigten Staaten aufgrund unserer Gespräche beschlossen hat, normale diplomatische Beziehungen zur Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken aufzunehmen und Botschafter auszutauschen.

Ich vertraue darauf, daß die Beziehungen, die jetzt zwischen unseren Völkern hergestellt werden, für immer normal und freundlich bleiben und daß unsere Nationen fortan zum gegenseitigen Nutzen und zur Wahrung des Weltfriedens zusammenarbeiten können. Ich bin, mein lieber Herr Litvinov,

Mit freundlichen Grüßen

FRANKLIN D. ROOSEVELT

Washington, 16. November 1933



Mein lieber Herr Präsident:

Ich freue mich sehr, Ihnen mitteilen zu können, daß die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken gerne normale diplomatische Beziehungen zur Regierung der Vereinigten Staaten aufnimmt und Botschafter austauscht.

Auch ich teile die Hoffnung, daß die jetzt zwischen unseren Völkern bestehenden Beziehungen für immer normal und freundlich bleiben und daß unsere Nationen künftig zum gegenseitigen Nutzen und zur Wahrung des Weltfriedens zusammenarbeiten können.

Ich bin, mein lieber Herr Präsident,

Mit freundlichen Grüßen

MAXIM LITVINOV

Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken¹⁾



Erster US-Botschafter wurde William C. Bullitt. Für den jungen Sowjetstaat bedeutete dies einen großen außenpolitischen Coup. Die USA wiederum versprachen sich von der Anerkennung Handelserleichterungen für die eigenen Agrarexporte in die Sowjetunion. Sie sollten der daniederliegenden amerikanischen Wirtschaft wieder auf die Beine helfen. Das Moskauer Regime sagte im Gegenzug zu, jegliche kommunistische Propaganda auf amerikanischem Boden zu unterlassen. Für die Frage der zaristischen Altschulden fand sich eine elegante Lösung: Sie wurde auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.

Roosevelt erkannte also einen Staat an, der mit der Komintern offen das Ziel verfolgte, alle „bourgeois“ Regierungen zu stürzen, inklusive die der USA. Diese Annäherung an den kommunistischen Terrorstaat, der in der Ukraine eben erst sieben Millionen Menschen verhungern hatte lassen, half den Sowjets dabei, ihre Macht zu konsolidieren.²⁾

Quellen:

1) <http://deadpresidentsdaily.blogspot.com>

2) wissenschaft.de, USA erkennen UdSSR an, 01.11.2018

1935

Die Alliierten brechen den Versailler Vertrag

Staat	Militärische Flugzeuge ¹⁾
Frankreich	3.000
England	1.800
Sowjetunion	1.700
Tschechoslowakei	700
Polen	700
Belgien	350
Deutsches Reich	70

Im 1. Teil des Versailler Vertrages wurde festgelegt, „ daß es die Aufrechterhaltung des Friedens nötig macht, die nationalen Rüstungen auf das Mindestmaß herabzusetzen, das mit der nationalen Sicherheit vereinbar ist.“ Die Entmilitarisierung des Deutschen Reiches sollte „die Einleitung einer allgemeinen **Rüstungsbeschränkung aller Nationen**“ bedeuten. Das Deutsche Reich sollte also zuerst abrüsten, so daß danach die Siegermächte des Ersten Weltkrieges folgen konnten.

Die Alliierten dachten aber nie daran, abzurüsten, im Gegenteil: Sie rüsteten teilweise sogar auf. ²⁾

Damit erscheint der Vorwurf, Deutschland habe durch die Aufrüstung ab 1935 den Versailler Vertrag gebrochen, in einem völlig anderen Licht. Warum sollte Deutschland eine Pflicht gehabt haben, sich an den Vertrag zu halten, wenn die Alliierten ihn schon gebrochen hatten?

Hitler hatte bei einer Rede im Reichstag am 17. Mai 1933 gesagt:

„Deutschland wäre auch ohne weiteres bereit, seine gesamte militärische Einrichtung überhaupt aufzulösen und den kleinen Rest der ihm verbliebenen Waffen zu zerstören, wenn die anliegenden Nationen ebenso restlos das gleiche tun würden. Wenn aber die anderen Staaten nicht gewillt sind, die im Friedensvertrag von Versailles auch sie verpflichtenden Abrüstungsbestimmungen durchzuführen, dann muß Deutschland zumindest auf der Forderung seiner Gleichberechtigung bestehen.“ ³⁾

Am 29. November 1934 sagt der ehemalige britische Premierminister Lloyd George in London vor dem Unterhaus:

„Die Signatarmächte des Vertrages von Versailles versprochen den Deutschen feierlich, man würde abrüsten, wenn Deutschland mit der Abrüstung vorangehe. Vierzehn Jahre hat Deutschland auf die Einhaltung dieses Versprechens gewartet. In dieser Zeit ist eine Reihe ausgesprochen friedfertiger Minister in Deutschland tätig gewesen, Minister, die nicht aufgehört haben, die großen Mächte zu beschwören, endlich mit der Einlösung des gegebenen Versprechens ernst zu machen. Man hat sich über diese deutschen Minister ... lustig gemacht. In der Zwischenzeit haben alle Länder, mit Ausnahme Englands, ihre Kriegsbewaffnung gesteigert und sogar den Nachbarn Deutschlands Geldanleihen zugestanden, mit denen diese wiederum gewaltige Militär-Organisationen dicht an Deutschlands Grenzen aufbauten. Können wir uns denn wundern, daß die Deutschen zu guter Letzt zu einer Revolte gegen diese chronische Betrügerei der großen Mächte getrieben wurden.“ ⁴⁾

Daß auch England seine Flotte aufgerüstet hat, verschweigt Lloyd George.

Durch das „Gesetz über den Aufbau der Wehrmacht“ vom 16. März 1935 wurde die Grundlage für einen Wiederaufbau der Armee festgelegt, um die Reichsgrenzen im Notfall schützen zu können, was die Alliierten seit Jahren abgelehnt hatten. **Trotzdem schloß Deutschland in Anerkennung der englischen Seemacht noch am 18. Juni 1935 ein Flottenabkommen mit England ab und verpflichtete sich, die eigene Flotte im Verhältnis 35:100 zur britischen Commonwealth-Flotte zu beschränken.**

Reagierte Deutschland also nicht in zumindest nachvollziehbarer Art und Weise auf einen klaren Vertragsbruch der Alliierten? Es war sogar weiterhin bereit, seine Rüstung im Vergleich zu Großbritannien niedrig zu halten.

Quellen:

1. Die Aufrüstung in Europa und USA 1918 - 1939, vorkriegsgeschichte.de
2. Gerd Schultze-Rhonhof, „Der Krieg, der viele Väter hatte“, S.247 ff.
3. Max Domarus: Hitler. Reden und Proklamationen von 1932-1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen. Würzburg 1962/63. S. 276
4. Bernhardt, Hans, Deutschland im Kreuzfeuer großer Mächte, S. 151

Hochrangige Persönlichkeiten loben Hitler

Im September 1937 erschien ein Aufsatz vom baldigen Kriegspremier Winston Churchill im britischen „Evening Standard“. Dieser war bereits 1935 im Strand-Magazine erschienen und hier nun gekürzt abgedruckt. Darin schrieb Churchill:

„Man mag Hitlers System nicht mögen, doch trotzdem seine patriotischen Leistungen bewundern. Wenn unser Land besiegt werden würde, würde ich hoffen, daß wir einen so unzählbaren Kämpfer für die Wiederherstellung unseres Selbstvertrauens finden, der uns zurückführt an unseren Platz unter den Nationen.“¹⁾

Etliche weitere hochrangige Persönlichkeiten sprachen sich für die Sache der Nationalsozialisten aus, versicherten Hitler bis 1940 ihre Rückendeckung, z.B. auch Winston Churchills Sohn Randolph Churchill, der ein Anhänger der englischen Faschisten unter Oswald Mosley war. Das erinnert an die Verständnis und Friedensbekundungen, die Österreich- Ungarn und Deutschland kurz vor dem Ersten Weltkrieg aus dem britischen Außenministerium erhielten. Wieder dachte die deutsche Regierung lange Zeit, England wäre nicht zu einem Krieg bereit. Vor dem Zweiten Weltkrieg wirkte so manches warme Wort aus England geradezu wie eine Unterstützung für den Einmarsch in Polen. Erst ab dem Machtantritt des Round-Table-Manns Churchill am 10. Mai 1940 drehte der Wind wieder klar in eine antideutsche Richtung und die Kriegspropagandamaschinerie begann erneut auf Hochtouren zu laufen. Es scheint, als wäre der Kontinent zum wiederholten Mal von Großbritannien bzw. den finanzstarken Hintermännern aus der Wallstreet bewußt in einen Krieg manövriert worden.

Winston Churchills Aufsatz im STRAND-MAGAZINE vom November 1935

Winston Churchill, hat sich schon frühzeitig mit dem Phänomen Hitler beschäftigt. Aus dem nachfolgenden Text ergibt sich eindeutig, daß er auch das Buch „Mein Kampf“ bereits gelesen hatte, als im November 1935 sein berühmter Aufsatz: „THE TRUTH ABOUT HITLER“ (Die Wahrheit über Hitler) in der Zeitschrift THE STRAND MAGAZINE erschien. Diese Veröffentlichung führte zu einer diplomatischen Verstimmung zwischen Deutschland und Großbritannien. Knapp zwei Jahre später wurde dieser Aufsatz in leicht gekürzter Form im Churchills Buch GREAT CONTEMPORARIES (deutsch: Bedeutende Zeitgenossen) erneut veröffentlicht. Nachfolgend die kompletten Passagen mit den zugehörigen Illustrationen. Die Abweichungen zur späteren Veröffentlichung sind im Text hervorgehoben.

Zweifellos ist der Autor zum damaligen Zeitpunkt von Hitler fasziniert, insbesondere sein Aufstieg vom Weltkriegsgefreiten und arbeitslosen Kunstmaler (Churchill spricht fälschlicherweise vom Unteroffizier (Corporal) und Housepainter (Anstreicher)). Wörtlich:

„Corporal Hitler was fighting his long, wearing battle for the German heart. The story of that struggle cannot be read without admiration for the courage, the single-mindedness, and the personal force which enabled him to challenge, defy, overcome, or conciliate all the authorities or resistances which barred his path.“

„Der Gefreite Hitler kämpfte seinen langen, zermürenden Kampf um das deutsche Herz. Die Geschichte dieses Kampfes kann nicht ohne Bewunderung für den Mut, die Zielstrebigkeit und die persönliche Kraft gelesen werden, die ihn befähigten, alle Autoritäten oder Widerstände, die ihm den Weg versperrten, herauszufordern, zu trotzen, zu überwinden oder zu beschwichtigen.“

Die Gegensätze können kaum größer sein: Churchill entstammte altem Adel, nämlich den Herzögen von Marlborough, bereits sein Vater war Minister, er selbst vor dem ersten Weltkrieg bereits Gast des Kaisers und englischer Marineminister. Hitler war dagegen ein Niemand

DIE WAHRHEIT ÜBER HITLER (1937 umbenannt in HITLER UND SEINE WAHL)

Der nachfolgende Text von Winston Churchill ist wortgleich erschienen im STRAND-MAGAZINE vom November 1935 unter dem Titel: „The truth about Hitler“ als auch in dem Buch vom August 1937 Great Contemporaries unter dem Titel „Hitler and his choice“. Der letzte, besonders markierte Abschnitt über den sogenannten Röhmputsch (30.06.1934) fehlt im dem Buch. Die Abschnitte, die in der späteren Veröffentlichung GREAT CONTEMPORARIES fehlen, sind in blauer Farbe unterlegt.

- Beginn der Übersetzung -

THE TRUTH ABOUT HITLER

By The Right Hon.
WINSTON CHURCHILL
P.C.

In this powerful article Mr. Winston Churchill very characteristically and courageously states his views on the actions and ambitions of the German leader. The opinions expressed and the deductions made from the facts stated are, of course, Mr. Churchill's own and are not necessarily endorsed by the "Strand Magazine".

EDITOR.

Washington, or welter in the inferno of human doom with Attila and Tamerlane. It is enough to say that both possibilities are open at the present moment. If, because the story is unfinished, because, indeed, its most fateful chapters have yet to be written, we are forced to dwell upon the dark side of his work and creed, we must never forget nor cease to hope for the bright alternative.

Adolf Hitler was the child of the rage and grief of a mighty empire and race who had suffered overwhelming defeat in war. He it was who exorcized the spirit of despair from the German mind by substituting the not less baleful but far less morbid spirit of revenge. When the terrible German armies, which had held half Europe in their grip, recoiled on every front and sought armistice from those upon whose lands even then they still stood as invaders; when the pride and will-power of the Prussian race broke into surrender and revolution behind the fighting lines; when that Imperial Government, which had been for more than fifty fearful months the terror of almost all nations, collapsed ignominiously, leaving its loyal faithful subjects defenceless and disarmed before the wrath of the sorely-wounded victorians

A May Day speech by Hitler. Over a million and a half people assembled to hear the German leader on this occasion.

Alles; then it was that one Austrian corporal, a former house-painter, set out to regain all. In the fifteen years that have followed this resolve he has succeeded in restoring Germany to the most powerful position in Europe, and not only has he restored the position of his country, but he has even, to a very large extent, reversed the results of the Great War. Sir John Simon, as Foreign Secretary, said at Berlin that he made no distinction between victors and vanquished. Such distinctions, indeed, still exist, but the vanquished are in process of becoming the victors, and the victors the vanquished. When Hitler began, Germany lay prostrate at the feet of the Allies. He may yet see the day when what is left of Europe will be prostrate at the feet of Germany. Whatever else may be thought about these exploits, they are certainly among the most remarkable in the whole history of the world.

Hitler's success, and, indeed, his survival as a political force, would not have been possible but for the lechery and folly of the French and British Governments since the War, and especially in the

1)

Es ist nicht möglich, sich ein gerechtes Urteil über eine öffentliche Figur zu bilden, die die enormen Dimensionen von Adolf Hitler erreicht hat, bis sein Lebenswerk als Ganzes vor uns liegt. Obwohl keine spätere politische Aktion falsche Taten entschuldigen oder die Schuld des Blutes beseitigen kann, ist die Geschichte voll von Beispielen von Männern, die zur Macht aufgestiegen sind, indem sie strenge, grimmige, böse und sogar schreckliche Methoden angewandt haben, die aber dennoch, wenn ihr Leben als Ganzes enthüllt wird, als große Figuren angesehen wurden, deren Leben die Geschichte der Menschheit bereichert hat. So mag es auch mit Hitler sein.

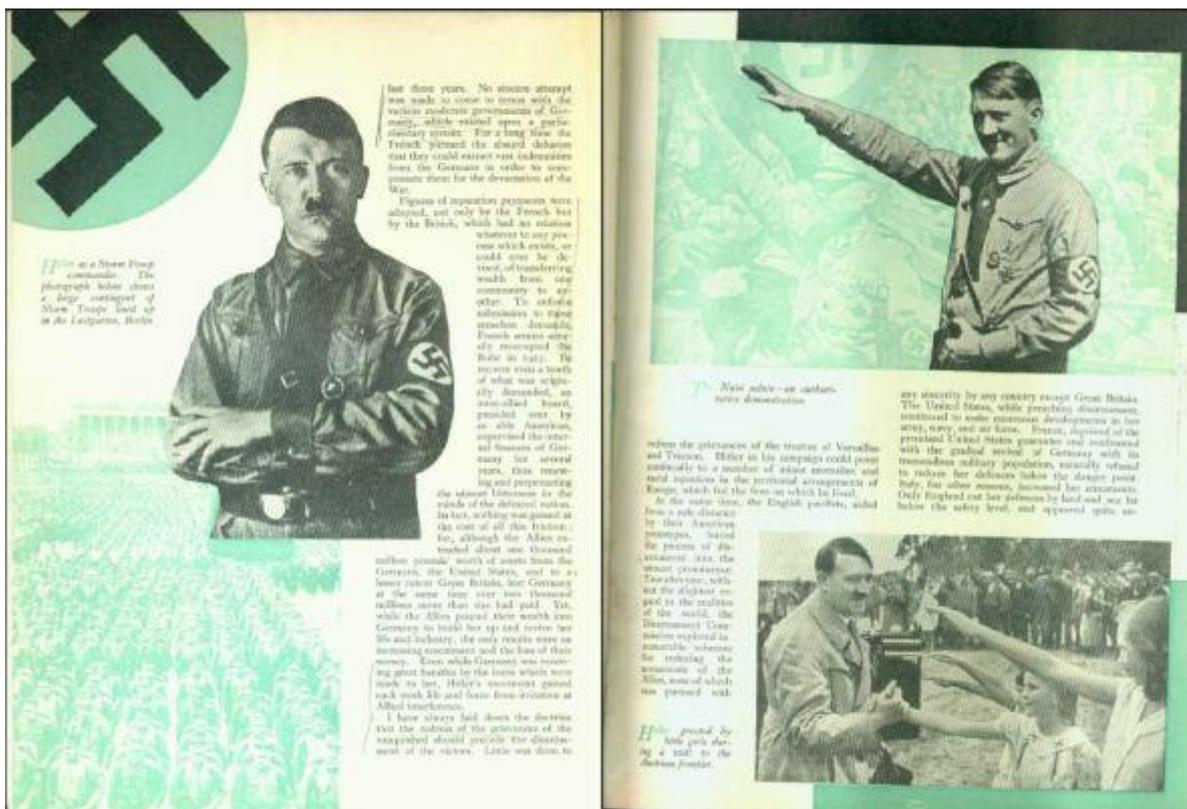
Ein solches endgültiges Urteil ist uns heute nicht vergönnt. Wir können nicht sagen, ob Hitler der Mann sein wird, der noch einmal einen Krieg auf die Welt losläßt, in dem die Zivilisation unwiederbringlich untergeht, oder ob er als der Mann in die Geschichte eingehen wird, der der großen germanischen Nation Ehre und Seelenfrieden zurückgab und sie heiter, hilfsbereit und stark in den europäischen Familienkreis zurückbrachte.

An diesem Geheimnis der Zukunft wird die Geschichte Hitler entweder zu einem Ungeheuer oder zu einem Helden erklären. **Es ist dies, was bestimmen wird, ob er in Walhalla mit Perikles, mit Augustus und mit Washington rangieren wird, oder im Inferno der menschlichen Verachtung mit Attila und Tamerlane schwelgen wird.** Es genügt zu sagen, daß beide Möglichkeiten zum gegenwärtigen Zeitpunkt offen sind. Wenn wir, weil die Geschichte unvollendet ist, weil ihre verhängnisvollsten Kapitel noch geschrieben werden müssen, ge-

zwungen sind, uns mit der dunklen Seite seines Werkes und seines Glaubens zu befassen, dürfen wir nie vergessen und nie aufhören, auf die helle Alternative zu hoffen.

Adolf Hitler war das Kind der Wut und des Leids eines mächtigen Reiches und einer mächtigen Rasse, die eine überwältigende Niederlage im Krieg erlitten hatten. Er war es, der den Geist der Verzweiflung aus dem deutschen Geist austrieb, indem er ihn durch den nicht weniger unheilvollen, aber weit weniger morbiden Geist der Rache ersetzte. Als die furchtbaren deutschen Armeen, die halb Europa in ihrer Gewalt hatten, an allen Fronten zurückschlagen und Waffenstillstand mit denen suchten, auf deren Boden sie selbst dann noch als Eindringlinge standen; als der Stolz und die Willenskraft des preußischen Volkes hinter den Kampflinien in Kapitulation und Revolution brachen; als jene kaiserliche Regierung, die mehr als fünfzig furchtbare Monate lang der Schrecken fast aller Nationen gewesen war, schmachvoll zusammenbrach und ihre treuen Untertanen schutzlos und entwaffnet vor dem Zorn der schwer verwundeten siegreichen Alliierten zurückließ; da machte sich ein österreichischer Gefreiter, ein ehemaliger Hausmaler, auf, alles wiederzugewinnen.

In den fünfzehn Jahren, die diesem Entschluß folgten, ist es ihm gelungen, Deutschland in die mächtigste Position in Europa zurückzubringen, und er hat nicht nur die Position seines Landes wiederhergestellt, sondern er hat sogar, zu einem sehr großen Teil, die Ergebnisse des Großen Krieges umgekehrt. Sir John Simon, als Außenminister, sagte in Berlin, daß er keinen Unterschied zwischen Siegern und Besiegten mache. Solche Unterscheidungen gibt es in der Tat noch, aber die Besiegten sind dabei, zu Siegern zu werden und die Sieger zu Besiegten. Als Hitler anfang, lag Deutschland zu Füßen der Alliierten auf dem Boden. Er wird vielleicht noch den Tag erleben, an dem das, was von Europa übrig ist, Deutschland zu Füßen liegen wird. Was auch immer man sonst über diese Heldentaten denken mag, sie gehören sicher zu den bemerkenswertesten in der ganzen Weltgeschichte.



Hitlers Erfolg, und in der Tat, sein Überleben als politische Kraft, wäre nicht möglich gewesen, aber für die Lethargie und Torheit der französischen und britischen Regierungen seit dem Krieg, und vor allem in den letzten drei Jahren. Es wurde kein aufrichtiger Versuch unternommen, sich mit den verschiedenen gemäßigten Regierungen Deutschlands, die auf einem parlamentarischen System beruhten, zu arrangieren. Lange Zeit verfolgten die Franzosen die absurde Illusion, sie könnten den Deutschen riesige Entschädigungen abpressen, um sie für die Verwüstungen des Krieges zu entschädigen.

Nicht nur von den Franzosen, sondern auch von den Briten wurden Zahlen für Reparationszahlungen angenommen, die in keiner Beziehung zu irgendeinem existierenden oder jemals denkbaren Prozeß des Transfers

von Reichtum von einer Gemeinschaft zur anderen standen. Um die Unterwerfung unter diese sinnlosen Forderungen zu erzwingen, besetzten französische Armeen 1923 tatsächlich das Ruhrgebiet wieder. Um auch nur ein Zehntel des ursprünglich Geforderten zurückzubekommen, überwachte ein interalliiertes Gremium unter dem Vorsitz eines fähigen Amerikaners mehrere Jahre lang die inneren Finanzen Deutschlands und erneuerte und verewigte damit die äußerste Verbitterung in den Köpfen der besiegten Nation. Obwohl die Alliierten den Deutschen Vermögenswerte im Wert von etwa einer Milliarde Pfund abnahmen, liehen die Vereinigten Staaten und in geringerem Maße Großbritannien Deutschland gleichzeitig über zwei Milliarden Pfund mehr, als es gezahlt hatte. Doch während die Alliierten ihren Reichtum nach Deutschland schütteten, um es aufzubauen und sein Leben und seine Industrie wiederzubeleben, waren die einzigen Ergebnisse ein wachsender Groll und der Verlust ihres Geldes. Selbst während Deutschland durch die Kredite, die ihm gewährt wurden, große Vorteile erhielt, gewann Hitlers Bewegung jede Woche an Leben und Kraft durch die Irritation über die Einmischung der Alliierten.

Ich habe immer die Doktrin aufgestellt, daß die Beseitigung der Beschwerden der Besiegten der Entwaffnung der Sieger vorausgehen sollte. Es wurde wenig getan, um die Mißstände der Verträge von Versailles und Trianon zu beseitigen. Hitler konnte in seinem Feldzug immer wieder auf eine Reihe kleinerer Anomalien und rassischer Ungerechtigkeiten in den territorialen Regelungen Europas hinweisen, die das Feuer, von dem er lebte, nährten.

Gleichzeitig drängten die englischen Pazifisten, unterstützt aus sicherer Entfernung durch ihre amerikanischen Vorbilder, den Prozeß der Abrüstung in den Vordergrund.

Jahr für Jahr erforschte die Abrüstungskommission, ohne die geringste Rücksicht auf die Realitäten der Welt, in zahllosen Schemata die Reduzierung der Rüstungen der Alliierten, von denen keines von irgendeinem Land mit Ausnahme Großbritanniens mit Ernsthaftigkeit verfolgt wurde. Die Vereinigten Staaten predigten zwar Abrüstung, machten aber weiterhin enorme Entwicklungen in ihrer Armee, Marine und Luftwaffe. Frankreich, ohne die versprochene Garantie der Vereinigten Staaten und konfrontiert mit dem allmählichen Wiederaufleben Deutschlands mit seiner enormen militärischen Bevölkerung, weigerte sich natürlich, seine Verteidigungsanlagen unter den Gefahrenpunkt zu senken. Italien erhöhte aus anderen Gründen seine Rüstung. Nur England reduzierte seine Verteidigungsanlagen zu Lande und zu Wasser weit unter die Sicherheitsgrenze und schien sich der neuen Gefahr, die sich in der Luft entwickelte, nicht bewußt zu sein.



Inzwischen begannen die Deutschen, hauptsächlich unter der Regierung Brüning, ihre großen Pläne zur Wiedererlangung ihrer bewaffneten Macht. Diese wurden auf allen Kanälen vorangetrieben. Der Luftsport und die kommerzielle Luftfahrt wurden zu einem bloßen Deckmantel, hinter dem sich eine ungeheure Organisation für die Zwecke des Luftkrieges über jeden Teil Deutschlands ausbreitete. Der durch den Vertrag verbotene deutsche Generalstab wuchs unter dem Deckmantel der staatlichen Lenkung der Industrie von Jahr zu Jahr zu einer ungeheuren Größe an. Alle Fabriken Deutschlands wurden in unglaublicher Ausführlichkeit darauf vorbereitet, auf Kriegsproduktion umgestellt zu werden.

Diese Vorbereitungen waren den Geheimdiensten sowohl Frankreichs als auch Großbritanniens bekannt, obwohl sie eifrig verheimlicht wurden. Aber nirgendwo in einer dieser Regierungen gab es die Befehlsgewalt, Deutschland entweder zum Stillstand zu bringen oder eine Revision der Verträge anzustreben. Der erstere Weg wäre jedenfalls bis Ende 1931 ziemlich sicher und einfach gewesen, aber zu dieser Zeit begnügten sich Mr. MacDonald und seine Kollegen noch damit, hochtrabende Platinen über die Segnungen des Friedens zu äußern und den Beifall wohlmeinender, aber schlecht informierter Mehrheiten auf unserer ganzen Insel zu gewinnen, und noch 1932 wurde der größte Druck auf Frankreich ausgeübt, seine bewaffnete Stärke zu reduzieren, während die Franzosen gleichzeitig wußten, daß in allen Teilen Deutschlands immense Vorbereitungen im Gange waren. Ich erklärte und entlarvte die Torheiten dieses Vorgangs wiederholt und detailliert im Unterhaus, aber niemand schenkte dem die geringste Aufmerksamkeit. Das einzige, was schließlich aus den Abrüstungskonferenzen hervorging, war die Wiederbewaffnung Deutschlands.

Während all diese gewaltigen Umwälzungen in Europa stattfanden, kämpfte der Gefreite Hitler seinen langen, zermürbenden Kampf um das deutsche Herz. Die Geschichte dieses Kampfes kann nicht ohne Bewunderung für den Mut, die Zielstrebigkeit und die persönliche Kraft gelesen werden, die ihn befähigten, alle Autoritäten oder Widerstände, die ihm den Weg versperrten, herauszufordern, zu trotzen, zu überwinden oder zu beschwichtigen. Er und die immer größer werdenden Legionen, die mit ihm zusammenarbeiteten, zeigten in dieser Zeit in ihrem patriotischen Eifer und ihrer Vaterlandsliebe, daß es nichts gab, was sie nicht tun oder wagen wollten, kein Opfer an Leib, Leben oder Freiheit, das sie nicht selbst bringen oder ihren Gegnern auferlegen wollten.

[Hier ist nicht der Ort, um diese Geschichte zu erzählen.](#) Die Hauptepisoden sind wohlbekannt. Die aufrührerischen Versammlungen, die blutige Fusillade in München, Hitlers Verhaftung, seine verschiedenen Verhaftungen und Prozesse, sein Konflikt mit Hindenburg, sein Wahlkampf, von Papens Versetzung, Hitlers Eroberung Hindenburgs, Hindenburgs Desertion von Brüning - all das waren die Meilensteine auf jenem unbeugsamen Marsch, der den österreichischen Gefreiten zum Lebensdiktat der gesamten deutschen Nation von fast siebenzig Millionen Seelen trug, die die fleißigste, fähigste, kämpferischste, militaristischste und ressentimentgeladene Rasse der Welt darstellt.

Hitler gelangte an der Spitze einer nationalsozialistischen Bewegung zur höchsten Macht in Deutschland, die alle Staaten und alten Königreiche Deutschlands auslöschte und zu einem Ganzen verschmolz. Gleichzeitig unterdrückte und vernichtete der Nazidom mit Gewalt, wo immer es nötig war, alle anderen Parteien im Staat.



4)

In diesem Augenblick stellte er fest, daß die geheime Organisation der deutschen Industrie und Luftfahrt, die der deutsche Generalstab und später die Regierung Brüning aufgebaut hatte, tatsächlich absolut einsatzbereit war.

Bislang hatte niemand diesen Schritt gewagt. Die Angst, daß die Alliierten eingreifen und alles im Keim ersticken würden, hatte sie zurückgehalten. Aber Hitler war durch Gewalt und Leidenschaft aufgestiegen; er war von Männern umgeben, die ebenso rücksichtslos waren wie er. Es ist wahrscheinlich, daß er, als er die bestehende verfassungsmäßige Regierung Deutschlands stürzte, nicht wußte, wie weit sie den Boden für seine Aktion vorbereitet hatte, sicherlich hat er ihnen nie die Gerechtigkeit widerfahren lassen, ihren Beitrag zu seinem Erfolg anzuerkennen. **Er hat sogar den patriotischen Brüning unter Morddrohung von deutschem Boden vertrieben.**

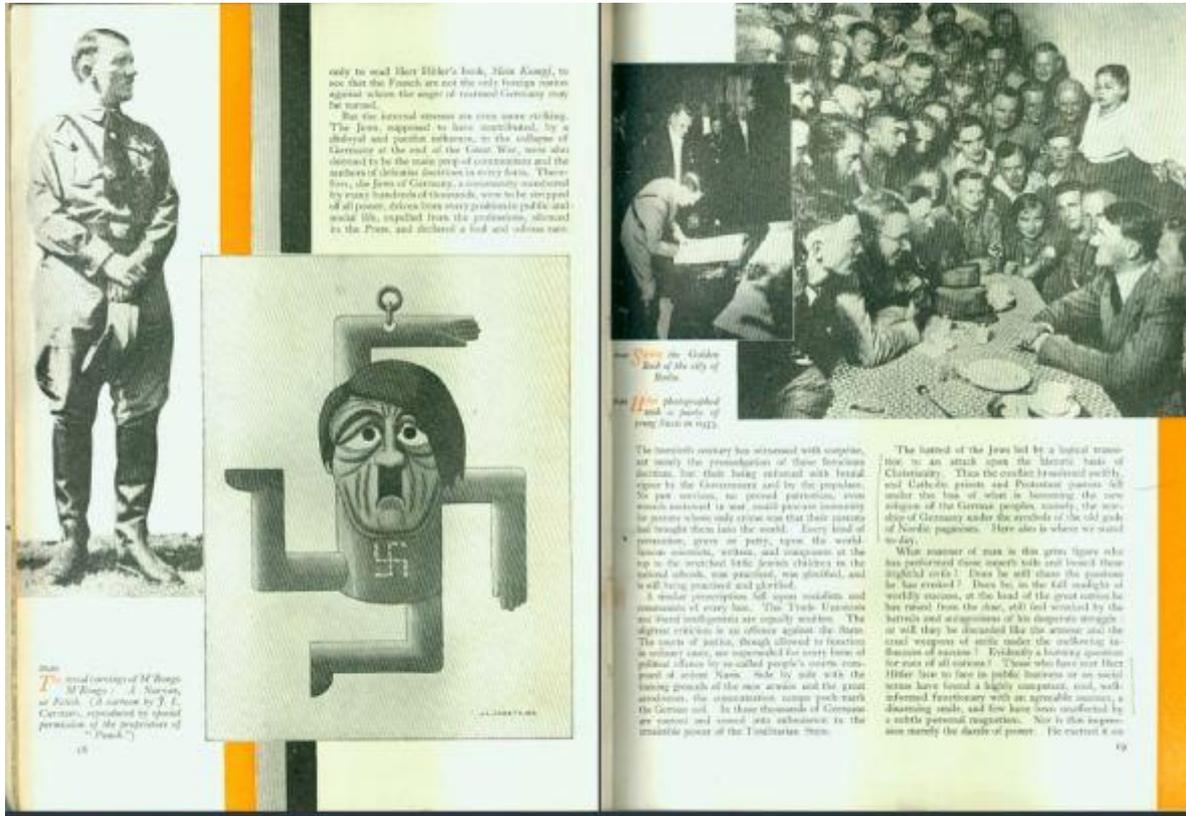
Tatsache ist, daß er und Göring nur das Signal für den gigantischsten Prozeß der geheimen Aufrüstung zu geben brauchten, der je stattgefunden hat. Er hatte lange verkündet, daß er, wenn er an die Macht käme, zwei Dinge tun würde, die niemand außer ihm selbst für Deutschland tun könnte. Erstens würde er Deutschland wieder auf den Höhepunkt seiner Macht in Europa bringen, und zweitens würde er die grausame Arbeitslosigkeit heilen, die das Volk plagte.

Seine Methoden sind nun offensichtlich. Deutschland sollte seinen Platz in Europa durch die Wiederbewaffnung zurückerobern, und die Deutschen sollten weitgehend vom Fluch der Arbeitslosigkeit befreit werden, indem sie für die Rüstung und andere militärische Vorbereitungen arbeiten sollten. So wurde ab 1933 die gesamte verfügbare Energie Deutschlands auf die Kriegsvorbereitungen gerichtet, nicht nur in den Fabriken, in den Kasernen und auf den Flugplätzen, sondern auch in den Schulen, den Hochschulen und fast im Kinderzimmer, mit allen Mitteln der Staatsmacht und der modernen Propaganda; und die Vorbereitung und Erziehung des ganzen Volkes zur Kriegsbereitschaft wurde in Angriff genommen.

Erst 1935 brach der volle Schrecken dieser Enthüllung über die unvorsichtige und unbedachte Welt herein, und Hitler warf die Verheimlichung beiseite und sprang bis an die Zähne bewaffnet vorwärts, wobei seine Munitionsfabriken Tag und Nacht brüllten, seine Flugzeugstaffeln sich in unaufhörlicher Folge bildeten, seine U-Boot-Besatzungen in der Ostsee übten und seine bewaffneten Heerscharen auf den Kasernenplätzen von einem Ende des weiten Reiches zum anderen trampelten. An diesem Punkt stehen wir heute, und die Leistung, durch die der Spieß umgedreht wurde gegen die selbstgefälligen, leichtsinnigen und blinden Sieger, verdient es, als

ein Wunder in der Weltgeschichte bezeichnet zu werden, und zwar als ein Wunder, das untrennbar mit der persönlichen Anstrengung und dem Lebenswillen eines einzigen Mannes verbunden ist.

Es ist sicher nicht verwunderlich, daß jeder "die Wahrheit über Hitler" wissen will. Was wird er mit den ungeheuren Kräften tun, die bereits in seinem Griff sind und sich Woche für Woche vervollkommen? Wenn wir, wie gesagt, nur die Vergangenheit betrachten, die alles ist, woran wir uns orientieren können, müssen wir in der Tat beunruhigt sein. Bis jetzt wurde Hitlers triumphale Karriere nicht nur von einer leidenschaftlichen Liebe zu Deutschland getragen, sondern von Strömen des Hasses, die so intensiv waren, daß sie die Seelen derer versengten, die auf ihnen schwammen.



5)

Der Haß auf die Franzosen ist die erste dieser Strömungen, und wir müssen nur Herrn Hitlers Buch "Mein Kampf" lesen, um zu sehen, daß die Franzosen nicht die einzige fremde Nation sind, gegen die sich der Zorn des wiederbewaffneten Deutschlands richten kann.

Aber die inneren Spannungen sind noch auffälliger. Die Juden, von denen man annimmt, daß sie durch einen illoyalen und pazifistischen Einfluß zum Zusammenbruch Deutschlands am Ende des Großen Krieges beigetragen haben, galten auch als die Hauptstütze des Kommunismus und die Autoren von defätistischen Doktrinen in jeder Form. Deshalb sollten die Juden Deutschlands, eine Gemeinschaft von vielen Hunderttausenden, entmachtet, aus allen Positionen des öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens vertrieben, aus den Berufen ausgeschlossen, in der Presse zum Schweigen gebracht und zu einer üblen und abscheulichen Rasse erklärt werden.

Das zwanzigste Jahrhundert hat mit Erstaunen erlebt, daß diese grausamen Doktrinen nicht nur verkündet, sondern mit brutaler Kraft von der Regierung und der Bevölkerung durchgesetzt wurden. Keine früheren Verdienste, kein bewiesener Patriotismus, nicht einmal im Krieg erlittene Wunden konnten Personen Immunität verschaffen, deren einziges Verbrechen darin bestand, daß ihre Eltern sie auf die Welt gebracht hatten. Jede Art von Verfolgung, ob schwerwiegend oder geringfügig, von den weltberühmten Wissenschaftlern, Schriftstellern und Komponisten an der Spitze bis zu den elenden kleinen jüdischen Kindern in den nationalen Schulen, wurde praktiziert, wurde verherrlicht und wird immer noch praktiziert und verherrlicht.

Ein ähnliches Verbot fiel auf Sozialisten und Kommunisten jeder Couleur. Die Gewerkschaftler und die liberale Intelligenz sind gleichermaßen betroffen. Die geringste Kritik ist ein Vergehen gegen den Staat. Die Gerichte, obwohl sie in gewöhnlichen Fällen funktionieren dürfen, werden für jede Art von politischem Vergehen durch

sogenannte Volksgerichte ersetzt, die aus glühenden Nazis bestehen. Neben den Übungsplätzen der neuen Armeen und den großen Flugplätzen durchziehen die Konzentrationslager den deutschen Boden. In diesen werden Tausende von Deutschen gezwungen und eingeschüchert, sich der unwiderstehlichen Macht des totalitären Staates zu unterwerfen.

Der Judenhaß führte in einem logischen Übergang zu einem Angriff auf die historischen Grundlagen des Christentums. So weitete sich der Konflikt rasch aus, und katholische Priester und protestantische Pastoren gerieten unter den Bann dessen, was zur neuen Religion der deutschen Völker wird, nämlich die Anbetung Deutschlands unter den Symbolen der alten Götter des nordischen Heidentums. Hier stehen wir auch heute noch.

Was für ein Mensch ist diese grimmige Gestalt, die diese großartigen Taten vollbracht und diese furchtbaren Übel ausgelöst hat? Teilt er noch die Leidenschaften, die er hervorgerufen hat? Fühlt er sich im vollen Sonnenlicht des weltlichen Erfolges, an der Spitze der großen Nation, die er aus dem Staub auferweckt hat, immer noch von dem Haß und den Feindseligkeiten seines verzweifelten Kampfes gequält: oder werden sie wie die Rüstung und die grausamen Waffen des Kampfes unter den mildernden Einflüssen des Erfolges abgelegt werden? Offensichtlich eine brennende Frage für Menschen aller Nationen! Diejenigen, die Herrn Hitler von Angesicht zu Angesicht in öffentlichen Geschäften oder auf gesellschaftlicher Ebene begegnet sind, haben einen hochkompetenten, kühlen, gut informierten Funktionär mit einem angenehmen Auftreten und einem entwaffnenden Lächeln vorgefunden, und nur wenige wurden von einer subtilen persönlichen Anziehungskraft nicht beeinflusst. Dieser Eindruck ist auch nicht nur der Blendwirkung der Macht geschuldet. Er übte sie auf seine Weggefährten in jeder Phase seines Kampfes aus, selbst als sein Glück in den tiefsten Tiefen lag. So lebt die Welt von der Hoffnung, daß das Schlimmste vorbei ist und daß wir Hitler noch in einem glücklicheren Zeitalter als sanftere Gestalt erleben werden.



Inzwischen hält er Reden an die Nationen, die von Offenheit und Mäßigung geprägt sind. In letzter Zeit hat er viele Worte der Beruhigung angeboten, eifrig geschleckt von denen, die so tragisch falsch über Deutschland in der Vergangenheit gewesen sind. Nur die Zeit kann es zeigen, aber in der Zwischenzeit drehen sich die großen Räder; die Gewehre, die Kanonen, die Panzer, die Schrot und Granaten, die Luftbomben, die Giftgasflaschen, die Flugzeuge, die Unterseeboote und jetzt die Anfänge einer Flotte fließend in immer breiter werdenden Strömen aus den bereits weitgehend kriegsmobilisierten Arsenalen und Fabriken Deutschlands.

In den Annalen des neuen, triumphierenden Deutschlands gibt es einen reißerischen Jahrestag. Es ist der 30. Juni. In dieser Nacht des vergangenen Jahres wurden in Deutschland viele hundert Männer und einige

Frauen ohne Gesetz, ohne Anklage, ohne Prozeß hingerichtet. Diese Personen repräsentierten viele Spielarten des Lebens und Denkens in Deutschland. Es gab Nazis und Anti-Nazis. Es gab Generäle und Kommunisten; es gab Juden, Protestanten und Katholiken. Einige waren reich und einige waren arm; einige waren jung und einige waren alt; einige waren berühmt und einige waren bescheiden. Aber alle hatten eines gemeinsam, nämlich, daß sie als unangenehm oder hinderlich für das Hitler-Regime galten. Deshalb wurden sie ausgelöscht.

Bewaffnete Polizisten fingen sie auf der Straße ein, erschossen sie in ihren Betten, erschossen die Ehefrau, die sich vor ihren Mann warf, schleppten alle möglichen Leute zu den verschiedenen Zielen - töteten einige auf dem Weg - schickten andere zu den Erschießungskommandos am Stadtrand von Berlin. Die unheimlichen Salven folgten einander den ganzen Vormittag, Nachmittag und die Nacht hindurch. Die Verwandten, die es wagten, sich nach dem vermißten Vater, Bruder oder Sohn zu erkundigen, erhielten nach längerer Zeit eine kleine Urne mit kremierter Asche.

Die Weltgeschichte ist voll von grausigen, schmutzigen Episoden dieser Art, von den Schlächtereien des alten Roms und den zahllosen Massakern, die die Geschichte Asiens befleckt haben, bis hin zu den Ausdünstungen der Zulu- und Hottentotten-Hexendoktoren. Aber in all ihren Höhen und Tiefen ist die Menschheit immer mit Entsetzen vor solchen Ereignissen zurückgeschreckt; und jede Aufzeichnung, die vorgab, die einer zivilisierten Rasse zu sein, hat ihre Abscheu vor ihnen verkündet.

Adolf Hitler hat die volle Verantwortung auf sich genommen. Es ist wahr, daß er erklärte, daß noch viel mehr Menschen ermordet wurden - ich nenne das Abschlachten eines Menschen in Frieden ohne Prozeß Mord -, die nicht auf seiner Liste standen. Eifrige Leutnants, so wird uns versichert, füllten die Lücken, manchmal mit öffentlichen, manchmal mit ihren eigenen privaten Feinden; und einige von ihnen wurden selbst hingerichtet, weil sie über das Ziel hinausgeschossen waren. Was für eine Grenze!

Aber das Erstaunliche ist, daß das große deutsche Volk, das gebildete, wissenschaftliche, philosophische, romantische, das Volk des Weihnachtsbaums, das Volk von Goethe und Schiller, von Bach und Beethoven, Heine, Leibnitz, Kant und hundert anderen großen Namen, dieses schreckliche Blutbad nicht nur nicht übel genommen, sondern es gebilligt und seinen Urheber mit den Ehren nicht nur eines Souveräns, sondern fast eines Gottes bejubelt hat. Hier ist die schreckliche Tatsache, vor der das, was von der europäischen Zivilisation übrig geblieben ist, sein Haupt in Scham und, was noch praktischer ist, in Furcht verneigen muß.

Können wir wirklich glauben, daß eine Hierarchie und Gesellschaft, die auf solchen Taten aufgebaut ist, mit dem Besitz der gewaltigsten militärischen Maschinerie betraut werden kann, die je unter Menschen geplant wurde? Können wir glauben, daß die Welt durch solche Kräfte „die Freude, den Frieden und die Herrlichkeit der Menschheit“ wiedererlangen kann? Die Antwort, wenn es eine Antwort gibt, die nicht das erschreckendste Negativum ist, ist in diesem Geheimnis namens HITLER enthalten.

- Ende der Übersetzung -

Übersetzung aus dem englischen Original mit deepl.com

Der Grund, warum Churchill später das letzte Kapitel über das Gemetzel vom 30. Juni 1934 weggelassen hat, ist unbekannt und rein spekulativ. Als der Artikel zum ersten Mal veröffentlicht wurde, verursachte er eine gewisse Verlegenheit in den Beziehungen zwischen Deutschland und Großbritannien.

Quellen:

- 1) *winstonchurchill.org, Did Churchill Ever Admire Hitler?, Finest Hour 156, Autumn 2012*
- 2) *The Truth about Hitler: Churchill's famous Article in STRAND MAGAZINE Nov 1935 S. 10-11*
- 3) *Ebenda S 12-13*
- 4) *Ebenda S. 14-15*
- 5) *Ebenda S. 16-17*
- 6) *Ebenda S. 18-19*

Lloyd George preist Hitler als „George Washington Deutschlands“

Der frühere britische Premierminister David Lloyd George besuchte Hitler auf dem Obersalzberg (Hitlers Zweitresidenz) und schrieb dann: „Es gibt zum ersten Mal seit dem Krieg ein allgemeines Sicherheitsgefühl. Die Menschen sind fröhlicher. Es gibt ein größeres Gefühl allgemeiner Fröhlichkeit Es ist ein glücklicheres Deutschland. Ich habe es überall gesehen und Engländer, die ich während meiner Reise getroffen habe und die Deutschland gut kannten, waren sehr beeindruckt von der Veränderung. Die Idee eines Deutschlands, das Europa mit einer Bedrohung einschüchtert, die seine unwiderstehliche Armee könnte Der Marsch über die Grenzen gehört nicht zu (Hitlers) neuer Vision.“



Nach seinem Besuch schilderte er seine Eindrücke im „Daily Express“ mit den Worten:

Der einstige liberale Premier Lloyd George schüttelt Hitler 1936 die Hand

„Erstmals seit dem Krieg ist ein allgemeines Gefühl der Sicherheit festzustellen. Die Menschen sind glücklicher, und im ganzen Land kann man eine gesteigerte Lebensfreude feststellen. ... Ein Mann hat dieses Wunder vollbracht ... Hitler ist Deutschlands George Washington.“

Quelle: Jenes, Themas (1951), Lloyd George, Harvard University Press

Das Saarland entscheidet sich in Volksabstimmung für das Deutsche Reich



Der erste Anschluß fällt Hitler sozusagen in den Schoß. Während der Siegerkonferenz in Versailles hat der französische Ministerpräsident Clemenceau wiederholt versichert, daß die Saarländer französischer Abstammung seien und, soweit doch von deutscher Herkunft, Bürger Frankreichs werden wollten.¹⁾ So jedenfalls notiert das der französische Historiker und Politiker Jacques Benoist-Méchin in einem seiner Bücher. Trotz des festen Willens der Franzosen findet ihre Absicht, auch das Saargebiet zu schlucken, in Versailles keine Mehrheit. Die Russen, die ihnen die Saar im Geheimvertrag von 1917 zugesichert hatten, sind in Versailles nicht mehr dabei. Und

US-Präsident Wilson sowie der englische Premier Lloyd George sind nicht damit einverstanden, daß Clemenceau das Saarland samt Bevölkerung und Bodenschätzen annektiert. Als Kompromiß der drei großen Siegermächte wird das Saarland zunächst für 15 Jahre unter die Verwaltung des Völkerbunds gestellt. Dann erst soll nach einer Volksabstimmung entschieden werden, ob es auf Dauer französisch, selbständig oder wieder deutsch wird. Eine fünfköpfige, international besetzte „Saarkommission“ soll das Saarland in diesen 15 Jahren im Auftrag des Völkerbunds regieren. Die Saarkommission steht unter dem Vorsitz eines französischen Präsidenten. Sie entpuppt sich bald als alleinige Vertretung französischer Interessen. Das ändert sich auch nicht, als das kanadische und das deutsche Mitglied der Kommission deshalb aus Protest dies Gremium verlassen. Die Verhältnisse an der Saar verschlimmern sich dadurch nur noch weiter zum Schaden der betroffenen Bevölkerung. Frankreich schaltet und waltet de facto als neuer Herrscher an der Saar. Die Proteste der angestammten

Bevölkerung werden auf Weisung der Franzosen in der Kommission in aller Regel dem zuständigen Völkerbund nicht einmal zugeleitet.²⁾ Die Regierung in Paris verlegt gegen die Bestimmungen des Versailler Vertrags 5.000 französische Soldaten in das Saargebiet.³⁾ Die deutsche Beamtenschaft wird zum größten Teil ausgewiesen und durch französische ersetzt. Das gleiche passiert mit den deutschen Firmenleitungen in der Industrie und im Bergbau an der Saar. Doch 1935 sind die 15 Jahre Saarstatut zu Ende, und Frankreich muß die 1920 in Versailles festgelegte Volksabstimmung dulden. So ist die Tatsache der Volksabstimmung an der Saar kein Verdienst des Kanzlers Hitler.

In den Monaten vor der Abstimmung tobt ein heftiger Wahlkampf an der Saar, bei dem die französische Verwaltung vor Ort den Heimvorteil besitzt, und das Deutsche Reich dagegen keinen unmittelbaren Zutritt hat. Der Wahlkampf wird von französischer Seite bewußt gegen den Nationalsozialismus und die neuen Mißstände im Deutschen Reich geführt. Die Emotionen schlagen dabei hoch, und die Volksabstimmung droht, zu harten Auseinandersetzungen auszuarten. Da schlägt der deutsche Regierungschef Hitler der französischen Regierung vor, die Zukunft der Saar durch eine freundschaftliche Vereinbarung zwischen beiden Regierungen zu regeln und auf die Volksabstimmung zu verzichten.⁴⁾ Sein Vorschlag lautet, das Saargebiet dem Deutschen Reiche wieder anzuschließen und durch einen Wirtschaftsvertrag zu regeln, daß die französische Industrie die saarländischen Bodenschätze, so ausbeuten dürfe wie bisher. Die französische Regierung lehnt den Vorschlag ab. Sie wertet ihn als Hitlers Eingeständnis der schlechten deutschen Chancen bei der Wahl.

Am 13. Januar 1935 wird unter der Aufsicht des Völkerbunds gewählt. 90,8 Prozent der Saarländer votieren für den Anschluß an das Deutsche Reich, 8,8 Prozent für die Selbständigkeit der Saar und 0,4 Prozent für den An-

schluß an Frankreich. Diese Wahl außerhalb des deutschen Staatsgebiets hat ohne jeden Zweifel ohne deutsche Manipulationen und Pressionen stattgefunden. Und sie wirkt, dank des Wahlkampfthemas der Franzosen „Nationalsozialismus in Deutschland“ statt einer Entscheidung für Deutschland und gegen Frankreich wie eine breite Zustimmung zum neuen nationalen Sozialismus des deutschen Kanzlers Hitler. So bescheren die Franzosen Hitler einen innenpolitischen Triumph, der stärker nachwirkt als sie ahnen. Für Hitler wird der erste Anschluß nach der Niederlage von 1918 zugleich ein Plebiszit für die „Bewegung“.

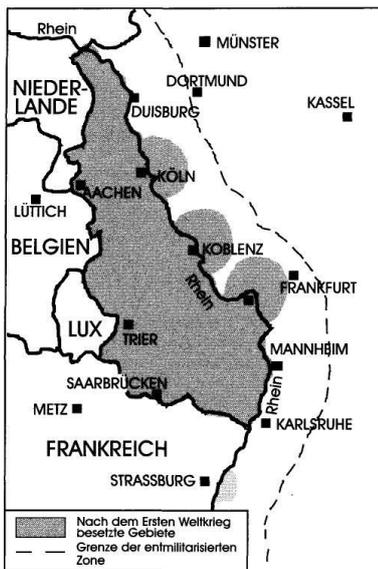
Am 1. März 1935 geht die Hoheit über das Saargebiet wieder auf das Deutsche Reich über. Hitler gibt zu diesem Anlaß eine Regierungserklärung vor dem Reichstag ab, in der er feierlich auf den deutschen Anspruch auf Elsaß-Lothringen verzichtet und die durch die Heimkehr der Saar neugezogene Grenze zwischen Frankreich und Deutschland als endgültig anerkennt. Frankreich hat damit ein erstes Stück seiner Versailler Kriegsbeute auf legalem Weg verloren. Und Hitler hat – fast unverdienter Maßen – den ersten innenpolitischen Erfolg durch einen Anschluß eingefahren.

Quellen:

- 1) Jacques Benoist-Méchin, „Auf dem Weg zur Macht 1925-1939“, Band 3, Seite 257
- 2) Francesco Nitti, „Die Tragödie Europas – und Amerika?“, Seite 115
- 3) Versailler Vertrag, Teil III, Artikel 50, Anlage, § 30 war das Saargebiet frei von Militär zu halten
- 4) Jacques Benoist-Méchin, „Auf dem Weg zur Macht 1925-1939“, Band 3, Seite 259

Die deutsche Wehrhoheit im Rheinland

Die nächste „Fessel von Versailles“, die Hitler abstreift, ist die Entmilitarisierung des deutschen Rheinlands. Mit dem Vertrag von Versailles war Deutschland auferlegt, das Rheinland mit der Pfalz links des Rheins und eine 50 Kilometer tiefe Zone rechts des Rheins von der Schweiz bis zu den Niederlanden von eigenen Truppen und Befestigungen freizuhalten.



1921 und 1923 nutzen Frankreich und Belgien trotz des inzwischen geschlossenen „Friedens“ diese ungeschützte Grenze, um Deutschland für nicht geleistete Reparationen zu „bestrafen“ und erst Düsseldorf und Duisburg und dann das ganze Ruhrgebiet mit fünf Heeresdivisionen zu besetzen. Dennoch bestätigt die deutsche Reichsregierung 1925 im Pakt von Locarno¹⁾ noch einmal diese Entmilitarisierung der deutschen Grenzregion in Richtung Frankreich, um sich damit die deutsche Mitgliedschaft im Völkerbund und den Abzug der französischen Besatzungstruppen aus der „Kölner Zone“ zu erkaufen²⁾. Gleichzeitig garantieren sich die Staaten Frankreich, Deutschland und Belgien gegenseitig den Verlauf ihrer gemeinsamen Grenzen, und sie vereinbaren, in Zukunft „in keinem Falle zu einem Angriff oder zu einem Einfall oder zum Kriege gegeneinander zu schreiten“³⁾. Die von Locarno erhoffte Entspannung zwischen Frankreich und Deutschland stellt sich jedoch nicht ein. Frankreich erwartet, daß Deutschland sich in Dankbarkeit für die Aufnahme in den Völkerbund fortan strikt an „Versailles“ hält. Ansonsten blockiert es die Gleichberechtigung der Deutschen im Völkerbund, so gut es kann. Deutschland dagegen erwartet nach dem end-gültigen Verzicht auf Elsaß-Lothringen französische Entgegenkommen, besonders soweit es die Lasten von Versailles anbelangt. So bleibt Locarno nur ein kurzer Blütentraum der deutsch-französischen Annäherung zwischen beiden Kriegen. Dies als erster Teil der Vorgeschichte zur deutschen Rheinlandbesetzung von 1936.

Der zweite Teil beginnt mit einem Französisch-Russischen Vertrag. 1935 ersetzen Frankreich und die Sowjetunion einen auslaufenden Nichtangriffspakt von 1932 durch einen neuen Freundschafts- und Beistandspakt.⁴⁾ Zu diesem Pakt gehört allerdings ein Zusatzprotokoll, in dem sich die Sowjetunion und Frankreich ihre Waffenhilfe auch für den Fall zusagen, daß eines der beiden Länder von einem Drittland angegriffen wird, und – das ist das Besondere – das auch, wenn der Völkerbund eine solche Waffenhilfe nicht empfiehlt.⁵⁾ Damit behalten sich die Sowjetunion und Frankreich vor, bei einem Streit mit dritten Staaten in eigener Machtvollkommenheit zu entscheiden, wer der Aggressor ist. Da die inzwischen wieder gut aufgerüstete Sowjetunion nicht damit rechnen kann, von den kleinen Baltenstaaten oder von den militärisch weit unterlegenen Polen oder Rumänen angegriffen zu werden, macht der Pakt nur in einem Krieg mit Deutschland einen Sinn. Frankreich hatte sich jedoch in Locarno mit Vertrag verpflichtet, keine militärischen Operationen gegen Deutschland mehr zu führen, es sei denn zur eigenen Verteidigung oder aufgrund früherer Verpflichtungen, die Frankreich gegenüber den Polen und den Tschechen eingegangen war. Ein französisches Versprechen, der Sowjetunion im Falle einer deutsch-sowjetischen Auseinandersetzung mit Waffenhilfe beizustehen, ist also ein Bruch des Paktes von Locarno. Und in Locarno – und das ist hier von Bedeutung – wird deutscherseits die schon erwähnte Entmilitarisierung des deutschen Rheinlands zugesagt, die Hitler nun im Gegenzuge kündigt.

Der zweite Teil beginnt mit einem Französisch-Russischen Vertrag. 1935 ersetzen Frankreich und die Sowjetunion einen auslaufenden Nichtangriffspakt von 1932 durch einen neuen Freundschafts- und Beistandspakt.⁴⁾ Zu diesem Pakt gehört allerdings ein Zusatzprotokoll, in dem sich die Sowjetunion und Frankreich ihre Waffenhilfe auch für den Fall zusagen, daß eines der beiden Länder von einem Drittland angegriffen wird, und – das ist das Besondere – das auch, wenn der Völkerbund eine solche Waffenhilfe nicht empfiehlt.⁵⁾ Damit behalten sich die Sowjetunion und Frankreich vor, bei einem Streit mit dritten Staaten in eigener Machtvollkommenheit zu entscheiden, wer der Aggressor ist. Da die inzwischen wieder gut aufgerüstete Sowjetunion nicht damit rechnen kann, von den kleinen Baltenstaaten oder von den militärisch weit unterlegenen Polen oder Rumänen angegriffen zu werden, macht der Pakt nur in einem Krieg mit Deutschland einen Sinn. Frankreich hatte sich jedoch in Locarno mit Vertrag verpflichtet, keine militärischen Operationen gegen Deutschland mehr zu führen, es sei denn zur eigenen Verteidigung oder aufgrund früherer Verpflichtungen, die Frankreich gegenüber den Polen und den Tschechen eingegangen war. Ein französisches Versprechen, der Sowjetunion im Falle einer deutsch-sowjetischen Auseinandersetzung mit Waffenhilfe beizustehen, ist also ein Bruch des Paktes von Locarno. Und in Locarno – und das ist hier von Bedeutung – wird deutscherseits die schon erwähnte Entmilitarisierung des deutschen Rheinlands zugesagt, die Hitler nun im Gegenzuge kündigt.

Der Unterzeichnung des Französisch-Sowjetischen Vertrags am 2. Mai 1935 geht eine Monate dauernde diplomatische Auseinandersetzung zwischen Paris und Berlin voraus, an der mittelbar auch die Garantiemächte des Locarno-Paktes ihren Anteil haben. Im April 1935 warnt der britische Außenminister Simon die französische Regierung,

„daß England beunruhigt sein würde, wenn Frankreich einen Vertrag unterschriebe, der es eventuell in einen Krieg mit Deutschland hineinziehen könnte und das unter Bedingungen, die mit dem §2 des Locarno-Paktes unvereinbar sind.“⁶⁾

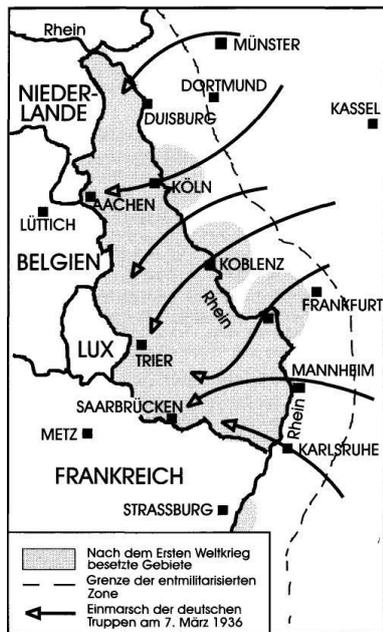
Am 25. Mai 1935 übersendet die deutsche Regierung der französischen ein Memorandum, in dem sie geltend macht, daß der neue sowjetisch-französische Vertrag im Widerspruch zu Artikel 16 der Völkerbundsatzung steht, und daß er nach deutscher Auffassung den Locarno-Pakt verletzt.⁷⁾ Die französische Regierung erwidert, daß der neue Vertrag ja keine französisch-sowjetische Militärallianz begründe und ansonsten völlig in Übereinstimmung mit dem Völkerbundvertrag und dem Pakt von Locarno stünde. Zur eigenen Sicherheit konsultiert Frankreich auch die Garantiemächte von Locarno, England, Italien und Belgien und läßt sich bestätigen, daß diese den Locarno-Pakt auch nach Abschluß des Französisch-Sowjetischen Beistandspakts für weiter gültig halten. Im Januar 1936 versucht die Reichsregierung noch einmal, den Französisch-Sowjetischen Vertrag auf andere Weise abzuwenden. Sie bietet Paris an, einen deutsch-französischen Nichtangriffspakt zu schließen. Frankreich lehnt den Vorschlag ab. Damit hat Berlin außenpolitisch eine Runde an Paris verloren. Am 27. Februar 1936 wird der Sowjetisch-Französische Beistandspakt von der französischen Nationalversammlung ratifiziert.

Für Hitler ist der Sowjetisch-Französische Vertrag ein Rückschlag in dem Bemühen, Deutschland nach außen abzusichern. Sein Erfolg von 1934, der Nichtangriffspakt mit Polen, hatte Frankreichs Ring um Deutschland aufgebrochen. Mit seinem neu geschlossenen Bündnis mit den Sowjets stopft Paris die Lücke mit einem neuen Waffenbruder. Für Deutschlands Sicherheit hat diese Wendung zwei Aspekte. Zum ersten wird erkennbar, daß man in Paris den deutschen Garantien im Vertrag von Locarno keinen unbedingten Glauben schenkt, und daß man durchaus noch einen weiteren Krieg ins Auge faßt. Zum zweiten verstärkt sich die Allianz der potentiellen Gegner Deutschlands an Frankreichs Seite um eine weitere Million Soldaten. Für Deutschland ist dies in Erinnerung an das französisch-russische Zusammenspiel von 1914 keine gute Perspektive. Bei nüchterner Betrachtung zeigt sich, daß Frankreich 1935 sein Bündnissystem ein weiteres Mal zu deutschen Lasten ausbaut, daß die französischen Streitkräfte der erst im Aufbau begriffenen deutschen Wehrmacht noch weit überlegen sind und daß Deutschlands Grenze zu Frankreich schutzlos offenliegt. Hitler und der Reichswehrführung ist durchaus bewußt, daß die Entblößung der Rheingrenze von deutschen Truppen nicht nur der Sicherheit Frankreichs dient, sondern den Franzosen auch ein Einfallstor ins dadurch ungeschützte deutsche Reichsgebiet geöffnet halten soll. Die Drohung Frankreichs während der oberschlesischen Kämpfe von 1921, in Deutschland einzumarschieren, und die ja tatsächlich erfolgten Einmärsche der Belgier und Franzosen vom 8. März 1921 und vom 11. Januar 1923 sind schließlich nicht vergessen.

Des weiteren ist der neue Sowjetisch-Französische Pakt – anders als von der französischen Regierung dargestellt – doch mehr als nur ein rein politischer Vertrag. Am 13. und 14. Februar 1936 besucht der sowjetische Marschall Tuchatschewski seinen französischen Kameraden in Paris, den Oberbefehlshaber General Gamelin.⁸⁾ Und die deutsche Abwehr kann ermitteln, daß der französische Generalstab einen Plan für eine eventuelle Zusammenarbeit der französischen und der sowjetischen Streitkräfte in Arbeit hat. Dieser Plan sieht einen französischen Einmarsch durch das von deutschem Militär entblößte Rheinland vor, Truppenbewegungen über den Mittelrhein und dann entlang der Mainlinie in Richtung Tschechoslowakei, wo eine Vereinigung mit den sowjetischen Bundesgenossen vorgesehen ist.⁹⁾

Die französische Verletzung des Locarno-Vertrages durch den Abschluß des Beistandsabkommens mit der Sowjetunion ist für Hitler Anlaß, sich nun auch nicht mehr an diesen Pakt zu halten und das eine mit dem anderen zu begründen. Hitler faßt den politischen Entschluß, das von deutschen Truppen nicht geschützte Rheinland wieder zu besetzen.

Anfang März 1936 eröffnet der Diktator Hitler den Entschluß dazu den Spitzen des Auswärtigen Amtes und der Wehrmacht. Von beiden Seiten wird ihm schärfstens abgeraten. Die deutsche Botschaft in Paris sagt vorher, daß die französische Regierung den deutschen Schritt nicht dulden und militärisch reagieren werde. General von Blomberg als Reichskriegsminister macht geltend, daß die Wehrmacht, die gerade erst am Anfang ihres Wiederaufbaus steht, den französischen Streitkräften an Stärke, Bewaffnung und Reserven um ein mehrfaches unterlegen ist. Hitler sagt gegen allen Rat voraus, daß Frankreich auf einen Einmarsch deutscher Truppen in das Rheinland trotz aller der genannten Gründe nicht militärisch reagieren werde.



Der Einmarsch der Wehrmacht in das Rheinland

Am 7. März 1936 läßt Hitler 19 Wehrmachtsbataillone in die entmilitarisierte Zone einmarschieren.¹⁰⁾ Um der politischen Provokation nicht noch eine militärische Drohgebärde hinzuzufügen, überschreiten zunächst nur drei der 19 Bataillone den Rhein nach Westen und rücken in Saarbrücken, Trier und Aachen ein.¹¹⁾ Hitler verletzt mit diesem Handeln die Verträge von Locarno und Versailles. Doch er schafft damit auch die Voraussetzung für die Verteidigungsfähigkeit des Deutschen Reichs nach Westen. Hitler begleitet diesen Schritt mit einem neuen Angebot an Frankreich. Er regt an, – wenn Frankreich dem so zustimmt – in Zukunft eine entmilitarisierte Zone auf beiden Seiten der deutschfranzösischen Grenze einzurichten, die deutschen und die französischen Streitkräfte bei gemeinsamen Höchstzahlen zu begrenzen und einen Nichtangriffspakt von 25 Jahren Dauer abzuschließen.

Die Reaktionen Frankreichs und der anderen ehemaligen Siegerstaaten geben Hitler Recht. Die französische Regierung läßt zwar den Alarmzustand für die Armee erklären, die Maginotlinie besetzen und nordafrikanische Divisionen von Südfrankreich zur deutschen Grenze vorverlegen. Ansonsten versucht sie nur, die Locarno-Garantiemächte und den Völkerbund gegen Deutschland aufzubringen. Doch außer Polen, Tschechen, Rumänen und Jugoslawen sagt den Franzosen niemand Hilfe zu. Die britische Regierung lehnt es trotz der Bitte der Franzosen ab, mobil

zu machen. London will den erst vor neun Monaten abgeschlossenen Flottenvertrag mit Deutschland nicht aufs Spiel setzen und keinen neuen Krieg riskieren, um eine für Frankreich vorteilhafte Bestimmung des Versailler Vertrages durchzusetzen. London bietet nur seine Vermittlungsdienste an. Die übrigen Locarno-Garantiemächte Belgien und Italien schließen sich der Haltung Englands an.

Am 14. März 1936 tritt der Rat des Völkerbunds zusammen, um über den deutschen Bruch des Versailler Vertrages zu befinden. Der Vertreter Frankreichs fordert, Deutschland der Vertragsverletzung anzuklagen und zu verurteilen. Der britische Vertreter erklärt für „seiner Majestät Regierung“:

„Es ist offensichtlich, daß der Einmarsch der deutschen Truppen in das Rheinland eine Verletzung des Versailler Friedensvertrages darstellt. Dennoch stellt diese Aktion keine Bedrohung des Friedens dar und erfordert nicht den unmittelbaren Gegenschlag, der in gewissen Fällen im Locarno-Pakt vorgesehen ist. Zweifellos schwächt die Wiederbesetzung des Rheinlandes die Macht Frankreichs, aber sie schwächt in keiner Weise seine Sicherheit.“¹²⁾

Nach sieben Tagen der Beratung erklärt der Völkerbund, daß Deutschland den Artikel 43 des Versailler Friedensvertrages verletzt hat. Doch er verlangt weder den Rückzug der ins Rheinland einmarschierten deutschen Truppen noch Sanktionen.

Die Konsequenzen dieses Hitler-Handstreichs sind allerdings auf eine andere Weise folgenschwer. Adolf Hitler hat mit seinem Rheinland-Schachzug gegen allen Rat der Diplomaten und Generale Recht behalten. Das trübt sein Vertrauen in die Urteilsfähigkeit der berufenen Berater und hebt sein eigenes Selbstvertrauen, das sich später nach weiteren Erfolgen übersteigert. Er beginnt auch, die Tatkraft ausländischer Regierungen zu unterschätzen. Bei den deutschen Generalen ist die Wirkung genau umgekehrt. Ihr Vertrauen in die eigene Urteilsfähigkeit wird brüchig und sie beginnen, Hitler in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik zu viel Kredit zu geben.

Quellen

- 1) Sicherheitspakt von Locarno vom 16. Oktober 1925, zwischen D, UK, F, B, IT, PO und CSR geschlossen. Auch Rhein-Pakt genannt.
- 2) Die Zone Jülich-Düren-Köln-Bonn sollte nach Artikel 429 des Versailler Vertrags im Mai 1924 von den Besatzungstruppen geräumt werden.
- 3) Artikel 2 des Vertrages von Locarno
- 4) Franz.-Sowjet. Vertrag vom 2. Mai 1935
- 5) Benoist-Méchin, Band 3, Seite 278. Dieses Zusatzprotokoll ist im Vertrags-Ploetz ausgelassen.
- 6) Benoist-Méchin, Band 3, Seite 282
- 7) ADAP, Serie C, Band IV 1, Anlage zu Dokument 107
- 8) Benoist-Méchin, Band 3, Seite 283
- 9) IMT. Verhandlungen, Band XVI, Seite 686
- 10) Benoist-Méchin, Band 3, Seite 294
- 11) MGFA Dt. Reich und 2. Weltkrieg, Band 1, Seite 425
- 12) Benoist-Méchin, Band 3, Seite 300

1938 Der „Anschluß“ Österreichs an das Deutsche Reich

Die bessere Überschrift wäre sicher die „Wiedervereinigung“ mit Österreich gewesen, doch dieser Vorgang ist nun einmal mit dem Wort „Anschluß“ in die Geschichte eingegangen. Die vergeblichen Versuche der Parlamente und der Regierungen Deutschlands und der Republik Österreich von 1919, beide Länder nach fast einem Jahrtausend gemeinsamer Geschichte und 54 Jahren Trennung wieder zu einem Staate zu vereinigen, haben weniger Spuren in der Geschichtsschreibung hinterlassen, als der von beiden Ländern 1938 mit Erfolg vollzogene Anschluß.

Die Vorgeschichte

Die staatliche Gemeinsamkeit der deutschen Länder einschließlich derer, die später den Staat Österreich bilden, beginnt im Jahr 911 mit der Wahl Konrad I. zum König des Ostfrankenreiches, für das sich bald der Name „Reich der Deutschen“ und später „Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation“ durchsetzt. Im Jahr 1273 geht die Krone dieses Heiligen Römischen Reiches erstmals an einen Fürsten aus dem Hause Habsburg, an Rudolf I., Herzog von Österreich, Herzog der Steiermark, Kärntens und der Krain und Graf von Tirol. Nach ihm tragen Fürsten aus den Häusern Nassau, Bayern und Luxemburg die Krone des deutschen Königs und Kaisers, ehe diese Würde 1438 wieder an einen Fürsten aus dem Hause Habsburg übergeht, wo sie dann in ununterbrochener Herrscherfolge bis 1806 verbleibt. So sind die Landesteile des Hauses Habsburg fast ein Jahrtausend lang ein integraler Teil des Deutschen Reichs und die Fürsten Habsburgs während der letzten 368 Jahre zugleich die Könige und Kaiser Deutschlands. 1806 löst Kaiser Franz II. aus dem Hause Habsburg nach den französischen Angriffen auf das Deutsche Reich und nach der Bildung eines „Rheinbunds“ deutscher Fürstentümer unter Frankreichs Oberherrschaft mit Dekret das erste Deutsche Reich auf. Zum gleichen Zeitpunkt vereinigt der nun abgedankte Kaiser Franz II. seine ererbten Länder Österreich, Böhmen, Mähren, Tirol die Steiermark, Krain, Kärnten und andere zu einem Kaiserreich Österreich, über das er fortan als Franz I. herrscht. Der eigene Weg des Hauses Habsburg neben seiner Zugehörigkeit zu Deutschland beginnt jedoch schon ein paar Jahrhunderte zuvor. Durch Heiraten, Erbschaften, Käufe und Verträge kommen viele Länder außerhalb des Deutschen Reiches für dauernd oder für begrenzte Zeit unter Habsburgs Herrschaft, so Ungarn, Kroatien, Galizien, die Bukowina, das Banat, die Toskana, das Herzogtum Mailand, ein Teil Serbiens und zum Schluß im Jahre 1908 auch noch Bosnien und Herzegowina.

1815, nach dem Zusammenbruch der napoleonischen Vorherrschaft und der Auflösung der französischen Königreiche in Europa, gründen 36 deutsche Fürsten und vier reichsfreie Städte an Stelle des untergegangenen Deutschen Reichs den Deutschen Bund. Und wieder ist es der Chef des Hauses Habsburg, der den Vorsitz im Deutschen Bund innehat, der Kaiser von Österreich. Gut drei Jahrzehnte später wird erneut versucht, Deutschland zu einem festen Staatsgebilde zu vereinen. Die Verfassungsgebende Nationalversammlung in der Paulskirche zu Frankfurt ruft 1849 ein „einiges und unteilbares Reich“ aus, doch an der Frage, was zum Reich gehören soll, scheiden sich die Geister. Die Nationalversammlung fordert die österreichische Regierung auf, mit ihren deutschen Ländern Teil des neuen Deutschen Reichs zu werden und zugleich auf die Hoheitsrechte in allen nicht deutschen Ländern zu verzichten. Die Nationalversammlung will ein Deutschland ohne fremde Völker unter deutscher Herrschaft gründen. So steht Österreich vor der Wahl, erste Macht in einem neuen Deutschen Reich zu werden, dafür aber auf seine nicht deutschen Fürstentümer zu verzichten, oder erste Macht im eigenen Imperium im Donaauraum zu bleiben. Österreich will sich nicht dazu entscheiden, ein ausschließlich deutscher Staat zu werden. So bleibt es vorerst beim Deutschen Bund von 1815, und Österreich spielt weiter seine Doppelrolle als Teil des Deutschen Bundes und als Vielvölkerstaat im Donaauraum.

Es folgen 17 Jahre, in denen sich die politischen Gewichte im Deutschen Bund verschieben. Preußen beginnt, die deutschen Länder durch Diplomatie und Kriege zu vereinen. Habsburg verliert derweil an Kraft und Einfluß, unter anderem durch einen 1859 verlorenen Krieg mit Frankreich. 1866 kommt es im Streit um die Verwaltung Schleswig-Holsteins zum deutschen Bruderkrieg, in dem der Kaiser von Österreich als Vorsitzender des Deutschen Bundes ein letztes Mal die Reichsgewalt vertritt. Er ruft das deutsche Bundesheer gegen die Preußen zu den Waffen. Der Kaiser führt in diesem Krieg noch einmal die Mehrheit aller deutschen Bundesstaaten an, die Königreiche Hannover, Sachsen, Württemberg und Bayern nebst einer Reihe weiterer kleinerer Fürstentümer. Auf der Seite Preußens stehen lediglich das Fürstentum Lippe und das Herzogtum Sachsen-Coburg-Gotha, doch in der Schlacht von Königgrätz in Böhmen wird die österreichische Armee vernichtend von der preußischen geschlagen. Damit ist Habsburgs Vorherrschaft im Deutschen Reich beendet. Das Ziel der preußischen Politik in diesem Kriege ist, Österreich aus dem Deutschen Bund zu drängen, um ohne den Vielvölkerstaat von Wien den Rest der deutschen Länder zu einem neuen Deutschen Reich zu vereinen. So verzichtet Preußen nach dem Sieg von Königgrätz darauf, Habsburg-Österreich zu zerschlagen, aber es löst den Deutschen Bund auf und setzt die Deutsch-Österreicher mit ihren 16 nicht deutschen Völkern vor die deutsche Tür. Damit wird das deutsch-deutsche Band zwischen Deutsch-Österreich und den anderen deutschen Ländern nach 955jähriger Gemeinsamkeit durchtrennt.



Habsburgische Lande vor 1914

In den folgenden 48 Jahren vereinigen sich die anderen deutschen Länder unter Preußens Führung zum Deutschen Reich und entwickeln ein neues deutsch-preußisches Bewußtsein. Das Deutsche Reich und das österreichische Kaiserreich gehen nun für weniger als ein halbes Jahrhundert ihre eigenen Wege, ehe sie im Ersten Weltkrieg als Bundesgenossen wieder zueinanderfinden. Diese 48 Jahre Trennung haben einen tiefen Einfluß auf das Geschichts- und Selbstbewußtsein im Deutschen Reich. Die habsburger Wurzeln der eigenen Nation geraten in Deutschland ins Vergessen. Diese Zeit der deutschen Trennung hat in dieser Hinsicht Ähnlichkeit mit der deutschen Teilung nach dem Zweiten Weltkrieg. Die realen politischen Verhältnisse prägen das Bewußtsein und überlagern das Empfinden, zueinander zu gehören. Und wie 1990 beim Niedergang der DDR, so ist es 1918 die Niederlage beider deutschen Kaiserreiche, die die Deutschen wieder zueinander bringt. Habsburgs Großreich wird zerschlagen. 41 Millionen ehemalige habsburger Untertanen nicht deutscher Muttersprache gründen ihre eigenen Staaten oder gehen gezwungenermaßen in andere Staaten auf. Und 7 Millionen Deutsch-Österreicher verbleiben mit dem territorialen Rest, den die Siegermächte auf der Konferenz von Saint-Germain von Alt-Habsburg übriglassen, in der neuen Republik Österreich.

Staatsgebiet 1914 und 1919 im Vergleich

Gebietsabtretungen nach den Bestimmungen des Friedensvertrags von Saint-Germain vom 19. September 1919

Österreichische Landesteile (Cisleithanien) ■
Ungarische Landesteile (Transleithanien) ■



Die deutsch-österreichische Wiederannäherung

Die 54 Jahre der deutsch-deutschen Trennung seit 1866 haben das Empfinden, zum selben Volke zu gehören, in Deutschland und in Österreich genausowenig sterben lassen, wie die 45 Jahre deutscher Teilung bei den Deutschen in West und Mitteldeutschland nach 1945. 1919 übernehmen sozialdemokratische Regierungen in den neuen Republiken Deutschland und Österreich die Geschicke ihrer Teilnationen. In Österreich fassen die mit der Ausarbeitung einer neuen Staatsverfassung beauftragten Parlamentarier bei ihrer ersten Arbeitssitzung am 12. November 1918 einstimmig den Beschluß:

„Deutsch-Österreich ist eine demokratische Republik. Alle öffentlichen Gewalten werden vom Volke eingesetzt. Deutsch-Österreich ist ein Bestandteil der deutschen Republik.“¹⁾

Gut eine Woche später, am 21. November erhebt die österreichische Nationalversammlung außerdem den Anspruch, alle Deutschen aus dem alten Habsburg zu vertreten:

„Der deutsch-österreichische Staat beansprucht Gebietsgewalt über das ganze deutsche Siedlungsgebiet, insbesondere auch in den Sudetenländern.“²⁾

In Deutschland hegt die Politik die gleichen Wünsche. Am 6. Februar 1919 schließt der Abgeordnete Philipp Scheidemann (SPD) seine Eröffnungsrede zur konstituierenden Sitzung der Weimarer Nationalversammlung mit einem Appell an „die Brüder in Böhmen und Österreich“. Er beendet seine Rede mit den Worten:

„Möge die Zeit nahe sein, da unsere österreichischen Brüder ihren Platz in der großen deutschen Volksgemeinschaft wieder einnehmen werden.“

Am 2. März 1919 versammelt sich in Wien die erste Nachkriegsnationalversammlung zur Eröffnungssitzung. Fast einstimmig – mit Ausnahme einer Handvoll Monarchisten – beschließen die Abgeordneten aus allen vertretenen Parteien, Österreich als Bestandteil Deutschlands anzusehen. Damit wird der Beschluß der Verfassungsgebenden Versammlung vom 12. November 1918, der Deutsch-Österreich zu einem Teil der Deutschen Republik erklärt, Gesetz. Noch am gleichen Tage, dem 2. März, unterzeichnen der österreichische Abgeordnete Otto Bauer und der deutsche Außenminister Graf von Brockdorff-Rantzau einen Staatsvertrag zum Anschluß Österreichs an die neue Deutsche Republik.

Doch die Siegermächte schieben dieser Art von Selbstbestimmungsrecht der Völker gleich den Riegel vor. Als die österreichische Friedensdelegation in Saint-Germain eintrifft, wird ihr sofort eröffnet, daß es der Republik Österreich verboten ist, sich Deutschland anzuschließen, und daß das besiegte Österreich sich nicht „Deutsch-Österreich“ nennen darf. Der Delegationsleiter aus Wien, Staatskanzler Dr. Karl Renner, erhebt Protest, verweist auf Woodrow Wilsons 14 Punkte und beruft sich auf das von den Siegern selbst proklamierte Selbstbe-



Karl Renner (1870-1950)

stimmungsrecht der Völker. Er erhält die Antwort, daß dieses Recht keinesfalls auch für die Besiegten gelte. Die Siegermächte hätten so entschieden.

Die österreichische Delegation kann und darf den Vertrag von Saint-Germain genausowenig mit verhandeln, wie die Deutschen den von Versailles. Es ist lediglich der Austausch von Noten zugelassen. Die fünf Siegermächte USA, Frankreich, England, Japan und Italien, die in Saint-Germain ihr Urteil über Österreich sprechen, legen mit Artikel 88 ihrer Bedingungen für den Frieden fest, daß Österreich auf Dauer unabhängig bleiben muß. Noch während die Sieger in Saint-Germain zusammensitzen, versucht die österreichische Regierung, ihnen und dem Völkerbund zu zeigen, wie stark der Wille der Bevölkerung ist, dem Deutschen Reiche³⁾ beizutreten. Sie setzt drei regionale Volksabstimmungen in Tirol, in der Provinz Salzburg und in Oberösterreich an. Die Tiroler Volksbefragung bringt 143.302 Stimmen für den Anschluß und 1.805 dagegen⁴⁾. Das ist ein Votum von 98,7% für die Vereinigung Österreichs mit Deutschland. Die Abstimmungen in Oberösterreich und in Salzburg werden von den Siegern unterbunden. Trotzdem gelingt es einer Bürgerinitiative – wenn auch erst 1921 – in Salzburg die Volksbefragung nachzuholen. Das Ergebnis läßt mit 98.546 Stimmen pro und 877 contra, d.h. mit 99,1% für den Anschluß keine Fragen offen.

Vier Tage bevor die österreichische Delegation in Saint-Germain das Siegerurteil unterzeichnen muß, am 6. September 1919, verkündet Staatskanzler Dr. Karl Renner noch einmal in der Wiener Nationalversammlung:

„Deutsch-Österreich wird niemals darauf verzichten, die Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reich als das Ziel seiner friedlichen Politik zu betrachten.“

Das ist ein letztes Aufbegehren. Die nackte Macht des Hungers hat auch Österreich genau wie Deutschland gezwungen nachzugeben. England hat vom Waffenstillstand an bis in den Juli 1919 die Lebensmittelfuhr nach Deutschland und Österreich durch eine Seeblockade unterbunden, um die Besiegten in Versailles und Saint-Germain zur Unterschrift zu zwingen. In beiden Ländern sind inzwischen fast eine Millionen Menschen den Hungertod gestorben, besonders viele Kinder. Österreich und Deutschland können nun keine Wiederaufnahme der Blockade durch Unterschriftsverweigerung mehr riskieren, denn Großbritannien hat sie angedroht.

Am 10. September muß die österreichische Regierung den Vertrag von Saint-Germain akzeptieren und ihn unterschreiben. Am 21. Oktober muß sie auf Druck der Sieger den Satz aus der Verfassung streichen „Deutsch-Österreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik“ – Am 18. Juli 1920 ratifiziert das Parlament in Wien den Vertrag von Saint-Germain, und Österreich steht gegen den Willen der großen Mehrheit seiner Bürger wieder vor der deutschen Tür. Ungeachtet dessen nehmen alle österreichischen Parteien – ausgenommen Legalisten (Monarchisten) und Kommunisten – den späteren Anschluß ihres Landes als Ziel in die Parteiprogramme auf. Das trifft sowohl auf die Sozialdemokraten, auf die Deutsch-Nationalen, die National-Liberale Bauernpartei als auch auf die Christlich- Sozialen zu, die ab 1934, zur Diktatur-Partei geworden, den Anschluß an das Reich bekämpfen.

Im Deutschen Reich denkt und handelt man in der Anschlußfrage nicht anders als in Tirol, in Salzburg oder Wien. Schon in Weimar, auf der ersten Sitzung der Deutschen Nationalversammlung am 6. Februar 1919, erklärt der spätere Reichspräsident Friedrich Ebert zu dieser Frage:

„Deutsch-Österreich muß mit dem Mutterland für alle Zeiten vereinigt werden. ... Unsere Stammes- und Schicksalsgenossen dürfen versichert sein, daß wir sie im neuen Reich der deutschen Nation mit offenen Armen und Herzen willkommen heißen. Sie gehören zu uns und wir gehören zu ihnen.“⁵⁾

Doch auch der Versailler Vertrag legt fest, daß das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in den zwei besiegten Staaten in dieser Frage nicht vollzogen werden darf. In Artikel 80 des am 28. Juni 1919 unterschriebenen Vertrages heißt es:

„Deutschland anerkennt die Unabhängigkeit Österreichs und wird sie streng in den durch den gegenwärtigen Vertrag festgelegten Grenzen als unabänderlich betrachten, es sei denn mit Zustimmung des Rates des Völkerbundes.“

Der Deutsche Reichstag sieht im Nachsatz „es sei denn mit Zustimmung des Rates des Völkerbunds“ die offene Tür für spätere Zeiten. Mit dieser vagen Aussicht fügen die Abgeordneten des Deutschen Reichstags am 11. August 1919 der Weimarer Verfassung den Artikel 61 an, der lautet:

„Deutsch-Österreich erhält nach seinem Anschluß an Deutschland das Recht der Teilnahme am Reichsrat mit der seiner Bevölkerung entsprechenden Stimmenzahl. Bis dahin haben die Vertreter Deutsch-Österreichs beratende Stimme.“

So spricht die Weimarer Verfassung mit Artikel 61 vom kommenden Anschluß Österreichs, wie 30 Jahre später das Bonner Grundgesetz vom „Beitritt der anderen Teile Deutschlands“ in Artikel 23. Nur fünf Wochen danach, am 22. September 1919, muß der Deutsche Reichstag die Weimarer Verfassung auf Druck der Siegermächte wieder ändern und Artikel 61 streichen. Der von Otto Bauer und Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau geschlossene deutsch-österreichische Vereinigungsvertrag vom November 1918 wandert, ohne daß ihn die Parlamente in Berlin und Wien je ratifizieren können, als totes Dokument in die Archive. Doch das Gefühl, mit den Menschen in Österreich zusammenzugehören, bleibt den Bürgern und Parteien im Deutschen Reich erhalten. Noch 1932 bezeichnet der Reichstagsabgeordnete und spätere Bundespräsident Theodor Heuss den „großdeutschen Gedanken“ der Zusammengehörigkeit mit Österreich als eine der wenigen Ideen, die die Parteien der Weimarer Republik miteinander tragen⁶⁾.



Otto Bauer (1881 - 1938)



Ulrich von Brockdorff-Rantzau (1869 - 1928)

Aus der Sicht der Sieger hat das Verbot der deutsch-österreichischen Vereinigung zunächst durchaus einen Sinn. Mit einem angeschlossenen Österreich hätte das besiegte Deutschland seine Verluste an Land und Menschen wieder ausgeglichen. Doch dieses Rechenspiel der Sieger mißachtet ihre selbst aufgestellte Regel vom Selbstbestimmungsrecht der Völker. Außerdem soll ein unabhängiges Österreich helfen, Deutschlands Wirtschaft aus den Ländern des Donau- und Balkanraumes fernzuhalten.

Das Nachkriegsösterreich

Die 20er Jahre sind für Österreich arm und bitter. Das wirtschaftliche Netzwerk Habsburgs ist zerschlagen. Die sudetendeutsche Industrie in der Tschechoslowakei und die Landwirtschaftsgebiete Ungarns sind von Österreich abgeschnitten. Der österreichischen Industrie fehlt umgekehrt der alte Absatzmarkt im Donauraum. Deutschsprachige Beamte und Soldaten strömen in großen Zahlen aus den nicht deutschen Fürstentümern Habsburgs zurück ins Kernland Österreich, ohne daß sich ihnen dort Lohn und Arbeit bietet. Die Lebenshaltungskosten steigen, Nahrungsmittel werden knapp, die Zahl der Arbeitslosen klettert auf 800.000, die erfolglos nach Beschäftigung suchen, und die Auslandsschulden Österreichs sind bald nicht mehr abzutragen. Die sozialdemokratische Regierung unter Dr. Renner kann die wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes nicht lösen und muß 1920 einer Koalitionsregierung aus kirchennahen, sogenannten klerikalen Kräften und Liberalen unter Monsignore Dr. Ignaz Seipel weichen.



Dr. Ignaz Seipel (1876–1932)

Auch Dr. Ignaz Seipel und seine Amtsnachfolger können die ökonomischen Probleme der jungen Republik nicht überwinden. Eine Bankenkrise 1928, große Außenhandelsdefizite und die anhaltend zu hohen Auslandsschulden zwingen die österreichische Regierung, neue Lösungswege aufzutun. So betreibt sie die Bildung einer Zollunion mit Deutschland. 1931 versuchen die Außenminister aus Berlin und Wien, eine deutsch-österreichische Wirtschafts- und Zollunion zu gründen, wohl auch mit dem Wunsch von beiden Seiten, daß dies der Grundstein für eine staatliche Vereinigung sein möge. Die Hoffnung auf spätere Vereinigung mit Deutschland ist in Österreich schließlich ungebrochen, und alle politischen Parteien – außer Monarchisten (Legalisten) und Marxisten – sind sich darin einig und äußern dies auch immer wieder. So erinnert der Führer der Sozialdemokraten Dr. Karl Renner am 12. November 1928 in einer öffentlichen Rede an den Beschluß der Verfassungsväter, Österreich und Deutschland zu vereinen, und erklärt:

„Heute, zehn Jahre nach dem 10. November 1918, und immerdar halten wir in Treue an diesem Beschluß fest und bekräftigen ihn durch unsere Unterschrift. ... Der Friede von Saint-Germain hat das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in Österreich vernichtet. ... Laßt Österreichs Bürger frei abstimmen und sie werden mit 99 von 100 Stimmen die Wiedervereinigung mit Deutschland beschließen.“⁷⁾

Die Haltung der regierenden Christlich-Sozialen weicht davon nicht ab. Sie erklären 1931 mit einem Parteibeschluß erneut, daß es ihr Ziel ist, Österreich an Deutschland anzuschließen. Den Weltkriegssiegermächten bleiben solche Reden und Beschlüsse nicht verborgen, und so ist ihre Reaktion auf die Zollunion auch zu begreifen.

Am 24. März 1931 wird die deutsch-österreichische Wirtschafts- und Zollunion mit dem „Wiener Protokoll“ besiegelt. Nun hagelt es Proteste aus Paris, London, Prag und Rom. Die Regierungen Englands und Frankreichs bringen das Wiener Protokoll als Bruch des Unabhängigkeitsartikels 88 des Vertrags von Saint-Germain vor den Völkerbund in Genf⁸⁾. Die Klage kommt vor dem Haager Gerichtshof zur Entscheidung, der die Zollunion als unzulässig untersagt. Frankreich fühlt sich obendrein genötigt, Österreich zu bestrafen. Es zieht Kredite aus dem ohnehin geschwächten Österreich ab, wodurch im Mai 1931 die Österreichische Kreditanstalt und wenig später die Darmstädter National-Bank zusammenbrechen. So verschärfen sich noch einmal Österreichs Wirtschaftsschwierigkeiten, und ein weiterer Versuch der beiden Länder, sich zu einer späteren Einheit anzunähern, ist gescheitert.

Die nächsten Jahre sind in Österreich politisch ähnlich turbulent wie die im Deutschen Reich. Am 21. Mai 1932 übernimmt der christlich-soziale Engelbert Dollfuß die österreichische Regierung. Auch er kann Arbeitslosigkeit, Finanzmisere und wirtschaftlichen Niedergang nicht bremsen. Im Sommer 1932 verhandelt Dollfuß deshalb mit dem Völkerbund um einen weiteren Staatskredit. Doch der knüpft daran die Bedingung, daß Österreich dafür in den kommenden zehn Jahren auf jeglichen Versuch verzichtet, mit Deutschland eine Zollunion zu bilden. Bei den Parlamentsdebatten zu dieser Völkerbundsbedingung kommt es im August und Oktober 1932 zu schweren Auseinandersetzungen, bei denen der Nationalrat⁹⁾ letzten Endes Parlamentsneuwahlen für das Frühjahr 1933 durchsetzt. Eine weitere Parlamentskrise im März 1933, in der es zuerst nur um einen Eisenbahnerstreik gegangen ist, führt dazu, daß der Nationalrat Bundeskanzler Dollfuß am 15. März 1933 mit einer nicht korrekt zustande gekommenen Entscheidung absetzt. Der läßt nun seinerseits das Parlamentsgebäude von der Polizei besetzen und den Nationalrat fortan nie mehr tagen. Damit herrscht seit 1933 auch in Österreich kein Parlament mehr, sondern ein Diktator.

Im Mai 1933 untersagt Dollfuß erst die für diesen Monat vorgesehenen Nationalratswahlen, dann verbietet er die Kommunistische und im Juni die Nationalsozialistische Partei in Österreich. Im September werden sogenannte „Anhaltelager“ zur Inhaftierung politischer Gegner eingerichtet. Sie entsprechen den Konzentrationslagern, die im gleichen Jahre auch in Deutschland eingerichtet werden. Mitte Februar 1934 folgt eine Polizeiaktion, um den Kampfverband der sozialdemokratischen Partei, den „Schutzbund“, zu entwaffnen. Es kommt infolgedessen erst zu Widerstand und Straßenkämpfen in Linz und Wien. Dann werden die Sozialdemokratische Partei verboten und die Freien Gewerkschaften aufgelöst. So hat Dollfuß alle Parteien und Organisationen



Engelbert Dollfuß (1892–1934)

der österreichischen Arbeiterschaft entmachtet, ohne daß er das Los der Arbeitnehmer auch nur im geringsten hätte bessern können.

Währenddessen fängt im nahen Deutschland die Wirtschaft an, sich langsam aber deutlich zu erholen. Die Not der deutschen Arbeitnehmerschaft nimmt ab. Die Zahl der Arbeitslosen sinkt. Und dieses Wirtschaftswunder ist ausgerechnet der politische Erfolg einer in Österreich verbotenen Partei, der Nationalsozialisten. Mit dem deutschen Wirtschaftsaufschwung wird in Österreich nicht nur erneut der Anschluß an das Dritte Reich, sondern auch die nationalsozialistische Bewegung populär. Von ihr ist bekannt, daß sie den Anschluß Österreichs an das Dritte Reich betreibt.

Noch im Mai 1933 gründet Bundeskanzler Dollfuß als Ersatz für die Parteien und die ihnen zugeordneten Verbände die sogenannte Vaterländische Front, auf die er fortan Regierung und Verwaltung seines Landes stützt. Die Mehrzahl der Parteien, die der Front nicht angehören, formieren sich in lockerem Zusammenschluß zur „Nationalen Opposition“. Sie vertreten in ihrer Mehrheit Österreichs Anschluß an das Dritte Reich.

Bundeskanzler Dollfuß, in seinen jungen Jahren selbst ein Verfechter der österreichisch-deutschen Einheit, setzt dem bisherigen Konsens der österreichischen Parteien zum Anschluß an das Dritte Reich ein Ende. Dollfuß, der als Diktator schon im eigenen Lande keine Lust hat, seine Macht und Herrschaft mit neuen Wahlen zu riskieren, will beides erst recht nicht bei einem Anschluß Österreichs an das Dritte Reich verlieren. So endet Österreichs Anschluß-Politik mit Dollfuß und dem Ende der Demokratie im Nachkriegs-Österreich.

Nun ereignet sich ein tragisches Geschehen, das als „Dollfuß-Mord“ in die Geschichte eingeht, jedoch ein von den Tätern nicht vorgesehener Totschlag ist. Die Nationalsozialisten Österreichs sehen, daß der Weg der deutschen Schwesterpartei zur Macht in Deutschland über freie Wahlen möglich war. In Österreich versperrt Bundeskanzler Dollfuß diese Möglichkeit, indem er keine neuen Nationalratswahlen zuläßt. Ein direkter Putsch zur Macht hat so gut wie keine Aussicht auf Erfolg, da Hitler, der hier theoretisch helfen könnte, wissen läßt, daß er die Zeit für einen Österreich-Anschluß noch nicht für gekommen hält, und weil die Signatarmächte von Saint-Germain einen Nazi-Putsch in Österreich niemals dulden würden. Und das Dritte Reich hätte 1934 mit seiner noch nicht wieder aufgebauten Wehrmacht und mit der noch immer offenen Rheinland-Grenze gegenüber Frankreich auch nicht den Ansatz einer Chance gehabt, Österreichs Nationalsozialisten in einer solchen Auseinandersetzung mit Erfolg zu unterstützen.

So entsteht bei der Führung der Nationalsozialisten Österreichs ein Zweistufenplan zur Machtergreifung ohne deutsche Hilfe. Als erstes soll Dollfuß gefangen genommen werden und als Diktator vor Gericht. An seiner Stelle soll dann der von Dollfuß ausgebootete christlich-soziale ehemalige Innenminister Anton Rintelen Bundeskanzler werden. Unter Rintelen, einem Demokraten ohne Diktator-Ambitionen, wird es – so die Überlegung – wieder freie Wahlen geben. Und mit diesen Wahlen hofft die Führung der österreichischen Nationalsozialisten auf Sieg und legale Übernahme der Regierung. Rintelen stellt sich als neuer Bundeskanzler bei Gelingen dieses Putsches zur Verfügung.

Am 25. Juli 1934 soll Bundeskanzler Dollfuß während einer Kabinettsitzung festgenommen werden. Doch die Aktion wird im letzten Augenblick verraten. Dollfuß flieht in einer Gruppe von Personen durch die Gänge seines Kanzleramts im Wiener Ballhaus. Die Putschisten und die Dollfuß-Gruppe treffen in einem Saal mit blendend grellem Licht unvermittelt aufeinander. Die Begleitpersonen aus der Dollfuß-Gruppe heben zum Ergeben ihre Hände und Dollfuß stürzt als einziger der Gruppe nach vorne auf den vordersten Putschisten zu. Der erkennt im grellen Licht den Bundeskanzler nicht, fühlt sich selber angegriffen, verliert die Nerven und schießt zweimal, statt den Gesuchten zu verhaften. So stirbt Bundeskanzler Dollfuß durch die Kugeln, die ein österreichischer Nationalsozialist auf ihn abgefeuert hat.¹⁰⁾

Die Bevölkerung nimmt mit Abscheu vom Verbrechen an ihrem Bundeskanzler Kenntnis. Der von allen österreichischen Demokraten bis dahin abgelehnte Diktator Dollfuß wird über Nacht zum Märtyrer der Nation, und die Nationalsozialisten trifft die berechtigte Empörung der Menschen in ganz Österreich. Anton Rintelen, der Mitverschwörer, bekommt 25 Jahre Haft. Der Todesschütze und mit ihm weitere 12 Putschisten werden zum Tode verurteilt und bald hingerichtet. Der Todesschütze erklärt unter seinem Galgen stehend nochmals, er

habe nie die Absicht gehabt, Bundeskanzler Dollfuß umzubringen. Er habe nur geschossen, weil er sich angegriffen fühlte.

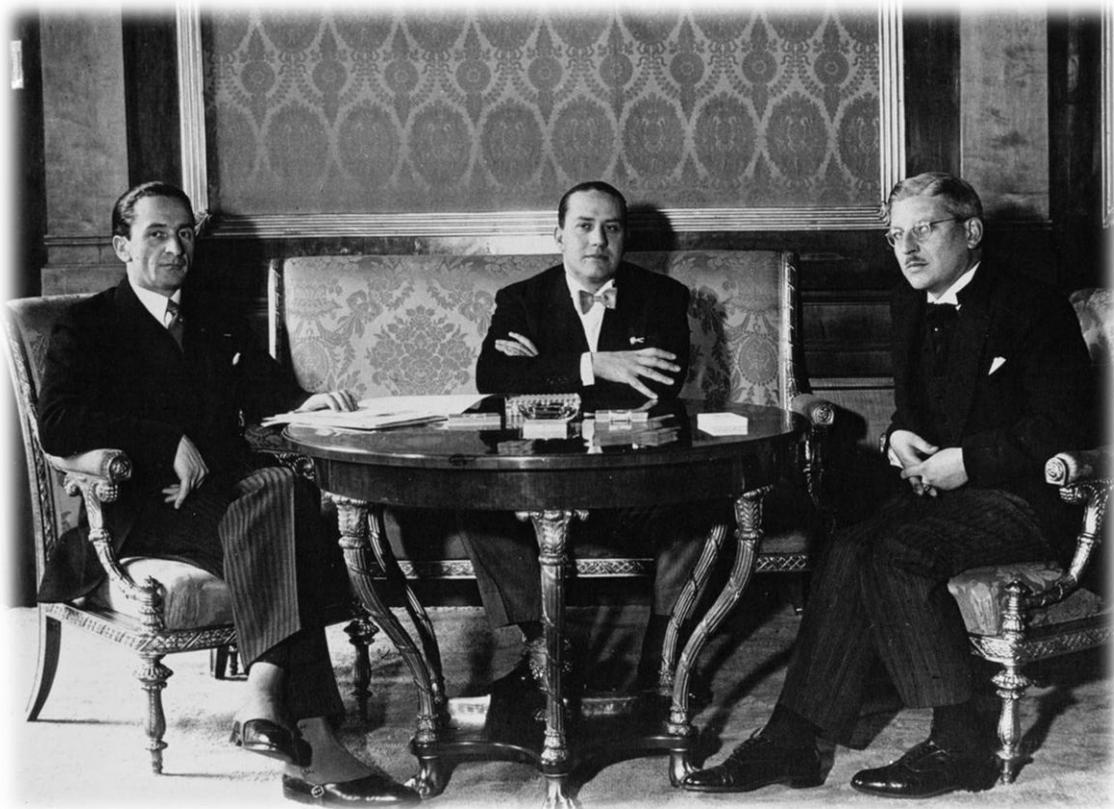
Der Tod des Bundeskanzlers Dollfuß belegt die Nationalsozialisten Österreichs mit dem Odium des Verbrechens und des Putsches. Ihr Ansehen sinkt und damit auch die Attraktivität des von ihnen propagierten Anschlusses an das Dritte Reich. Zu allem Unglück wird Deutschland nach den Schüssen auf den Diktator Dollfuß



Kurt Edler von Schuschnigg (1897 – 1977)

noch in den Fall verwickelt. Als der Versuch, Dollfuß festzunehmen, auf so tragische Weise fehlgeschlagen ist, werden die Putschisten im Ballhaus von Polizei und Militär umzingelt. Sie verlangen freien Abzug über die Grenze nach Bayern und drohen, sich bei Verweigerung des Abzugs mit ihren Waffen zu verschanzen. Zunächst wird freier Abzug zugesichert. Die Putschisten trauen dem Versprechen nicht und rufen den deutschen Botschafter in Wien zur Garantie und Überwachung ihres Abzugs telefonisch in das Ballhaus. Der Botschafter sagt spontan zu, sich einzuschalten, um weiteres Blutvergießen zu verhindern. Er kommt damit zwar nicht mehr zum Zuge, doch mit dem Fluchtbegehren der Putschisten nach Deutschland und mit dem Auftreten des deutschen Botschafters ist diesen Putsch verstrickt. Es entsteht der falsche Eindruck, als seien die Fäden für die Affäre und für den Tod des Bundeskanzlers von deutschen Stellen aus gezogen worden. Das ist ein Dämpfer für den in Österreich bis dahin allgemein gehegten Wunsch nach einem Anschluß an das Dritte Reich.

Der Ära Dollfuß folgt die Ära Schuschnigg. Das österreichisch-deutsche Verhältnis ist nach dem Tode Dollfuß' zunächst für die Dauer von zwei Jahren tiefgefroren. Auch unter Bundeskanzler Schuschnigg gibt es keine freien Wahlen. Die Alleinherrschaft der aus der Christlich-Sozialen Partei hervorgegangenen „Vaterländischen Front“ wird nun christlich-diktatorisch ausgerichtet. Auch Schuschnigg versucht, eine Vereinigung Österreichs mit dem Dritten Reich zu verhindern.



Schuschnigg mit Galeazzo Ciano und Guido Schmidt (v. r. n. l.), bei der Wiener Dreierkonferenz am 12. November 1936

Erst im Sommer 1936 kommt es unter dem sanften Druck Italiens zu einem Wiederannäherungsversuch der beiden deutschsprachigen Staaten. Am 11. Juli 36 unterzeichnen Bundeskanzler von Schuschnigg und der deutsche Sondergesandte für Österreich Franz von Papen ein Deutsch-Österreichisches Abkommen über die Normalisierung und die freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten. Das Dritte Reich erkennt darin die „volle Souveränität des Bundesstaates Österreich“ an, und Österreich bekennt sich ausdrücklich dazu, ein deutscher Staat zu sein. Im Zusatz zum Abkommen sichert Schuschnigg schriftlich zu, „Vertreter der bisherigen sogenannten Nationalen Opposition in Österreich“ zur Mitwirkung an der politischen Verantwortung heranzuziehen. Hitler kommentiert das Abkommen gegenüber dem Führer der österreichischen Nationalsozialisten Josef Leopold mit den Worten:

„Dieses neue Abkommen nehme ich sehr ernst. Die österreichischen Nationalsozialisten müssen eine mustergültige Disziplin bewahren und den Anschluß als eine innerösterreichische Angelegenheit betrachten, und versuchen, auf diesem Wege in Österreich Fortschritte zu machen.“¹¹⁾

Hitler hält den späteren Anschluß Österreichs für eine zwangsläufige Folge des in der Vergangenheit so oft bekundeten Willens der Mehrheit der österreichischen Bevölkerung. Die vom Dritten Reich anerkannte Souveränität des Bundesstaates Österreich steht dem nach Hitlers Ansicht nicht entgegen. Hitler ist sich sicher, daß der Anschluß Österreichs eines Tages die freie und souveräne Entscheidung einer österreichischen Regierung sein wird. Doch er soll sich täuschen. Bedauerlicher Weise kann das Abkommen vom 11. Juli die deutschösterreichischen Differenzen nicht überbrücken.

Bundeskanzler Schuschnigg will ein in Habsburger Tradition stehendes souveränes Österreich erhalten, einen zweiten „besseren“ deutschen Staat. Als die österreichische Regierung keinen Ansatz zeigt, ihr Versprechen aus dem Juli 1936 einzulösen und Kräfte aus der Nationalen Opposition an der politischen Verantwortung zu beteiligen, wird das Verhältnis zwischen Berlin und Wien wieder gespannt.

In der Folgezeit lösen sich in Österreich pro- und antideutsche Demonstrationen des Bevölkerungswillens ab. Im April 1937 setzt Schuschnigg auf deutsches Drängen einen Vermittler zwischen der Regierung und den Kräften der sogenannten Nationalen Opposition ein, um diese, wie versprochen, zur Mitwirkung an der politischen Verantwortung heranzuziehen. Der Vermittler ist der junge und parteilose Rechtsanwalt Dr. Arthur Seyß-Inquart, der sowohl das Vertrauen seines Bundeskanzlers Schuschnigg hat als auch bald das von Adolf Hitler¹²⁾. Seyß-Inquart macht keinen Hehl aus seinem Wunsch nach einem Anschluß Österreichs an das Dritte Reich.



Arthur Seyß-Inquart (1892 –1946)

Trotz des Deutsch-Österreichischen Abkommens vom Juli 1936 und der Vermittlungstätigkeit Seyß-Inquarts läßt der Druck der Diktatur im Donau-Staat nicht nach. Die Dokumentation eines Wiener Rechtsanwalts vom Juni 1937 legt Zeugnis davon ab, wie Gerichte, Parteibehörden, Gendarmerie und Polizei 1936 und 1937 mit den Personen umgehen, die sich im Sinn der ersten österreichischen Verfassung von 1918 nach wie vor zur Einheit mit dem Dritten Reich bekennen¹³⁾. Die Dokumentation „Justitia fundamentum regnorum“, die Bundeskanzler Schuschnigg zugeleitet wird, umfaßt 264 Beispielfälle von Rechtsbrüchen und Verfolgung an Angehörigen der „Nationalen Opposition“. Diese Sündenliste ist beachtlich.

Die Gründe dieser Strafen liegen immer ähnlich. Es sind die Zugehörigkeiten zu verbotenen Parteien, meist zu den österreichischen Nationalsozialisten, oder zu einem der vielen deutsch gesonnenen Gesangs- und Sportvereine oder auch nur der Wunsch des Angeklagten nach einer deutsch-österreichischen Vereinigung und manchmal auch nur ein Verdacht in dieser Richtung.

1935 bis 1937 zeigen Frankreich, England, Jugoslawien und die Tschechoslowakei immer weniger Sympathie für das „autoritäre“ Österreich. Auch Italien wendet sich von Österreich ab und Deutschland zu. Zudem läßt ein Wirtschaftsaufschwung wie der in Deutschland auf sich warten. Im gleichen Zeitraum schließen sich die Saarländer mit 90,8 % Pro-Deutschland-Stimmen an Deutschland an, und die früher offene Rheinlandgrenze steht wieder unter dem Schutze deutscher Truppen. In Österreich sind dergleichen Erfolge nicht zu sehen und ein neuer Weg zu Habsburgs Glanz und Größe steht für das kleine Land nicht offen. Hinzu kommt, daß sich die Diktatur in Österreich kaum von der in Deutschland unterscheidet, so daß letztere kein Grund ist, einen Anschluß abzulehnen. So wird der Anschluß Österreichs an das Dritte Reich für die Bürger Österreichs wieder zur

attraktiven Perspektive. Besonders viele Menschen aus der Arbeitnehmerschaft – auch wenn sie den Nationalsozialisten nicht nahestehen – sehen im Anschluß eine wirtschaftliche Hoffnung. Bundeskanzler Schuschnigg, der die außenpolitische Isolierung seines Landes spürt und den Drang weiterer Bevölkerungskreise zu einem Anschluß kennt, bittet den Gesandten Franz von Papen um Vermittlung eines Staatsbesuchs bei Hitler. Am 12. Februar 1938 kommt der Besuch zustande. Schuschnigg ist bei dieser Reise sicherlich zu gewissen Konzessionen Österreichs an deutsche Wünsche bereit gewesen. Doch die Forderungen, die ihm Hitler an diesem 12. Februar in Berchtesgaden präsentiert, hat er nicht erwartet.

Hitlers Wunschvorstellung ist sicherlich gewesen, daß ein frei gewählter Nationalrat und eine österreichische Regierung kraft des Selbstbestimmungsrechts der Völker von sich aus den Anschluß Österreichs an das Dritte Reich verkünden, den Anschluß den die Verfassungsväter Österreichs und der Nationalrat schon vor zwei Jahrzehnten fest beschlossen hatten. Doch Hitler ist inzwischen klar, daß mit der Diktatur des christsozialen Schuschnigg, ohne Parlament und ohne Wahlen kein legaler Weg für einen Anschluß offensteht.

Das Gespräch der zwei Diktatoren Schuschnigg und Hitler ist nach Schuschniggs Schilderung – und nur diese ist uns überliefert – ein einziger Streit gewesen. Hitler hält Schuschnigg vieles vor, das Vorgehen der Polizei in Österreich gegen die Nationalsozialistische Partei, Grenzbefestigungen gegen Deutschland und anderes mehr. Als Schuschnigg Österreichs Eigenständigkeit verteidigt und darauf besteht, daß er es ist, der Österreich hier vertritt, bezweifelt Hitler seine Legitimität und sagt:

„Ich könnte mit dem gleichen und mit noch viel mehr Recht mich als Österreicher bezeichnen als Sie, Herr Schuschnigg. Versuchen Sie es doch einmal und machen Sie eine freie Volksabstimmung in Österreich, in der Sie und ich gegeneinander kandidieren, dann werden Sie sehen!“¹⁴⁾

Hitler hat dabei im Sinn, daß Schuschnigg vor drei Jahren nicht – wie er selbst - durch Wahlen in sein Amt gekommen ist, sondern als Ersatzmann für den toten Dollfuß.

Hitler legt Schuschnigg eine „Liste mit deutschen Vorschlägen für eine endgültige Regelung der österreichischen Frage“ vor. Die wesentlichen Forderungen lauten:

- Konsultationspflicht für beide Regierungen in außenpolitischen Fragen,
- Ernennung des Staatsrats Dr. Seyß-Inquart zum Innenminister und Unterstellung des Sicherheitswesens unter diesen,
- politische Betätigungsfreiheit der österreichischen Nationalsozialistischen Partei zur legalen Betätigung im Rahmen der „Vaterländischen Front“,
- Amnestie für alle wegen nationalsozialistischer politischer Betätigung inhaftierten Österreicher,
- Wiederherstellung der Pressefreiheit,
- Zusammenarbeit der Streitkräfte Österreichs und Deutschlands,
- Vorbereitung der Angleichung der Wirtschaftssysteme beider Länder unter Leitung eines gewissen Dr. Fischböck als Finanzminister und die
- Zusicherung der Deutschen Reichsregierung, daß sich reichsdeutsche Parteidienststellen nicht in innerösterreichische Verhältnisse einmischen.

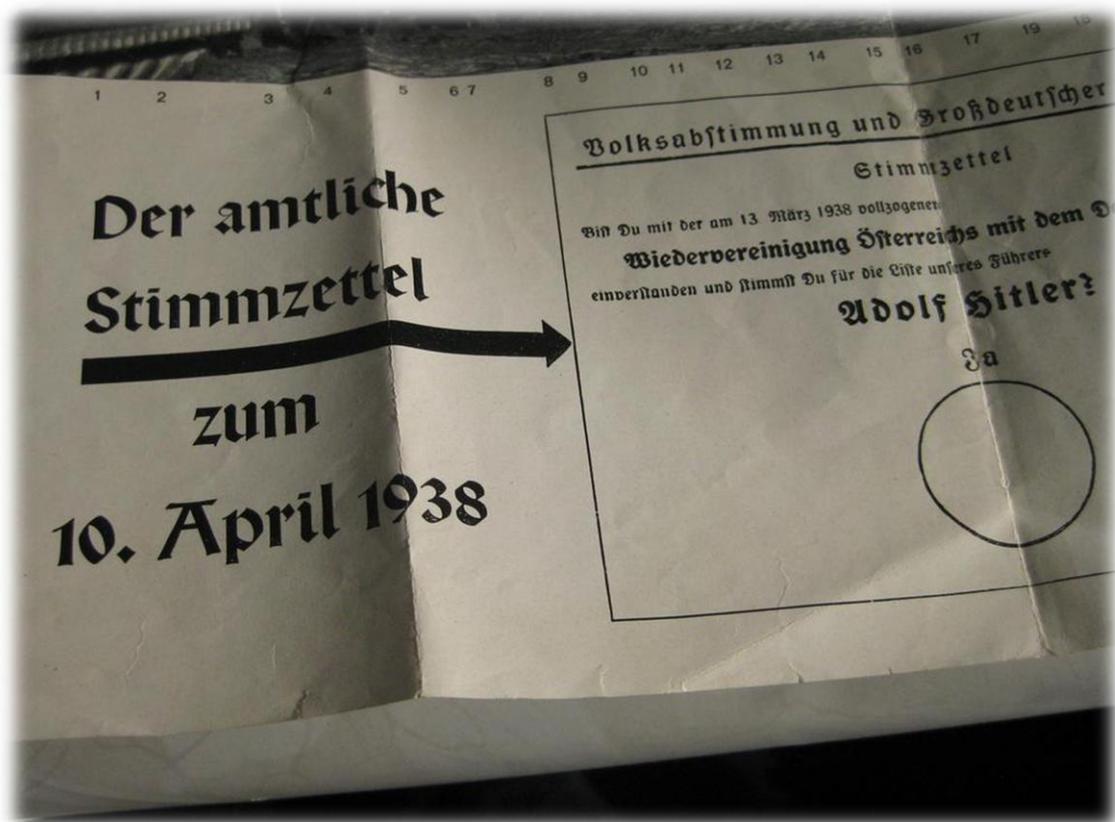
Die „Vorschläge“ enden mit dem Ultimatum: „Der Bundeskanzler erklärt sich bereit, die vereinbarten Maßnahmen bis zum 18. Februar 1938 durchzuführen“¹⁵⁾, also in nur einer Woche. Kanzler Schuschnigg macht dagegen geltend, daß ein Teil der Forderungen nach der Verfassung nur der österreichische Bundespräsident erfüllen könne, und es gelingt ihm, ein paar Details mit Hitler zu verhandeln und zu ändern. So wird zum Beispiel Dr. Hans Fischböck nicht Finanzminister. Doch nachdem ihm Hitler klargemacht hat, daß er – Schuschnigg – unterschreiben müsse oder er – Hitler – auch anders handeln könne, setzt Schuschnigg seinen Namen unter das Papier.

Zurückgekehrt nach Wien, muß der österreichische Kanzler die deutschen Forderungen in die Tat umsetzen, sein Kabinett umbilden, Verurteilte amnestieren und zu alle dem den Bundespräsidenten überreden. Die Nationalsozialisten, nun vom Verbot befreit und ohne weiter von der Polizei verfolgt zu werden, mobilisieren jetzt in Graz, Salzburg, Klagenfurt und Linz die Massen und zeigen offen ihre Sympathie für eine Anschlußlösung. Minister Seyß-Inquart fährt durch die Lande, um die Führer der Nationalsozialisten in den Bundesländern zur Mäßigung zu mahnen, doch der Zug ist nicht mehr aufzuhalten. Der Druck der Straße wächst und Hitler besteht nachträglich doch noch einmal auf der Forderung, Dr. Hans Fischböck als Finanzminister Österreichs einzusetzen.

Dr. Schuschniggs „Volksabstimmung“

Nun tritt der Bundeskanzler Schuschnigg die Flucht nach vorne an. Er glaubt, daß die Mehrheit der Bürger Österreichs für die Selbständigkeit des Landes und gegen einen Anschluß ist. Auch hegt er offensichtlich Illusionen über den Beliebtheitsgrad der eigenen Person. Schuschnigg setzt am Mittwoch, den 9. März, ganz überraschend eine Volksabstimmung zur Anschlußfrage für den nächsten Sonntag an, das ist vier Tage später. Die kurzgesteckte Frist und manches andere zeigen, daß der Bundeskanzler hier in Panik handelt. So hat er es unterlassen, die Gesamtheit der Minister zum Plan der Volksabstimmung zu befragen, was nach Artikel 65 der Verfassung erforderlich gewesen wäre. Da es seit 1929 auf Bundesebene und seit 1932 auf Landesebene keine Wahlen mehr gegeben hat, und weil Wahlen 1933 von Dollfuß generell verboten worden waren, gibt es in ganz Österreich keine aktuellen Wählerlisten mehr. Zudem hat der demokratieentwöhnte Bundeskanzler angeordnet, daß Wahlaufsicht und Stimmauszählung allein von der „Vaterländischen Front“ vorzunehmen sind, also vom Regierungslager. Des weiteren begrenzt Kanzler Schuschnigg das Wahlalter nach unten auf 25 Jahre. Er befürchtet, daß besonders junge Wähler zu einem Anschluß an das Dritte Reich tendieren. Und als letztes befiehlt Dr. Schuschnigg, daß in den Wahllokalen nur Stimmzettel mit dem Aufdruck „JA“ ausgegeben werden, was ein Ja zur Unabhängigkeit bedeutet. Wer für den Anschluß Österreichs an das Dritte Reich stimmt, muß sich dazu einen mit „Nein“ beschriebenen Zettel in vorgeschriebener Größe selber fertigen und zur Wahl mitbringen. In § 22 der Verordnung über diese Volksbefragung ist dazu folgendes geregelt:

„Der Stimmzettel ... ist auf einer Seite mit „Ja“ bedruckt oder beschrieben gültig, auch dann, wenn das Wort durchgestrichen oder mit einem Beisatz versehen ist. Auch teilweise zerrissene Zettel mit dem Aufdruck oder der Aufschrift „Ja“ gelten als Ja-Stimmen. Diejenigen Personen, die mit „Nein“ zu stimmen wünschen, müssen nach obigen Anordnung einen Zettel in der gleichen Größe mit dem Wort „Nein“ handschriftlich beschreiben. Zettel, die das Wort „Nein“ mit irgendeinem Zusatz enthalten, sind ungültig. Vollkommen leere Stimmzettel gelten als Ja-Stimmen. ...“¹⁶⁾



Ansonsten verhandelt Kanzler Schuschnigg in aller Eile mit den Führern der bisher verbotenen Parteien und der aufgelösten Gewerkschaften, um sie für Wahlaufrufe gegen einen Anschluß zu gewinnen. Als Preis verlangen die so plötzlich angesprochenen Führer, daß ihre Parteien unverzüglich wieder zugelassen werden, und sie fordern, daß ihre zu Tausenden in den „Anhaltelagern“ inhaftierten Parteimitglieder endlich freigelassen werden. Doch Dr. Schuschniggs getürkte Volksabstimmung bleibt nicht ohne Widerspruch.

Innenminister Seyß-Inquart und ein weiteres Mitglied der Regierung, Minister Edmund von Glaise-Horstenau, teilen ihrem Kanzler unverzüglich mit, daß das Anberaumen dieser Wahl ohne vorherige Anhörung des Kabinetts verfassungswidrig ist, und daß nicht hingenommen werden kann, daß allein die regierende Vaterländische Front die Wahlen überwacht und dann zum Schluß die Stimmen zählt. Die zwei Minister verlangen die Verschiebung der Volksabstimmung auf einen späteren Zeitpunkt, damit die Wahlen vorbereitet werden können. Bundeskanzler Schuschnigg lehnt Seyß-Inquarts und Glaise-Horstenaus Bedenken und Forderungen ab.

Tags darauf wiederholt Seyß-Inquart seinen Einspruch in einem Brief an Kanzler Schuschnigg, der zurückschreibt, daß es bei der Wahl am nächsten Sonntag bleibt. Bis dahin sind es nun nur noch drei Tage.

Am 11. März, nach einer weiteren Nacht, versuchen die Minister Seyß-Inquart und Glaise-Horstenau noch einmal, Schuschnigg umzustimmen. Sie geben zu bedenken, daß es bei dem überhastet angesetzten Wahltermin und bei den bisher verfügbaren Wahlbedingungen zu Gewalt im Lande kommen könnte. Schuschnigg beharrt auf seiner Wahl am Sonntag in zwei Tagen. Darauf schicken die zwei Minister in ihrem und im Namen anderer Kabinettsmitglieder noch am späten Vormittag ein Ultimatum an den Kanzler.

Die sechs Bedingungen, die dieser Brief enthält, sind

1. Eine neue Volksabstimmung wird innerhalb einer Frist von vier Wochen abgehalten. Sie wird im Einklang mit Artikel 65 der Bundesverfassung stehen.
2. Mit der technischen Durchführung dieser Volksabstimmung wird der Innenminister Dr. Seyß-Inquart betraut.
3. Die Zusammensetzung der Wahlkommission soll so erfolgen, daß in jeder einzelnen ein Vertreter der Nationalsozialisten seinen Sitz hat.
4. Die Möglichkeit der Wahlpropaganda soll allen Parteien, also auch den Nationalsozialisten, zugestanden werden.
5. Für den Fall der Ablehnung der obigen Bedingungen geben die beiden Minister und die sonstigen nationalen Funktionäre ihre Demission bekannt und lehnen jede Verantwortung für das weitere Geschehen ab.
6. Diese Bedingungen müssen noch heute, bis spätestens 13 Uhr angenommen werden.¹⁷⁾

Als Schuschnigg dieses Schreiben liest, bleibt ihm nur noch eine Stunde zur Entscheidung. Die Frist ist unannehmbar kurz, doch der österreichische Innenminister verlangt von seinem Kanzler hier nicht mehr, als daß die Wahl nach Gesetz und Recht und mit gleichen Chancen für alle politischen Parteien abgehalten wird. Nach zwei Stunden läßt Kanzler Schuschnigg den Minister wissen, daß man zwar über die Rahmenbedingungen der Wahl, jedoch nicht über eine Wahlverschiebung sprechen könne. Die Volksabstimmung fände, wie einmal festgelegt, am Sonntag in zwei Tagen statt. Nun gibt Seyß-Inquart alle weiteren Versuche auf. Er wendet sich direkt vom Kanzleramt im Ballhaus telefonisch an Minister Hermann Göring in der deutschen Reichskanzlei und fragt um Rat.



Die Wiedervereinigung

In Deutschland hat man die Turbulenzen in Österreich seit dem 9. März verfolgt. Hitler wurde unverzüglich von den Überraschungswahlen Schuschniggs informiert. Es ist nicht schwer, die Absicht hinter den kuriosen Wahlaufgaben zu durchschauen. Wahlaufsicht und Stimmauszählung nur durch eigene Leute riechen schon nach Fälschungsabsicht, und, die jungen Wähler auszuschließen, ist der offensichtliche Versuch, pro-deutsche Wähler von den Urnen fernzuhalten. Hitler sieht die Chance schwinden, daß sich Österreichs Bürger zu einem späteren Zeitpunkt in freien und korrekten Wahlen für den Anschluß an das Dritte Reich entscheiden können, wenn zuvor nach einer manipulierten Volksbefragung das Gegenteil beschlossen worden ist.

Am 9. März verkündet Schuschnigg seinen Wahlplan. Am gleichen Abend konferieren Hitler und Minister Göring über diesen Schuschnigg-Schachzug. Hitler ist verärgert, aber er hat zunächst kein Konzept, wie er reagieren soll. Göring, der ein paar Jahre in Österreich gelebt hat, und der Deutsche und Österreicher als eine einzige Nation empfindet, ist ein überzeugter Verfechter der Vereinigung der beiden Teilmationen. Er drängt Hitler, schnell in Österreich einzuschreiten¹⁸⁾. So kommt der Entschluß zustande, sowohl politisch als auch militärisch in Österreich einzugreifen. Am Tage nach der Wahlankündigung, am 10. März, gibt Hitler vormittags um 11 Uhr den Befehl, daß am 12. März – einen Tag vor der geplanten Volksbefragung – Wehrmachtsdivisionen in Österreich einmarschieren. In der dazu in aller Eile verfaßten Weisung Hitlers heißt es:

„Der Oberste Befehlshaber der Wehrmacht

Berlin, den 11.3.1938

Weisung Nr. 1

- 1. Ich beabsichtige, wenn andere Mittel nicht zum Ziele führen, mit bewaffneten Kräften in Österreich einzurücken, um dort verfassungsmäßige Zustände herzustellen und weitere Gewalttaten gegen die deutschgesinnte Bevölkerung zu unterbinden.*
- ...*
- 4. Die für das Unternehmen bestimmten Kräfte des Heeres und der Luftwaffe müssen ab 12. März spätestens 12.00 Uhr einmarsch- bzw. einsatzbereit sein. Die Genehmigung zum Überschreiten und Überfliegen der Grenze und die Festsetzung des Zeitpunktes hierfür behalte ich mir vor.*
- 5. Das Verhalten der Truppe muß dem Gesichtspunkt Rechnung tragen, daß wir keinen Krieg gegen ein Brudervolk führen wollen. Es liegt in unserem Interesse, daß das ganze Unternehmen ohne Anwendung von Gewalt in Form eines von der Bevölkerung begrüßten friedlichen Einmarsches vor sich geht. Daher ist jede Provokation zu vermeiden. Sollte es aber zu Widerstand kommen, so ist er mit größter Rücksichtslosigkeit durch Waffengewalt zu brechen. Übergehende österreichische Verbände treten sofort unter deutschen Befehl.*
- 6. An den deutschen Grenzen zu den übrigen Staaten sind einstweilen keinerlei Sicherheitsmaßnahmen zu treffen.*

Adolf Hitler“¹⁹⁾

Kurz nach 21 Uhr am gleichen Abend gehen die entsprechenden Befehle an die bis dahin nicht vorgewarnte Truppe, der damit nur noch 13 Stunden bleiben. Am 11. März schon rollen die befohlenen Verbände in Richtung Österreich. Ob es allerdings zum Einmarsch kommt, ist damit nicht entschieden, denn Hitler behält sich mit Ziffer 4. der Weisung Nr. 1 die Türe offen, die Truppen anzuhalten, wenn, wie in Ziffer 1 geschrieben, „andere Mittel zum Ziele führen“.

Die politischen Stränge zieht nun vor allem der Minister Göring. Drei Stunden nachdem Hitler die Weisung Nr. 1 mit seiner Unterschrift versehen hat, am 11. März etwa 14.30 Uhr, erfolgt der schon erwähnte Anruf von Seyß-Inquart aus Wien bei Göring in Berlin. Der österreichische Innenminister teilt Minister Göring mit, daß Bundeskanzler Schuschnigg noch immer nicht gewillt ist, die Volksabstimmung auf einen vernünftigen Zeitpunkt zu verschieben. Göring bittet Seyß-Inquart, einen Augenblick am Apparat zu bleiben, geht zu Hitler und informiert ihn von der Neuigkeit aus Wien. Beide sehen, daß es so keine Chance mehr für eine faire Volksabstimmung in der Anschlußfrage gibt. Sie beschließen, nun direkt in das österreichische Geschehen einzugreifen

und Schuschnigg durch Seyß-Inquart zu ersetzen. Göring bringt den Entschluß in aller Eile zu Papier, geht zurück an das Telefon und diktiert dem am anderen Leitungsende wartenden Seyß-Inquart:

„Teilen Sie das Schuschnigg wörtlich mit:

Das Ultimatum gilt nach der erteilten Antwort für abgelehnt. Es ist nun der Rücktritt Dr. Schuschniggs zu verlangen. Mit der Bildung der neuen Regierung ist Dr. Seyß-Inquart zu beauftragen. Die Mehrheit des neuen Kabinetts muß aus Nationalsozialisten bestehen. Die Volksabstimmung wird abgesagt. Eine neue Volksbefragung findet in 14 Tagen nach dem Vorbild der Saarabstimmung statt. Sie haben innerhalb einer Stunde Bescheid zu geben. Sollten Sie nach Ablauf der gesetzten Frist nicht angerufen haben, so wird hier angenommen, daß Sie am Telefonieren verhindert sind. In diesem Falle werden wir entsprechend handeln.“²⁰⁾

Seyß-Inquart gibt das Ultimatum an den Bundeskanzler weiter. Nun greift Schuschnigg zum letzten Strohalm, den er sieht. Er versucht, den Chef der italienischen Regierung Mussolini anzurufen, um von ihm Hilfe zu bekommen. Die Antwort, die nach kurzem übermittelt wird, sagt nur, daß sich die italienische Regierung in der augenblicklichen Situation Österreichs jeglicher Stellungnahme enthält. Ohne einen einzigen Verbündeten im Ausland und mit zweifelhafter Rückendeckung in der eigenen Bevölkerung beginnt Schuschnigg, auf Raten nachzugeben. Erst teilt er den zwei Ministern Seyß-Inquart und Edmund von Glaise-Horstenau mit, daß er die Wahl verschiebt. Er bittet, dieses Göring mitzuteilen. Inzwischen ist es 16 Uhr. Die zwei Minister rufen unverzüglich Göring in Berlin an, doch Göring gibt sich mit einer Wahlverschiebung nun nicht mehr zufrieden. Er diktiert das nächste Ultimatum:

„Die Lage ist nur zu retten, wenn der Bundeskanzler sofort zurücktritt und binnen zwei Stunden Dr. Seyß-Inquart zum Bundeskanzler ernannt wird. Wenn Herr Seyß-Inquart nicht bis 18.30 Uhr ernannt ist, erfolgt eine Stunde später, also um 19.30 Uhr, der deutsche Einmarsch in Österreich. Dieser Beschluß ist diesmal unwiderruflich.“²¹⁾

Nachdem Seyß-Inquart und Glaise-Horstenau dem Kanzler auch diese Botschaft übermittelt haben, gibt Bundeskanzler Schuschnigg auf. Er begibt sich zu Bundespräsident Wilhelm Miklas, um seinen Rücktritt anzubieten. Doch der Präsident genehmigt nur die Verschiebung der Volksabstimmung, die er selbst für einen Fehler hält. Er weigert sich jedoch, Schuschnigg aus seinem Amte zu entlassen und Seyß-Inquart an dessen Stelle zu ernennen.

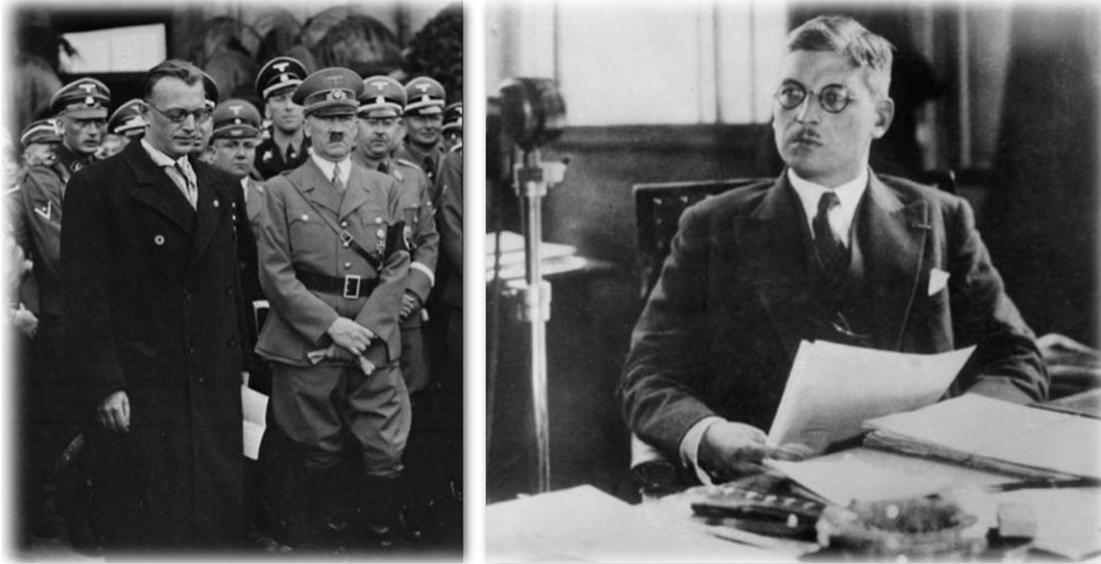
Um 17.26 Uhr ruft Göring nun von sich aus in Wien an, um den Stand der Dinge zu erfragen. Als er hört, daß der Bundespräsident nicht nachgibt, schickt er Seyß-Inquart diesmal in Begleitung des deutschen Militärattaches zum Bundespräsidenten. Der Attache trägt Görings Forderungen und das Ultimatum noch einmal vor. Doch der Präsident will Innenminister Seyß-Inquart nicht als neuen Bundeskanzler akzeptieren. Er läßt in aller Eile den Präsidenten des Obersten Rechnungshofes Österreichs zu sich rufen und trägt ihm die Regierung an. Doch der lehnt ab. Als nächster muß der Generalinspekteur des Heeres kommen. Auch der weigert sich, das Amt des Bundeskanzlers anzunehmen.

Inzwischen ist es fast halb sieben abends. Göring ruft erneut in Wien an. Noch während Göring und Seyß-Inquart miteinander sprechen, entläßt Bundespräsident Miklas den Kanzler und das Kabinett, jedoch ohne einen neuen Bundeskanzler einzusetzen. Bei einem weiteren Gespräch um 20 Uhr informiert Seyß-Inquart Göring, daß der Generalinspekteur den Truppen befohlen hat, sich zurückzuziehen, und daß die führenden Persönlichkeiten Österreichs jetzt offensichtlich auf den Einmarsch warten. Göring erwidert, daß er den Einmarsch nun befehlen werde, und er fordert Seyß-Inquart auf, dann die Macht im Land zu übernehmen. Kurz nach 8 Uhr abends gibt Ex-Bundeskanzler Schuschnigg über Radio bekannt, daß er mit dem Kabinett zurückgetreten ist. So weiß in dieser Nacht und am Tag des deutschen Einmarsches in Österreich niemand, wer im Land das Sagen hat.

Inzwischen ist ganz Österreich ein einziger Hexenkessel. Seit Kanzler Schuschnigg vor drei Tagen die Parteiverbote aufgehoben hat, demonstrieren und marschieren Marxisten, Sozialdemokraten, Nationalsozialisten, die Nationale Opposition, die habsburgtreuen Legalisten, Gewerkschaften, die Heimwehr und der Heimatschutz zu Fuß und mit LKW-Kolonnen durch die Straßen aller großen Städte. Polizei und Heer sperren an vielen Orten Plätze und öffentliche Gebäude mit Stacheldraht und demonstrativ aufgestellten Maschinengewehren. Im



Gewühl der Menschen in den Straßen hört man die Parolen „Heil Moskau“, „Heil Schuschnigg“, „Nieder mit Schuschnigg“, „Heil Hitler“, „Nieder mit Hitler“, „Es lebe Österreich“, „Es lebe Deutschland“ und so weiter. Auch die Beflaggung von Rot-Weiß-Rot über Hammer und Sichel bis zum Hakenkreuz zeigt die augenblickliche Zerrissenheit der österreichischen Bevölkerung. Die regierungsnahen Presse wird nicht müde, eine Wahlentscheidung für den Anschluß als Landesverrat an Österreich zu bezeichnen, während der Stellvertreter des Innenministers die Menschen über Rundfunk zum Boykott der Volksabstimmung aufruft. Ein Bild, das dem der DDR in ihren letzten Tagen ähnelt, in denen die einen zu Tausenden mit Fackeln und Paraden den 40. Jahrestag der DDR feiern und verkünden, daß die Mauer noch in 100 Jahren steht, während die anderen ebenfalls zu Tausenden Bittgottesdienste halten und auf Montagsdemonstrationen „Wir sind ein Volk“ skandieren.



In der Nacht wendet sich das Blatt. Ex-Bundeskanzler Schuschnigg hat seinen Rücktritt über Rundfunk mitgeteilt. Kurz darauf ruft der nun nur noch geschäftsführende Innenminister Seyß-Inquart die Bevölkerung gleichfalls über Radio zur Ruhe auf. Plötzlich trägt die Polizei in Wien Armbinden mit dem Hakenkreuz. Die Anti-Anschluß-Demonstrationen sind wie von jetzt auf gleich verschwunden. Statt dessen bewegt sich ein Motor-Korso mit Hakenkreuzfahnen und Fackeln auf den Autos durch die Wiener Innenstadt. Sprechchöre vor dem Ballhaus rufen: „Es lebe das neue Österreich!“ und man verlangt „Seyß-Inquart auf den Balkon!“ Zu dieser Zeit ist Seyß-Inquart noch immer nicht als neuer Bundeskanzler eingesetzt. Da das auch offensichtlich nicht mehr zu erwarten ist, befiehlt Hitler um 20.45 Uhr den Einmarsch der an Österreichs Grenzen aufmarschierten Truppen. Nur wenig später versucht Minister Göring Seyß-Inquart dazu zu bewegen, offiziell um einen Einmarsch deutscher Truppen zu ersuchen²²⁾.

Doch der österreichische Minister, der immer noch im Sinn hat, den Anschluß nach erfolgter Wahlentscheidung auf legalem Wege zu vollziehen, tut Göring den Gefallen nicht. Um etwa 23 Uhr ernennt Bundespräsident Miklas Seyß-Inquart doch noch zum neuen Chef der österreichischen Regierung.

In den Morgenstunden des neuen Tages – es ist inzwischen Samstag, der 12. März 1938 – marschieren deutsche Heerestruppen in Richtung Salzburg, Linz und Innsbruck. Blumenschmuck und Fahnen auf den Militärfahrzeugen sollen zeigen, daß dies eine Wiedervereinigung nach langen Jahren deutscher Trennung und kein Eroberungsfeldzug ist. Dies Zeichen wird auch so verstanden. Die österreichische Bevölkerung beiderseits der Straßen reagiert erst freundlich, dann bald mit steigender Begeisterung. Es gibt Umarmungen, Winken, Händeschütteln, Freudentränen, Fahenschwenken. Als Hitlers Wagenkolonne gegen Abend auf den Marktplatz der Stadt Linz rollt, warten dort schon 60.000 Menschen zum Empfang. Hitler hält eine kurze Rede und wird dabei wieder und immer wieder von Beifallsstürmen unterbrochen. Die Begeisterung der Menschenmenge hinterläßt ihm, der sich bis dahin der ungeteilten Zustimmung der Österreicher nicht sicher sein konnte, einen tiefen Eindruck.



Bundeskanzler Seyß-Inquart, frisch vom österreichischen Bundespräsidenten vereidigt, und einige der neu ernannten Bundesminister sind zur Begrüßung Hitlers nach Linz gekommen. Seyß-Inquart, der immer noch kein Freund des Einmarschs ist, schlägt Hitler vor, auch österreichische Truppen ins Deutsche Reich zu schicken, um aller Welt zu zeigen, daß sich hier eine freiwillige Vereinigung vollzieht und keine einseitige Eroberung. Hitler ist von dem Vorschlag angetan und ordnet auf der Stelle an, so zu verfahren. Schon tags darauf marschieren österreichische Truppen nach München, Dresden, Stuttgart und Berlin.²³⁾

Bis Linz hat Hitler offensichtlich kein politisches Konzept für diesen bis vor drei Tagen nicht geplanten Einmarsch. So ist ihm bis dato noch nicht klar, in welcher Weise Österreich nun dem „Altreich“ angeschlossen werden soll. Dem vom überstürzten Ablauf des Geschehens selber überraschten Hitler schwebt bis zu dem überwältigenden Empfang, den ihm die Österreicher in Linz bereiten, offensichtlich zunächst nur vor, Österreich als eigenen Staat in Personalunion mitzuregieren²⁴⁾. In Linz beschließt er, Österreich dem „Altreich“ als neuen Reichsteil anzuschließen. Auch kann sich Hitler immer noch entscheiden, ob er auf das Ergebnis der nun verschobenen Volksabstimmung wartet und es Seyß-Inquart überläßt, den Anschluß zu vollziehen, oder ob er selber vorher Fakten schafft. Der Völkeraufbruch von Linz und die Begeisterung der Menschen bestärken Hitler, letzteres zu tun. Sonntag morgen, den 13. März 1938 um 1 Uhr früh, rollt die erste Wehrmachtseinheit in Österreichs Hauptstadt Wien ein. Die Straßen sind trotz Nacht und Kälte voll von Menschen. Vor der Oper ist ein österreichisches Musikkorps angetreten und empfangt die ersten deutschen Truppen zu einer improvisierten Militärparade. Die Polizeiabsperungen, die die Menschen von den vorbeimarschierenden Wehrmachtspanien trennen sollen, brechen unter dem Ansturm der begeisterten Menge bald zusammen. Um 2.30 Uhr trifft das erste Bataillon der Wehrmacht in der Rennweg-Kaserne ein und wird dort vom 3. Wiener Infanterieregiment mit Ehrenkompanie, Fahne und Musik erwartet. Ein ähnliches Bild zeigt sich beim Eintreffen deutscher Truppen an den Grenzübergängen nach Italien und Jugoslawien. Auch dort werden die Wehrmachtstruppen von den italienischen und jugoslawischen Grenztruppen mit Zeremonie empfangen. Der Militäreinmarsch vollzieht sich so, als wäre der politische Anschluß Österreichs schon vorausgegangen.

Doch noch sind Seyß-Inquart Bundeskanzler und Miklas Bundespräsident von Österreich. Gegen Abend allerdings erklärt Miklas seinen Rücktritt vom Amt des Bundespräsidenten. Damit gehen nach geltender Verfassung, Artikel 77, die Befugnisse des Präsidenten auf den Bundeskanzler über. So ist Seyß-Inquart für ganz kurze Zeit Regierungschef und Staatsoberhaupt in einem. Schon am Vormittag des Tages hatten Seyß-Inquart als Bundeskanzler, Glaise-Horstenau als Vizekanzler und Justizminister Franz Hueber ein neues „Bundesverfassungsgesetz“ verfaßt und unterschrieben, in dem es heißt:

„Artikel I

Österreich ist ein Land des Deutschen Reiches.

Artikel II

Sonntag, den 10. April 1938, findet eine freie und geheime Volksabstimmung der über 20 Jahre alten deutschen Männer und Frauen Österreichs über die Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reich statt.

...

Artikel V

Dieses Bundesverfassungsgesetz tritt am Tage seiner Kundmachung in Kraft...

Wien, den 13. März 1938

*Seyß-Inquart, Bundeskanzler
Glaise-Horstenau, Vizekanzler
Hueber, Justizminister“²⁵⁾*

Als reichsdeutsches Gegenstück dazu unterzeichnet Adolf Hitler das „Gesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich. Die Artikel lauten:

„Artikel I

Das von der österreichischen Bundesregierung beschlossene Bundesverfassungsgesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich vom 13. März 1938 wird hiermit deutsches Reichsgesetz.

(Es folgt der Text des österreichischen Gesetzes)

Artikel II

Das derzeit in Österreich geltende Recht bleibt bis auf weiteres in Kraft. Die Einführung des Reichsrechts in Österreich erfolgt durch den Führer und Reichskanzler oder die von ihm dazu ermächtigten Reichsminister. ...

Artikel IV

Das Gesetz tritt am Tage seiner Verkündung in Kraft.

Linz, den 13. März 1938

Adolf Hitler“²⁶⁾

So vollzieht sich der politische Anschluß Österreichs an das Dritte Reich am Abend des 13. März 1938 in nur noch ein paar kurzen Schritten. Als erstes macht Bundespräsident Miklas – wie erwähnt – den Weg durch seinen Rücktritt frei. Dann verkündet Seyß-Inquart als kommissarischer Präsident in Wien das „Bundesverfassungsgesetz“ und setzt es nach Artikel V des Gesetzes auch sogleich in Kraft. Damit erklärt sich Österreich zu einem Teil des Dritten Reichs und erkennt die deutsche Hoheit an, Gesetze auch für Österreich zu erlassen. Als letzten Schritt verkündet der Reichsminister Goebbels in Berlin das „Gesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“, das nun ebenfalls für Österreich gilt. Damit ist Österreich auch von deutscher Seite aus zu einem Teil des Reichs erklärt, und Hitler ist Staatsoberhaupt und Regierungschef auch für diesen Teil des Reichs geworden. Doch dem Anschluß fehlt die Legitimation der Wahl, die erst für den 10. April 1939 vorgesehen ist.

Seit Beginn der Dollfuß-Diktatur vor fünf Jahren hat es in Österreich keine Bundeswahlen mehr gegeben. So ist vorerst unklar, wie sich bei der Volksabstimmung die entscheiden werden, die den Anschluß in den letzten Jahren nicht so verfochten haben, wie die „Nationale Opposition“ und die Nationalsozialisten Österreichs. Es ist ja durchaus möglich, daß Kirchen, Gewerkschaften, Monarchisten, Sozialisten und Marxisten nicht für Deutschland, sondern gegen die Nationalsozialistische Partei Österreichs stimmen. Das Risiko, das sich Hitler und Seyß-Inquart mit dieser Wahl aufbürden, ist also nicht gering. Doch schon am Tag des Anschlusses bekennt sich das Konsistorium der Evangelischen Kirche in einem Brief an die Gemeinden zum Anschluß an das Dritte Reich. Der Brief lautet:

„Die Evangelische Kirche Deutsch-Österreichs steht voll Freude einmütig und entschlossen zu der geschichtlichen Stunde, die das deutsche Volk Österreichs in die Lebens- und Schicksalsgemeinschaft des Deutschen Reiches zurückführt. ...“²⁷⁾

Eine Woche später verfassen die katholischen Bischöfe einen Hirtenbrief zur Volksabstimmung:

„Aus innerster Überzeugung und mit freiem Willen erklären wir Bischöfe der österreichischen Kirchenprovinz anlässlich der großen geschichtlichen Geschehnisse in Deutsch-Österreich: ... Am Tage der Volksabstimmung ist es für uns Bischöfe selbstverständliche nationale Pflicht, uns als Deutsche zum Deutschen Reich zu bekennen, und wir erwarten auch von allen gläubigen Christen, daß sie wissen, was sie ihrem Volke schuldig sind.“²⁸⁾

Am 3. April, eine Woche vor der Volksabstimmung, erklärt sich der erste Nachkriegs- Bundeskanzler Dr. Renner in einem Interview im NEUEN WIENER TAGEBLATT:

„Als Sozialdemokrat und somit als Verfechter des Selbstbestimmungsrechts der Nationen, als erster Kanzler der Republik Deutsch-Österreich und als gewesener Präsident ihrer Friedensdelegation zu Saint-Germain werde ich mit JA stimmen.“²⁹⁾

Noch vor der Legitimation durch eine Wahl nimmt auch das Ausland Stellung. Die Regierungen in London und Paris erkennen beide schon am 2. April den Anschluß an, und Mussolini vergleicht ihn mit der Einigung Italiens im Jahre 1856. Damit ist auch Artikel 88 des Vertrags von Saint-Germain gefallen.

Die für den 10. April angesetzte Volksabstimmung wird zur Bestätigung der österreichischen Verfassungsväter von 1918 und zum Triumph für die, die einen Anschluß wollten. Von 4.284.795 Wählern stimmen 4.273.884 für die Wiedervereinigung Österreichs und Deutschlands und 9.852 dagegen³⁰⁾. Das sind 99,73% pro Anschluß³¹⁾. Im deutschen „Altreich“ findet am selben Tage eine Volksabstimmung zum gleichen Thema statt. Hier sind es 99,08 % der Stimmen, die für einen Anschluß sind. Die Deutschen in Österreich und im sogenannten Altreich – so zeigt das diese Wahl – sind an jenem 10. April 1938 durch das verbunden, was die Nation ausmacht: die gleiche Sprache und Kultur, die gemeinsame Geschichte, das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit und der Wille, zusammen zu gehören.

An dieser Stelle ist noch einmal ein Blick zurück in die Geschichte nötig. Im Oktober 1848 in der Paulskirche zu Frankfurt stand die Deutsche Nationalversammlung vor der Frage, ob Deutschland in Zukunft ein „Kleindeutschland“ ohne Österreich werden sollte oder ein „Großdeutschland“, das die deutschen Fürstentümer Habsburgs einschloß. Die Entscheidung ist bei der Einigung des Reiches 1871 für „Kleindeutschland“ gefallen. 90 Jahre nach der Paulskirchen-Versammlung entscheiden sich die Menschen in Österreich und in Deutschland im Volksentscheid vom 10. April 1938 für den Anschluß Österreichs an das Dritte Reich. Damit ist auch der Name „Großdeutschland“ wieder auf der Tagesordnung. Deutschland einschließlich Österreich heißt deshalb in Erinnerung an 1848 ab 1938 auch „Großdeutsches Reich“. Das ist ein geschichtlicher Bezug und kein Ausdruck deutscher Großmannssucht.

Beim Anschluß Österreichs 1938 wiederholen sich zwei Dinge, die es schon bei der Heimkehr des Saargebiets 1935 und bei der Wiederbesetzung der bis dahin ungeschützten Rheinlandgrenze 1936 gab. Im Falle Österreichs und des Saargebiets haben die Anschlußgegner ihre Ziele mit einem Votum gegen die Nationalsozialisten verbunden, obwohl es bei beiden Urnengängen um ganz anderes ging, und dann die Wahl verloren. Die Österreicher genauso wie die Saarländer haben sich bei ihren Wahlen mit großer Mehrheit für den Anschluß an das Dritte Reich entschieden und damit scheinbar für die Partei, die den Anschluß propagierte. Niemand weiß, wie viele der abgegebenen Stimmen in erster Linie für den Anschluß und wie viele in erster Linie wegen der Partei gegeben worden sind. So geht Hitler beide Male auch mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Zentrumsleute, der Christsozialen, und all der anderen als Sieger aus dem Rennen. **Die Alliierten Mächte, die in beiden Fällen in Versailles und Saint-Germain das Selbstbestimmungsrecht der Völker vorsätzlich gebrochen haben, haben auch in dieser Hinsicht Hitlers Weg bereitet.**

Die zweite Parallele zeigt sich beim Anschluß Österreichs und bei der Wiederbesetzung des vom deutschen Militär entblößten Rheinlands. In beiden Fällen warnt die deutsche Generalität, daß der nächstgeplante Schritt das Ausland provoziert. Die Generale sind der Überzeugung, daß England, Frankreich, die Tschechoslowakei und Polen die Brüche der Verträge von Versailles, Locarno und Saint-Germain nicht dulden und in Deutschland einmarschieren werden. In beiden Fällen schätzt Hitler die Reaktion des Auslands besser ein, und beide Male hat er Recht. Die Folge ist, daß sich Hitlers Selbstvertrauen steigert, und daß sein Vertrauen in die Urteilsfähigkeit der militärischen Berater schwindet. Auch das wird Deutschland später zum Verhängnis.

Die Siegerstaaten des Ersten Weltkriegs sehen diesen Anschluß Österreichs an das Dritte Reich mit Befürchtungen und Sorge. Mit diesem Schritt steht Nachkriegsdeutschland so stark da wie vor 1914. Die Regelungen von Versailles und Saint-Germain zur ewigen Unabhängigkeit Österreichs von Deutschland sind aufgehoben

worden, ohne daß **Frankreich, England und die USA** auch nur um ihre Meinung, geschweige denn um ihr Einverständnis hierzu gebeten worden wären. So setzen die Sieger des Ersten Weltkriegs den Anschluß Österreichs 1938 den Deutschen 1945 auf die Rechnung. **In den Nürnberger Prozessen werfen sie der Reichsregierung den Anschluß Österreichs als Rechtsbruch und Eroberung vor.** Für die Deutschen in Österreich und im „Altreich“ sieht der Anschluß anders aus. Sie verwirklichen mit ihm, was schon 1848 in der Paulskirche versucht worden ist. Sie setzen in die Tat um, was Wilson 1917 mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker zugestanden hat, was im Deutsch-Österreichischen Vereinigungsvertrag vom November 1918 vereinbart worden ist, was ein Verfassungsziel der ersten Verfassungen der neuen Republiken Österreich und Deutschland von 1918 und 1919 gewesen ist, und was die Menschen in beiden Teilen Großdeutschlands nun in einer Volksabstimmung eindrucksvoll bestätigt haben: die Wiedervereinigung der Deutschen.



Quellen:

Gerd Schultze-Rhonhof, „Der Krieg, der viele Väter hatte“

- 1) Internationaler Militärgerichtshof Nürnberg, Verhandlungen, Band XV, Seite 666
- 2) Ebenda
- 3) Hans Bernhardt, „Deutschland im Kreuzfeuer großer Mächte“, Seite 45
- 4) Internationaler Militärgerichtshof Nürnberg, Verhandlungen, Band XV, Seite 667
- 5) Hans Bernhardt, „Deutschland im Kreuzfeuer großer Mächte“, Seite 31
- 6) Theodor Heuss, „Hitlers Weg“, Seite LX
- 7) Erich Kern, „Verheimlichte Dokumente, Was den Deutschen verschwiegen wird?“, Seite 77
- 8) Documents on British Foreign Policy Edited by Woodward and Butler, London, Her Majesty's Stationery Office, Second Series, Volume II, Dokumente 1 bis 29
- 9) Erste Kammer des Parlaments, entspricht dem Bundestag
- 10) Jacques Benoist-Méchin, „Auf dem Weg zur Macht 1925-1939“, Band 5, Seite 151
- 11) Franz von Papen, „Der Wahrheit eine Gasse“, Seite 424
- 12) Seyß-Inquart tritt erst 1938 der Nationalsozialistischen Partei Österreichs bei
- 13) Erich Führer, Justitia Fundamentum Regnorum, Dokumentation von 264 Fällen von Rechtsbeugung durch Justiz, Polizei und Behörden in Österreich in den Jahren 1936/37 zur Vorlage an den Bundeskanzler Dr. Schuschnigg, Wien, 1937
- 14) Jacques Benoist-Méchin, „Auf dem Weg zur Macht 1925-1939“, Band 5, Seite 200
- 15) Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik, Band I, Dokumente 294/295, Seiten 421-424
- 16) Ländergesetzblatt für Oberösterreich vom 10. März 1938
- 17) Jacques Benoist-Méchin, „Auf dem Weg zur Macht 1925-1939“, Band 5, Seite 248
- 18) Internationaler Militärgerichtshof Nürnberg, Verhandlungen, Band IX, Seite 333
- 19) Internationaler Militärgerichtshof Nürnberg, Dokumente, Band XXXIV, Dokument 102 C
- 20) Jacques Benoist-Méchin, „Auf dem Weg zur Macht 1925-1939“, Band 5, Seite 251
- 21) Jacques Benoist-Méchin, „Auf dem Weg zur Macht 1925-1939“, Band 5, Seite 254
- 22) Internationaler Militärgerichtshof Nürnberg, Dokumente, Band XXXI, Dokument 2949-PS/1 1
- 23) IMT-Verhandlungen, Band XV, Seite 664 ff
- 24) v. Weizsäcker-Papiere, Seite 124
- 25) Benoist-Méchin, Band 5, Seite 285
- 26) Reichsgesetzblatt 1938/1, Seite 237, Nr. 21
- 27) Deutsches Nachrichten Büro vom 14. März 1938
- 28) IMT-Dokumente, Band XL, Seite 159
- 29) IMT-Dokumente, Band XL, Dokument Neurath-130, Seite 523
- 30) Benoist-Méchin, Band 5, Seite 309
- 31) Juden und andere Gruppen sind allerdings von der Abstimmung ausgeschlossen, was die 99% etwas relativiert

1938 Der Anschluß der Sudetengebiete und die Unterwerfung der Tschechei

Der nächste Erfolg des Politikers Hitler, deutsche Menschen und deutsche Landschaften „heim ins Reich“ zu holen, trägt in sich schon den Keim des späteren Untergangs des Dritten Reichs. Im September 1938 gelingt es Hitler auf der „Konferenz von München“, die Gebiete der Tschechei, in denen seit altersher überwiegend Deutsche leben, nämlich die Sudetenlande, durch Drohung und Verhandlung Deutschland anzuschließen. Die Drohung, den Anschluß notfalls mit der Wehrmacht zu erzwingen, führt allerdings zum neuen Schulterschluß der früheren Weltkriegsgegner gegen Deutschland. Mit der Annexion der Rest- Tschechei ein halbes Jahr danach gibt Hitler diesen Gegnerstaaten dann den Grund, wenig später in der Danzig-Frage Partei für Polen und gegen Deutschland zu ergreifen und aus einem ursprünglich nur lokalen Grenzkonflikt zwischen dem Dritten Reich und Polen einen weiteren Weltkrieg zu entfachen.

Die historischen Wurzeln der Tschechoslowakei

Die Tschechoslowakei, ein erst 1919 entstandener Kunststaat, ist nach dem Ersten Weltkrieg von den Siegermächten aus Landesteilen zusammengefügt worden, die vormals österreichisch, ungarisch, deutsch oder polnisch waren. Vor der Ewigkeit der fast 1.000jährigen Zugehörigkeit der Landesteile zu den genannten Nachbarländern erscheinen die nur 19 Jahre der Tschechoslowakei den Regierungen in Wien, Budapest, Berlin und Warschau 1938 wie die Lebensdauer einer Eintagsfliege. Es fehlt der neuen Tschechoslowakei die Legitimation, die sich aus einer eigenen Geschichte speist. Dies mag ein Grund dafür gewesen sein, daß die Regierungen aller Nachbarstaaten, einschließlich Adolf Hitlers, den Tschechen 1938 und 39 das Recht auf Eigenstaatlichkeit verweigern.

Der Doppelname Tschechoslowakei verweist auf zwei verschiedene Völker oder zwei verschiedene Landesteile. Der Name verschleierte, daß im neu geschaffenen Staat die größten Völker Tschechen und Sudetendeutschen sind und nicht Tschechen und Slowaken, und er läßt nicht erkennen, daß der neue Staat drei Landesteile hat und nicht nur zwei. Die Karpato-Ukraine, ganz im Osten der Tschechoslowakei, bildet mit ihrer ruthenisch-ukrainischen Bevölkerung ein eigenes Gebiet. Die eng verwandten Sprachen Tschechisch und Slowakisch verbinden Tschechen und Slowaken, doch die Geschichte trennt sie. Daneben stehen Slowaken und Ruthenen mit gemeinsamer Geschichte, doch mit zwei verschiedenen Sprachen.



Die Tschechei mit ihren zwei Landesteilen Böhmen und Mähren ist sehr früh schon in Abhängigkeit zum Deutschen Reich geraten. Nach 800, zur Zeit Karls des Großen, werden Böhmen und Mähren zunächst dem deutschen Kaiser gegenüber zum Tribut verpflichtet. 929 wird Böhmen erstmals und 950 endgültig von deutschen Königen und Kaisern unterworfen. Ab 1041 gehören beide Landesteile auf Dauer bis 1918 zum Deutschen Reich. In dieser Zeit verklammern sich Böhmen, Mähren und Deutschland durch eine Vielzahl politischer Verbindungen. 1086 verleiht der deutsche Kaiser dem Herzog von Böhmen die Königswürde. Schon 1257 tritt der Böhmenkönig als siebter Kurfürst zu den bis dahin sechs deutschen Fürsten, die das Recht zur Wahl des deutschen Königs haben, der in der Regel danach auch der deutsche Kaiser wird. 1310 erwirbt das deutsche Haus Luxemburg durch Heirat Johanns von Luxemburg mit der Erbin der böhmischen Krone Elisabeth das Königreich Böhmen. Mit Kaiser Karl IV, König Wenzel und Kaiser Sigismund werden drei Könige von Böhmen aus dieser Linie selbst Könige und Kaiser des Deutschen Reichs. In ihrer Zeit dient Prag für nicht ganz hundert Jahre als „Hauptstadt“ Deutschlands. 1526 fallen Böhmen und Mähren durch Erbschaft an das Haus Habsburg, wo sie bis 1918 bleiben. So steht das Gebiet des heutigen Tschechiens und mit ihm die tschechische Nation fast 1000 Jahre unter deutscher Herrschaft, fast 500 Jahre als Teil des Deutschen Reichs und über 400 Jahre im Besitz des Hauses Habsburg. Die Bindung der Tschechen an das Habsburger Reich ist 1917 noch so stark, daß die tschechischen Abgeordneten des Wiener Reichsrats protestieren, als die englische und die französische Regierung auf Anfrage des US-Präsidenten Wilson die Befreiung der Tschechen und Slowaken von Habsburg als eines ihrer Kriegsziele verkünden. Sie erklären schriftlich:

„Angesichts der alliierten Antwort an Präsident Wilson, worin die Befreiung der Tschechen als ein Kriegsziel erwähnt ist, weisen wir diese Zumutung zurück, die auf ganz falschen Annahmen beruht. Wir erklären nachdrücklich, daß das tschechische Volk wie stets in der Vergangenheit überzeugt ist, daß ihm eine gedeihliche Entwicklung nur unter dem Zepter Habsburgs und in der habsburgischen Monarchie sicher ist.“¹⁾

Das, was die Tschechen allerdings seit langem mit Nachdruck für sich fordern, ist ein autonomes Königreich Böhmen mit dem gleichen Status, den auch Ungarn innerhalb des Habsburg-Reiches innehat. Adolf Hitler, im alten Österreich aufgewachsen und von dort geprägt, sieht in den Tschechen deshalb offensichtlich nicht die selbständige Nation, die wir heute in ihr sehen. Die Tschechen selber erhalten sich jedoch trotz dieser Jahrhunderte langen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Integration ins Deutsche Reich die eigene Sprache und ihre nationale Identität, die sie 1919 mit der Gründung der Tschechoslowakei als Staatsprache und Staatsbewußtsein durchsetzen und 1939 natürlich nicht verlieren wollen.

Der tschechische Bevölkerungsanteil Böhmens und Mährens hat sich einerseits bis 1918 zunehmend der deutschen Sprache in Kunst, Wirtschaft und Wissenschaft bedient und politischen Einfluß im Parlament und bei Hof in Wien gewonnen, andererseits fühlen sich auch viele Tschechen seit Jahrhunderten vom deutschen Habsburg unterdrückt. Die Erinnerung an den religiösen Kampf des katholischen Herrscherhauses Habsburg gegen die tschechischen Hussiten und Calvinisten im 15. und 17. Jahrhundert lebt im Identitätsempfinden der Tschechen als antideutsche Haltung bis in die Moderne fort. So empfinden sie die Ermordung ihres Reformators Jan Hus 1415 auf dem Konzil von Konstanz bis heute als schnöden Wortbruch und als Verbrechen der Deutschen an den Tschechen. Hus war unter Zusicherung der freien Rückkehr zum Konzil geladen und dort mit Zustimmung des böhmischen Königs und deutschen Kaisers Sigismund als Ketzer verurteilt und auf dem Scheiterhaufen verbrannt worden.

Auch ein zweites religiöses Aufbegehren endet im Desaster. Der protestantische tschechische Adel erhebt sich 1618 gegen die vom deutschen Kaiser Ferdinand II. in Böhmen betriebene Gegenreformation. Der Aufstand endet 1620 mit einer Niederlage der Tschechen in der Schlacht am Weißen Berge nahe Prag. Der Adel verliert danach nicht nur seine Rechte sondern auch die Güter, die nun meist in deutsche Hände übergehen. Wie tief diese Niederlage in das historische Bewußtsein der Tschechen eingegangen ist, zeigt sich 1925, als die Regierung der Tschechoslowakei mit einer Bodenreform den Versuch macht, den Besitzstand der Tschechen von 1620 wiederherzustellen.



Die Slowaken sind geschichtlich einen anderen Weg gegangen. Die Slowakei ist seit 906 zunächst zwischen tschechischen, ungarischen und polnischen Herrschaftsansprüchen hin- und hergerissen, ehe sie im Jahre 1018 zusammen mit der Karpato-Ukraine Teil des ungarischen Königreiches wird. So stehen Slowaken und Ruthenen – obwohl verschiedene Völker – von 1018 bis 1919 gemeinsam unter der ungarischen Krone. Erst als Ungarn Teil des habsburgischen Weltreichs wird, kommen die Tschechen, Slowaken und Ruthenen unter diesem Dach in politische Berührung. Der Zusammenbruch des habsburgischen Weltreichs am Ende des Ersten Weltkriegs bietet Exiltschechen und Exilslowaken in den USA die Chance, von dort aus bei den Siegermächten in Saint-Germain ein eigenes Land für Tschechen und Slowaken einzufordern. Am 30. Mai 1918 schließen die **Vertreter tschechischer und slowakischer Exilorganisationen** in Pittsburg, USA, ein Abkommen, in Zukunft gemeinsam einen eigenen Staat zu gründen. Dabei sichern die Tschechen den Slowaken im Vertragstext zu:

„Die Slowakei wird ihre eigene Verwaltung, ihr Parlament und ihre Gerichte haben. Die slowakische Sprache wird zum Amtssprache in Schulen, Behörden und im öffentlichen Leben überhaupt.“²⁾

In Hoffnung auf eine Gleichberechtigung im neu geschaffenen Staat der Tschechoslowakei binden sich die Slowaken für die nächsten 20 Jahre an die sprachverwandten Tschechen.

Die Ruthenen, die sich selber Karpato-Ukrainer nennen, landen mit einer ähnlichen Vereinbarung, die **Exiltschechen mit Exilruthenen** in Cleveland USA abschließen, ebenfalls im Staat der Tschechen und Slowaken. Sie fühlen sich nach ihrem Volkstum als Teil des großen, auf die Sowjetunion, auf Polen und auf die Tschechoslowakei verteilten ukrainischen Volkes. Sie streben nach langer Fremdherrschaft eher in eine neue Gesamtukraine³⁾ als zu den Tschechen und Slowaken. Ihr nicht verhehlter Wunsch nach einer Großukraine bringt ihnen Argwohn und Gegnerschaft in Warschau und in Moskau ein.

Die Tschechoslowakei als Vielvölkerstaat

1938 zählt die Tschechoslowakei neben 6,7 Millionen Tschechen auch 3,1 Millionen Deutsche, 2 Millionen Slowaken, 734.000 Ungarn, 460.000 Ruthenen (Ukrainer), 180.000 Juden, 75.000 Polen und 240.000 Men-

schen anderer Herkunft. Die Tschechen stellen damit im eigenen Staat nicht einmal die Hälfte der Bevölkerung.

Die bunte Völkermischung ist in erster Linie das Ergebnis der Absicht der Weltkriegssiegermächte, das bis dahin mächtige Österreich-Ungarn in viele Staaten aufzuteilen. **So werden hier Menschen und Territorien einem neuen Staate zugeschlagen, dessen Bevölkerung und Gebiete nie zuvor in der Geschichte eine Einheit, geschweige denn ein Staat gewesen sind.** Der Status dieses neuen Staatsgebildes ist in den Verträgen von Saint-Germain, von Trianon und von Versailles festgeschrieben⁴⁾. Die Verträge bestimmen, daß jede der genannten Minderheiten ihre innere Autonomie in der neuen Tschechoslowakei erhalten soll. Von Seiten der Exiltschechen wird das auch so zugesagt. Der tschechische Delegierte Eduard Benes teilt den Siegermächten von Versailles diese Absicht als Versprechen in einer Note vom 20. Mai 1919 schriftlich mit:

„Die tschechoslowakische Regierung hat die Absicht, ihren Staat so zu organisieren, daß sie als Grundlage der Nationalitätenrechte die Grundsätze annimmt, die in der Verfassung der schweizerischen Republik zur Geltung gebracht werden, d.h., sie will aus der Tschechoslowakischen Republik eine bestimmte Art Schweiz machen.“⁵⁾

Doch **nur die Exil-Tschechen, -Slowaken und -Ruthenen haben zu dieser neuen Staatengründung einen Bund geschlossen⁶⁾**. Die anderen Volksgruppen landen ungefragt, durch das Diktat der Siegermächte und durch Gewaltanwendung in diesem neuen Staat.

Schon die Verfassung der neuen Tschechoslowakei von 1920 löst die Zusagen für eine Autonomie nicht für alle Minderheiten ein. Nur den Ruthenen wird mit Artikel 3 ein autonomes Gebiet, die Karpato-Ukraine, zugestanden. Die Verfassung sichert ihnen darin ein eigenes Landesparlament mit der Befugnis zu, Gesetze zu Fragen der Sprache, der Erziehung, der Religion und der örtlichen Verwaltung zu erlassen. **Den Slowaken gegenüber erkennen die Tschechen ihr im Exil gegebenes Versprechen von Pittsburgh nicht mehr an und verweigern ihnen das eigene Landesparlament.** Auch die Deutschen, die Ungarn und die Polen werden in dieser Hinsicht nicht bedacht. Sie stehen, wie die Slowaken, lediglich unter dem Schutz von Minderheitenartikeln in der Staatsverfassung:

„Artikel 128.2

Unterschiede in Religion, Glaube, Konfession oder Sprache sollen im Rahmen der allgemeinen Gesetze kein Hindernis für irgendeinen Bürger der Tschechoslowakei beim Zugang zum öffentlichen Dienst, zu Ämtern, zum Zugang zu Würden oder bei der Ausübung jeglichen Gewerbes führen.

Artikel 128.3

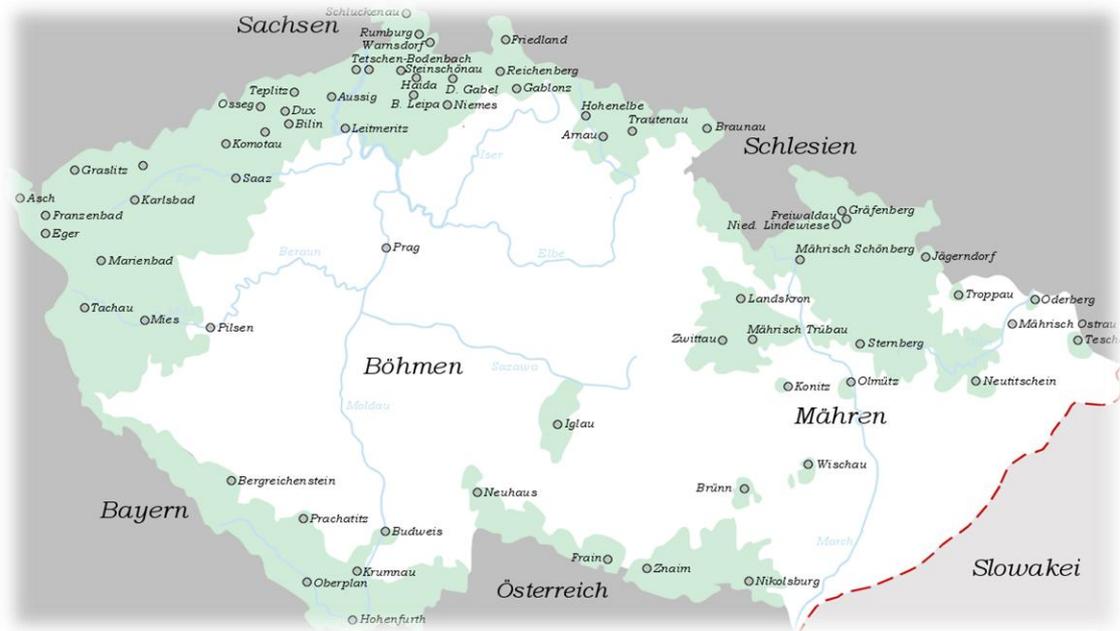
Das Recht die Muttersprache zu benutzen.

Artikel 131

In den Städten und Distrikten mit einer ansehnlichen Anzahl von Bürgern, die eine andere als die tschechische Sprache sprechen, herrscht Zweisprachigkeit in den Erziehungseinrichtungen.“⁷⁾

Die Sudetendeutschen

Der Name der Sudetendeutschen leitet sich von ihrer Heimat, den **Sudeten** ab, wie die **Gebirgszüge rund um Böhmen und Mähren** bis 1945 heißen. Das Gebiet Böhmens und Mährens wird nach der Völkerwanderung, nach Abzug der germanischen Markomannen, von dem nachrückenden Volk der slawischen Tschechen übernommen. Ab 1204 rufen mehrere Generationen böhmischer Könige deutsche Bauern, Handwerker und Kaufleute zur Ansiedlung und Entwicklungshilfe in ihr Land, wodurch die Randgebiete Böhmens und Mährens und **einige Sprachinseln im Landesinneren deutsch** besiedelt werden und es über 700 Jahre bleiben. Die Sudetendeutschen sind dort, wie die Tschechen, während der letzten vier Jahrhunderte Angehörige des Habsburger Reichs. So ist es natürlich, daß sie sich nach der Zerschlagung Österreich-Ungarns zunächst Österreich zugehörig fühlen.



Die Sudetengebiete

Mit dem Zerfall der Habsburg-Monarchie scheint das Schicksal der Sudetendeutschen für einen Atemzug lang ungewiß. Die Abgeordneten der Wahlkreise in den geschlossenen deutschen Siedlungsgebieten Böhmens, Nordmährens und Österreichisch-Schlesiens rufen am 29. Oktober 1918 die „Provinz Deutschböhmen“ aus und teilen der Wiener Nationalversammlung mit, daß die Provinz ein Teil Deutsch-Österreichs werden soll⁸⁾. Am 21. November leiten sie der amerikanischen Regierung über schwedische Vermittler eine Note zu, in der sie das von Präsident Wilson proklamierte Selbstbestimmungsrecht der Völker auch für sich erbitten.⁹⁾

Trotz dieser klaren Voten **landen die Sudetendeutschen 1918 durch Gewaltanwendung und 1919 durch den Spruch der Siegermächte im Staat der Tschechen und Slowaken**. Zuerst nutzen die Tschechen die Kapitulation des Habsburger und des Deutschen Reichs und besetzen im November 1918 die deutsch besiedelten Gebiete Böhmens, Mährens und Österreichisch Schlesiens bis zu den Kämmen der Gebirge. Bis zum 18. November marschieren tschechische Legionäre in den deutschen Städte Aussig, Karlsbad, Troppau, Komotau und Eger ein, ohne daß die deutschen Bewohner dieser Orte das verhindern können. Am 4. März 1919 kommt es in den genannten Städten zu pro-österreichischen Demonstrationen, mit denen der Anspruch seinen Ausdruck findet, zu Österreich zu gehören. Doch tschechisches Militär schießt in die Demonstrantenmengen. 54 tote und ein paar hundert verletzte Sudetendeutsche kostet dieser Sieg der Tschechen über ihre neue Minderheit.

Am 2. Juni 1919 geben die Siegermächte in Saint-Germain ihr Siegel unter diese Annexion der Tschechen. Sie überreichen Österreichs erstem Nachkriegskanzler Dr. Karl Renner die „Friedensbedingungen“, mit denen die Sudetenlande der Tschechoslowakei zugeschlagen werden. Dr. Renner läßt nichts unversucht. Am 15. Juni legt er mit einer Note in Saint-Germain Protest ein und beansprucht das von US-Präsident Wilson proklamierte Selbstbestimmungsrecht der Völker auch für die Sudetendeutschen. Er fordert eine Volksabstimmung zur zukünftigen territorialen Zugehörigkeit der umstrittenen Gebiete. Er beruft sich auch auf den Beschluß der freigewählten Abgeordneten Deutsch-Böhmens, daß ihre Wahlkreise Teil Deutsch-Österreichs werden wollen. Doch die **USA und Frankreich** entscheiden sich gegen die Stimme Englands auf der Konferenz von Saint-Germain zu Gunsten der Tschechen und zu Lasten der Sudetendeutschen. Sie antworten Kanzler Renner, daß **das Selbstbestimmungsrecht nicht für die Besiegten gelte und untersagen eine Volksabstimmung** in den Gebieten, in denen die Menschen mit deutscher Muttersprache leben. Damit werden **über 3 Millionen Sudetendeutsche 1919 gegen ihren Willen Bürger der Tschechoslowakei**. Die Werte Demokratie und Selbstbestimmungsrecht, um derentwillen England, Frankreich und die USA ihre Männer vor dem Siege hatten kämpfen lassen, haben ihre normative Kraft nach dem Sieg verloren.

1919 besteht die neugebackene Nation der Tschechen und Slowaken zu 48 % aus Tschechen, zu 28 % aus Deutschen, zu 14 % aus Slowaken, zu 7 % aus Ungarn und zu 3 % aus Ruthenen. In den ersten Jahren nach der Gründung entwickelt sich das neue Land zu einem Zentralstaat in der Hand der Tschechen. Staatsapparat, Polizei und Militär sind überwiegend tschechisch und spiegeln den Proporz der Völker in keiner Weise wieder.

Wirtschaft, Schulen und Verwaltung in den bis dahin rein und überwiegend deutsch bewohnten Städten und Gemeinden werden gegen den Willen der ansässigen Bevölkerung und auch gegen die Garantien der Verfassung mit Nachdruck tschechisiert. 354 deutsche Volksschulen und 47 Mittelschulen müssen schließen⁷⁴, etwa 40.000 deutsche Staatsbeamte werden aus dem Dienst entfernt. Die deutschen Städte werden umgetauft und erhalten tschechische Namen. Aus Eger wird Cheb, aus Aussig Usti und so weiter. Auch die deutschen Straßennamen werden ausgetauscht. Alle deutschen Landerwerbungen seit 1620 werden in einer sogenannten Landreform enteignet und an den tschechischen Bevölkerungsanteil „zurückerstattet“. Zur Reform gehört ebenfalls die Aufteilung der großen Güter in Böhmen, Mähren und der Slowakei, wobei das umverteilte Land bis dahin zu 43 % in deutschen Händen lag, zu 42 % im Besitz von Ungarn, und nur 15 % der Enteignung betreffen Tschechen. **Die Bestimmungen der Verträge von Saint-Germain und Trianon, die Tschechoslowakei zu einem Bundesstaat mit gleichen Rechten für alle Völker zu entwickeln, werden niemals umgesetzt.** Auch der Geist der tschechoslowakischen Verfassung hat hier keinen Einfluß mehr.

In den 20er und 30er Jahren nimmt der Verdruß der Sudetendeutschen an der Vorherrschaft und an der Selbstbedienung der Tschechen im neuen Staate stetig zu. Die deutsche Volksgruppe artikuliert sich zunächst zersplittert in mehreren Parteien. Sie bleibt damit politisch lange ohne jeden Einfluß. Erst 1933 gelingt es einem 35jährigen Sudetendeutschen namens Konrad Henlein, die deutschsprachigen Bürger der Tschechoslowakei in einer Bewegung zu sammeln, die er die „Sudetendeutsche Heimatfront“ nennt. Henlein erkennt die Tschechoslowakei als den Staat der Sudetendeutschen an, doch er versucht, die Kultur, das Heimatrecht, die wirtschaftliche Stellung und die Arbeitsplätze der deutschen Bevölkerung in ihrem neuen Staate zu erhalten und, wo nötig, durchzusetzen.¹⁰⁾ Aus der Sudetendeutschen Heimatfront bildet sich alsbald die „Sudetendeutsche Partei“ (SdP), die schon bei den Mai-Wahlen 1935 stimmenstärkste Partei im Lande wird. Den Aufschwung der SdP zaubert sich die Prager Regierung gegen ihren Willen selbst. Sie löst zwei der deutschen Parteien auf und treibt der neuen deren Wähler zu¹¹⁾. Im Juli 1936 wird die SdP mit 44 Sitzen auch noch zur stärksten Fraktion in der Prager Nationalversammlung. Ihr folgt die vorwiegend slowakische Agrarpartei, die fortan mit Milan Hodscha den Ministerpräsidenten stellt. Beide, die **Sudetendeutschen und die Slowaken drängen auf die in Saint-Germain versprochene innere Autonomie der Nationen** im Vielvölkerstaate Tschechoslowakei.



Konrad Henlein (1898-1945)

Im Februar 1937 versucht Henlein, ein „Volksschutzgesetz“ in die Prager Nationalversammlung einzubringen. Der Gesetzentwurf fordert die Umgestaltung der Verfassung und die Autonomie der vielen Völker dieses Staates. Der Vorschlag birgt Sprengkraft für die Tschechoslowakei, denn neben den Sudetendeutschen gibt es im Lande auch die Ungarn, Ruthenen und Slowaken, denen die Zentralisierungspolitik und die Tschechisierung in ihrem Land ein Dorn im Auge ist. Im September 1937 findet ein ergebnisloses Gespräch Henleins mit Ministerpräsident Hodscha zur Frage der deutschen Selbstverwaltung statt. Weitere Gespräche zu dieser Frage lehnt Hodscha danach ab. Im Oktober kommt es im Wahlkampf zu Gemeindewahlen zur offenen Konfrontation zwischen Tschechen und Sudetendeutschen. Henlein, der zu der Zeit noch immer um die Zukunft der Deutschen innerhalb der Tschechoslowakei kämpft, schickt Staatspräsident Beneš nun ein förmliches Ultimatum mit der Aufforderung, die innere Autonomie der Sudetenlande zu erklären. Beneš würdigt Henleins

Ultimatum nicht einmal einer Antwort.

Henleins Brief an Beneš gelangt sofort und ohne Henleins Wissen in die Hände der Presse im deutschen Reichsgebiet und wird dort veröffentlicht, ehe er Beneš vorgelegen hat. So entsteht der falsche Eindruck, Henlein arbeite mit dem Dritten Reich zusammen. Der Führer der Sudetendeutschen kann sich danach von diesem Verdacht auch nicht mehr befreien. Da er bei Hodscha und Beneš kein Gehör gefunden hat und offensichtlich auch nicht finden wird, und da er nun ohnehin als Kollaborateur der Deutschen gilt, richtet Henlein am 19. November 1937 ein schriftliches Ersuchen an Hitler, die deutsche Bevölkerung in der Tschechoslowakei zu unterstützen.¹²⁾ Das ist sein erster Hilferuf nach außen, der letzte Schritt vor der offiziellen Bitte, die Sudetengebiete dem Deutschen Reiche anzugliedern.

Die deutsche Einmischung in die tschechische Sudetenkrise

Im Februar 1938 bieten Hodscha und Beneš den Sudetendeutschen Zugeständnisse bei der Pflege und Anerkennung der deutschen Sprache und Kultur an, doch sie verbinden dieses Angebot mit einer scharfen Zurückweisung aller Forderungen nach Autonomie der Nationen innerhalb der Tschechoslowakei. Die Anerkennung der deutschen Sprache und Kultur ist jedoch nur das, was den Sudetendeutschen nach der tschechoslowakischen Verfassung ohnehin schon zugestanden hätte. Die sudetendeutsche Bevölkerung ist nun mit kulturellen Zugeständnissen allein nicht mehr zu gewinnen. Arbeitslosigkeit und materielle Not der in ihren eigenen Gebieten vom tschechischen Staat wirtschaftlich benachteiligten Deutschen verschärfen den Konflikt. Es kommt in Eger (heute Cheb), Reichenberg (heute Liberec), Aussig (heute Usti) und Komotau (heute Chomutov) zu spontanen Demonstrationen der Sudetendeutschen. Die Tschechen reagieren hart mit Polizeieinsätzen, Hausdurchsuchungen, Verhaftungen und Gerichtsverfahren. Die Vielvölker-Krise der Tschechoslowakei ist damit unversehens von einer politischen Auseinandersetzung zum offenen Gewaltkonflikt geworden.



Am 20. Februar 1938 äußert sich Hitler zum ersten Male öffentlich zum Los der Deutschen in der Tschechoslowakei. Er bezieht in einer Reichstagsrede¹³⁾ Stellung zur Lage der Deutschen in Österreich und in der Tschechoslowakei und führt dabei unter anderem aus:

„Allein zwei der an unseren Grenzen liegenden den Staaten umschließen eine Masse von 10 Millionen Deutschen. Sie waren bis 1866 mit dem deutschen Gesamtvolk noch in einem staatsrechtlichen Bund vereinigt. ... Sie sind gegen ihren eigenen Willen durch Friedensverträge an einer Vereinigung mit dem Reiche verhindert worden ...

Die staatsrechtliche Trennung vom Reich kann nicht zu einer volkspolitischen Rechtlosmachung führen. Das heißt, die allgemeinen Rechte einer völkischen Selbstbestimmung, die übrigens in den 14 Punkten Wilsons als Voraussetzung zum Waffenstillstand feierlich uns zugesichert worden sind, können nicht einfach mißachtet werden deshalb, weil es sich hier um Deutsche handelt. ... Allein so wie England seine Interessen über einen ganzen Erdkreis hin vertritt, so wird auch das heutige Deutschland seine – wenn auch viel begrenzteren - Interessen zu vertreten und zu wahren wissen. Und zu diesen Interessen des Deutschen Reiches gehört auch der Schutz jener deutschen Volksgenossen, die aus eigenem nicht in der Lage sind, sich ... das Recht zu einer allgemeinen menschlichen, politischen und weltanschaulichen Freiheit zu sichern. ...“¹⁴⁾

Bei den erwähnten 10 Millionen Auslandsdeutschen weiß jedermann im Inland und im Ausland, daß Hitler außer den 6 Millionen Deutsch-Österreichern auch die über 3 Millionen Sudetendeutschen meint.

Trotz des Seitenhiebs auf England trifft der deutsche Kanzler mit seinem Eintreten für die Deutschen in der Tschechoslowakei durchaus auch auf Verständnis bei einem Teil der britischen Öffentlichkeit. Hitler verlangt mit seiner Februar-Rede vor dem Reichstag noch keinen Anschluß. Er gießt kein Öl ins Feuer. Er fordert nur das Selbstbestimmungsrecht der Auslandsdeutschen und bezieht sich dabei sehr geschickt auf US-Präsident Wilsons früheres Versprechen.

Daß Hitler sich vor Außenminister Konstantin Freiherr von Neurath und den höchsten Generalen und Admiralen der Wehrmacht schon ein Vierteljahr zuvor, am 5. November 1937, zu einem späteren Krieg gegen die Tschechoslowakei geäußert hat, ist der Öffentlichkeit bis dato nicht bekannt.¹⁵⁾ In dieser Geheimrede im November 1937 hatte Hitler den Generalen offenbart, daß er die Tschechei im Falle späterer kriegerischer Auseinandersetzungen mit England oder Frankreich für eine Gefahr in Deutschlands Rücken hält, und daß er plant, sie bei passender Gelegenheit zu annektieren. Vorbereitungen für eine solche Tschechei-Eroberung werden am 5. November 1937 allerdings noch nicht erwähnt, geschweige denn befohlen. Von dieser geheimen Hitler-Rede hat und wird Henlein auch später nichts erfahren. Er weiß seit jener öffentlichen Reichstagsrede Hitlers vom 20. Februar 1938 nur, daß er in Zukunft mit der Unterstützung der deutschen Reichsregierung rechnen kann.



Milan Hodža (1878-1944)

Am 12. März 1938 wird Österreich an Deutschland angeschlossen. Doch selbst nach dem Anschluß Österreichs, dem sich die Sudetendeutschen noch immer zugehörig fühlen, fordern sie zunächst öffentlich nicht mehr als ihre Selbstverwaltung innerhalb der Tschechoslowakei. Mehr zu fordern, wäre Hochverrat gewesen. Der Anschluß Österreichs an Deutschland bringt dennoch das Thema „Tschechoslowakei“ in London, Paris und Moskau auf die Tagesordnung. Hier argwöhnt man – zu Recht –, daß Hitler der Sudetendeutschen wegen und um sich der Tschechen im eigenen Rücken zu entledigen, als nächstes die Tschechoslowakei erobern könnte. Vom Anschluß Österreichs an wird Deutschland deshalb unterstellt, es wolle der Tschechoslowakei zu Leibe rücken. So laufen von nun an Gespräche zwischen Prag, London, Moskau und Paris, wie man sich dem im Falle, daß es so kommen sollte, entgegenstellen kann.

Zwei Wochen nach dem Anschluß Österreichs kommt es am 28. März 1938 zum ersten offiziellen Treffen des Führers der Sudetendeutschen Henlein mit dem „Führer“ Adolf Hitler. Eine Angliederung der Sudetengebiete an das Dritte Reich wird auch hier noch nicht besprochen. Doch Hitler weiß inzwischen, daß die Sudetendeutschen an die soeben zum „Großdeutschen Reich“ vereinigten Deutschland und Österreich angeschlossen werden wollen. Er ist sich jedoch nicht sicher, wie Frankreich, die Sowjetunion und England auf eine solche Angliederung reagieren würden. So wagt er es noch nicht, von sich aus diesen Anschluß öffentlich zu fordern oder ihn gar zu vollziehen. Hitler und von Ribbentrop raten Henlein aber, maximale Forderungen an die Regierung der Tschechoslowakei zu stellen, deren Ziel „die volle Freiheit der Sudetendeutschen“ sei. Ansonsten vertröstet Hitler Henlein:

„Das Reich wird von sich aus nicht eingreifen. Für die Ereignisse sei er, Henlein, zunächst selbst verantwortlich.“¹⁶⁾



Hitler spielt seit der erwähnten Generalsbesprechung im November 1937 insgeheim ein Doppelspiel. Während er sich gegenüber Henlein weiterhin bedeckt hält, ändert er im Dezember 1937 die Weisungslage innerhalb der Wehrmacht. Er ordnet erstmals an, Pläne für eine spätere Eroberung der Tschechoslowakei „und damit die Lösung des deutschen Raumproblems“ zu erarbeiten.¹⁷⁾ Bislang ist ein Krieg mit der Tschechoslowakei von der Wehrmacht nur im Zusammenhang mit möglichen Kriegsabsichten der Franzosen betrachtet und vorbereitet worden. Die Tschechoslowakei ist in einem solchen

Szenario bisher stets der zweite Feind in einem von deutscher Seite befürchteten Zweifrontenkrieg gewesen. Mit Hitlers neuer Weisung vom 21. Dezember 1937¹⁸⁾ wird die Tschechoslowakei zum eigenen Kriegs- und Eroberungsziel. Jetzt geht es auch nicht mehr alleine um die „Heimkehr“ der Sudetendeutschen. Nun steht die Tschechoslowakei als Erweiterung des deutschen Lebensraums und als militärisch dauerhaftes Risiko für Deutschlands Sicherheit auf Hitlers Tagesordnung. Die neue Weisung läßt den Zeitpunkt für einen deutschen Angriff offen.

Hitler läßt intern die Eroberung der Tschechoslowakei vorbereiten und verlangt nach außen und öffentlich nicht mehr, als daß die Staatsführung in Prag „die Sudetendeutschen anständig behandelt“. Am 21. April 1938 gibt Hitler Generaloberst Keitel, dem Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, den Auftrag, sich mit der Tschechoslowakei zu befassen. Er soll – so Hitler – die Möglichkeit eines Angriffs der Wehrmacht gegen die Tschechoslowakei untersuchen lassen.

Hitler läßt auch bei diesem ersten Gespräch den Zeitpunkt für ein solches Unternehmen völlig offen. Er sagt zu Keitel, „daß er einstweilen nicht die Absicht zu einem Angriff habe“, und daß er gedenke, einen tschechischen Zwischenfall als Anlaß für sein Handeln abzuwarten.¹⁹⁾ Das Protokoll zu dieser Besprechung zwischen Hitler und Keitel beginnt mit dem Satz:

„Strategischer Überfall aus heiterem Himmel ohne jeden Anlaß oder Rechtfertigungsmöglichkeit wird abgelehnt.“²⁰⁾

Als Begründung für die nun geforderten Vorbereitungen auf eine kriegerische Auseinandersetzung mit der Tschechoslowakei nennt Hitler gegenüber Keitel zwei verschiedene Gründe. Der erstgenannte ist die Sorge um das weitere Schicksal der Sudetendeutschen. Der zweitgenannte betrifft die strategische Bedeutung der Tschechoslowakei für Deutschland.

Henlein ahnt von alledem noch nichts. Er kämpft nach wie vor um die volle Autonomie der Sudetendeutschen innerhalb der Tschechoslowakei. Henlein nutzt den nächsten Parteitag der SdP in Karlsbad, um einen acht Punkte umfassenden Forderungskatalog an die Prager Regierung zu verkünden. Henlein verlangt in diesem „Karlsbader Programm“ vom 24. April 1938 damit noch keinen Anschluß der Sudetenlande an das deutsche Reichsgebiet. Was er fordert, bleibt im Rahmen der 14 Wilson-Punkte, im Rahmen des Selbstbestimmungsrechts der Völker und im Rahmen des tschechischslowakischen „Pittsburgh-Abkommens“ von 1918, in dem den Völkern innerhalb der Tschechoslowakei Autonomie nach dem Schweizer Kanton-Modell zugesichert worden ist. Doch im Hintergrund und ohne Henleins Wissen wartet Adolf Hitler darauf, daß sich ihm die Tschechen irgendwann durch eigene Fehler selbst ans Messer liefern.

Das Karlsbader Programm hat eine ungeheure Wirkung. Kaum, daß es bekannt geworden ist, verlangen die Vertreter der Slowaken, der Polen und der Ungarn im Prager Parlament die gleiche Autonomie für sich. In den folgenden zwei Wochen bedrängen die Regierungen in London und Paris die Regierung der Tschechoslowakei wiederholte Male, mit den Sudetendeutschen zu verhandeln und eine schnelle und friedliche Lösung der Nationalitätenprobleme zu finden. Ministerpräsident Hodscha lenkt ein und legt der englischen Regierung den

Entwurf einer Bundesverfassung vor, um damit zu retten, was zu retten ist. Doch Henlein traut der tschechoslowakischen Regierung kein ehrliches Bemühen zu und lehnt Gespräche über Hodschas Verfassungsentwurf ab. Statt dessen reist er nach London, um dort ein Bild von der Lage der Sudetendeutschen unter der Herrschaft der Tschechen zu vermitteln.

Am 20. Mai 1938 stellt Hitler weitere Überlegungen zu einer militärischen Operation gegen die Tschechoslowakei an. Er entwirft eine neue Weisung für den „Fall Grün“. Noch sind seine „Konditionen“ so, daß er es den Tschechen überläßt, sich ihr Grab selbst auszuheben.

Präsident Beneš macht am 20. Mai die Armee der Tschechoslowakei mobil, beruft 180.000 Reservisten zu den Waffen und behauptet zur Begründung, Deutschland habe seinerseits zuvor mobilgemacht. Das tschechische Kriegsministerium ergänzt, die deutsche Wehrmacht sei bereits mit 8 bis 10 Division auf dem Marsch zur Tschechoslowakei²¹⁾. Doch beide Nachrichten sind falsch²²⁾. Beneš hat versucht, die Briten, Russen und Franzosen durch diesen



Edvard Beneš (1884-1948)

Schachzug für sich und gegen die Sudetendeutschen einzunehmen.

Hitler, der bisher nichts gegen die Tschechoslowakei unternommen hatte, merkt sehr wohl, daß Beneš mit dem Kriegsgerücht Frankreich und England auf seine Seite ziehen und Deutschland in Schwierigkeiten bringen will. Er ist empört und handelt ohne langes Zögern. Am 28. Mai, eine Woche nach der Mobilmachung der Truppen in der Tschechoslowakei, ruft er die Chefs der drei Wehrmachtsteile und andere höchste Offiziere sowie den Außenminister und dessen Amtsvorgänger in die Reichskanzlei. Hitler eröffnet den Herren, daß er sich angesichts der Drohgebärde der Tschechen nun dazu entschlossen habe, die Tschechei bei passender Gelegenheit „blitzschnell zu beseitigen.“⁽²³⁾

Während dieser Generalsbesprechung am 28. Mai erwähnt Hitler kein einziges Mal das Schicksal der Sudetendeutschen. Es geht ihm an diesem Tage und in diesem Kreis um eine andere Frage. Es geht ihm hier allein um die Bewertung der strategischen Bedeutung, die die Tschechoslowakei bei zukünftigen Auseinandersetzungen zwischen Deutschland, Frankreich und Großbritannien haben wird. Hitler spricht von dem Widerstand, den Briten und Franzosen dem weiteren Erstarken Deutschlands entgegensetzen werden, vor allem, wenn es einmal darum gehen wird, die von den beiden Mächten annektierten deutschen Kolonien zu verlangen oder Ersatz dafür in Osteuropa. Hitler sieht eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen Deutschland auf der einen Seite und Frankreich und Großbritannien auf der anderen für diesen Fall als sehr wahrscheinlich an. Und die Tschechoslowakei steht dabei mit etwa 45 Divisionen auf der Seite der Gegner Deutschlands und zwar in Deutschlands Rücken. Den gleichen Gedanken hatte Hitler schon einmal in der bereits zitierten Rede am 5. November 1937 vor den Generalen ausgeführt. Nun ist die Tschechoslowakei, nachdem sie am 20. Mai mobilgemacht hat und Deutschland ohne deutschen Anlaß ihre Zähne zeigt, nach Hitlers Ansicht reif, um als Risiko aus Deutschlands Rücken zu verschwinden. Der Inhalt dieser Generalsbesprechung im Mai 1938 macht verständlich, warum Hitler ein halbes Jahr danach noch immer nicht zufrieden ist, als ihm auf der Konferenz von München die Sudetenlande zugesprochen werden. Die Sudetengebiete sind für Hitler nur ein Teil des tschechischen Problems. Es geht ihm im Sommer 1938 in Wirklichkeit um die Gefahr an Deutschlands Hintertür. Es geht um die Tschechei.



Wilhelm Keitel (1882-1946)

Am 30. Mai 1938 befiehlt Hitler Keitel, die Wehrmacht in aller Stille auf einen Angriff auf die Tschechoslowakei vorzubereiten und zwar so, daß ein Feldzug dazu ab 1. Oktober 1938 begonnen werden könnte. Zusätzlich ordnet er an, den Bau des Westwalls, einer weiträumigen Verteidigungsanlage gegen Frankreich, zu beschleunigen. Er befürchtet, daß die Franzosen einer deutsch-tschechischen Auseinandersetzung nicht zusehen würden, ohne selbst in Deutschland einzufallen.

Noch im Mai 1938 erfährt die britische Regierung von den deutschen Vorbereitungen auf eine Auseinandersetzung mit der Tschechoslowakei. Bis Ende August ist es vor allem Präsident Beneš, der mauert und den deutschen Bürgern seines Staates nicht entgegenkommen will. Als Beneš dann doch noch einlenkt, sind es die Vertreter der Sudetendeutschen, die inzwischen den Anschluß an Deutschland wollen und kein Interesse mehr an den Zugeständnissen der Tschechen zeigen.

Neben der Sudetenfrage erschüttern die Differenzen zwischen Tschechen und Slowaken die nach beiden Völkern benannte Tschechoslowakei. Die Slowaken erinnern an den Vertrag von Pittsburgh aus dem Jahre 1918, in dem Vertreter beider Völker einen gemeinsamen Staat mit gleichberechtigten Nationen vereinbart hatten. Die Tschechen haben diesen „Ehevertrag“ mit den Slowaken niemals eingehalten, und nun folgt die späte Quittung. Am 5. Juni 1938 treffen sich Vertreter der Slowaken zu einem Kongreß in Preßburg und verlangen die Gleichberechtigung mit den Tschechen und Autonomie für die Slowaken. Ministerpräsident Hodscha, selbst Slowake, fürchtet die Konsequenzen dieser Forderung und spricht den Delegierten von Preßburg das Mandat für die Slowaken ab. So zerbricht auch ohne deutsches Zutun die letzte Brücke, über die die zwei Titulnationen, die Tschechen und Slowaken, zueinander hätten finden können.

Noch während Lord Viscount Walter Runciman in Prag versucht, zwischen Tschechen und Sudetendeutschen zu vermitteln, findet vom 5. bis zum 12. September 1938 in Nürnberg ein NSDAP-Parteitag statt. Hitlers Grundsatzzrede zum Abschluß der Veranstaltung ist zwar harsch im Ton, doch Hitler verlangt dabei noch immer nur

das Selbstbestimmungsrecht der deutschen Bevölkerungsgruppe innerhalb der Tschechoslowakei. Er fordert keinen Anschluß an das Reich, er drängt auf keine Volksabstimmung, er stellt kein Ultimatum. Die Kernsätze dieser Rede zum Problem des Nachbarlandes lauten:

„... Was die Deutschen fordern, ist das Selbstbestimmungsrecht, das jedes andere Volk auch besitzt. ... Ich stelle die Forderung, daß die Unterdrückung der dreieinhalb Millionen Deutschen in der Tschechoslowakei aufhört und an deren Stelle das freie Recht der Selbstbestimmung tritt. ... Im übrigen ist es Sache der tschechoslowakischen Regierung, sich mit den berufenen Vertretern der Sudetendeutschen auseinanderzusetzen und eine Verständigung so oder so herbeizuführen.“²⁴⁾

Für das Ausland läßt auch diese Rede den Weg des Friedens offen, und selbst im Inland kann daraus noch niemand schließen, daß Hitlers Ziel in Wirklichkeit eine Unterwerfung der Tschechei in naher Zukunft ist. Immerhin hatte Hitler dem Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, General Keitel, und dem Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst Walter von Brauchitsch, schon eine Woche vorher am 3. September befohlen, Wehrmachtstruppenteile bis zum 28. September so nahe an die Tschechoslowakei heranzuführen, daß sie gegebenenfalls nach zwei weiteren Tagesmärschen dort einmarschieren könnten.

In der Tschechoslowakei brodelt es indessen weiter. An 15. September verlangt der Sudetenführer Henlein in einer vom Rundfunk übertragenen Rede offen den Anschluß an das Deutsche Reich. Die tschechische Regierung versucht daraufhin, ihn in Haft zu nehmen. Henlein flieht nach Deutschland und mit ihm ein paar Tausend junge sudetendeutsche Männer im wehrpflichtigen Alter.



Léon Blum (1872-1950)

In Frankreich und England ist man sich indessen der Gefahr bewußt, daß Hitler und die Wehrmacht tun könnten, was Henlein und die Sudetendeutschen fordern. Die französische Regierung, die aus vorhergehenden Sondierungen in London weiß, daß die Briten nicht bereit sind, für den Chauvinismus der Tschechen zu marschieren, fühlt sich außerstande, alleine für die Tschechoslowakei zu kämpfen. Obwohl die französische Regierung die Gründe für den drohenden Zerfall der Tschechoslowakei kennt, will sie diesen Staat als Verbündeten in Deutschlands Rücken unbedingt am Leben halten. So versichert der französische Ministerpräsident Léon Blum dem tschechischen Gesandten in Paris noch am 14. März 1938 in allem Ernst, Frankreich werde seine militärischen Verpflichtungen gegenüber der Tschechoslowakei ohne Vorbehalt erfüllen, wenn Deutschland wegen der Sudetendeutschen zu den Waffen greifen sollte²⁵⁾. Doch schon am Tag danach wendet sich das Blatt. In der Konferenz des Ständigen Verteidigungsausschusses in Paris am 15. März kommen Ministerpräsident Blum und die anwesenden Minister und Generale zu dem Ergebnis, daß die französischen

Streitkräfte für einen Zweifrontenkrieg Frankreichs und der Tschechoslowakei gegen Deutschland zu schwach und der Westwall zur Abwehr eines französischen Angriffs inzwischen zu stark seien. Sie beurteilen die Lage so, daß Spanien und Italien Frankreich in den Rücken fallen könnten, daß Polen auf deutscher Seite die Tschechoslowakei angreifen werde, daß Belgien keinen französischen Durchmarsch dulde, daß die Hilfsmöglichkeiten der Sowjetunion fraglich seien, daß sich England auf keine konkrete Unterstützung festlegen lasse und daß man daher den Tschechen selber nicht zu Hilfe eilen könne.²⁶⁾ So ist auch Frankreich nun nicht mehr bereit, der Tschechoslowakei gegenüber bündnistreu zu bleiben, auch wenn Blum das tags zuvor noch so versprochen hat.

Die englische Regierung unter Neville Chamberlain fühlt sich den Tschechen gegenüber vertraglich zu nichts verpflichtet und außerdem für einen Krieg gegen Deutschland nicht gerüstet. Chamberlain macht daraus den Franzosen gegenüber auch nicht den geringsten Hehl. In Frankreich wechselt inzwischen die Regierung. Als der frisch ins Amt gekommene französische Ministerpräsident Edouard Daladier am 28. und 29. April 1938 nach London reist, um doch noch einmal den Versuch zu machen, die Briten zu einer Garantieerklärung für den Bestand der Tschechoslowakei zu bewegen, entgegnet ihm Chamberlain während der Gespräche:

„Krieg beginnen, um zu verhindern, daß die Völker Mitteleuropas in einer Volksabstimmung ihren Willen kundtun. ... Wenn Beneš, wozu er sich 1919 verpflichtet hatte, die von ihm annektierten deutschen Minderheiten liberal behandelt hätte, dann gäbe es die gegenwärtige Krise nicht. Dazu kommt aber noch eine andere Überlegung. England hat 1925 bis 1935 abgerüstet. Soeben erst sind die neuen Rüs-

tungsprogramme für die See- und Luftrüstung angelaufen. Erst wenn diese Programme beendet sind, kann England einem neuen Krieg ins Auge sehen.“²⁷⁾

Doch die englische Regierung teilt der französischen und auch der deutschen Reichsregierung mehrfach mit, daß sie im Falle eines Krieges, in den Frankreich eingreift, auf der Seite Frankreichs stehen werde.²⁸⁾ So hat England nach Auffassung der dort amtierenden Regierung ein Interesse, daß der Konflikt der vielen Völker innerhalb der Tschechoslowakei keine Kettenreaktion in Gang setzt, bei der erst die Tschechen die Franzosen und dann die Franzosen die Briten in einen Krieg mit Deutschland ziehen. Lediglich eine Gruppe von Oppositionspolitikern um Winston Churchill vertritt jetzt in England schon die Auffassung, daß Großbritannien sogleich eine „Große Allianz“ mit Frankreich und der Sowjetunion zum Kriege gegen Deutschland schließen müsse. Und Frankreich hört nicht auf, die Tschechen und Slowaken in Illusionen einzuwickeln. Ministerpräsident Daladier wiederholt das französische Truppenversprechen gegenüber der Regierung der Tschechoslowakei vom vergangenen März noch einmal wider besseres Wissen und erklärt am 12. Juni 1938:

„Frankreichs Verpflichtungen gegenüber der Tschechoslowakei sind heilig und können nicht umgangen werden.“²⁹⁾

Chamberlains erster Vermittlungsversuch und Beneš Vorschlag zur Aussiedlung der Sudetendeutschen

Chamberlain sieht realistisch, daß die Ereignisse nun auf einen Krieg zutreiben, der die Briten gegen ihren Willen auf die Seite der Tschechen zwingen würde. Die Sudetendeutschen fordern ja inzwischen offen ihren Anschluß an das Reich. Die Wehrmacht steht „Gewehr bei Fuß“, um bei den Tschechen einzugreifen. Neue Zusammenstöße nehmen scharfe Formen an. Die tschechische Regierung verhängt daraufhin das Standrecht über 13 sudetendeutsche Kreise. In dieser Lage versucht Premierminister Chamberlain zu retten, was zu retten ist. In der Nacht vom 13. auf den 14. September 1938 schreibt Chamberlain Hitler einen Brief und bietet an, sofort nach Deutschland zu kommen, um gemeinsam mit ihm eine friedliche Lösung der anstehenden Probleme in der Tschechoslowakei zu suchen. Chamberlain wagt diesen Schritt, ohne sich vorher mit seinem Außenminister oder gar dem ganzen Kabinett darüber abzusprechen. Hitler stimmt dem sofort zu und lädt den englischen Premierminister zum Tag danach nach Berchtesgaden ein. Er überlegt sogar, selbst nach England zu fliegen, um dem fast 70jährigen Chamberlain die Beschwerden einer solchen Reise abzunehmen.



Am 15. September 1938 stehen sich Chamberlain und Hitler erstmals persönlich gegenüber. Das Gespräch der beiden findet auf Hitlers Vorschlag hin unter nur vier Augen statt. Außenminister von Ribbentrop und Wilson, der außenpolitische Berater Chamberlains, werden nicht hinzugezogen. Allein ein Dolmetscher ist zugegen. So wird dies erste Gespräch der beiden ein Ringen allein zwischen Chamberlain und Hitler. Der beklagt die Unfähigkeit des Völkerbunds, die Minderheitenprobleme der Deutschen im Ausland zu beheben, und er verlangt das Selbstbestimmungsrecht der Völker auch für die Sudetendeutschen. Hitler fordert in dem Gespräch nicht weniger und nicht mehr als die von einer deutschen Mehrheit bewohnten Grenzgebiete für das Reich und für umstrittene Bezirke eine Volksabstimmung. Die Abstimmung soll nach seiner Meinung klären, ob weitere Gebiete von der Tschechoslowakei an Deutschland abzutreten sind. Der deutsche Kanzler kündigt an, er werde die Probleme der Sudetendeutschen in Bälde „so oder so aus eigener Initiative lösen“. Chamberlain versteht die Drohung dieser Worte. „So oder so“ heißt in Hitlers Art, sich auszudrücken: Einlenken der Gegenseite oder Einmarsch der Wehrmacht in die Tschechoslowakei. Chamberlain sagt Hitler zu, die Frage des Selbstbestimmungsrechts für die Sudetendeutschen sofort mit seinem Kabinett in London zu beraten und dann baldmöglichst zu einem zweiten Gespräch nach Deutschland zu kommen. Er ringt Hitler dafür das Versprechen ab, bis dahin von einer Intervention in der Tschechoslowakei abzusehen.³⁰⁾



Walter Runciman, 1st Viscount Runciman of Doxford (1870-1949)

Am 16. September gibt Chamberlain seinem Kabinett einen Bericht der Reise. Es läßt dabei keinen Zweifel offen, daß Deutschland auf dem Sprung ist, in der Tschechoslowakei mit Truppen einzugreifen, wenn die Probleme der Sudetendeutschen nicht schnellstmöglich auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker eine Lösung finden. Auch Lord Runciman berichtet vor dem Kabinett in gleicher Sitzung. Er hält die tschechische Regierung für die jetzt entstandene und völlig festgefahrene Lage in der Tschechoslowakei für voll verantwortlich. Runciman schließt seinen Vortrag mit der Empfehlung, die Sudetengebiete ohne große Diskussion in kürzester Zeit an Deutschland anzuschließen.

Präsident Beneš, davon unterrichtet, versucht nun in aller Eile, die französische Regierung für eine minimale Lösung zu gewinnen. Am 17. September schickt er Ministerpräsident Daladier ein Schreiben mit angefügter Karte, in dem er die

Abtretung von drei sudetischen Gebieten mit etwa 800.000 Deutschen vorschlägt. 2,3 Millionen Sudetendeutsche wären danach bei der Tschechoslowakei verblieben.

Zusätzlich zu diesem Brief schickt Beneš den tschechischen Minister Nečas nach London und Paris, um dort einflußreiche Politiker von seinem Angebot zu überzeugen. Nečas' Auftrag ist es, den Briten und Franzosen als Bedingung für Gebietsabtretungen zu übermitteln, daß das Deutsche Reich „wenigstens 1,5 bis 2 Millionen deutsche Bevölkerung zu übernehmen“ habe.³¹⁾

Am 18. September treffen sich Daladier und sein Außenminister Georges Bonnet in London mit Chamberlain und Halifax. Briten und Franzosen suchen nun gemeinsam nach einer Lösung, die weder Frankreichs Vertragsverpflichtungen gegenüber der Tschechoslowakei verletzt noch zu einem Krieg wegen des bisher vorenthaltenen Selbstbestimmungsrechts der Sudetendeutschen führt. Als Ergebnis dieser Konferenz schicken beide Regierungen, die britische und die französische, am 19. September getrennt die gleichlautende Aufforderung nach Prag, selbst und auf eigenen Entschluß mit oder ohne Volksabstimmung die Gebiete mit mehr als 50% sudetendeutscher Bevölkerung an das Deutsche Reich zu übergeben und die neue Grenzziehung einer internationalen Kommission zu übertragen. Als Anreiz wird den Tschechen die Bereitschaft Englands mitgeteilt, die neuen Grenzen ihres Staates nach Abtretung der Sudetengebiete mit zu garantieren. Das ist ein Versprechen, dem sich England später mit Geschick entzieht.



Georges Bonnet (1889 – 1973)

Chamberlains und Daladiers Entscheidung, die Erhaltung des Friedens in Europa auf diese Weise zu erzwingen, stößt in England und Frankreich auf ein geteiltes Echo. Neben dem Zu-

spruch alle derer, die Europa einen neuen Krieg ersparen wollen, gibt es in beiden Ländern „Falken“, die ungeachtet des desolaten inneren Zustandes des tschechoslowakischen Vielvölkerstaats eher Krieg mit Deutschland führen wollen, als daß sie eine Anschlußlösung zugunsten der Sudetendeutschen akzeptieren. In England sind es vor allem Churchill, Vansittart, der außenpolitische Berater der Regierung, und Eden, der Vorgänger des amtierenden Außenministers, die lieber Krieg als „Anschluß“ wollen. Der prominenteste Vertreter der Friedenspartei im Reich ist Luftfahrtminister Göring, zugleich Oberbefehlshaber der deutschen Luftwaffe. Sein Gegenpol als Falke im Kabinett ist Reichsaußenminister von Ribbentrop.

Während die englische und die französische Regierung nach einer Lösung ohne Blutvergießen suchen, „entwickelt sich die innere Situation der Tschechoslowakei von schlecht zu schlimm. Die Propaganda im Deutschen Reich malt schwarz und heizt die Sudetendeutschen weiter an.

Sudetenführer Henlein erklärt öffentlich, den Sudetendeutschen bleibe keine andere Wahl, als das eigene Schicksal selber in die Hand zu nehmen und sich zu bewaffnen. Er ruft die wehrfähigen Deutschen in der Tschechoslowakei auf, ein „Sudetendeutsches Freikorps“ im Reichsgebiet zu bilden und die Heimat selber zu befreien. Binnen zweier Tage sammeln sich 40.000 junge Männer auf der deutschen Seite. Sie beginnen, von da aus mit Scharmützeln gegen die an der Grenze stationierten tschechischen Truppen, bis Hitler dieses unterbindet. Aufgeschreckt von den Unruhen in der Tschechoslowakei und um sich vor einem Krieg in Sicherheit zu bringen, verlassen im September 1938 etwa 240.000 Sudetendeutsche ihre Heimat und fliehen in das Deutsche Reich.³²⁾

Roosevelts Rettungsversuch



Franklin Delano Roosevelt (1882–1945)

Kurz vor dem Höhepunkt der Krise, am 19. September, versucht noch die große Macht im Hintergrund, die Tschechoslowakei zu retten. Für Präsident Franklin Delano Roosevelt gehört der Vielvölkerstaat der Tschechen und Slowaken zu der von den USA mitgebauten Nachkriegsordnung in Europa, die der Diktator Hitler nicht ohne die Billigung der USA verändern darf. Hier geht es Roosevelt auch um den Führungsanspruch, den er in Europa für die USA erhebt. Der Selbstbestimmungsanspruch der Sudetendeutschen ist gegen diesen Führungsanspruch von geringerer Bedeutung. Der Präsident schlägt dem englischen Botschafter in Washington Sir Lindsay eine Seeblockade gegen Deutschland vor. Amerikanische und britische Seestreitkräfte sollen – so der Vorschlag – Deutschland mit einer Kontinentalsperre von der Nordsee über den Atlantik und das Mittelmeer bis Suez von seinen Überseeimporten abschneiden³³⁾ und es so zwingen, den Status quo der Sudetendeutschen zu akzeptieren. Roosevelt nimmt dazu in Kauf, das Recht der USA zu brechen. Seeblockaden sind nach dem Völkerrecht Kriegshandlungen, und die USA sind nach eigenem Landesrecht neutral. Der Präsident ist bereit, die USA für den Erhalt der Tschechoslowakei in einen Krieg zu führen.

Das Einlenken der Tschechen

Am Mittag des 19. September 1938 wird dem tschechoslowakischen Präsidenten der britisch-französische Vorschlag übergeben, die Sudetengebiete an Deutschland abzutreten. Für die tschechische Regierung geht es jedoch nicht allein um Frieden oder Krieg. Es geht für die Tschechen vielmehr um den Bestand eines von ihnen beherrschten Vielvölkerstaats oder dessen Auseinanderfallen.

Am 21. September um 17 Uhr übergibt Außenminister Kamil Krofta den Botschaftern Englands und Frankreichs die endgültige Entscheidung der tschechoslowakischen Regierung und des Staatspräsidenten Beneš. Der englisch-französische Plan zur Abtretung der mehrheitlich von Sudetendeutschen bewohnten Gebiete wird darin „mit Bitternis“ akzeptiert.³⁴⁾ Der Weg ist frei für weitere Gespräche zwischen Chamberlain und Hitler.

Das Treffen in Bad Godesberg vom 22. bis 24. September 1938

Ministerpräsident Chamberlain berichtet Hitler am 22. September 1938 von der nur mit Druck und Mühen erreichten Annahme des englisch-französischen Plans durch die Regierung der Tschechoslowakei. Er rechnet nun mit Hitlers Dank, doch Hitler schiebt zu seiner Bestürzung zwei neue Forderungen nach. Die erste ist die nach gleichen Regelungen für die ungarische und die polnische Minderheit. Damit nimmt Hitler die Forderungen der italienischen, der polnischen und der ungarischen Regierung auf, die diese seit dem ersten Hitler-Chamberlain-Gespräch erhoben haben. Zum zweiten verlangt Hitler die sofortige Besetzung der mehrheitlich von Sudetendeutschen bewohnten Zonen durch die Wehrmacht innerhalb von nur vier Tagen und dementsprechend den Abzug von Polizei und Militär der Tschechoslowakei von dort. Am Abend des ersten Konferenztages wechselt im Hradschin die Regierung. Am zweiten Konferenztag um 22:30 Uhr verkündet die neue Regierung der Tschechoslowakei die Allgemeine Mobilmachung und ruft damit 1,3 Millionen Soldaten zu den Waffen. Offensichtlich befolgt sie damit den Rat Minister Georges Mandels und hofft – wie der Franzose Mandel das bei seinem Ratschlag sagte –, daß nun die Kanonen Frankreichs, Großbritanniens und Sowjetrußlands wie von selbst zu schießen beginnen. Chamberlain versucht, Hitler diese Mobilmachung als Defensivmaßnahme zu erklären, doch auch der Naivste muß jetzt merken, daß die Tschechen den französisch-englischen Plan nun nicht mehr akzeptieren.

Hitler sichert Chamberlain zu, daß die Wehrmacht solange nicht marschiert, wie deutsch-englische Verhandlungen laufen. Und er mäßigt seine Forderung nach Übergabe der Sudetengebiete in vier Tagen und verschiebt sie um weitere fünf Tage auf den 1. Oktober 1938.

Beneš „Sowjet-Plan“

Nach der Mobilmachung in der Tschechoslowakei rechnet jedermann mit Krieg. In Frankreich werden noch in gleicher Nacht 600.000 Reservisten einberufen.³⁴⁾ Italien zieht 300.000 Soldaten ein und läßt Truppen an der Grenze zu Frankreich aufmarschieren. Belgien macht mobil. England bringt die Flotte auf Kriegsstärke.³⁵⁾ Die Sowjetunion hatte schon drei Monate zuvor begonnen, 330.000 Reservisten einzuziehen und sechs Armeegruppen in Weißrußland und in der Ukraine in Richtung Westen zu verlegen.³⁶⁾ Auch Ungarn und Polen hatten bereits vor der Tschechoslowakei mobilgemacht.

Beneš entwickelt inzwischen einen neuen Plan, die Zerteilung der Tschechoslowakei in letzter Stunde abzuwenden. Schon am 19. September hatte er in Moskau fragen lassen, wie sich die Sowjetunion im Falle eines deutschen Angriffs gegen die Tschechoslowakei verhalten werde. Nach einer ersten ausweichenden Antwort aus Moskau und einer weiteren Anfrage aus Prag erhält Beneš das erwünschte Hilfsversprechen. Doch die Sowjets können sich weder mit den Rumänen noch den Polen auf die Erlaubnis zum Durchmarsch ihrer Truppen durch eins der beiden Länder einig werden.



Jan Syrový (1888 - 1970)

Ähnlich reagiert die polnische Regierung. Am 22. September ersetzt Beneš den antikommunistischen Ministerpräsidenten Hodscha durch den der Sowjetunion genehmen General Jan Syrový, und er nimmt Kontakt zur polnischen Regierung auf. Er bietet an, das Teschener Gebiet an Polen abzutreten, wofür Warschau den Durchmarsch sowjetischer Truppen gestatten müsse. Die polnische Regierung lehnt das ab, weil sie damit rechnen kann, Teschen bald aus deutscher Hand auch ohne dieses Zugeständnis zu bekommen. Der einzige Erfolg des neuen Beneš-Plans ist eine Warnung der Russen an die Polen, daß sie den Polnisch-Sowjetischen Nichtangriffspakt von 1932 lösen werden, wenn Polen sich an einem Angriff gegen die Tschechoslowakei beteiligt.

Am 25. September lehnt Prag die neuen Godesberger Forderungen Hitlers nach einer sofortigen Besetzung der Sudetenlande durch die Wehrmacht als unannehmbar ab. Damit ist das englische Bemühen, den Krieg um die Sudetenfrage abzuwenden, zunächst erneut gescheitert.

In den Folgetagen steht Europa am Rande eines neuen Krieges. Die deutsche Wehrmacht ist mit sieben Heeresdivisionen aufmarschiert. Die tschechische Regierung lehnt die Godesberger Forderungen Hitlers – besonders wegen der verlangten Volksabstimmung – ab und bringt das Heer mit Reservisten auf 43 Divisionen.³⁸⁾ Die Regierung der Sowjetunion zieht sich trotz ihres Beistandspakts von der Tschechoslowakei zurück. Polen beharrt auf einer Übergabe des Teschener Industriegebiets. Ungarn verlangt die Abtretung der „ungarischen Gebiete“ und Selbstbestimmung für die Slowaken und Ruthenen.³⁹⁾ Die Regierungen in Paris und London schwanken. Die Franzosen fordern Englands Waffenhilfe, und London merkt, daß Paris bisher militärisch selber nichts zur Rettung der Tschechoslowakei vorbereitet hat. Daladier und Chamberlain lassen trotz alledem nichts unversucht, Hitler vom Selbstvollzug des Sudetenanschlusses abzuhalten. Beide drohen unmißverständlich, gegen Deutschland Krieg zu führen, falls deutsche Truppen in die Sudetenlande einmarschieren.⁴⁰⁾ Die britische Regierung mobilisiert dazu ihre Flotte und teilt das der Reichsregierung mit, um der Drohung Nachdruck zu verleihen.⁴¹⁾

Hitler beharrt darauf, daß die tschechische Regierung seine Godesberger Forderungen bis zum 28. September akzeptiert. Andernfalls – so seine Drohung – werde die Wehrmacht die Sudetengebiete am 1. Oktober 1938 notfalls mit Gewalt besetzen. Doch trotz der Drohgebärden von zwei Seiten bittet Hitler Chamberlain in einem Brief um „weiterhin gute Vermittlungsdienste bei der tschechischen Regierung“ und verspricht, „daß Deutschland die Tschechoslowakei nach Übergabe der Sudetengebiete in Ruhe lassen und ihre Unabhängigkeit in keiner Weise verletzen werde.“⁴²⁾

Chamberlain läßt an diesem und an den Folgetagen nichts unversucht, eine kriegerische Auseinandersetzung um die Sudetenfrage zu verhindern. Noch am 27. September mahnt er Präsident Beneš drängend, die deutschen Forderungen anzunehmen. Er fügt hinzu, daß die Tschechoslowakei selbst nach einem gewonnenen Krieg nicht so wiederhergestellt werde, wie sie vorher war⁴³⁾. Mit anderen Worten, selbst nach einem gewonnenen Krieg muß die Tschechoslowakei mit dem Verlust der Sudetenlande und vielleicht noch anderer Landesteile rechnen.

Quellen:

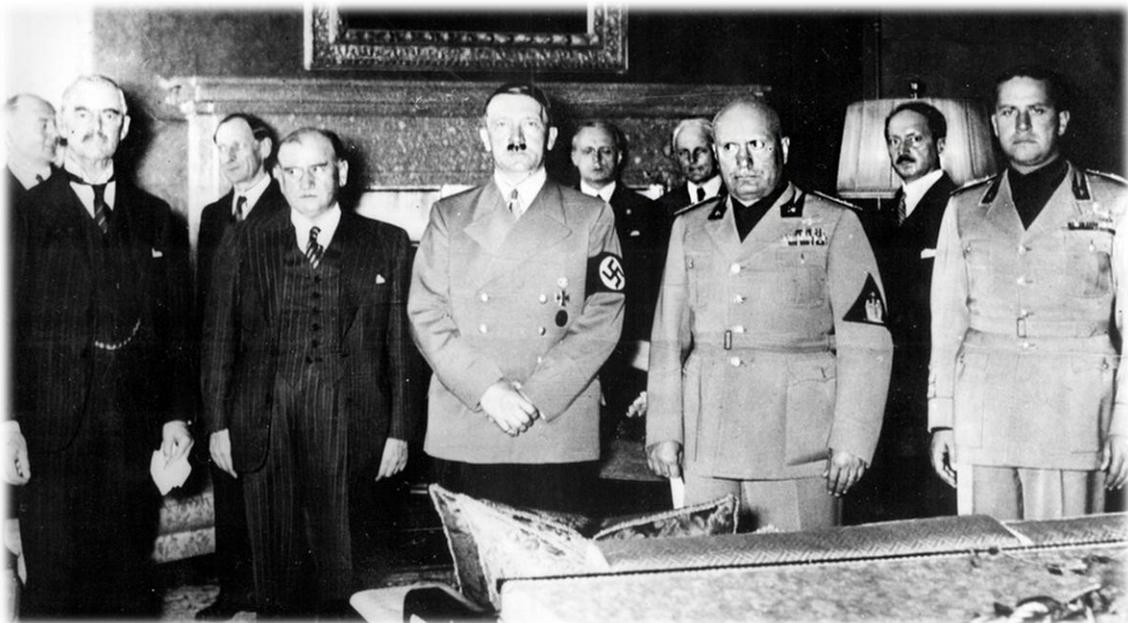
Gerd Schultze-Rhonhof, „Der Krieg, der viele Väter hatte“

- 1) Robert Ingrim, „Von Talleyrand zu Molotow“, Seite 95
- 2) Die Vertreibung der Sudetendeutschen, Dokumente, Seite 483
- 3) Die letzte selbständige Ukraine war 1667 zwischen Rußland und Polen aufgeteilt worden
- 4) Art 27 und 53 bis 58 des Vertrags von Saint-Germain, Art 27 und 48 bis 52 des Vertrags von Trianon und Art 27 und 81 bis 86 des Vertrags von Versailles
- 5) Hugo Wellems, „Von Versailles bis Potsdam 1871-1945“, Seite 127
- 6) Tschecho-Slowakische Emigrantenvereinbarung vom 30. Mai 1918 in Pittsburg (USA) und die Tschecho-Ruthenische Vereinbarung von Cleveland (USA)
- 7) Verfassung der Republik Tschechoslowakei vom 29. Februar 1920
- 8) Die Vertreibung der Sudetendeutschen, Dokumente, Seite 494
- 9) Die Vertreibung der Sudetendeutschen, Dokumente, Seite 502
- 10) Jacques Benoist-Méchin, „Auf dem Weg zur Macht 1925-1939“, Band 6, Seite 59
- 11) Die 1935 von der tschechoslowakischen Regierung aufgelösten Parteien sind die Deutschnationale Partei und die Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei
- 12) Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik, Serie D, Band II, Dokument 23
- 13) Hierbei handelt es sich um die erste – wenn auch nur innerhalb Berlins – jemals vom Fernsehen übertragene Rede
- 14) Max Domarus, „Hitler-Reden und Proklamationen“, Band 1, Seiten 801 f
- 15) Die von Oberst Hoßbach protokollierte Hitler-Rede, siehe Domarus Band 1, Seiten 748ff
- 16) Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik, Serie D, Band II, Dokument 107
- 17) Internationaler Militärgerichtshof Nürnberg, Band XXXIV, Dokument 175-C
- 18) Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik, Serie D, Band VII, Seite 547 (Anlage 1 zur entsprechenden Weisung vom 7. Dezember 1937)
- 19) Internationaler Militärgerichtshof Nürnberg, Band X, Seite 569
- 20) Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik, Serie D, Band II, Dokument 133
- 21) Sir Nevile Henderson, „Failure of a Mission Berlin 1937-39“, Seite 135
- 22) Die Botschafter Englands und Frankreichs in Berlin lassen die Nachricht von der angeblichen deutschen Mobilmachung von ihren Militärattachés vor Ort überprüfen. Die Nachricht der Tschechen erweist sich als falsch. Siehe Henderson, Seite 135 und Rassinier Seite 177
- 23) Bundesarchiv/Militärarchiv, Originalakten zur deutschen Kriegsgeschichte, N 28/3, Seite 25
- 24) Max Domarus, „Hitler-Reden und Proklamationen“, Band 1, Seite 904
- 25) Churchills Memoiren, Seite 335
- 26) Jacques Benoist-Méchin, „Auf dem Weg zur Macht 1925-1939“, Band 6, Seiten 169-178 und Gamelin, Seiten 322 ff
- 27) Jacques Benoist-Méchin, „Auf dem Weg zur Macht 1925-1939“, Band 6, Seite 185
- 28) Sir Nevile Henderson, „Failure of a Mission Berlin 1937-39“, Seite 132
- 29) S. Winston Churchill, „Memoiren“, Seite 355. Der franz. Botschafter François-Poncet datiert ein solches Versprechen auf den 12. Juli 1938, siehe François-Poncet, Seite 370
- 30) Sir Nevile Henderson, „Failure of a Mission Berlin 1937-39“, Seite 151

- 31) *Die Vertreibung der Sudetendeutschen, Dokumente, Seite 762*
- 32) *Sir Nevile Henderson, „Failure of a Mission Berlin 1937-39“, Seite 151*
- 33) *Dirk Bavendamm, „Roosevelts Krieg 1937-45“, Seite 129*
- 34) *Documents on British Foreign Policy, Edited by Woodward and Butler, London, Her Majesty's Stationery Office, Third Series, Volume II, Document 1005*
- 35) *Paul Rassinier, „Die Jahrhundertprovokation“, Seite 190*
- 36) *Sir Nevile Henderson, „Failure of a Mission Berlin 1937-39“, Seite 158*
- 37) *Militärgeschichtliches Forschungsamt, „Deutsche Militärgeschichte“ UdSSR, Band 2, Seite 127*
- 38) *Walter Görnitz, „Kleine Geschichte des deutschen Generalstabs“, Seite 33*
- 39) *Hans Roos, „Polen und Europa, Studie zur polnischen Außenpolitik 1931-1939“, Seite 352*
- 40) *Sir Nevile Henderson, „Failure of a Mission Berlin 1937-39“, Seiten 158 und 160*
- 41) *S. Winston Churchill, „Memoiren“, Seite 395*
- 42) *Brief vom 27. September 1938, siehe Sir Nevile Henderson, „Failure of a Mission Berlin 1937-39“, Seite 161*
- 43) *Documents on British Foreign Policy, Edited by Woodward and Butler, London, Her Majesty's Stationery Office, Third Series, Volume II, Document 1138*

Die Münchener Konferenz vom 29. und 30. September 1938

Am 28. September teilt Chamberlain Hitler mit, er habe beim Lesen seines Briefes den Eindruck gewonnen, die deutschen Wünsche könnten auch ohne Krieg befriedigt werden. Er sei bereit, nach Berlin zu kommen und die anstehenden Probleme mit ihm und einer französischen und einer italienischen Delegation zu besprechen ¹⁾. Hitler reagiert zunächst nicht auf dies Angebot. Am gleichen Tag, dem Ablauftag des Ultimatums, schickt auch US-Präsident Roosevelt ein Telegramm an Hitler und schlägt eine Konferenz aller interessierten Staaten zur Lösung der Probleme vor. Parallel dazu bittet Roosevelt den italienischen Staatschef Mussolini, Hitler umzustimmen und in der Sudetenfrage zu vermitteln. Die gleiche Bitte geht auch noch von Chamberlain an Mussolini. Auch der französische Ministerpräsident Daladier versucht, die Krise ohne Krieg zu lösen. Er läßt Hitler einen in Frankreich ausgearbeiteten Abtretungsplan für die Sudetenlande übermitteln²⁾, der zwar die hitlerschen Forderungen erfüllt, der allerdings nicht mit den Tschechen abgesprochen ist. Hitler geht auch auf diesen Plan nicht ein.



Die Teilnehmer der Konferenz

Von links: der brit. Premiermin. Chamberlain, der franz. Min.Präs. Daladier, Adolf Hitler, der ital. Staatschef Mussolini und sein Außenmin. Graf Ciano. Im Hintergrund: Chefdolmetscher Dr. Schmidt, der franz. Außenmin. Bonnet, Reichsaußenmin. v. Ribbentrop, Staatssekretär v. Weizsäcker, der Generalsekretär des franz. Außenministeriums Léger.

Nun greift Mussolini ein. Es hebt sein Prestige, daß die USA und England ihn um Vermittlung bitten, und er sieht die Chance, sich dabei den Dank der Deutschen, der Polen und der Ungarn zu Lasten der Tschechen, Slowaken und Ruthenen zu verdienen. Mussolini bietet Hitler die Vermittlung in der Sudetenkrise an, und der „Führer“, der im „Duce“ seinen Partner sieht, nimmt ohne Zögern an. Hitler lädt die Staats- und Regierungschefs aus Rom, Paris und London für den Folgetag nach München ein. Die Prager Regierung wird aus London

informiert, doch nicht von Hitler eingeladen. Der „Führer“ will mit der Regierung, die den Sudetendeutschen keine Freiheit geben wollte, nicht verhandeln.

Die Konferenz Mussolinis, Daladiers, Chamberlains und Hitlers beginnt mit einer Darstellung der nationalen Standpunkte der vier Länder. Mussolini übernimmt dabei die Moderation. Er spricht als einziger alle Muttersprachen der hier versammelten vier Herren. Der englische Premier Chamberlain verlangt zweimal im Laufe der Gespräche, auch tschechische Vertreter zu den Verhandlungen zuzulassen, doch Hitler wehrt das ab. Die gleiche Ungerechtigkeit wie in Versailles. Nach einigem kontroversen Hin und Her legt Mussolini einen Kompromißvorschlag vor, der – was weder Briten noch Franzosen wissen – am Tag zuvor von Göring, Neurath und Weizsäcker³⁾ aufgesetzt, dann von Hitler genehmigt und Mussolini zugeleitet worden ist.

Die drei genannten Herren, alle Vertreter einer Friedenslösung, führen damit nicht nur Daladier und Chamberlain hinters Licht. Sie bremsen – da ist ihre vordringliche Absicht – im eigenen Lager Außenminister von Ribbentrop aus, der einer Sudetenlösung mit Gewalt offensichtlich gern den Vorzug gäbe. Es folgen Stunden harten Ringens. Doch um Mitternacht ist Mussolinis „deutscher“ Vorschlag im wesentlichen angenommen. Am 30. September 1938 morgens um 1:30 Uhr ist der Vertrag unterschrieben. Die wesentlichen Punkte dieses nach dem Tagungsort benannten Münchener Abkommens lauten:

- Die Räumung der vorwiegend deutsch bewohnten Sudetengebiete beginnt am 1. Oktober und ist bis zum 10. Oktober 1938 abzuschließen.
- Ein internationaler Ausschuß unter tschechischer Beteiligung bestimmt zusätzliche Gebiete, in denen die spätere Zugehörigkeit durch eine Volksabstimmung geklärt wird.
- Ein Optionsrecht für Tschechen und Sudetendeutsche innerhalb von sechs Monaten stellt einen freiwilligen Bevölkerungsaustausch sicher. Tschechen aus den Sudetengebieten können nach eigener Entscheidung in die Tschechoslowakei übersiedeln und Sudetendeutsche aus der Tschechoslowakei in die Sudetengebiete.
- Die tschechoslowakische Regierung entläßt alle Sudetendeutschen, die dieses wünschen, aus dem Militär- und Polizeidienst.
- Beim Rückzug der Tschechen werden keine bestehenden Einrichtungen zerstört.⁴⁾



*Hermann Göring
(Reichsmarschall,*



*Konstantin Frhr. Von Neurath
(1932-38 Reichsaußenminister)
1935-45 Oberbefehlshaber d. dt. Luftwaffe)*



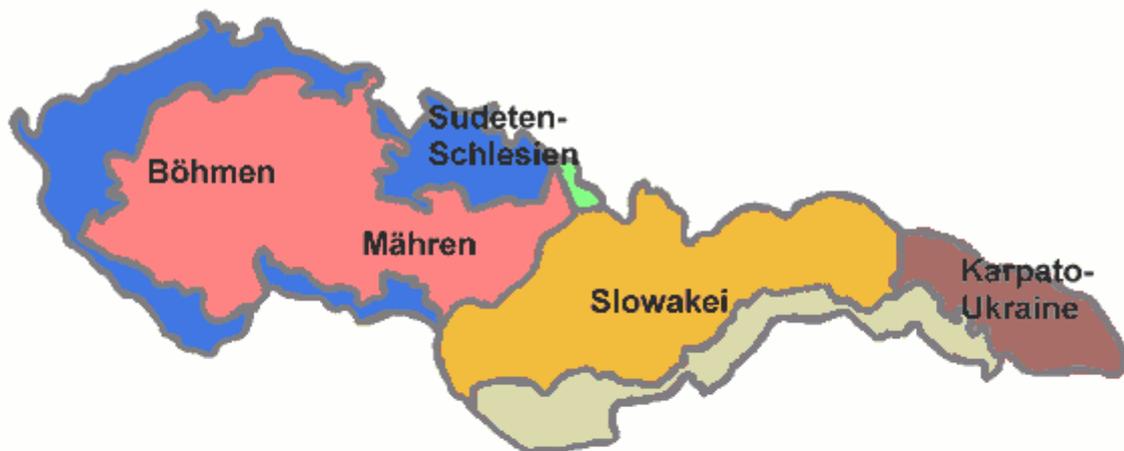
*Ernst Frhr. von Weizäcker
(1938-43 Staatssekretär im AA)*

Dieses Münchener Abkommen der vier Mächte wird den Tschechen von den Botschaftern Englands und Frankreichs wie ein Urteil ohne Berufungsmöglichkeit eröffnet mit der dringenden Empfehlung, es unverzüglich anzunehmen. Ein deutscher Sieg auf ganzer Linie. Doch für den Vermittler Mussolini ist die Konferenz nur zu Teilen ein Erfolg. Sein Versuch, dort auch die Interessen der Polen und der Ungarn durchzusetzen, scheitert am Einspruch Chamberlains. Die Gebietsforderungen aus Budapest und Warschau werden zu späterer Regelung zurückgestellt.

Zwei zusätzliche Vereinbarungen zum Münchener Vertrag sind im späteren Ablauf der Geschichte von Bedeutung. Die eine steht im „Zusatz“ des Vertrags und betrifft die Garantien für „die neuen Grenzen der Tschechoslowakei“. Die zweite ist ein zusätzliches Papier, das allein Chamberlain und Hitler unterschreiben. Zuerst zum Zusatz des Vertrags. Die spätere Geschichtsschreibung übermittelt, daß Deutschland in München eine Garantie für den weiteren Bestand der Tschechoslowakei gegeben habe. Doch das steht weder im Vertrag noch in diesem Zusatz über Garantien. Da heißt es:

„Zusatz zu dem Abkommen. München, 29. September 1938 Seiner Majestät Regierung im Vereinigten Königreich und die französische Regierung haben sich dem vorstehenden Abkommen angeschlossen auf der Grundlage, daß sie zu dem Angebot stehen, welches in § 6 der englisch- französischen Vorschläge vom 19. September enthalten ist, betreffend eine internationale Garantie der neuen Grenzen des tschechoslowakischen Staates gegen einen unprovzierten Angriff.

Sobald die Frage der polnischen und ungarischen Minderheiten in der Tschechoslowakei geregelt ist, werden Deutschland und Italien ihrerseits der Tschechoslowakei eine Garantie geben.“⁵⁾



- Zum 1. Oktober bzw. 20. November 1938 an das Deutsche Reich abgetreten
- Am 8. Oktober 1938 autonom, am 23. März 1939 ungarisch
- Am 16. Oktober 1938 autonom, am 14. März 1939 unabhängig
- Zum 1. November 1938 an Polen abgetreten
- Zum 2. November 1938 an Ungarn abgetreten
- Resttschechei; am 16. März 1939 Reichsprotectorat Böhmen und Mähren

In einer weiteren zusätzlichen Erklärung wird noch vereinbart, daß eine neue Konferenz der vier Mächte einberufen werden soll, falls das Problem der polnischen und der ungarischen Minderheit nicht innerhalb von drei Monaten gelöst sein sollte.

Die deutsche Reichsregierung hat in München also keine Garantien ausgesprochen. Sie hat sie für den Fall versprochen, daß „die Frage der polnischen und ungarischen Minderheit in der Tschechoslowakei geregelt ist.“ So bleibt nun abzuwarten, ob sich dieser Fall ergibt. Nach der Schilderung des Wiener Schiedsspruchs soll dieser Faden in einem späteren Kapitel wieder aufgegriffen werden. Die zweite so wichtige Vereinbarung von München ist das Papier, das Chamberlain und Hitler unterzeichnen. Bei allen Vermittlungserfolgen Mussolinis bleibt es vor allem das Verdienst des englischen Premierministers Chamberlain, Europa im September 1938 den Weg in einen neuen Krieg erspart zu haben. Seine Besuche in Berchtesgaden und Bad Godesberg, sein mäßigender Einfluß auf die Regierungen in Paris und Berlin und sein Drängen gegenüber Prag haben letztendlich den Erfolg gebracht. Bei diesem Zerren um das Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen auf der einen Seite und den Besitzstand der Tschechoslowakei auf der anderen, bei diesem Pokern um Frieden oder Krieg hat sich bei Chamberlain ein tiefes Mißtrauen gegen Hitler eingestellt. So beschließt der englische Premier, den deutschen Kanzler mit einer weiteren Erklärung für die Zukunft festzulegen. Nach der Konferenz bittet Chamberlain Hitler um ein vertrauliches Gespräch unter vier Augen. Er bietet dabei an, die deutsch-britischen

Beziehungen „in dem Wunsch, niemals wieder Krieg gegeneinander zu führen“ auf ein neues Fundament zu stellen und zukünftige Streitigkeiten auf dem Wege britisch- deutscher Konsultationen zu bereinigen. Das Angebot ist schriftlich in Form einer Erklärung formuliert, und Chamberlain bittet Hitler, diese Erklärung gemeinsam mit ihm zu unterschreiben. Hitler, noch dankbar für Chamberlains Entgegenkommen am Tag zuvor, unterzeichnet, ohne daß er offensichtlich dabei ahnt, wozu ihn das verpflichtet. Die Unterschrift und die Verpflichtung holen Hitler wieder ein, als er sechs Monate danach den Rest der im Zerfall begriffenen Tschechoslowakei ohne Englands Mittun zum deutschen Protektorat erklärt.

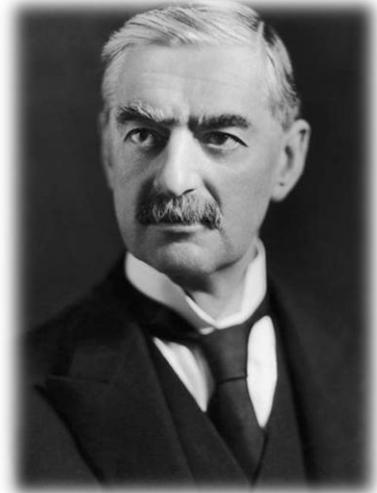
Noch während die tschechische Regierung in Prag berät, ob sie ihr „Diktat von München“ akzeptieren soll, meldet sich der polnische Botschafter mit einem Ultimatum und verlangt die Herausgabe des Teschener Gebietes innerhalb von nur zwölf Stunden. Im Weigerungsfall – so droht die polnische Regierung – werde der Tschechoslowakei der Krieg erklärt. Die Tschechen geben nach und Teschen wechselt den Besitzer. Dieser Vorgang hat später für Polen und für Deutschland schwere Folgen. Warschau bricht mit seiner Drohung den Kellogg-Pakt von 1928 sowie das Litwinow-Protokoll von 1929 und verursacht damit obendrein die Auflösung des polnisch-sowjetischen Beistandspakts von 1932. Drei Verträge, die Polen 1939 hätten schützen können. Für das deutsch-polnische Verhältnis ist von Bedeutung, daß die polnische Regierung zunächst die Erwartung hegte, Teschen auf der Konferenz von München mit deutscher Hilfe zu erhalten. Nach dem Selbstvollzug ohne deutsches Zutun sieht man in Warschau später keinen Grund mehr, den Deutschen dafür in der Danzig-Frage Dank zu zeigen. Dies wiederum ist die Erwartung, die Hitler an die Polen hat.



Sir Archibald Southby



Winston Churchill



Neville Chamberlain

Die Heimkehr der Sudetendeutschen ist ein Erfolg mit Beigeschmack und Folgen. Sie war nur mit deutschem Druck und deutscher Drohung möglich, und sie hat offenbart, daß der Politiker Hitler bereit ist, für seine Ziele Krieg zu führen. Des weiteren hat der Anschluß der Sudetendeutschen die Mächte aufgebracht, die diese drei Millionen Menschen einst gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker und gegen ihren Willen in die Tschechoslowakei gezwungen haben, die Franzosen und die US-Amerikaner. In beiden Ländern ist man schon bald der Überzeugung, daß Briten und Franzosen in München politisch eine Niederlage akzeptieren mußten, weil sie militärisch schlecht gerüstet waren. So verspricht Ministerpräsident Daladier – kaum daß er zurück ist in Paris – dem Parlament, die Aufrüstung der französischen Nation mit Energie voranzutreiben. Und in den USA läßt Präsident Roosevelt sechs Wochen nach der Konferenz von München ein Luftrüstungsprogramm auflegen, das die US-Air Force auf 10.000 Militärmaschinen bringen soll.⁶⁾ Zu alledem ist nun auch die Sowjetunion verprellt, die, obwohl Schutzmacht der Tschechoslowakei, in München ausgeschlossen blieb. Am schwersten für die Zukunft wiegt, daß Großbritannien mit der Konferenz von München zur neuen Schutzmacht des Rests der Tschechoslowakei geworden ist, ein Umstand, der später Folgen hat. So zahlt das Deutsche Reich für die Heimkehr der Sudetendeutschen den Preis der zunehmenden Isolation in Europa und Amerika.

In Paris und London wird das Münchener Abkommen in den Parlamenten ratifiziert, in Paris mit einer satten Mehrheit von 535 Stimmen bei 75, die dagegen sind. In London sind es 369 Zustimmungen bei 150 Gegenstimmen. Der Abstimmung im englischen Unterhaus geht eine leidenschaftliche Debatte voraus, die ahnen läßt, in welche Richtung sich die deutsch-britischen Beziehungen bewegen. Die Redebeiträge reichen vom

Verständnis für die Sudetendeutschen bis zur blanken Feindschaft gegen Deutschland, das manchem Abgeordneten gefährlich und zu mächtig wird.

Der Abgeordnete Raikes: *„Wir sollten nicht vergessen, daß die Tschechen die deutschen Gebiete **noch vor dem Vertrag von Versailles annektiert haben. Einige ehrenwerte Mitglieder dieses Hauses beklagen die kurze Frist zur Übergabe. Ich möchte Sie daran erinnern, daß sich die Tschechen 20 Jahre Zeit gelassen haben, ehe sie den Sudetendeutschen Rechte zugestanden haben.**“*⁸⁾

Der Abgeordnete Sir Southby: *„Wir sind alle der Meinung, daß die Sudetendeutschen ein Anliegen hatten, doch daß ihre Beschwerden erst berücksichtigt wurden, als Deutschland stark genug wurde, um für sie einzutreten“*⁹⁾

Der Abgeordnete Churchill: *„Wir haben eine völlige, durch nichts gemilderte Niederlage erlitten. Das Bündnissystem mit den Staaten Mitteleuropas, auf das Frankreich bisher seine Sicherheit gegründet hatte, ist zerstört worden, und ich sehe kein Mittel, es wieder aufzubauen. Alle diese Länder in Mitteleuropa werden, eines nach dem anderen, in den Bannkreis dieses ungeheuren politischen Gewaltsystems geraten, überwältigt nicht nur von der militärischen Macht, sondern auch von der wirtschaftlichen Kraft, die von Berlin ausgeht.“*¹⁰⁾

Churchill kommentiert die Einigung von München auch noch im Rundfunk, wo er am 16. Oktober sagt:

*„Die Tschechoslowakische Republik war der demokratischste Musterstaat in Mitteleuropa, ein Land, in dem die Minderheiten besser behandelt wurden, als irgendwo anders.“*¹¹⁾

Southby geht es um Menschenrechte, Churchill um Konkurrenz und Macht.

Chamberlain begeht bei dieser Unterhausdebatte¹²⁾ über das Münchener Abkommen einen außenpolitisch schweren Fehler. Er verbindet die Billigung des Münchener Vertrages mit einer Abstimmung über ein gigantisches Aufrüstungsprogramm, das angesichts des Vorsprungs, den Deutschland seit zwei Jahren beim Heer und bei den Luftstreitkräften hat, verständlich ist. Das Programm umfaßt eine Aufstockung der Haushaltsmittel für das Militär von 400 Millionen auf 800 Millionen Pfund im Jahr, 11.000 Flugzeuge für die Royal Air Force bis zum Jahresende 1939, die Verstärkung der Feuerkraft der Flotte und die Neuaufstellung und Aufrüstung von 6 aktiven Heeresdivisionen plus 13 Divisionen für das Territorialheer.¹³⁾ Das paßt nicht zu der „Vier-Augen-Erklärung“, die Chamberlain und Hitler fünf Tage vorher gemeinsam unterzeichnet haben, in der es unter anderem heißt:

„Wir sehen das gestern abend unterzeichnete Abkommen und den deutschenglischen Flottenvertrag¹⁴⁾ als symbolisch für den Wunsch unserer beiden Völker an, niemals wieder gegeneinander Krieg zu führen. ...“

Eine Verdoppelung des Wehrhaushalts und der Bau von 11.000 Militärflugzeugen in nur 15 Monaten sind Signale, die nach allem anderen riechen als nach Frieden. Dies muß Hitler, der bis dahin öffentlich niemals weitere Eroberungsabsichten hat verlauten lassen, und der mit dem Flottenabkommen von 1935 von sich aus Englands Seeherrschaft anerkannt und festgeschrieben hat, dies muß Hitler wie ein Bruch des Friedensversprechens von vor fünf Tagen vorkommen. Dementsprechend seine Reaktion: Vier Tage später, bei einer Rede, die er am 9. Oktober in Saarbrücken hält, macht er aus seinen Befürchtungen keinen Hehl:

*„Die Staatsmänner, die uns gegenüberstehen, wollen – das müssen wir ihnen glauben – den Frieden. Allein sie regieren in Ländern, deren innere Konstruktion es möglich macht, daß sie jederzeit abgelöst werden können, um anderen Platz zu machen, die den Frieden nicht so sehr im Auge haben. Und diese anderen sind da. Es braucht in England nur statt Chamberlain Herr Duff Cooper oder Herr Eden oder Herr Churchill zur Macht kommen, so wissen wir genau, daß es das Ziel dieser Männer wäre, sofort einen neuen Weltkrieg zu beginnen. Sie machen gar keinen Hehl daraus. Sie sprechen das offen aus.“*¹⁵⁾

Duff Cooper, der Erste Lord der Admiralität, hatte vier Tage vorher aus Protest gegen das Münchener Abkommen seinen Abschied eingereicht, und Eden sowie Churchill hatten während der Unterhausdebatte zum Vertrag die Auffassung vertreten, daß England gegen Deutschland hätte kämpfen müssen, um die Sudetengebiete für die Tschechoslowakei zu sichern. So hängt der britisch-deutsche Haussegen schon wieder schief, kaum daß

Chamberlain und Hitler 10 Tage vorher das englisch-deutsche Freundschafts- und Konsultationsversprechen gemeinsam unterschrieben hatten.

Hitlers Reaktion auf Englands neue Parlamentsentscheidung und auf den dort beschlossenen Rüstungsschub läßt auch nicht lange auf sich warten. Mit Blick auf Englands und auf Frankreichs Ungewisse Haltung gegenüber Deutschland sieht Hitler in der Tschechoslowakei mit ihren 45 Heeresdivisionen und einer um die 1.500 Flugzeuge starken Luftwaffe nach wie vor eine Gefahr in Deutschlands Rücken. Dazu kommt, daß Hitler den Westteil der Tschechoslowakei, nämlich die Tschechei, für historisch zum Deutschen Reich gehörend hält und ihn auch deshalb annektieren will. So mischt sich bei Hitler defensives Denken mit aggressiven Plänen. Als er drei Wochen nach der Konferenz von München der Wehrmacht eine neue Weisung für ihre Aufgaben in der Folgezeit erteilt, nennt er neben dem Schutz der Grenzen des Deutschen Reichs und der Inbesitznahme des noch von Litauen annektierten Memellandes die „Erledigung der Rest-Tschechei“. Es heißt in dieser Weisung:

„Es muß möglich sein, die Rest-Tschechei jederzeit zerschlagen zu können, wenn sie etwa eine deutschfeindliche Politik betreiben würde.“¹⁶⁾

So bleibt die Rest-Tschechei auf Hitlers Tagesordnung, auch wenn der Diktator Termin und Einzelheiten jetzt noch offenläßt. Er setzt offensichtlich auf die selbstzerstörerischen Kräfte innerhalb der Tschechoslowakei. Ansonsten hüllt sich Hitler in dieser Sache nach außen hin in Schweigen. Noch ein anderes Land behält die Tschechoslowakei auf der Agenda. Der polnische Botschafter Lipski spricht am 24. Oktober bei Hitler vor und bekundet Polens Interesse, die Karpato-Ukraine Ungarn zuzuschlagen. Lipski erwähnt bei der Gelegenheit, daß seine Regierung seit geraumer Zeit versucht, Ungarn zur Eroberung der Karpato-Ukraine zu bewegen.¹⁷⁾

Bitter sind die Entscheidungen von München für die Tschechen in den Gebieten, die nun zu Deutschland kommen. Etwa die Hälfte der rund 700.000 Tschechen in den Sudetenlanden optiert nach dem in München zugestandenen Recht für die Tschechoslowakei und siedelt dorthin um. Die andere Hälfte – etwa 350.000 Tschechen – verbleibt bei den Sudeten, ohne dadurch späterer Verfolgung ausgesetzt zu sein. Das Optieren für die Tschechoslowakei ist für die Betroffenen ein schwerer Gang gewesen, auch wenn die Mehrheit dieser Menschen erst nach 1919 in die Sudetenlande eingewandert war. Trotz der zugestandenen sechs-Monats-Frist und trotz des Rechts, alles Eigentum mit sich zu führen, haben viele Tschechen ihre Heimat in aller Eile und unter Zurücklassung mancher Habe verlassen. Eine Vertreibung ist es trotzdem nicht gewesen. Dieser Exodus, so schlimm er auch für die Betroffenen gewesen, ist kein Vorgänger der Vertreibung der Sudetendeutschen durch die Tschechen von 1945, bei der etwa 272.900 Menschen durch Mord und Totschlag und auf andere Weise um ihr Leben kommen¹⁸⁾.

Das Münchener Abkommen wird nach dem Zweiten Weltkrieg annulliert, und es dient den Tschechen und den Siegern, die Vertreibung der Sudetendeutschen aus ihrer angestammten Heimat im Jahre 1945 und die Dekrete des Ministerpräsidenten Beneš zu begründen. Das Abkommen wird dabei im Nachhinein zur Ursache der Vertreibung und der Dekrete umgedeutet. Doch das Abkommen von München ist nicht zuerst die Ursache für die Verbrechen der Tschechen an den Sudetendeutschen im Jahre 1945 sondern vorher 1938 die Wirkung der Wortbrüche, Diskriminierungen, Vergehen und Verbrechen der Tschechen an „ihren“ Deutschen seit 1918. Die Regierungschefs Englands, Frankreichs und Italiens setzen ihre Unterschriften in München nicht alleine unter den Vertrag, um Kriegsgefahr zu bannen. Sie unterzeichnen dies Abkommen im September 1938 über die Köpfe der Tschechen hinweg auch deshalb, weil sie nur zu gut wissen, daß die Tschechen sich die Gebiete der Sudetendeutschen 1918 ohne Rechtstitel, mit der Gewalt der Waffen angeeignet haben. Sie haben zur Kenntnis nehmen müssen, daß die Tschechen und Slowaken den Deutschen und Ungarn die in Saint-Germain versprochenen und in der Verfassung von 1920 festgeschriebenen Minderheitenrechte niemals völlig zugestanden haben. Sie wissen, daß die beiden Titularnationen die Sudetendeutschen als Bürger ihres Staates persönlich, wirtschaftlich und politisch diskriminiert haben, und daß sie nie versucht haben, die Deutschen als ihre zweitstärkste Bevölkerungsgruppe gleichberechtigt in ihren neuen Staat zu integrieren.

Zu den Folgen des Münchener Abkommens ist noch nachzutragen, daß eine Gruppe hoher deutscher Generale¹⁹⁾ vor der Konferenz von München Vorbereitungen getroffen hatte, Hitler festzunehmen und vor Gericht zu stellen, falls er wegen der Sudeten einen Krieg vom Zaune brechen sollte. Der Verhandlungssieg von München läßt den Putschversuch ins Leere laufen und gibt Hitler einen Nimbus, der dazu führt, daß ähnliche Versuche in den folgenden fünf Jahren nicht mehr unternommen werden. Nach München bleibt zunächst das Rätsel offen, ob Hitler mit dem Wehrmarchaufmarsch in Richtung Tschechoslowakei Krieg führen oder alle Gegner bluffen wollte. Dies wirkt ein Jahr später nach, als die deutschen Generale und die Spitzendiplomaten beim Wehr-

machtsaufmarsch gegen Polen bis zum Schluß nicht wissen, ob Hitler angreifen oder nur mit Bluff eine Verhandlungs- beziehungsweise Zugeständnislösung in der Danzig-Frage will.

Quellen:

Gerd Schultze-Rhonhof, „Der Krieg, der viele Väter hatte“

- 1) Sir Nevile Henderson, „Failure of a Mission Berlin 1937-39“, Hodder and Stoughton Ltd. London, 1940, Seite 163
- 2) Andre François-Poncet, „Souvenirs d'un Ambassade à Berlin“, 1947, Seite 378
- 3) Göring ist Reichsluftfahrtminister und Oberbefehlshaber der Luftwaffe, von Neurath gewesener Außenminister und von Weizsäcker Staatssekretär im Außenministerium
- 4) Karl Ploetz, „Konferenzen und Verträge“, Teil II, 4. Band, Seiten 154 ff
- 5) Karl Ploetz, „Konferenzen und Verträge“, Teil II, Band IV, Seite 156
- 6) Jacques Benoist-Méchin, „Geschichte der deutschen Militärmacht 1918-1946“, Band 7, Seite 15
- 7) Paul Rassinier, „Die Jahrhundertprovokation“, Seite 215
- 8) Hugo Wellem, „Von Versailles bis Potsdam 1871-1945“, Seite 133
- 9) Hugo Wellem, „Von Versailles bis Potsdam 1871-1945“, Seite 133
- 10) Jacques Benoist-Méchin, „Geschichte der deutschen Militärmacht 1918-1946“, Band 6, Seite 363
- 11) Hans Bernhardt, „Deutschland im Kreuzfeuer großer Mächte“, Seite 222
- 12) Debatte am 5. Oktober 1938
- 13) Paul Rassinier, „Die Jahrhundertprovokation“, Seite 214
- 14) Flottenvertrag vom 18. Juni 1935, in dem Deutschland seine Flottenrüstung freiwillig auf 35% der britischen beschränkt
- 15) Max Domarus, „Ereignisse und Gestalten. Eine Autobiographie in Einzeldarstellungen“, Band 1, Seite 955
- 16) Max Domarus, „Ereignisse und Gestalten. Eine Autobiographie in Einzeldarstellungen“, Band 1, Seite 960
- 17) ADAP, Serie D, Band V, Dokument 81
- 18) Heinz Nawratil, „Schwarzbuch der Vertreibung 1945 bis 1948“, Seite 89. Die in der sonstigen Literatur angegebenen Zahlen über die bei der Vertreibung umgekommenen Sudetendeutschen schwanken zwischen ca. 30.000 in tschechischen Verlautbarungen und 400.000 nach Angaben des Statistischen Bundesamts
- 19) 158 Es handelt sich um die Generale Adam, Beck, Graf Brockdorff-Ahlefeldt, Halder, Hoepfner, Ulbricht und von Witzleben

Der Wiener Schiedsspruch vom 2. November 1938

Nach der Münchener Konferenz bleibt zunächst das Problem der polnischen und ungarischen Minderheiten offen, zu dessen Lösung die vier Mächte sich drei Monate Zeit gelassen hatten.

Am 1. Oktober beginnen die deutschen Truppen, das Deutschland zuerkannte Sudetenland zu besetzen. Am gleichen Tage marschieren die Polen in das ihnen zu der Zeit noch nicht zugesprochene Teschener Gebiet. Am 14. Oktober wird ein Drittel der deutschen „Einmarschtruppe“ wieder abgezogen. Neben diesen schnell geschaffenen Fakten läuft ein heftiges Zerren um die zwei noch offenen Minderheitenfragen. Die Warschauer Regierung versucht ihre weiteren Interessen in der Tschechoslowakei mit Hilfe des deutschen Hebels und mit ungarischer, rumänischer und slowakischer Hilfe durchzusetzen. Die Regierung in Budapest dagegen verhandelt mit der zuständigen Regierung in Prag. Zunächst die Ungarn:

Gleich zu Beginn des Oktobers 1938 treffen sich zwei Delegationen aus Prag und Budapest, um die Minderheitenrechte der Ungarn und einen neuen Grenzverlauf zu regeln. Nach fast zwei Wochen werden die Verhandlungen ergebnislos beendet. Der italienische Staatschef Mussolini, der sich nach wie vor als der Patron der Ungarn fühlt, und der seinen Einfluß dort nicht schwinden sehen möchte, drängt nun die deutsche Reichsregierung, helfend einzugreifen. Mussolini fürchtet, daß das Ungarnproblem in der Tschechoslowakei binnen dreier Monate anders nicht zu lösen ist, und er will vermeiden, daß dann die dafür vorgesehene nächste Viererkonferenz zusammentritt. Dort könnten England und Frankreich zu Lasten Ungarns und zugunsten der Tschechen und Slowaken Einfluß nehmen. Berlin und Rom üben daraufhin gemeinsam Druck auf Prag und Budapest aus, bald eine Einigung zum Schicksal der ungarischen Minderheit und zum neuen Grenzverlauf zu finden. Die Regierungen in Budapest und Prag erklären daraufhin am 30. Oktober, daß sie bereit sind, im voraus einen Schiedsspruch anzuerkennen, den Deutschland und Italien zum Streit der beiden Staaten fällen werden.

britische Regierung zeigt kein Interesse an dem Streit Ungarns und der Tschechoslowakei. Sie selbst empfiehlt der italienischen Regierung, die Minderheitsfrage durch ein deutsch-italienisches Schiedsgericht ohne Hinzuziehung der Regierungen in London und Paris zu lösen.¹



Verkündung des Wiener Schiedsspruchs durch Außenminister von Ribbentrop Am Tisch von rechts nach links: der ungar. Außenmin. v. Kanya, Chefdolm. Dr. Schmidt, Legationsrat Dr. Woermann, Außenmin. v. Ribbentrop, der ital. Außenmin. Graf Ciano, der tschech. Außenmin. Chvalkovski und der slowak. Min.Präs. Dr. Tiso

Am 2. November 1938 tritt daraufhin eine deutsch-italienische Schiedskommission in Wien zusammen. Ungarn, Tschechen und Slowaken tragen ihre Positionen vor und das Schiedsgericht entscheidet. Ein von Westen nach Osten verlaufender Gebietsstreifen im Süden der Slowakei mit einem Zipfel in der Karpato- Ukraine werden Ungarn zugeschlagen. Damit kommen 746.000 Ungarn heim ins Mutterland. Doch auch 75.000 Slowaken werden dadurch gegen ihren Willen nach Ungarn eingebürgert.



Die Landverluste der Tschechoslowakei nach dem Wiener Schiedsspruch

Mit dem Wiener Schiedsspruch ist nur die eine Minderheitenfrage einer Lösung zugeführt. Die zweite, die nach dem Münchener Abkommen ja auch noch offen ist, bleibt dabei ungelöst. Der Staat Polen stellt gleich nach der Annexion des Teschener Gebiets eine Reihe immer neuer Forderungen nach „polnischen“ Gebieten. Doch dabei handelt es sich neben einem Streifen Grenzland vor allem um Gebiete mit Kohlevorkommen und Chemischer Industrie. Die polnischen Gebietsansprüche, die erkennbar mehr nach fremden Bodenschätzen als nach eigenen Minderheiten trachten, werden beim Wiener Schiedsgericht nicht mit verhandelt. So bleibt die Frage der polnischen Minderheit in der Tschechoslowakei auch weiter ungelöst. Und damit ist der im Münchener Abkommen vorgesehene Zeitpunkt für eine Garantie der Italiener und der Deutschen zu den neuen Grenzen der Tschechoslowakei noch immer nicht gekommen.

Nun bahnt sich der baldige Bruch der bisher vertraglichen deutsch-polnischen Beziehungen an. Während des ganzen Oktobers 1938 versucht Polen, den Zerfall der Tschechoslowakei mit Deutschlands Hilfe zu beschleunigen.

gen, die Slowakei mit Teilen ihrer Industrie und Bodenschätze zu beerben und die Karpato-Ukraine den Ungarn zuzuschieben. Letzteres will Polen, um bei einem Krieg mit Rußland die Unterstützung der Ungarn an der eigenen Hintertür zu haben. Für die Polen sind die Tschechen und Slowaken nicht Partner, sondern im Falle einer Auseinandersetzung mit den Sowjets die Verbündeten des potentiellen Gegners, und zwar im eigenen Rücken. Am 24. Oktober, bei einem der Gespräche, das der polnische Botschafter Lipski zu diesem Zwecke mit Außenminister von Ribbentrop in Berlin führt, bringt der ein neues Thema aufs Tapet. Von Ribbentrop eröffnet Lipski, daß Hitler in absehbarer Zeit die Rückgliederung Danzigs an das Deutsche Reich wünscht. Das hätte zu der Zeit durchaus ein Handel werden können, Danzig gegen ein Stück der Tschechoslowakei. Doch der Wiener Schiedsspruch läßt die Wünsche Polens außen vor. Hier ist eine Chance verpaßt, das Streitobjekt Danzig, das ein Jahr danach den Krieg auslöst, im Zuge eines „Handels“ aus der Welt zu schaffen. Ab dem 24. Oktober 1938 ist das Thema Danzig zwischen Berlin und Warschau auf dem Tisch.

Quellen:

Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, R 29770, Blatt 760 76

1918 – 1939 - Polen pocht auf Expansion

Eigentlich verdankt der Staat Polen seine Existenz dem Deutschen Kaiserreich und dem Österreichischen Kaiserreich, die beide 1916 die polnische Selbständigkeit verkündeten, siehe Landkarte Polen 1916: Fast neun hundert Jahre zuvor existierte nur kurz einige Jahre lang ein Königreich Polen unter König Boleslaw I. um 1025.



Landkarte Polen 1916

Die völkerrechtswidrigen Gebietsverluste des Deutschen Reichs durch den Völkerbund im Versailler Vertrag vom 28.06.1919 fügten Polen Oberschlesien - Posen - Westpreußen zu.

Damit gelangt eine *deutsche Minderheit in Polen* von zunächst gut **2 Millionen Menschen** in den neu geschaffenen Vielvölkerstaat, die *durch das Abwandern der entlassenen Beamten, die ohne Gehälter dort nicht länger leben können, wegen der Schließung vieler deutscher Schulen, wegen der Enteignungen und wegen des Terrors bis 1923 auf 1,2 Millionen* abnimmt. ¹⁾

Was sich beim Autor Gerd Schultze-Rhonhof anhört wie ein gemütlicher Umzug von 800.000 Deutschen, beschreibt der Autor Gerhard Still etwas dramatischer:

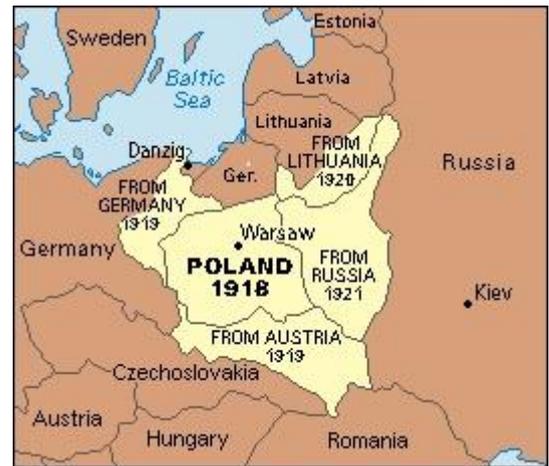
„Als nämlich Polen am 2. Oktober 1938 das zur Tschechoslowakei gehörende Olsagebiet militärisch besetzte und annektierte, rührten die Alliierten keinen Finger.“ ²⁾

Ebensowenig störte es die Alliierten, daß in Polen von 1919 bis zum Kriegsbeginn 1939 im Rahmen der Entdeutschung ehemals deutscher Gebiete über 250 000 Deutsche ermordet und über eine Million Deutsche von Haus und Hof vertrieben wurden; daß des weiteren die Bildung einer deutschen Intelligenzschicht verhindert, die vorhandene ebenfalls vertrieben und teilweise ausgerottet wurde.

Obwohl von deutscher Seite aus mehrmals Klage beim Völkerbund in Genf erhoben worden war, geschah zum Schutz der Deutschen in Polen nichts. Auch gegen den fortwährenden Versuch Polens, sich den unter der Obhut des Völkerbundes stehenden Freistaat Danzig einzuverleiben, unternahmen die Alliierten nichts.

In den Jahren 1931, 1932, 1933 und 1936 mußte die deutsche Reichsregierung mit einem polnischen Angriffskrieg rechnen. 1933 und 1936 wandte sich Polen an Frankreich, um mit dessen Hilfe Deutschland überfallen zu können. Jedoch lehnte Frankreich mit dem weltbekannten Zitat ab: „Wir sterben nicht für Danzig.“²⁾

Weder eine Weimarer Regierung noch der deutsche Widerstand war bereit, die deutsch-polnischen Grenzen anzuerkennen. Allein Hitler war gegenüber Polen zu einer beispiellosen Verzichtspolitik bereit. Er wünschte nur die Rückkehr der Stadt Danzig und eine exterritoriale Verkehrsverbindung mit der großen, durch den Korridor abgetrennten deutschen Provinz Ostpreußen, um die lästigen Zollkontrollen zu erübrigen. Das setzte aber voraus, daß er gewillt war, die deutsch-polnischen Grenzen anzuerkennen. Willy Brandt hätte sich bei seiner Verschenkungs politik auf niemanden eher als auf Hitler berufen können.



Schon 1936 erklärte Winston Churchill: „Wir werden Hitler zum Krieg zwingen, ob er will oder nicht.“

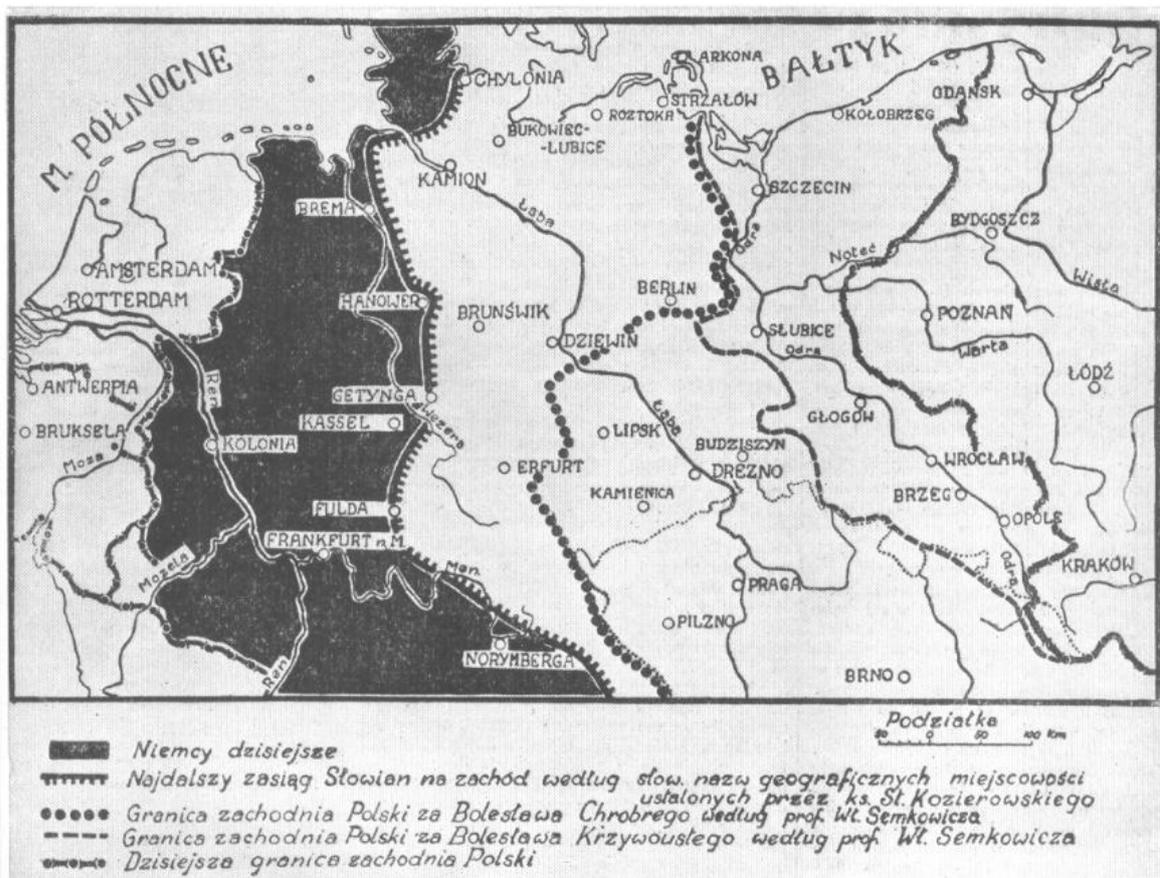
Und am 31. März 1939 gab die damals größte Macht der Welt, nämlich England (es herrschte über 500 Millionen Menschen und ca. 40 Millionen Quadratkilometer - soviel Land ungefähr, wie Rußland, China und die USA zusammengenommen), Polen eine Garantieerklärung; diese machte angesichts der polnischen Unvernunft den Krieg unvermeidbar.



Auf Verlangen Englands lehnte Polen am 26. März 1939 jegliche Verhandlung mit Deutschland ab, ordnete die Teilmobilmachung an und drohte Deutschland mit Krieg; worauf Hitler, zwar weiterhin verhandlungsbereit, mit der Erstellung eines Angriffsplanes gegen Polen reagierte. Dabei hätten Verhandlungen den Polen nur Vorteile gebracht. Während sich Hitler weiter vergeblich um Verhandlungen mit Polen bemühte, bereitete Polen mit ständigen Manövern an der deutschen Grenze, mit vielen bewaffneten Grenzübertritten

und mit einer ungeheuren Kriegshetze den Angriff auf Deutschland vor.

Polens Schlachtruf seit März 1939 lautete: „Wir wollen Danzig, wir wollen Königsberg und wir jagen die Deutschen in kurzer Zeit bis zum Rhein.“ In der polnischen Zeitung Dziennik Pozanski erschien am 26. Juni 1939 eine Landkarte, auf der Polen bis an eine Nord-Süd-Grenze von Bremen bis Nürnberg reichte: Hamburg, Kiel und Braunschweig, zum Beispiel, befanden sich darauf weit in Polen.



Wunschlandkarte Polens am 26.06.1939

Die Posener Zeitung „Dziennik Poznański“ vom 26. Juni 1939 druckte diese Karte ab, die polnische Gebietsansprüche gegen Deutschland belegen sollte. Die Zeichenerklärung von oben nach unten: 1. heute ausschließlich deutsches Wohngebiet; 2. weitester slawischer Raum gegen Westen nach der geographischen Feststellung von St. Kozierowski; 3. polnische Westgrenze zur Zeit Boleslaw I. Chrobry nach Professor Wł. Semkowicz; 4. polnische Westgrenze zur Zeit Boleslaw Krzywoustys nach Prof. Semkowicz; 5. heutige polnische Westgrenze.

Während der großen Truppenparade zum polnischen Nationalfeiertag am 3. Mai 1939 begrüßten fanatisierte Massen jeden Truppenteil mit Sprechchören, wie „Auf nach Danzig“ „Vorwärts nach Berlin!“ Die deutsche Forderung nach einer Verkehrsverbindung mit Ostpreußen und die Rückkehr Danzigs zu Deutschland müsse mit einem Krieg gegen Deutschland beantwortet werden. Das lächerliche deutsche Heer, zusammengesetzt aus der unterernährten Generation des Versailler Vertrages mit den albernen Panzerattrappen, werde man in Berlin zusammenschlagen.

Nach diesen Provokationen gab Hitler der deutschen Presse die Berichterstattung über die Verfolgung der Deutschen in Polen, die er bis dahin, um eine antipolnische Stimmung in Deutschland zu vermeiden, verboten hatte, frei.

Neueste Nachrichten

Ercheint jedesmal wöchentlich. Monatlicher Festbezugspreis durch Verichtsstellen in Wien RM 2.50, außerhalb des Gaus Wien RM 2.50, durch die Post RM 2.50 einschließlich Postgebühr (auzähllich 80 Rpt. Postgebühr im Ausland). - Schriftleitung und Verwaltang: Wien 5, Rechte Wienzeile Nr. 97, Fernsprecher B-29-5-10. - Druckanstalt: Neuenachrichten Wien. 10 außerhalb des Gaus Wien 12 Pfennig

Raders im Zirkuswagen gestellt und erschossen

Bestialische Drangsalierung der Volksdeutschen in Polen

Zwetkowitz kündigt Regelung mit den Kroaten an

Regelungsgrundlage gefunden

Auf dem Wege zur Einigung

Zwetkowitz über seine Verhandlungen mit Matschek

London, 19. 8. Der jugoslawische Ministerpräsident Zwetkowitz erklärte einem Vertreter der englischen Presse in einem Interview, er glaube, daß er mit dem Kroatenführer Dr. Matschek eine Basis für die Regelung der serbisch-kroatischen Frage gefunden habe, die für die Kroaten, für die Serben und für Prinzregent Paul annehmbar sei.

Die Sachverständigen müßten nur noch die Einzelheiten der Einigung ausarbeiten, die dann dem Prinzregenten vorgelegt und veröffentlicht werden könnten. Beide Seiten hätten Zugeständnisse gemacht, so daß die Schwierigkeiten auf ein geringfügiges Maß verringert worden seien.

Er zweifle nicht daran, so erklärte der Ministerpräsident, daß man jetzt zu einer völligen Einigung gelange. Das Abkommen werde ziemlich bedeutende Änderungen in der Organisation des Staates mit sich bringen. Obgleich es bei der gegen-

wärtigen internationalen Lage schwierig wäre, Neuwahlen abzuhalten, habe man eine Lösung für das Problem gefunden, das sich aus der Weigerung Matscheks, mit dem augenblicklichen Senat und Parlament zusammenzuarbeiten, ergeben habe.

Flüchtlingsstrom über die Grenze

Deutsche in Polen vogelfrei

Haherhälder Chauvinismus tobt mit tierischer Grausamkeit

Dreslan, 19. 8. Tag und Nacht treffen weitere deutsche Flüchtlinge, Männer und Frauen, Greise und Kinder an der Grenze ein, die vor dem Wüten des polnischen Terrors gerade noch das nackte Leben retten konnten. Hunderte von Volks-

genossen hat das Unglück vor Erreichen der rettenden Grenze in die Arme der polnischen Schergen getrieben. Sie wurden zurückgeschleift, mißhandelt und in schmutzigen Gefängniszellen gefesselt.

Der maßlose Schrecken der Flüchtlinge spiegelt sich noch immer in ihren Augen. Bangende Sorge um die zurückgebliebenen oder verhafteten Angehörigen bewegt sie, die Hand und Gut im Stich lassen müßten, um der Verfolgung haherhälder Chauvinisten zu entgehen. Alle wollen sich von unerträglicher Schiene, unerträglichem Mißhandlungen und der Verdrängung aus dem polnischen Vaterland zu befreien. Trotzlose Schicksale gegen die Schlägerorgane der Volksdeutschen, die in den Flüchtlingslagern Zuflucht fanden. Sie sind froh, geborgen zu sein. Ihre Erzahlungen geben ein schreckliches, erschütterndes Bild von dem Erleben der letzten Monate, Wochen und Tage.

Spürhunde werden auf Deutsche gehetzt

Währisch-Odrau, 19. 8. Die Verfolgung aller Deutschen durch die polnischen Behörden und der von ihnen gedungenen Elemente nehmen immer größeren Umfang an. Wer sich den polnischen Sächern nicht durch die Flucht entziehen kann, wird verhaftet und verurteilt. Angehörige Bürger werden als Geiseln festgenommen, wie dies in Karwin, Peterswalde, Trzemeszno und Zablinka geschehen ist. Die Volksdeutschen werden nicht nur in

ihren Wohnungen aufgesucht, sondern man schneidet nach ihnen in ihren Vertreten im Walde, wobei man sogar Spürhunde eingesetzt hat. Wer ergriffen wird, erleidet entsetzliche Mißhandlungen und wird in Sammelgefängnisse eingeliefert. Besonders in den Wäldern hat man Spürhunde auf Deutsche gehetzt, weil hier immer noch die Möglichkeit bestand, auf unregelmäßigen Wegen in das nahe gelegene Preßtorf zu gelangen.

Neunundachtzigjähriger schwer mißhandelt

Daß die Wut des Volks nicht vor hilflosen Greisen halt macht, zeigt die Schilderung des Ferdinand Kempf, geboren am 29. Juni 1850 in Maximilian, der im Lager Litzschowitz Zuflucht gefunden hat. Der Neunundachtzigjährige, der seit 1920 bei seinem Sohn in Litzschowitz wohnte, wurde von polnischen Banditen überfallen - nur weil er ein Deutscher ist. Er erhielt mehrere Schläge über den Kopf, so daß die Schädeldecke am Hinterkopf verletzt wurde. Am 11. August konnte er mit seinem Sohn bei Rosenberg über die Grenze flüchten. Reich Kempf, der früher in einer Kunstfabrik in Willanow arbeitete, bis er von den Polen brutal gemißhandelt wurde, arbeitete seit 1920 als Schmelzer in Litzschowitz. Am Tage seiner Flucht über die Grenze hatte eine Horde verheerender Polen seine Wohnung heimgesucht. Nichts blieb von der Einrichtung heil. Ein stümplerischer Zertrümmerer zertrümmerte die Polen auch das letzte Möbelstück, zerstörten die Decken und

mißhandelten Vater und Sohn in hiesiger Weise. Nur schlenkige Flucht rettete ihnen das Leben.

Deutscher Junge gesteinigt

Im gleichen Flüchtlingslager in Ottmachau befindet sich auch die Volksdeutsche Marie Sturm, die nach schweren Schikanen und Bedrohungen mit ihrem Sohn am 6. August über die Schönwaldgrenze entkam. Wie ver-

Paris finanziert Polenrüstung

Paris, 19. 8. Außenminister Bonnet und der polnische Botschafter in Paris, Zuzakiewicz, haben am gestrigen Freitag ein Abkommen unterzeichnet, demzufolge der polnischen Regierung ein Kredit eingeräumt wird, der es Polen erlaubt, in Frankreich Anleihen für seine Landesverteidigung zu machen. Es soll sich um einen Betrag von 430 Millionen Francs handeln.

Blockade bis Indo-China

Vor der Besetzung Pakhoi UP Hongkong, 19. 8. Die Landung japanischer Truppen in Pakhoi, dem letzten noch in chinesischen Besitz befindlichen hindu-chinesischen Hafen, wird häufig erwartet. Seit gestern auf dem See die japanische Kriegsschiffe und Truppentransportdampfer. Durch die Besetzung der Stadt, die ein Verbot von 36.000 Einwohnern ist, würde sich die Blockade der hindu-chinesischen Küste durch die Japaner bis an die Grenze von Französisch-Indochina erstrecken.



Flucht vor polnischem Terror Auf unserer Volksdeutschen in Polen lastet schwerer Druck und zu Tausenden suchen sie auf deutschen Reichsgelände Zuflucht vor drohender Verhaftung und Drangsalierung. Schon hat die Zahl der Flüchtlinge aus Polen 76.000 überschritten. Unter Bild zeigt eine Schaar vertriebener Deutscher, die von einer Grenzstation in Straßwagen nach einem der 19 Flüchtlingslager gebracht werden.

Der amerikanische Professor Dr. Hoggan führt den Illustrowany Kurier vom 7. August 1939 an. Der polnischen Zeitung mit der größten Auflage zufolge überschritten polnische Einheiten fortgesetzt die deutsche Grenze, um militärische Anlagen zu zerstören, deutsches Wehrmachtsmaterial zu beschlagnahmen und nach Polen zu schaffen; diese Unternehmungen seien von einem starken Geist des Wetteiferns getragen.³⁾

Ausgelöst durch die ungeheuerliche Kriegshetze gegen Deutschland wurden ab März 1939 Zehntausende in Polen ermordet; wehrfähige Deutsche wurden zum polnischen Militär einberufen und dort umgebracht.

Ein polnischer Aufruf vom 20. August 1939 lautete: „Schlagt die Deutschen nieder, wo ihr sie trefft!“ Doch die Alliierten belohnten Polen für die unzähligen Greuelthaten mit dem Beistandspakt zur Vernichtung Deutschlands.²⁾

Während Polen unaufhaltsam in den Krieg gegen Deutschland steuerte, begann auch Stalin seine Expansionsabsicht in die Tat umzusetzen. Stalins Doppelspiel, wobei er seine Freundschaft zu Roosevelt nie aufgab, führte dann am 23. August 1939 zum Abschluß des Nichtangriffspaktes zwischen Deutschland und der Sowjetunion. Was Hitler dabei übersah, war die Falle, in die er nun unausweichlich geraten war.

Stalin hatte vier Tage zuvor auf einer Geheimsitzung sinngemäß erklärt: „Es ist in unserem Interesse, daß der Krieg zwischen Deutschland und dem englisch-französischen Block ausbricht. Dafür ist es notwendig, mit Deutschland einen Allianzvertrag abzuschließen; bei einem Abschluß des Vertrages mit England würde Deutschland mit Sicherheit den Rückzug vor Polen antreten, und der von uns gewünschte Krieg fände nicht statt.“

Chruschtschow erinnerte sich später, daß Stalin nach Abschluß des Vertrages gesagt habe: „Hitler glaubt, er sei schlauer als ich, aber in Wirklichkeit habe ich ihn überlistet.“

Hitler glaubte nach Abschluß des Nichtangriffspaktes, den Rücken frei zu haben, um nun den Greuelthaten der Polen an den Deutschen ein Ende zu machen; er befahl den Angriff gegen Polen auf den 26. August 1939. Jedoch ließ ihn der englisch-polnische Bündnisvertrag vom 25. August 1939 davor zurückschrecken. Hitler wollte weder den Krieg mit England noch den Weltkrieg, sonst hätte er wohl den Angriff auf Polen nicht stoppen lassen.

Hitler versuchte nun noch einmal, mit Polen zu verhandeln, jedoch lehnte Polen wiederum ab, und England erklärte sich zur Vermittlung bereit; doch England benutzte sein Vermittlungsangebot dazu, Polen nun endgültig in den Krieg gegen Deutschland zu treiben.²⁾

Während Hitler ultimativ das Eintreffen eines polnischen Unterhändlers bis zum 30. August 1939, 24:00 Uhr forderte, gleichzeitig aber seine Bereitschaft für spätere Verhandlungen erklärte und dann aber vergeblich wartete, machte Polen am 30. August 1939 generalmobil und begann sofort mit militärischen Übergriffen auf Danzig und an mehreren Stellen des deutschen Reichsgebiets.

Der für Danzig zuständige Hochkommissar des Völkerbundes, Burckhardt, floh am 30. August 1939 vor den angreifenden Polen nach Ostpreußen; vor den deutschen, wenn überhaupt, hätte er erst zwei Tage später zu fliehen brauchen. Bekanntlich begannen die Kriegshandlungen von deutscher Seite aus am 1. September 1939. Die Flucht des Hochkommissars Burckhardt nach Ostpreußen, also nach Deutschland, und nicht etwa nach Polen, beweist einmal mehr, daß der Krieg nicht von Deutschland, sondern von Polen begonnen wurde.

Danzig war schon seit Tagen das Ziel vereinzelter polnischer Angriffe gewesen, während die Danziger Bevölkerung auf den gepackten Koffern saß und auf den Befehl zur Evakuierung wegen bevorstehender polnischer Luftangriffe wartete. Die Evakuierung erübrigte sich, nachdem die polnische Luftwaffe am Morgen des 1. Septembers 1939, im Überraschungseffekt durch deutsche Bombenflugzeuge, am Boden nahezu zerstört wurde.

Als Hitler gegen Mittag des 31. August 1939 Kenntnis davon erhielt, daß polnisches Militär Teile von Danzig erstürmt, die Weichselbrücke bei Dirschau gesprengt, die deutsche Grenze an vielen Stellen überschritten hatte und ein Überfall auf den Sender Gleiwitz erfolgt war, gab er den Befehl, Polen am Morgen des 1. September 1939 anzugreifen! Hitlers Zitat vom Morgen des 1. September: „Seit heute früh 4:45 Uhr wird zurückgeschossen“ war die Wahrheit; außerdem kam zu damaliger Zeit die Generalmobilmachung, in diesem Falle Polens, einer Kriegserklärung gleich. Es handelte sich um einen Gegenangriff als Folge der polnischen Provokation.

Hitler hatte am Morgen des 1. September 1939 keine Veranlassung, die Weltöffentlichkeit zu täuschen, als er vom „Zurückschießen“ sprach; denn Zurückschießen heißt, daß vorher ein anderer geschossen hat.²⁾

Die Generalmobilmachung oder auch Allgemeine Mobilmachung Polens vom 30. August 1939, die die fortgesetzte Kriegsdrohung Polens an das Deutsche Reich seit der Mobilmachung Polens am 23. März 1939 nun endgültig in eine Kriegserklärung umwandelt, welche gerade in Hinblick auf den Einmarsch der polnischen Armee in Danzig und die Überfälle auf reichsdeutsches Gebiet zwei Tage vor dem 01. September 1939 hinreichend beweisen, bestätigt der Autor Schultze-Rhonhof wie folgt: In Warschau beraten derweil Außenminister Beck, Verteidigungsminister Kasprzycki und der Oberbefehlshaber der Streitkräfte Marschall Rydz-Smigly. Ihr Ergebnis: in der Danzig-Frage wird nicht nachgegeben, und Polen muß der deutschen Forderung militärisch widerstehen. Ein Entschluß zu verhandeln, wie von den Briten dringend angeraten, kommt nicht zustande. Am Nachmittag tritt der Ministerrat zusammen und beschließt, für morgen, den 30. August, die Allgemeine Mobilmachung offiziell bekanntzugeben. Beide Länder, sowohl Polen als auch Deutschland, haben das wegen der demonstrativen Wirkung dieses Schrittes bisher tunlichst unterlassen.¹⁾

Daß die Generalmobilmachung Polens am 30. August 1939 schon damals von den Massenmedien verschwiegen worden war, bzw. auf Befehl von OBEN (Demokratie!!!) zu verschweigen war, beschreibt Autor wunderbar wie folgt: Spät abends muß sich die englische Regierung noch einmal um die Presse kümmern. Der DAILY TELEGRAPH hat in seiner Abendausgabe über die Vermittlungstätigkeit der Londoner Regierung zwischen Warschau und Berlin berichtet. Dabei hat die Zeitung auch erwähnt, daß die polnische Regierung nach Eingang des Verhandlungsangebots aus Deutschland die Generalmobilmachung für die Streitkräfte angeordnet hat, statt das Angebot zu honorieren. Die Abendausgabe des DAILY TELEGRAPH wird beschlagnahmt. Ein Nachdruck, der als Spätausgabe kommt, läßt die Generalmobilmachung in Polen unerwähnt. Nichts in dieser schweren Krise soll Englands Lesern Zweifel kommen lassen.¹⁾

Im Kapitel Polens Beitrag zum Kriegsausbruch bestätigt er das mehrfache rechtsbrecherische und militärische Vorgehen Polens gegen fast alle Nachbarstaaten, gegen Pakte und Völkerrechte und Menschenrechte und Staatsrechte (Staatsverträge), wie die vertragswidrige, Zitat: Mobilmachung gegen Deutschland vom März 1939, Polen verlangt ab März 1939 als Preis für Danzig Krieg. Dies ist Polens erster großer Beitrag zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges.¹⁾

250.000facher Mord an Deutschen, 1.000.000fache Vertreibung und Enteignung an Deutschen, ständige Kriegsdrohungen an Deutschland, zweifache Mobilmachung gegen Deutschland, Einmarsch in Danzig und Überfall auf Grenzgebiete Deutschlands – alles führende Straftaten Polens vor dem angeblichen Kriegsbeginn am 01. September 1939.

Da fragt sich jeder normal denkende Mensch, in welchem Dornröschenschlaf die Mehrheit aller Politiker und Journalisten und Historiker sich befindet???

„Die Deutschen sind ein sehr geduldiges Volk. Ich kann mir auch nicht einen Augenblick lang vorstellen, daß Großbritannien zwanzig Jahre lang ruhig zugesehen hätte, wie drei und eine halbe Million Briten unter der Knote eines durch und durch verabscheuten Volkes lebten, das eine fremde Sprache spricht und eine völlig verschiedene nationale Weltanschauung hat. Soweit ich meine Landsleute kenne, wären sie nach wenigen Jahren gegen eine solche Vergewaltigung eingeschritten.“

Lord Rothermere, britischer Zeitungsmagnat, am 06.05.1938 zur Lage der Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei¹⁾

Quellen:

- 1) Gerd Schultze-Rhonhof, 1939 Der Krieg, der viele Väter hatte - Der lange Anlauf zum Zweiten Weltkrieg
- 2) Sill, Gerhard, Überleben war alles ..., Dritte Auflage, Eigenverlag Gerhard Sill 7000 Stuttgart 61
- 3) Der Erzwungene Krieg, David L. Hoggan, 1977

24. Oktober 1938 – 30. August 1939

Verhandlungsversuche mit Polen

Das neu entstandene Polen okkupierte nun seit fast 20 Jahren im Zuge der Bestimmungen des Versailler Vertrags die deutschen Provinzen Westpreußen, Posen und Ost-Oberschlesien. Der Polnische Korridor oder auch Weichselkorridor war ein 30 bis 90 km breiter Landstreifen, der zwischen dem Ersten und Zweiten Weltkrieg Ostpreußen (über zwei Millionen Einwohner) vom Kernland des Deutschen Reiches abtrennte. Er bestand aus einem großen Teil der ehemaligen Provinz Westpreußen und Teilen der ebenfalls abgetretenen Provinz Posen.

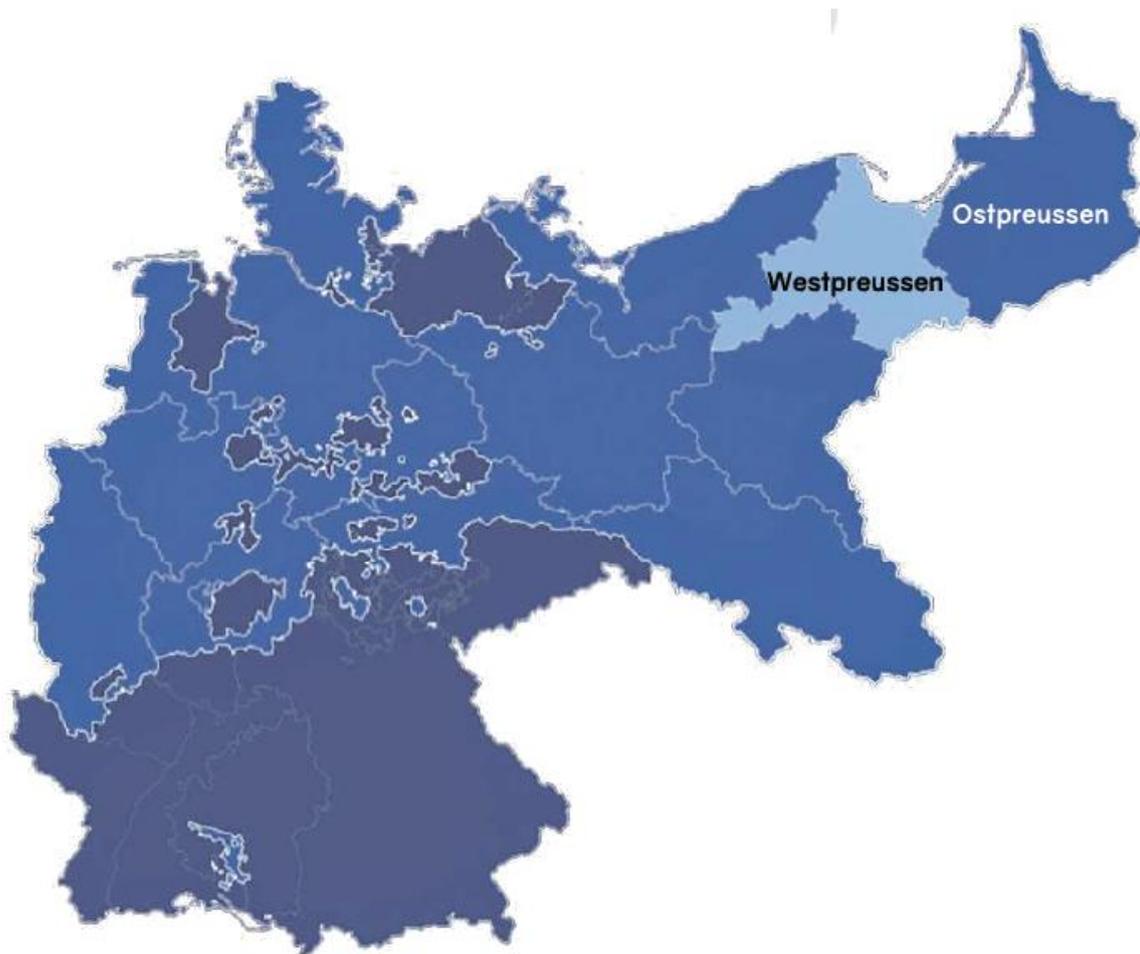
Am 24. Oktober 1938 waren dem polnischen Botschafter in Berlin Vorschläge zur Bereinigung aller bestehenden Reibungen zwischen Deutschland und Polen dargelegt worden. Danach sollte die „Freie Stadt“ Danzig aus der polnischen Zollunion entlassen werden, in die sie am 1. April 1922 eingebunden worden war. Und weiter sollte die 1920 dem Land Westpreußen vorenthaltene Volksabstimmung nachgeholt werden - zumindest in dem Teil Westpreußen nördlich des Flusses Netze. Sollte diese zugunsten Polens ausfallen, sei ein Damm für Eisenbahn und Autobahn durch den Korridor zu errichten, der Ostpreußen mit dem Reich verbinde. Sollte sie zugunsten Deutschlands ausfallen, müsse ein gleicher Damm von der polnisch okkupierten Provinz Posen (über zwei Millionen Einwohner) nach dem Hafen Gdingen - der in jedem Fall bei Polen verbleiben sollte gebaut werden. Die ehemals deutsche Provinz Posen sollte im Zuge dessen endgültig an Polen fallen. Der Autor *Gerd Schultze-Rhonhof* schreibt:

„Die deutsche Reichsregierung nimmt sechsmal vergeblich Anlauf zu Verhandlungen. Die Serie der Gespräche beginnt am 24. Oktober 1938 und setzt sich mit immer neuen Versuchen am 19. November, am 5. Januar 1939, am 25. und 26. Januar, am 21. März und am 28. April fort, bis am 30. August 1939 die letzte Offerte an Polen geht.“

Lösungsversuche für das Danzig—Problem

Die „Freie Stadt“ Danzig war zu 95% deutsch. Durch den Versailler Vertrag war sie unter grober Mißachtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker vom deutschen Hauptland abgetrennt und zu einer „Freien Stadt“ mit polnischer Zollhoheit und polnischen Sonderrechten gemacht worden. So wie die Sudetendeutschen und die Deutschen im polnischen Korridor waren auch die Deutschen in Danzig eine verfolgte und diskriminierte Minderheit, die unter polnischen Übergriffen und Verhaftungen zu leiden hatte. Ihre Unzufriedenheit wuchs stetig.

Anstatt den Konflikt zwischen Polen und Deutschen eskalieren zu lassen, schlug Hitler eine Volksabstimmung vor, in der die Bevölkerung Danzigs selbst entscheiden hätte können, ob sie zu Polen oder Deutschland gehören will.²⁾ Dieses Angebot wurde von Polen, wie auch alle vorherigen Vorschläge, abgelehnt jedes Selbstbestimmungsrecht der deutschen Volker im neuen Polen blieb unberücksichtigt. In seinem Werk „1939: Der Krieg, der viele Väter hatte. Der lange Anlauf zum Zweiten Weltkrieg“ gibt der Autor Gerd Schultze-Rhonhof Polen mit der Ablehnung der deutschen Verhandlungsangebote eine Mitschuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges.



Die Lage von Westpreußen im Deutschen Reich (Gebietsstand 1914), ab 1918 okkupiert von Polen

Hitler schlug sowohl für Danzig als auch für den polnisch besetzten Korridor eine Volksabstimmung vor. Sollte das Korridor-Gebiet sich für eine Zugehörigkeit zu Polen entscheiden, dann sollte eine exterritoriale deutsche Straße von Bütow nach Dirschau entstehen, um Ostpreußen und je nachdem Danzig mit dem Dritten Reich zu verbinden. Sollte es sich für Deutschland entscheiden, dann sollte Polen eine exterritoriale Straße von Posen zum weiterhin polnisch bleibenden Ostseehafen Gdingen bekommen.



Die deutschen Vorschläge vom 30. August 1939

Quelle:

- 1) Gerd Schultze-Rhonhof: *Befreiung, Niederlage oder was?*, Preußische Allgemeine Zeitung, 16. April 2005
- 2) Max Domarus: *Hitler. Reden und Proklamationen von 1932-1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen.* Würzburg 1962/63. 5.923 ff.

1939

15. März 1939 - Die Tschechei wird zum Protektorat

Ob auf Druck des englischen Botschafters Neville Henderson (1882-1942) in Berlin oder aus eigenem Entschluß, am 14. März 1939 wendet sich nun als dritter auch der bisherige Staatspräsident der Tschechoslowakei, und ab diesem Tag nur noch Präsident der Tschechen, Dr. Emil Hácha an den deutschen Kanzler. Er bittet um einen schnellstmöglichen Besuchstermin¹⁸⁹, der ihm auch sofort angeboten wird. Noch am 14. nachmittags reist Dr. Hácha in Begleitung seines Außenministers František Chvalkovský (1885-1945) und seiner Tochter mit der Bahn von Prag nach Berlin.

Dr. Hácha trifft spät abends ein und wird mit allen zeremoniellen Ehren, die einem ausländischen Staatsoberhaupt gebühren, in der Reichshauptstadt empfangen. Im Vorgespräch, das der tschechische Präsident noch im Hotel mit dem deutschen Außenminister führt, sagt Dr. Hácha zu Joachim von Ribbentrop, daß er gekommen sei, „um das Schicksal der Tschechei in die Hände des Führers zu legen“⁽¹⁾

Von Ribbentrop meldet Hitler die Háchasche Bemerkung vom Schicksal der Tschechen, das in die Hände des „Führers“ gelegt werden soll. Der beauftragt den Minister, sofort ein deutschtschechisches Abkommen zu diesem Zwecke zu entwerfen.

Als Dr. Hácha bei Hitler eintrifft, ist es inzwischen 1:15 Uhr morgens; für den alten und herzleidenden Präsidenten eine arge Strapaze. Hácha kann auf das, was nun auf ihn zukommt, nicht ganz unvorbereitet gewesen sein. Bereits beim Empfang am Bahnhof hatte ihn der tschechoslowakische Botschafter davon unterrichtet, daß soeben deutsche Truppen in Mährisch-Ostrau auf tschechisches Territorium vorgedrungen wären.²⁾ Ansonsten sind die deutschen Verbände, die zur Besetzung vorgesehen sind, während sich Dr. Hácha und Hitler gegenüberstehen, bereits auf ihrem Marsch zur Grenze. Hitler hatte den Einmarsch deutscher Truppen schon vor zwei Tagen für diesen Morgen auf 6:00 Uhr in der Frühe festgelegt.



Dr. Emil Hácha am 14. März 1939 auf dem Weg nach Berlin

Präsident Hácha geht mit ausgestreckten Armen auf Hitler zu und eröffnet das Gespräch mit einem Schwall von Freundlichkeiten. Hitler erwidert zunächst freundlich, doch dann beginnt er aufzuzählen, wie die alte Tschechoslowakei das deutsch-tschechische Verhältnis ruiniert habe. Bei der Wiederbesetzung des deutschen Rheinlandes 1936 habe die Prager Regierung Paris angeboten, Deutschland bei einem deutsch-französischen

Krieg mit seiner Armee in den Rücken zu fallen. Bei Völkerbundverhandlungen in Genf hätten die Tschechen stets eine deutschfeindliche Haltung an den Tag gelegt. Im Mai 1938 habe sein Land, ohne daß Deutschland einen Anlaß dazu gegeben hätte, gegen das Deutsche Reich mobilgemacht. Damals habe er, Hitler, den Entschluß gefaßt, Konsequenzen aus der feindseligen Haltung der Tschechoslowakei zu ziehen.³⁾ Auch nach der Konferenz von München vor sechs Monaten und nach der Ausgliederung der Sudetengebiete habe sich am alten Geist der Feindschaft nichts geändert. Die tschechische Armee sinne nur auf Rache.

Eine Verhandlung zwischen Hitler und Hácha findet nicht mehr statt. Der „Führer“ drängt den tschechischen Präsidenten, sofort mit seinem Verteidigungsminister Jan Syrový in Prag zu telefonieren und ihm zu befehlen, seine Truppen und die Bevölkerung aufzufordern, keinen Widerstand zu leisten. Der anwesende Oberbefehlshaber der Luftwaffe, Generaloberst Hermann Göring, setzt nach und droht, andernfalls am nächsten Morgen Prag zu bombardieren. Dr. Hácha gibt schweren Herzens der Erpressung nach und weist, wie gefordert, Syrový an, jeden Widerstand der tschechischen Armee zu unterbinden.

Als Hitler Dr. Hácha eröffnet, daß in ein paar Stunden deutsche Truppen in sein Land einmarschieren werden, bittet Hácha nur, daß seinem Volk ein „Seelenkauf wie zur österreichischen Zeit“ erspart bleibe, will heißen, den Tschechen soll die eigene Nationalität erhalten bleiben. Hitler sagt das dem Tschechen zu.⁴⁾

Morgens um 3:55 Uhr schreiten Hitler und Dr. Hácha zur Unterzeichnung der Erklärung, die Außenminister von Ribbentrop nach seinem ersten Gespräch mit Dr. Hácha am vergangenen Abend auf Hitlers Geheiß entworfen hatte:

„... Auf beiden Seiten ist übereinstimmend die Überzeugung zum Ausdruck gebracht worden, daß das Ziel aller Bemühungen die Sicherung von Ruhe, Ordnung und Frieden in diesem Teil Mitteleuropas sein müsse. Der tschechoslowakische Staatspräsident hat erklärt, daß er um diesem Ziel zu dienen und um eine endgültige Befriedung zu erreichen, das Schicksal des tschechischen Volkes und Landes vertrauensvoll in die Hände des Führers des Deutschen Reiches legt. Der Führer hat diese Erklärung angenommen und seinem Entschluß Ausdruck gegeben, daß er das tschechische Volk unter den Schutz nehmen und ihm eine seiner Eigenart gemäße autonome Entwicklung seines völkischen Lebens gewährleisten wird.“⁵⁾



Dr. Emil Hácha am 15. März 1939 bei Adolf Hitler

Der Vollzug dieser erpreßten Abmachung geht erstaunlicher Weise ohne alle Reibungen über die Bühne der Tschechei. Die Wehrmacht besetzt noch bis zum Abend die Landesteile Böhmen und Mähren. Am gleichen Tag erscheint Hitler auf dem Hradschin und läßt sich von Dr. Hácha die Mitglieder der tschechischen Regierung und die Spitzen der Verwaltung vorstellen.



Hácha bleibt Regierungschef bis 1945. Der frühere deutsche Außenminister Konstantin Freiherr von Neurath wird ihm als „Reichsprotector“ und Hitlers persönlicher Vertreter vorgesetzt. Von Neurath erhält die Befugnisse, die bis vor 20 Jahren die Statthalter der Habsburger Krone in den Untertanen Ländern innehatten. Die deutsche Reichsregierung übernimmt die Ressorts Außenpolitik, Finanzen, Wirtschaft und Verteidigung in eigene Regie. Háchas tschechische Regierung verfügt mit der Hoheit über Inneres, Kultur und weitere Ministerien dann nur noch über die Befugnis, ein im Inneren autonomes Eigenleben zu gestalten. Die Polizei bleibt demnach tschechisch. Allerdings errichtet die deutsche Gestapo (Geheime Staatspolizei) daneben ein eigenes Kontroll- und Machtregime im Lande. Das Militär wird von 150.000 Mann auf 7.000 abgerüstet⁶⁾. Die Tschechen werden nicht mehr zum Wehrdienst einberufen, so daß sie später den Zweiten Weltkrieg in dieser Hinsicht ungeschoren überstehen. Die entlassenen tschechischen Offiziere erhalten auf Hitlers Weisung Pensionen, womit ihnen die erlittene moralische Niederlage zumindest materiell erträglich wird. Unmengen von Wehrmaterial und eine leistungsfähige Rüstungsindustrie stehen nun zusätzlich für den weiteren Ausbau der deutschen Wehrmacht zur Verfügung.

Trotz der entlassenen fast 100.000 tschechischen Soldaten sinkt in der Folgezeit die Arbeitslosigkeit im Lande.⁷⁾ Die Wirtschaft erfährt Belebung durch den Anschluß an das Reich. Der Grund ist die deutsche Nachfrage nach dem qualitativ guten Warenangebot der Tschechen. Die Krone bleibt neben der Reichsmark Landeswährung. Die Tschechei wird Teil des deutschen Zollgebiets, doch die Außengrenzen bleiben. Deutsche Bürger reisen auch fortan nur mit Paß in diesen Teil des Reichs, der nun offiziell in Deutschland das „Protectorat Böhmen und Mähren“ heißt.

Mit der Rest-Tschechei-Besetzung begeht der „Führer“ Hitler ein Verbrechen an den Tschechen, das im folgenden Absatz bewertet werden soll. Der Münchener Vertrag regelt in seinen acht Artikeln nur und wirklich nur die „Bedingungen und Modalitäten“ der Abtretung der sudetendeutschen Gebiete, als da sind: Zeitpunkte und Zonen für die etappenweise deutsche Besetzung, eine Volksbefragung, die Bildung eines internationalen Ausschusses für die endgültige Festlegung der Grenzen, das Optionsrecht für die betroffenen Gebietsbewohner und die Entlassung der Sudetendeutschen aus dem Polizei- und Militärdienst der Tschechoslowakei. Diese acht Artikel – allesamt zu deutschen Gunsten – hat Deutschland mit seiner unrechtmäßigen Tschechei-Besetzung nicht verletzt, das Abkommen also nicht gebrochen.

Auch eine Garantie hat Deutschland nicht verletzt, weil es keine Garantie gegeben hatte. Der „Zusatz zum Münchener Abkommen“ zur Garantie der neuen Grenzen sieht die vorherige Regelung der ungarischen und

der polnischen Minderheitenfrage vor. Die Polenfrage ist bis zum Tag des deutschen Einmarschs aber nicht geregelt worden. Und die Reichsregierung hat eine solche Garantie folglich auch nicht ausgesprochen.



Neville Chamberlain und Benito Amilcare Andrea Mussolini 30. September 1938

Keine der Nationen, die den Vertrag von München unterzeichnet haben, will in der Zeit danach zu ihrer Garantie-Ankündigung stehen und die Garantie der Unverletzbarkeit der neuen Grenzen wirklich geben. Jeder schiebt zunächst den anderen vor. Nach dem Wiener Schiedsspruch im November 1938 fordert die Regierung in Paris die in London auf, gemeinsam mit ihr die neuen Grenzen der um die ungarischen Gebiete verkleinerten Tschechoslowakei als endgültig zu garantieren. Am 14. November lehnt der britische Premier Chamberlain den Vorschlag der Franzosen ab.⁸⁾ Daraufhin nimmt auch die französische Regierung Abstand von einer solchen Garantie. Vom 11. bis zum 14. Januar 1939 befindet sich Neville Chamberlain in Rom, um sich mit seinem Kollegen Benito Mussolini über die Krisenherde in Europa auszutauschen. Dabei sind sich Chamberlain und Mussolini einig, daß die Verhältnisse in der Tschechoslowakei derzeit zu instabil seien, um die englische und die italienische Garantie, wie man sie in München angekündigt habe, praktisch umzusetzen.⁹⁾

Trotz dieser eigenen Bedenken fragt die britische Regierung mit einer Note vom 8. Februar 1939 in Berlin an, ob die deutsche Reichsregierung nun nicht endlich die in Aussicht gestellte Garantie für die neuen Grenzen der Tschechoslowakei abgeben wolle. Die Reichsregierung gibt in ihrer Antwortnote zu bedenken, daß internationale Garantien zu diesem Zeitpunkt die Regierung der Tschechoslowakei ermuntern könnte, die innerstaatlichen Probleme ihres Landes wieder mit härterer Hand zu regeln.¹⁰⁾ Sie endet mit dem Satz:

„Die Deutsche Reichsregierung glaubt daher, daß es notwendig ist, zunächst eine Klärung der innerstaatlichen Entwicklung der Tschechoslowakei und die sich dann daraus ergebenden Verbesserungen der Beziehungen dieses Landes zu den umliegenden Staaten abzuwarten, ehe der Zeitpunkt für eine weitere Stellungnahme gekommen ist.“¹¹⁾

Bei Licht besehen hat damit keine der vier in München vertretenen Regierungen eine Garantie gegeben. Die Franzosen und die Briten wollten es vielleicht und haben es dann nie getan. Sie haben schriftlich und vertraglich nie mehr als ihre Bereitschaft zu einer solchen Garantie ausgedrückt. Aus diesem Grund spricht Chamberlain am Tag des deutschen Einmarsches in die Rest-Tschechei vor dem Unterhaus in London auch von der Tschechoslowakei als von einem Staat, dessen Grenzen England „zu garantieren beabsichtigte“. Keine der vier Münchener Mächte hat die neuen Grenzen der Tschechoslowakei je garantiert, auch Deutschland nicht.

Mit der Annexion der Rest-Tschechei und ihrer Umwandlung zum „Protektorat Böhmen und Mähren“ hat Hitler einen weiteren unblutigen Sieg und Landerwerb errungen. Doch dies ist erstmals ein Gewinn außerhalb der bislang allgemein akzeptierten Legitimation, deutsche Bevölkerungsgruppen „heim ins Reich“ zu holen. Hitler

versucht, der Annexion mit dem von Dr. Hácha unterschriebenen Protektoratsvertrag den Schein von Legitimität zu geben. Der Vertrag ist zwar im Sinne des Völkerrechts verbindlich, doch da erpreßt, fehlt ihm, gleich dem zuvor erpreßten Vertrag von Versailles, die moralische Verbindlichkeit.

Trotz des Zusammenbruchs des Staatsgefüges der Tschechoslowakei sind die Annexionen der Rest-Tschechei und der Karpato-Ukraine ein Verbrechen gegen das Recht der Tschechen und Ruthenen, nach eigener Selbstbestimmung in jeweils einem eigenen Staat zu leben. Das Protektorat über die Tschechei ist und bleibt ein Unrecht, trotz der erpreßten Hácha-Unterschrift unter den Protektoratsvertrag, auch wenn das Münchener Abkommen dadurch nicht gebrochen worden ist und selbst wenn Briten, Deutsche, Italiener und Franzosen nie eine Garantieerklärung für die Tschechoslowakei gegeben hatten. Das ist und bleibt auch so, obwohl Großbritannien zur gleichen Zeit das gleiche mit Ägypten macht und obgleich Frankreich Deutschland vielleicht doch „freie Hand im Osten“ zugestanden hatte. Dieses Unrecht wäre im Frühjahr 1939 ein Grund für England, Frankreich, die USA und die Sowjetunion gewesen, den Deutschen und den Ungarn Krieg zur Befreiung der Tschechen und Ruthenen zu erklären. Doch das ist nicht geschehen.

Quellen:

- 1) *Internationaler Militärgerichtshof Nürnberg, Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Gerichtshof, Amtlicher Wortlaut in deutscher Sprache, Nürnberg, 1947, Verhandlungen, Band X, Seite 291*
- 2) *Hier waren deutsche Truppen zur Abriegelung der polnisch-tschechoslowakischen Grenze in Marsch*
- 3) *Am 30. Mai 1938 gab Hitler dem Chef des OKW den Auftrag, einen Einsatz der Wehrmacht gegen die Tschechoslowakei vorzubereiten, „um die Tschechoslowakei in absehbarer Zeit ... zu zerschlagen“.*
- 4) *Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik, Serie D, Band IV, Dokument 228*
- 5) *Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik, Serie D, Band IV, Dokument 229*
- 6) *Jacques Benoist-Méchin, „Auf dem Weg zur Macht 1925-1939“, Band 7, Seite 81, der tschech. Historiker Miksche spricht von 16.000 Soldaten*
- 7) *Die Differenz zwischen 150.000 ehemaligen Soldaten und den nur entlassenen 100.000 erklärt sich durch die slowakischen und ruthenischen Soldaten, die in der Tschechei nicht mehr mit Arbeitsplätzen zu versorgen sind.*
- 8) *Peter H. Nicoll, „Englands Krieg gegen Deutschland“, Seite 129*
- 9) *Peter H. Nicoll, „Englands Krieg gegen Deutschland“, Seite 126 und Documents Brit. Foreign Policy, Third Series, Volume III, Document 500 (3)*
- 10) *Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, R 29934, Blatt 213567*
- 11) *Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, R 29934, Blatt 213568*

Die Rückgabe Memels

Der letzte „Anschluß“ vor dem Krieg fällt Deutschland wieder in den Schoß. Die litauische Regierung gibt das 1920 abgetrennte Memelland am 22. März 1939 ohne Widerstand an das Deutsche Reich zurück. Dieser Landzipfel zwischen dem Fluß Memel im Süden und dem Ort Nimmersatt im Norden, der das kleine Litauen nach der geographischen Gegebenheit so ideal ergänzt, ist allerdings vor 1920 niemals im eigentlichen Sinne litauisch gewesen.

In diesem Streifen Landes leben um das Jahr 1000 die Kuren, die als Stamm zum Volk der Letten zählen. Die Litauer sind zu der Zeit nach Osten hin noch hinter dem Siedlungsgebiet der Szamaiten erst übernächste Nachbarn. Im 12. und 13. Jahrhundert missionieren und erobern der Livländische Schwertbrüderorden von Norden und der Deutsche Orden von Süden im Auftrag von Papst und Kaiser die baltischen Gebiete entlang der Ostseeküste. Die Memel ist der Fluß, an dem sich beide Orden treffen. Der Livländische Orden, der ab 1158 von Norden kommend das Gebiet der Kuren unterwirft, schafft mit dem später so genannten Memelland zunächst die Brücke zwischen beiden Ordensterritorien. Später reißt die Verbindung des Ordenslandes in Richtung Lettland nördlich der Stadt Memel wieder ab und das Memelland wird 1328 dem inzwischen deutsch gewordenen Ostpreußen angegliedert. Die Kuren und die Deutschen dort haben sich inzwischen zu einem Volk gemischt und das Kurisch ist als Sprache in dieser Gegend ausgestorben.



Das Memelgebiet in der Zeit der Abtrennung

So wird das Memelland schon um das Jahr 1200 deutsch. 1252 gründen Ordensbrüder dort, wo die Danje in die Ostsee mündet an einer Stelle, die klajs peda heißt, ihre erste Burg und unmittelbar daneben eine deutsche Siedlung. Klajs peda ist Kurisch-Lettisch und heißt wörtlich „flache Stelle“. Daß die „Memelburg“ der Ordensritter dort die erste Burg an diesem Platze war, ist daraus zu schließen, daß die Kuren ihre Burgen nur auf Höhen bauten. So weist der heutige Name Kleipada für die ehemals deutsche Stadt Memel auf eine kurische Ortsbezeichnung hin und nicht – wie der Anschein das vermittelt – auf eine litauische Burg in grauer Vorzeit.

Von der Gründerzeit von Burg und Ort bis 1409 wird Memel gut ein halbes Dutzend mal von Litauern und Kuronen angegriffen, erobert und abgebrannt und jedesmal von Deutschen wieder aufgebaut. 1411 im Ersten Thorner Frieden und 1422 im Frieden vom Melno-See wird das Ordensland nördlich der Memel seines Hinterlands beraubt; der Ostteil fällt an Litauen und das Memelland erhält die Grenzen, die es dann unverändert bis 1945 hat. Litauer und Deutsche werden so ab 1411 direkte Nachbarn.

Trotz der Bezeichnung und trotz der Muttersprache fühlt sich die Mehrheit der Kleinlitauer zum deutschen Kulturkreis und zum Deutschen Reich gehörig. Bei einer Volksbefragung nach den „Familiensprachen“ im Jahre 1922 bekennen sich 71.156 Memelländer zur deutschen Sprache und 67.259 zur litauischen Sprache, doch nur 2,2% der Kleinlitauer wünschen, den Lese- und Schreibunterricht in den Schulen von Deutsch auf Litauisch zu wechseln.¹⁾ Deutsch ist ihre zweite inzwischen angestammte Sprache.

1919 in Versailles beanspruchen die zwei Staaten Polen und Litauen das Memelland für sich. Beide sehen im Zusammenbruch des besiegten Deutschen Reichs die Chance, ihre neu formierten Länder zu Lasten Deutschlands „aufzurunden“. Die Polen wollen ganz Litauen samt Memelland für sich, die Litauer das Memelland mit der Stadt Memel als Tor zur nahen Ostsee. Die litauische Begründung, die in Versailles vorliegt, besagt, daß das Memelland vor 600 Jahren Teil des Großlitauischen Reichs gewesen sei. Daran stimmt, daß das Memelland einmal als integraler Teil Ostpreußens unter dem Lehen der Polnisch-Litauischen Doppelmonarchie gestanden hat. Doch mit der gleichen Qualität von Argument könnte Deutschland heute die Herrschaft über Ungarn fordern.

Die alliierten Siegermächte erfüllen weder Polens noch Litauens Ansprüche auf das Memelland. Sie weisen die These der litauischen Regierung, das Memelgebiet sei früher litauisch gewesen, in der Mantelnote zum Versailler Vertrag vom 19. Juni 1919 schriftlich ab. Auch die deutschen Versuche, das Memelland zu halten, wurden von den Siegermächten abgewehrt. Drei Vorstöße der Deutschen Reichsregierung und der memelländischen Volksvertretung im Mai, im August und im September 1919 wurden mit der Begründung abgelehnt, das Memelgebiet sei nach dem Versailler Vertrag nicht mehr Teil des Deutschen Reichs, und es könne deshalb mit Deutschland in dieser Sache nicht verhandelt werden.



Ab 1920 nehmen die Versailler Siegermächte das Memelland in einem sogenannten Kondominium unter gemeinschaftliche Herrschaft und lassen es von Frankreich fremdverwalten. Am 14. Februar 1920 trifft die französische Besatzungstruppe, ein knappes Bataillon, in Memel ein. Trotz dieser Änderungen bleiben die Memelländer deutsche Staatsangehörige. Die deutsche Verwaltung setzt ihre Arbeit ohne Unterbrechung fort, desgleichen die Reichsbank und die Deutsche Reichsbahn. Die Post wird selbständig gemacht. Sie benutzt französische Briefmarken mit Überdruck in deutscher Sprache. Ansonsten wird das Memelland ein eigenes, geschlossenes Zollgebiet. Damit hat dies neue Kunstgebilde für drei kurze Jahre keine eigene Staatsbürgerschaft und keine eigene Währung. Doch es ist ringsum von Zollgrenzen eingeschlossen und führt eine eigene Flagge. Das Memelland wird von Deutschland abgetrennt und keinem

anderen Staate zugesprochen.²⁾ Diese Abtrennung ist wohl der sinnloseste und lächerlichste Racheakt der Sieger.

In Litauen bleibt das Verlangen nach dem Memelland weiter auf der Tagesordnung. So beschließt die litauische verfassunggebende Versammlung am 11. November 1921, das Memelland mit Litauen zu „vereinigen“.³⁾ Gut ein Jahr danach, vom 10. bis zum 16. Januar 1923 dringen litauische Bewaffnete ins Memelland ein und vertreiben die Franzosen. Die Konferenz am 16. Februar 1923 beschließt, die Souveränität über das Memelland an Litauen zu übertragen. Damit ist der Versailler Vertrag ein weiteres Mal gebrochen.

Am 8. Mai 1924 wird die Memelkonvention im Namen des Völkerbunds von England, Frankreich, Italien, Japan und Litauen unterzeichnet. Nach Artikel 1 des Memelstatuts bildet das Memelgebiet fortan *„eine nach demokratischen Grundsätzen aufgebaute Einheit unter der Souveränität Litauens, der auf den Gebieten der Gesetzgebung, der Rechtsprechung, der Verwaltung und des Finanzwesens innerhalb näher umschriebener Grenzen Autonomie verliehen wird“*.

Die Memelländer werden, ohne daß man sie dazu befragt hat, Litauer. Und fortan setzt der Zuzug von litauischen Bürgern aus Litauen ein, die man im Gegensatz zu den bisher dort ortsansässigen Kleinlitauern und Memeldeutschen die Großlitauer nennt.

Die Reichsregierung übergibt der litauischen Regierung im März 1938 eine Note mit dem Verlangen, die Memelkonvention ohne Abstrich einzuhalten. Die Note besteht aus „11 Klagepunkten“ von denen die Reichsregierung fordert, sie alsbald abzustellen. Bemerkenswert bei der Note der „11 Klagepunkte“ ist, daß die Reichsregierung mit keiner Silbe das Verlangen äußert, das Memelland an Deutschland abzutreten.³⁾

Die außenpolitische Lage Litauens wird 1938 brenzlich. Polen zwingt Litauen unter Androhung eines Krieges, ihre Annexion der Stadt Wilna von 1920 völkerrechtlich anzuerkennen. Die zwei Verbündeten der Litauer, die Franzosen und Russen lassen Litauen in diesem Streit mit Polen ohne Unterstützung.



Jurgis Šaulys (1939 litau. Gesandter in Berlin)

Als Konsequenz ihrer außenpolitischen Lage beginnt die litauische Regierung nun, bei der deutschen zu sondieren. Der litauische Gesandte Jurgis Šaulys trägt am 31. Oktober 1938 in Berlin den Wunsch vor, die deutsch-litauischen Beziehungen neu zu gestalten, und er bittet um eine Erklärung der Reichsregierung zur Unverletzbarkeit des litauischen Staatsgebiets. Das kommt dem Wunsch gleich, daß Deutschland endgültig auf das Memelland verzichtet. Staatssekretär Ernst von Weizsäcker im Auswärtigen Amt hält sich bedeckt und verlangt vor weiteren Gesprächen erst einmal die völlige Einhaltung der Autonomie fürs Memelland. Am 1. November 1938 wird der erste der elf deutschen „Klagepunkte“ aus der Welt geschafft. Der Kriegszustand im Memelland wird aufgehoben. Doch inzwischen ist der Verdruß der Memelländer über ihre litauische Herrschaft zu groß geworden, und der Anschluß Österreichs im März 1938 weckt bei ihnen alte Wünsche. Ab November 1938 kommt es im Memelland zu prodeutschen Aufmärschen und Fackelzügen und zu der offenen Forderung nach baldiger Rückgliederung ins Dritte Reich. Die Reichsregierung hält sich trotzdem zunächst weiterhin zurück.

Am 11. Dezember 1938 gehen 96% der wahlberechtigten Memelländer unter den Augen amerikanischer, polnischer, französischer, italienischer und englischer Wahlbeobachter und Journalisten zu den Urnen. Trotz der 48% litauischer Muttersprachler bekommt die deutsche Liste über 87% der abgegebenen Stimmen. Das Ergebnis wirkt wie ein Votum der Bevölkerung für den Anschluß an das Dritte Reich. England und Frankreich reagieren alarmiert auf dies Ergebnis. Am Tage nach der Wahl schon teilen die Regierungen beider Mächte dem Auswärtigen Amt in Berlin mit,

*„daß sie als Signatarmächte der Memelkonvention darauf vertrauen, daß die Deutsche Regierung ihren Einfluß auf die Memelländer im Sinne der Aufrechterhaltung des Status quo geltend macht“.*⁴⁾

Damit verlangen Briten und Franzosen den Verbleib des Memellands bei Litauen und dies trotz des offenbar entgegengesetzten Willens der betroffenen Bevölkerung. England und Frankreich sind also auch nach ihrem Debakel auf der Konferenz von München und dem Anschluß der Sudetengebiete an das Dritte Reich noch immer nicht bereit, ihre Fehler von Versailles selber zu bereinigen. Sie überlassen es den Deutschen.

Am 20. März 1939, nachdem Litauen in Paris und London keinen Rückhalt findet, reist Außenminister Juozas Urbšys nach Berlin zu Ribbentrop. Der deutsche Minister, der sich bisher in Bezug auf Memel stets öffentlich zurückgehalten hat, nutzt nun die ausweglose Lage des litauischen Kollegen. Er weiß, daß Litauen das Memelland einst ohne Recht und mit Gewalt genommen hat, daß es die Memelkonvention die längste Zeit nicht eingehalten hat, daß die Memelländer sich mit übergroßer Mehrheit für das Dritte Reich entschieden haben und daß Litauen nun bei den Siegermächten keinen Rückhalt findet. Von Ribbentrop beginnt das Gespräch mit Urbšys mit der Feststellung, daß die Memelländer zurück zu Deutschland wollen. Dann stellt er Urbšys vor die Wahl.

„Es gibt zwei Möglichkeiten“, so von Ribbentrop, „eine freundschaftliche Regelung mit nachfolgendem freundschaftlichem Verhältnis zwischen den beiden Ländern. Hierbei würden wir wirtschaftlich großzügig sein und die Freihafenfrage zu Gunsten Litauens lösen. Anderenfalls ist nicht zu sehen, wo die Entwicklung endet. Kommt es im Memelgebiet zu Aufständen und Schießereien, wird Deutschland nicht

ruhig zusehen. Der Führer wird blitzartig handeln und die Situation wird dann von den Militärs bestimmt.“⁵⁾

Von Ribbentrop beendet das Gespräch mit dem Angebot eines Vertrages, der beides regeln soll, die Rückkehr Memels und den Freihafen für Litauen. Urbšys erbittet Bedenkzeit von ein paar Tagen, doch von Ribbentrop setzt nach und rät, „*allerschleunigst einen Bevollmächtigten zum Abschluß des Vertrags zu entsenden*“. Der litauische Minister kehrt noch am gleichen Tag zurück nach Kaunas.

Am Folgetag berät das litauische Kabinett ab 14:00 Uhr das deutsche Angebot, das ja offensichtlich keine andere Wahl mehr läßt. Um 19:00 Uhr fällt der Entschluß, das Memelland zurückzugeben. Dann wird Staatspräsident Antanas Smetona von der Entscheidung unterrichtet. Um 0:20 Uhr informiert das Presseamt die Medien. Am Tag danach, dem 22. März 1939, schließen beide Länder den von Deutschland angebotenen Vertrag, der das Memelland zurück ins Reich bringt und Litauen einen Freihafen in Memel und gewisse Rechte garantiert. Fast zeitgleich gehen Noten der litauischen Regierung an die in London, Rom, Paris und Tokio, die nach Artikel 15 der Memelkonvention als Signatarmächte dieser Konvention „der Übertragung der Souveränitätsrechte über das Memelgebiet zustimmen“ müssen. Die angeschriebenen Mächte bekunden, daß sie nichts gegen die Rückübertragung des Memellands an Deutschland unternehmen werden. So wird das Memelgebiet am 22. März 1939 völkerrechtlich wieder deutsch.

Der Anschluß des Memellandes entspricht dem Willen der großen Mehrheit der betroffenen Bevölkerung, und er folgt einem völkerrechtlich gültigen Vertrag. Man kann gewiß nicht sagen, daß der Verzicht der Litauer ein Akt des freien Willens ist. Er ist wohl mehr ein Akt der Einsicht, mit der man zurückgibt, was man nicht länger halten kann. Am 15. Mai 1939 erkennt die britische Regierung die Rückkehr des Memellandes in einer Note an, in der sie schreibt:

„Ihrer Majestät Botschaft... hat die Ehre, das (deutsche) Außenministerium im Auftrag des Außenministeriums Ihrer Majestät davon in Kenntnis zu setzen, daß Ihrer Majestät Regierung des Vereinigten Königreichs entschieden hat, die deutsche Vereinigung mit Memel de jure anzuerkennen. ...“⁶⁾

Diese de-jure-Anerkennung ist insofern bemerkenswert, als sie in England und bei den anderen Erste-Weltkrieg-Siegermächten bald danach vergessen ist. Auf der Siegerkonferenz von Potsdam 1945 legen der englische Premier Churchill und US-Präsident Truman gemeinsam fest, was nach ihrer Lesart „Deutschland“ ist. Für sie ist es das Deutschland in den Grenzen von 1937 ohne Memel. Auch das Internationale Militärtribunal von Nürnberg erklärt die Heimkehr Memels in ihrem Urteil 1946 zu einer von sechs Verletzungen des Versailler Vertrags.⁷⁾ Dies Urteil übergeht, daß die Regierungen Englands und Frankreichs der Rückgabe 1939 auf litauisches Befragen nicht widersprochen und den Artikel 99 des Versailler Vertrags damit selber aufgehoben haben. Es übergeht die „de-jure- Anerkennung“ der englischen Regierung, mit der die Briten 1939 sagen, daß ihre Anerkennung „von Rechts wegen“ geschieht und nicht etwa aufgrund der geschaffenen Fakten oder infolge von Gewalt.

Die Mächte von Versailles haben den Streit der Litauer und der Deutschen um Memel 1920 angelegt. Wenn dieses keine böse Absicht war, ist es zumindest eine Unsinnstat gewesen. Ein Stückchen Land und die Bevölkerung vom Mutterland zu trennen, ohne zu wissen, wem das alles letzten Endes zugesprochen werden soll, ist ein zerstörerischer Akt ohne Sinn und Weisheit. Die Erste-Weltkrieg-Sieger, die stets vorgegeben haben, sich für Demokratie, Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht der Völker eingesetzt zu haben, haben sich im Memelland kein einziges Mal um Recht und Freiheit der betroffenen Bevölkerung geschert. Der Schuldanteil der Litauer an dem Streit ist nicht geringer. Sie haben das Gebiet 1923 in einem kriegerischen Akt erobert. In den 15 Jahren ihrer Herrschaft haben sie die Rechtsgrundlage für das Zusammenleben der Memeldeutschen und der Kleinlitauer so oft unterlaufen und gebrochen, daß das seit jeher friedliche Verhältnis beider Gruppen schnell vergiftet worden ist. Litauen ist auch nicht so vital und attraktiv gewesen, daß es die Chance hätte haben können, den zwangseingebürgerten Deutschen als Vielvölkerstaat ein neues Heimatland zu werden. Der dritte Sünder ist der Völkerbund, der als Friedenswächter über das Memelland von Anfang an versagt hat.

Ohne die Sieger von 1918 hätte es keine Rückkehr deutscher Truppen in die Rheinlandgarnisonen geben müssen, hätten das Saarland, die Sudetengebiete und das Memelland nicht wieder angeschlossen werden müssen und hätte es kein Österreich geben müssen, das gegen den Willen von Volk und Parlament zur Eigenstaatlichkeit gezwungen worden ist. Das alles hätten die Sieger in Versailles und Saint-Germain ohne einen Hitler regeln können, wenn sie in Zukunft Frieden mit den Deutschen hätten haben wollen.

Quellen:

- 1) Helmut Arnaszus u. Algimantas Semaska, „ Durch Litauen und ehemaliges Ostpreußen“, Seite 54
- 2) Der Versailler Vertrag, Artikel 99, spricht das Memeler Gebiet pauschal den Siegermächten zu.
- 3) Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, R 29675
- 4) Ebenda
- 5) Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, R 29675, Blatt 120813
- 6) Ernst Albrecht Plieg, „Das Memelland 1920-39“, Seite 224
- 7) Internationaler Militärgerichtshof Nürnberg, Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Gerichtshof, Amtlicher Wortlaut in deutscher Sprache, Nürnberg, 1947, Band XXII, Seite 522

Britisch-französische Garantieerklärung an Polen

Der Strick um Deutschlands Hals zog sich allmählich wieder zu. Als britisch-französische Garantieerklärung wird die Erklärung der Regierungen Großbritanniens und Frankreichs vom 31. März 1939 bezeichnet, deren Inhalt die Versicherung des Beistandes in jeglicher Form war, sollte sich eine Situation ergeben, in der Polen zur militärischen „Verteidigung“ seiner territorialen Unversehrtheit gezwungen wäre. Am 25. August unterschrieben Polen und Großbritannien zusätzlich einen militärischen Beistandspakt. Jetzt fehlte nur noch der Verteidigungsfall für Polen, um ganz Europa erneut mit einem Krieg zu überziehen. Der britische Botschafter in Berlin Sir Neville Henderson argwöhnte, die Polen würden „die Dinge auf die Spitze treiben“. Mit Hilfe der britischen Garantieerklärung wollten sie, so berichtete der Botschafter am 8. August 1939 nach London, über Deutschland einen ungerechten Vorteil erlangen.¹⁾

Die britisch-französische Garantie-Erklärung an Polen wirkte einer gerechten und friedlichen Lösung des deutsch-polnischen Konflikts entgegen. Sofort verstärkte sich in Polen die Hetze gegen Deutschland. Polnische Zeitungen forderten, Danzig und ganz Ostpreußen zu besetzen und die Westgrenze bis zur Oder vorzuschieben. In Versammlungen wurde gesagt, daß nicht die Oder, sondern die Elbe Polens Grenze sei. Berlin sei keine deutsche Stadt, sondern eine alte polnische Ansiedlung. Plakate erschienen an den Hauswänden mit dem Aufruf „Auf nach Berlin!“.²⁾

Als der polnische Kriegsminister General Tadeusz Kasprzycki im Mai 1939 in Frankreich weilte, um mit dem französischen General Maurice Gamelin zu konferieren, war auch der französische Außenminister Georges Bannet anwesend. Er dokumentierte in seinen Erinnerungen an diese Zeit eine Aussage von Kasprzycki, den Zustand der Befestigungen an der deutsch-polnischen Grenze betreffend:

„Wir haben keine Befestigungen, denn wir gedenken, einen Bewegungskrieg zu führen und gleich zu Beginn der Operationen in Deutschland einzufallen.“

Georges Bannet, „Vor der Katastrophe“, Köln, 1951, S.220



Polnische Streitkräfte 1939

Quellen:

- 1) spiegel.de, «Herr Hitler will den Frieden retten», 02.09.1964
- 2) Zentner, Kurt: «Illustrierte Geschichte des Zweiten Weltkrieges.», Südwest-Verlag, München, 1964, S.64.

Polnische Verbrechen an Volksdeutschen zwischen 1918 und 1939

Polnischer Völkermord an Volksdeutschen im September 1939 in der ehemaligen preußischen Provinz Posen. Die Gesamtzahl der bis zum Kriegsbeginn 1939 ermordeten und vermißten Deutschen wird nach vorsichtigen Schätzungen mit etwa 58.000 angegeben.

Im Zuge der Polnischen Verbrechen an Volksdeutschen zwischen 1918 und 1939 wurden Tausende Volksdeutsche von Polen ermordet oder mußten aus ihrer angestammten Heimat fliehen. Geschichtsdarstellungen mit einem die tatsächlichen Vorgänge im Polenstaat zwischen 1918 und 1939 demaskierenden Inhalt sind in der „offiziellen“ Geschichtsschreibung kaum oder gar nicht bekannt.

Bereits im Juli 1923 heißt es in einer Note des Auswärtigen Amts an den polnischen Gesandten:

„Seit dem Zeitpunkt, in welchem einige früher preußische Provinzen an die Polnische Republik übergegangen sind, hat weit über eine halbe Million Deutscher, die zum größten Teil dort seit langem angesessen waren, dieses Gebiet verlassen. Die Umstände dieser Abwanderung, die für die Betroffenen vielfach Verarmung und Elend mit sich brachte, beweisen, daß sie in der Mehrzahl der Fälle nicht freiwillig vor sich ging. Daß diese Entdeutschung der westlichen Provinzen Polens planmäßig geschieht und ein politisches Ziel bildet, das nicht nur von nationalistischen polnischen Parteien, sondern auch von den polnischen Behörden bis zu den höchsten Spitzen hinauf angestrebt und gefördert wird, hat der frühere Ministerpräsident Polens, Sikorski, in seiner Rede im Rathaus in Posen am 10. April d. J. unzweideutig ausgesprochen. ... Am 19. Juni hat ferner der Polnische Staatspräsident Herr Wojciechowski in Kattowitz eine Rede gehalten, in der die deutsche Kultur als perfide und Deutschland als ein Staat hingestellt wird, dem Gewalt über Recht geht. Auf zahlreichen Kundgebungen hervorragender polnischer Politiker in Wort und Schrift, die sogar das Verbleiben Ostpreußens in deutschem Besitz als eine Gefahr für Polen bezeichnen, darf in diesem Zusammenhange ebenfalls kurz hingewiesen werden. In allen diesen Äußerungen kommt tatsächlich ein Geist der Aggressivität und der Feindseligkeit zum Ausdruck, der gelegentlichen deutschen Äußerungen über die Entdeutschungspolitik Polens durchaus nicht innewohnt.“¹⁾

In den Jahren zwischen 1919 und 1939 wurden mindestens 60.000 Deutsche Zivilisten von Polen ermordet, Millionen mußten aus ihrer Heimat fliehen. Zwischen Mai und August 1939 rollte eine schwere Terrorwelle gegen die deutsche Minderheit im polnisch besetzten deutschen Gebiet. Allein in dieser kurzen Zeit wurden über 15.000 Deutsche ermordet, die Minderheit wandte sich wiederholt sowohl an die deutschen Konsulate als auch direkt an den polnischen Staatspräsidenten und an den Völkerbund ²⁾ – vergeblich.

„Allein Mitte August 1939 waren 75.535 Volksdeutsche ins Reich geflohen. Insgesamt hatten die Volksdeutschen kurz vor und nach Kriegsbeginn etwa 20.000 Tote zu beklagen, von denen 12.500 namentlich identifiziert werden konnten. So waren schon im November 1939 zwar nicht 4.850, aber 5.437 Tote vorläufig festgestellt worden. Das erste diesbezügliche vom Auswärtigen Amt veröffentlichte Dokumentenwerk ‚Die polnischen Greuelthaten an den Volksdeutschen in Polen‘, Berlin 1940, nennt als vorläufige Feststellung diese 5.437 Toten, dessen zweite Auflage – Berlin 1940 – bringt als bis zum 1. Februar 1940 ermittelte Zahl 12.857 Tote, zu der 45.000 Vermißte hinzugezählt wurden. Lediglich letztere Zahl ist Propagandawerk, dagegen ist die Zahl der 12.857 Toten urkundlich einwandfrei erhärtet, diese 12.857 wurden identifiziert. Nach Feststellungen der seinerzeitigen ‚Gräberzentrale Posen‘ unter Leitung von Pastor Lic. Berger und Ing. Hans Schmidt hat sich die zuletzt genannte Zahl noch auf über 15.000 Tote erhöht. Allein während des Bromberger Blutsonntags hatten die Volksdeutschen etwa 6.000 Tote zu beklagen, von denen 5.437 namentlich identifiziert werden konnten. Den Bromberger Blutsonntag aber aus dem Gesamtkomplex des 20jährigen polnischen Terrors geschickt herauszulösen und alles andere dieser 20 Jahre sorgfältig zu verschweigen, hat mit einer objektiven Analyse nichts mehr zu tun. Denn jeder wirkliche Kenner der Verhältnisse im Versailler Polen weiß, daß – angefangen mit dem blutigen Mordterror der Korfanty-Banden in Oberschlesien – mit den Grenzschutzkämpfen in Posen und Westpreußen, mit der Er-

richtung des ersten polnischen Konzentrationslagers in Szczypiorno nach 1918, und den brutalen Ausweisungen von über einer Million Deutschen, Opferzahlen errechnet werden könnten, die die vermeintliche Zahl von 58.000 bei Weitem überschreiten dürften.“³⁾

Phase I: „Der Versuch der Entdeutschung“ 1918 bis 1926

Schon im Winter 1918/19 schaffte das neu gegründete Polen Fakten, indem es vor allem in Oberschlesien deutsche Gebiete besetzte. Der Versailler Vertrag erkannte diese geschaffenen Realitäten unter der Bedingung eines umfassenden Minderheitenschutzes an. Im August 1919 drangen polnische Verbände weiter auf deutsches Gebiet vor, auch im August 1920 und im Mai 1921 überfielen polnische Einheiten Dörfer im Reichsgebiet und brannten sie nieder. In den Jahren 1918/19 gründete Polen auch seine ersten „Konzentrationslager“ zur Internierung deutscher Vertriebener in Stralkowo und Szczypiorno, wo ca. 16.000 Deutsche als „Staatsfeinde“ hinter Stacheldraht gesetzt wurden. Später kamen noch zwei weitere derartige Lager hinzu.

Der Großteil der deutschen Schulen wurde geschlossen, deutscher Grundbesitz beliebig und willkürlich enteignet, das Deutschtum sollte ausgemerzt werden. Das in Versailles mitunterzeichnete Minderheitenschutzabkommen war in der Praxis nur ein Fetzen Papier. So blieb es in Polen bis zu seinem Untergang im September 1939. Besonders unverständlich war dieses Verhalten auch für damalige Beobachter, weil der polnische Staat seine Unabhängigkeit von Rußland dem Deutschen Reich zu verdanken hatte. Zwischen 1919 und 1923 wurden vom Völkerbund 75 Beschwerden der deutschen Minderheit in Polen anerkannt, am 10. September 1923 stellte der Internationale Gerichtshof fest, daß Polen das Minderheitenrecht verletzt und den Minderheitenschutzvertrag gebrochen hatte. Selbst französische Intellektuelle und Politiker protestierten 1924 offen gegen den „polnischen Terror“.

Am 10. April 1923 proklamierte Polens Ministerpräsident Wladyslaw Sikorski in Posen eine Verdrängungs- und Enteignungspolitik gegen die etwa 1.200.000 Deutschen, die in den seit 1919 zu Polen gehörenden preußischen Provinzen Westpreußen und Posen lebten. 1926 wurden weitere Lager eingerichtet, nicht nur für Deutsche, sondern auch für Ukrainer und andere Minderheiten in Polen sowie für polnische Oppositionelle: die Lager Bereza-Kartuska und Brest-Litowsk. Offenherzig schrieb am 13. Juni 1926 die „Gazeta Gdanska“ zum Thema der Entdeutschung:

„Der sicherste Panzer Pommerellens sind die Millionen polnischer Ansiedler. Alles Land, das noch im Besitz der Deutschen ist, muß den deutschen Händen entrissen werden.“

Phase II: „Kriegsplanungen“ 1930 bis 1936

1930/31 gab der polnische Staatspräsident Planungen für einen Marsch auf Berlin in Auftrag, die Presse sprach von „Notwendigkeit“ und „Unvermeidbarkeit“ eines zukünftigen Krieges gegen Deutschland. Rechtfertigung der Bestrebungen war die angebliche historische „slawische“ Besiedelung der Gebiete zwischen Elbe und Oder vor der Besiedlung der Deutschen im frühen Mittelalter.

England und Frankreich versagten zu diesem Zeitpunkt jedoch jegliche Unterstützung für eine Aggression gegen Deutschland.

Im Dezember 1931 begannen sogenannte „Freiwilligenverbände“ mit der gewaltsamen Vertreibung der deutschen Minderheit im grenznahen Gebiet auf polnischer Seite (siehe Manchester Guardian vom 12. Dezember 1931). In den Jahren 1933 und 1936 kam es immer wieder zu Übergriffen polnischer Verbände auf das Reichsgebiet.

Phase III: „Eskalation“ 1938/39

Die deutschen Zeitungen in Polen durften über die volle Wahrheit über die Unterdrückung und Entrechtung der Volksdeutschen nicht berichten. Am Beispiel der Bromberger „Deutschen Rundschau“ sei dies verdeutlicht:

Von 1920 bis 1939 hatte diese Zeitung 872 Strafverfahren. Die Schriftleiter wurden zu insgesamt 5 Jahren, 11 Monaten und 20 Tagen Gefängnis verurteilt. 546mal unterlag diese deutsche Zeitung der Beschlagnahme. Gesamtverluste: ungefähr 700.000 Zloty. Aber auch den anderen volksdeutschen Zeitungen in Polen blieb ein derartiges Schicksal nicht erspart.

In polnischen Zeitungen wurden die Forderungen Deutschlands nach einer Bereinigung der „Korridor-Frage“ mit offener Hetze und Aufrufen zur Annexion Danzigs beantwortet. Bis Anfang 1939 registrierten die Auffanglager des Roten Kreuzes im Reich etwa 12.000 Flüchtlinge aus Polen.

Im März 1939 rief die polnische Regierung erstmals zur Teilmobilmachung der Streitkräfte. Zwischen Mai und August 1939 rollte eine schwere Terrorwelle gegen die deutsche Minderheit. Über 15.000 Deutsche wurden ermordet, die Minderheit wandte sich sowohl an die deutschen Konsulate als auch direkt an den polnischen Staatspräsidenten und an den Völkerbund. Die polnischen KZs Berezakartuska und Brest Litowsk waren mit mehreren tausend Gefangenen überfüllt, Seuchen brachen aus.

Ende August bot die Reichsregierung erneut Verhandlungen zur Lösung der „Korridor-Frage“ an. Noch während der Verhandlungen brannten polnische „Freiwillige“ am 28. August 1939 deutsche Dörfer in Sichtweite der Reichsgrenze nieder.

Am 30. August 1939 bot Deutschland einen Verzicht auf die 1919 verlorenen Gebiete außer Westpreußen und Danzig an. Für Westpreußen sah der Vorschlag eine Volksabstimmung sowie eine exterritoriale Verkehrsverbindung für den Verlierer der Abstimmung vor. Die Stadt Gdingen sollte in jedem Fall als Meereszugang an Polen gehen.

Polen machte am 31. August 1939 noch während der Verhandlungen generalmobil. Am 1. September 1939 marschierten deutsche Truppen in Polen ein, die zurückweichende polnische Armee verschleppte tausende Deutsche als lebendige Schutzschilde und beging Massaker an der Zivilbevölkerung („Bromberger Blutsonntag“ am 3. September 1939).

Chronologie antideutscher Gewalt von Polen

Im nachfolgenden werden Übergriffe und Morde von Polen an Deutschen auf polnischem Gebiet oder im von Polen besetzten deutschen Reichsgebiet aufgelistet. Von Polen wurden über Jahrzehnte Verbrechen gegen Volksdeutsche verübt. Die Drangsalierung der Volksdeutschen in Polen war ein Grund für die Auslösung des Polenfeldzuges.

Die Zahlen

In den Jahren zwischen 1919 und 1939 waren die Volksdeutschen in Polen schwersten Diskriminierungen ausgesetzt.¹⁾ Dabei sollen insgesamt bis zu 60.000 Deutsche Zivilisten von Polen ermordet worden sein, Millionen mußten aus ihrer Heimat fliehen.²⁾³⁾

„Keine Frage über das Recht, den Rechtsbruch von Versailles zu überwinden, keine Frage, daß die andern ihr eigenes Diktat zwanzig Jahre verletzen: weder rüsteten sie ab noch gaben sie uns freiwillig die Gleichberechtigung. Sie verweigerten den Anschluß Deutschösterreichs, sie sahen von Genf aus ruhig zu, wie die Polen in Verletzung der Minderheitenrechte bis 1931 schon eine Million Deutscher vertrieben hatten...“

Alfred Rosenberg⁴⁾



Eight murdered Germans in one place, of whom 2 were found lying separately and 2 others lying apart, in Glinke, near Bromberg

Zwischen Mai und August 1939 rollte eine schwere Terrorwelle gegen die deutsche Minderheit im polnisch besetzten deutschen Gebiet. Allein in dieser kurzen Zeit von drei Monaten wurden über 15.000 Deutsche ermordet. Davon wurden zuerst nur ca. 68–70 Volksdeutsche namentlich bekannt.⁵⁾

Die deutsche Volksgruppe wendete sich wiederholt sowohl an die deutschen Konsulate als auch direkt an den polnischen Staatspräsidenten und an den Völkerbund.⁶⁾ Vergeblich.

Rund 400.000 Deutsche (einige Quellen sprechen sogar von rund einer Million) mußten in den Jahren 1919–1921 ihre an Polen gelangte Heimat verlassen, weit mehr als die Hälfte der Deutschen, nämlich etwa 1,5 Millionen, bis 1939. In Bromberg sank zum Beispiel der Anteil der deutschen Bevölkerung im Jahre 1910 von 77,4 % auf 27,3 % im Jahre 1926, in Thorn von 66 % auf 12,5 %, in Graudenz von 84,8 % auf 20,7 %, in ganz Westpreußen von 42,7 % auf 18,7 %. Viele Deutsche wurden in den ersten Nachkriegsjahren des Ersten Weltkrieges ermordet oder kamen in die von Polen errichteten Konzentrationslager, die ersten in Mitteleuropa.⁷⁾

Allein Mitte August 1939 waren 75.535 Volksdeutsche ins Reich geflohen. Insgesamt hatten die Volksdeutschen kurz vor und nach Kriegsbeginn etwa 20.000 Tote zu beklagen, von denen 12.500 namentlich identifiziert werden konnten.⁸⁾

So waren schon im November 1939 zwar nicht 4.850, aber 5.437 Tote vorläufig festgestellt worden. Das erste diesbezügliche vom Auswärtigen Amt veröffentlichte Dokumentenwerk *Die polnischen Greuelthaten an den Volksdeutschen in Polen, Berlin 1940*, nennt als vorläufige Feststellung diese 5.437 Toten, dessen zweite Auflage - Berlin 1940 - bringt als bis zum 1. Februar 1940 ermittelte Zahl 12.857 Tote, zu der 45.000 Vermißte hin-

zugezählt wurden. Lediglich letztere Zahl ist Propagandawerk, dagegen ist die Zahl der 12.857 Toten urkundlich einwandfrei erhärtet, diese 12.857 wurden identifiziert. Nach Feststellungen der seinerzeitigen „Gräberzentrale Posen“ unter Leitung von Pastor Lic. Karl Berger und Ing. Hans Schmidt hat sich die zuletzt genannte Zahl noch auf über 15.000 Tote erhöht.⁹⁾

Allein während des Bromberger Blutsonntags hatten die Volksdeutschen etwa 6.000 Tote zu beklagen, von denen 5.437 namentlich identifiziert werden konnten.¹⁰⁾

„Den Bromberger Blutsonntag aber aus dem Gesamtkomplex des 20jährigen polnischen Terrors geschickt herauszulösen und alles andere dieser 20 Jahre sorgfältig zu verschweigen, hat mit einer objektiven Analyse nichts mehr zu tun. Denn jeder wirkliche Kenner der Verhältnisse im Versailler Polen weiß, daß – angefangen mit dem blutigen Mordterror der Korfanty-Banden in Oberschlesien – mit den Grenzschutzkämpfen in Posen und Westpreußen, mit der Errichtung des ersten polnischen Konzentrationslagers in Szczypiorno nach 1918, und den brutalen Ausweisungen von über einer Million Deutschen, Opferzahlen errechnet werden könnten, die die vermeintliche Zahl von 58.000 bei Weitem überschreiten dürften.“

*Rudolf Stade*¹¹⁾

Insgesamt hatte die deutsche Volksgruppe vor und nach Kriegsbeginn 58.000¹²⁾ Ermordete, davon 3.000 bis 4.000 vor Kriegsbeginn, zu beklagen, von denen 12.857 (12.500) namentlich identifiziert werden konnten. „Das bedeutet nahezu doppelt so viele Tote an Volksdeutschen durch Mord wie gefallene deutsche Soldaten während des gesamten Polenfeldzuges“.^{13) 14)}

Im Herbst 1939 konnten bereits rund 13.000 Mordfälle an Volksdeutschen durch Polen nachgewiesen werden. Und all das, nur um Adolf Hitler damals keine Möglichkeit zu lassen, einem Krieg auszuweichen. Die Gesamtzahl der bis zum Kriegsbeginn 1939 ermordeten und vermißten Deutschen wird nach vorsichtigen Schätzungen mit etwa 58.000 angegeben.¹⁵⁾

Der Streit um diese Zahlen hat erst nach Kriegsende eingesetzt, als Sieger und Mitsieger die deutschen Unterlagen zu ihren Gunsten manipulierten, der deutschen Geschichtsforschung unerwünschte Dokumentationen vorenthielten und u. a. auf diese Weise Einfluß auf die deutsche Geschichtsschreibung nahmen. Dennoch kam auch die polnisch-kommunistische Geschichtsschreibung nicht umhin, einzugestehen, daß diese Volksdeutschen die ersten Toten des Zweiten Weltkrieges waren, wobei die Verwerflichkeit dieser Fakten nicht davon berührt wird, ob der Sieger nur bereit ist, einige tausend Opfer weniger zuzugeben oder der damalige deutsche Sieger das Ausmaß dieses Schreckens vergrößert hat. Kenner der Verhältnisse verweisen jedenfalls immer wieder darauf, daß die veröffentlichten Zahlen viel zu niedrig sind und vor allem nicht jene unzähligen Opfer enthalten, die das Deutschtum in Polen durch polnischen Terror seit 1919 eingebüßt hat.¹⁶⁾

Der Historiker Hugo Rasmus vermerkt dazu völlig zutreffend:

„Spätere Todeserklärungen durch Gerichte konnten danach nicht mehr registriert werden. Erheblich dürfte die Zahl der unbekannt gebliebenen und der nicht aufgefundenen ermordeten Deutschen sein, die in der Gräberzentral-Kartei kaum registriert worden sein dürften. Es ist zweifelhaft, ob die nicht identifizierten Toten, die lediglich eine Bergungs-Nummer erhielten, in der übermittelten Kartei der GZ (Gräberzentrale) enthalten sind.“

*Pommerellen/Westpreußen 1919–1939, München 1989*¹⁷⁾

1933 bis 1939

Von März bis August 1939 ereigneten sich mehr als 200 polnische militärische Grenzverletzungen mit Brandlegung, Mord und Verschleppung.¹⁸⁾

In Kattowitz und Umgebung wurden in der Nacht zum 3. Mai 1939, dem polnischen Nationalfeiertag, Schmähschriften auf den Kanzler und das deutsche Volk verteilt und an Häusern und Zäunen angebracht, deren gemeiner Inhalt nicht wiederzugeben ist.

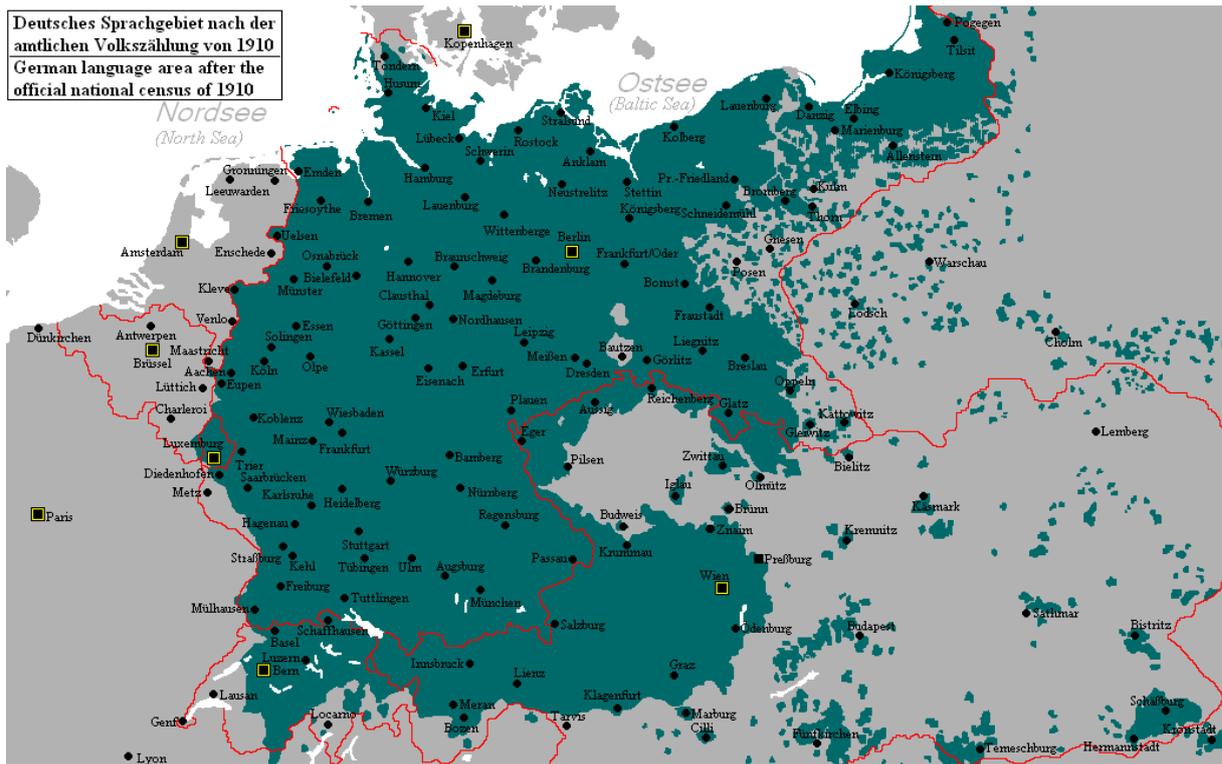
Die aus den verschiedensten Orten Ostoberschlesiens eintreffende Berichte über den Verlauf der Nacht vor dem polnischen Nationalfeiertag besagen, daß in allen Orten zahlreiche Volksdeutsche beschimpft, bedroht

und mißhandelt wurden. In den meisten Fällen entfesselten Aufständische und Angehörige der polnischen Jugendorganisation diese Ausschreitungen.¹⁹⁾

In Kunzendorf, Landkreis Kattowitz, einer überwiegend deutschen Gemeinde, wurden in der genannten Nacht von umherziehenden Aufständischen und jungen polnischen Burschen die Fensterscheiben in den Wohnungen Deutscher eingeschlagen und eingeworfen. Ganze Straßenzüge davon war ein Bild der Verwüstung.¹⁹⁾

In der Nacht des 4. Mai 1939 wurde von polnischen Aufständischen auch die deutsche Privatschule in Kostuchna (Kreis Pleß) heimgesucht. 12 große Fensterscheiben der Schule wurden durch Steinwürfe zertrümmert.

In Rybnik wurden in der selben Nacht die Schaufenster der deutschen Geschäfte mit Teer beschmiert und mit Hetzschriften verklebt.¹⁹⁾



In Walddorf drangen zwei Polen in das Haus des volksdeutschen Landwirts Oskar Pomeranke ein und forderten mehrere anwesenden Volksdeutsche auf, das Haus zu verlassen, während eine etwa 20 Mann starke polnische Gruppe vor dem Haus wartete. Als die Volksdeutschen, um Streitigkeiten zu vermeiden, das Haus verließen, zerstörten die Eindringlinge die gesamte Einrichtung des Hauses. Die draußen wartende Menge, die zum Teil mit Karabinern bewaffnet wartete, schlug indessen die Fensterscheiben ein. Als die Hausinsassen auf den Boden flüchteten, holten die Polen eine Leiter, bestiegen das Dach, rissen die Dachsparren ab und bombardierten die Eigentümer des Hauses mit Scheiten. Darauf schoß Hans Pomeranke in Notwehr auf die Polen, von denen zwei verletzt wurden. Die Polizei, die kurz darauf eintraf, verhaftete Pomeranke und sechs andere Volksdeutsche. Das Dorf Walddorf war für jeden Verkehr gesperrt worden.²⁰⁾

Die deutsche Bevölkerung des Dorfes Wolz (Kreis Graudenz) wurde von polnischen Banden ebenfalls in unglaublicher Weise terrorisiert. Fast allen Volksdeutschen wurden die Fenster eingeschlagen. Ferner versuchte man, die Bewohner aus den Häusern zu vertreiben. Ein großer Teil der Einwohner konnte sich in höchster Eile über die naheliegende Grenze nach Deutschland bringen. Das zum größten Teil von Deutschen bewohnte Dorf war zu der Zeit fast menschenleer. Es waren nur noch wenige Deutsche anwesend, die von Haus zu Haus gingen, das Vieh der geflohenen Volksdeutschen fütterten und versuchten, einen Teil der Habe zu retten.²⁰⁾

In Polen fand in den Abendstunden des Donnerstags, 4. Mai 1939, eine von allen polnischen Parteien einberufene Hetzversammlung statt, in der die Besetzung Danzigs und Ostpreußens und die Herbeiführung der „Oder-Grenze“ einschließlich Breslaus gefordert wurde. In der Menge wurde eine Puppe mitgeführt, die Adolf Hitler am Galgen darstellte. Jedes Mal, wenn das Wort „Hitler“ fiel, brach die Masse in wilde Schmäufe gegen Adolf Hitler aus. Nach Absingen deutschfeindlicher Lieder begab sich die aufgehetzte Menge zum deutschen

Generalkonsulat, wo wüste Schmährufe gegen Deutschland und Adolf Hitler ausgestoßen wurden. Eine dichte Polizeikette hatte Mühe, den aufgestachelten Mob von tätlichen Angriffen zurückzuhalten. Dafür aber hielten sich die verhetzten Elemente am volksdeutschen Eigentum schadlos. So wurde die stadtbekannt Konditorei Erhorn übel zugerichtet. Die großen Schaufensterscheiben wurden eingeschlagen, die Gardinen zerrissen, Stühle aus dem Lokal auf die Straße geschleudert, ganze Torten in die Menge geworfen. Ein Wagen deutscher Marke, der vor dem Eingang zur Konditorei parkte, wurde von der Menge schwer beschädigt, umgedreht und die Reifen zerschnitten. Höchst peinlich war allerdings die Überraschung, als ein polnischer Ulanenoffizier aus einem nahegelegenen Kino herauskam und sich als Besitzer des Wagens erwies. Auch in der Kosmos-Buchdiele wurden die Schaufensterscheiben eingeschlagen.²⁰⁾

Nachdem bereits vor Tagen der öffentliche Verkauf von deutschen Zeitungen und Zeitschriften eingestellt worden war, wurden jetzt auch den Abonnenten reichsdeutscher Blätter die Zeitungen nicht mehr zugestellt. In Kattowitz wurden am Freitag, dem 5. Mai 1939, in einem großen Zeitungsvertrieb sämtliche vorhandenen reichsdeutschen Zeitungen und Zeitschriften, insgesamt 20.000 Stück, beschlagnahmt und in Polizeikraftwagen fortgeschafft. Über die Gründe dieser unerhörten Maßnahme konnten die mit der Durchführung der Beschlagnahme beauftragten Beamten keinerlei Auskunft geben.²⁰⁾

Bei einem Umzug anlässlich des polnischen Nationalfeiertages wurden in Sazynek (Kreis Thorn) den Volksdeutschen Wegner und Krull die Fensterscheiben ihrer Wohnungen eingeworfen. Der Demonstrationszug war vom Lehrer des Dorfes veranlaßt worden.²⁰⁾

Die Jagd auf deutsches Eigentum und die Vernichtung deutschen Besitzes in Ostoberschlesien halten unvermindert an. Nach dem Heim des Deutschen Volksbundes in Königshütte und Swientochlowitz, der deutschen Bücherei in Bismarckhütte und der Geschäftsstelle der Jungdeutschen Partei in Biala wurde in der Nacht zum Freitag, dem 5. Mai 1939, auch die deutsche Volksbücherei in Kattowitz-Zalenze restlos zerstört. Polnische Elemente brachen die Türen zu dem Hause und zur Bücherei gewaltsam auf, zerschlugen die Inneneinrichtung, zerrissen einen Teil der Bücher und begossen sie mit Tinte. Ein anderer Teil der 1.000 Bände zählenden Bücherei wurde gestohlen und wahrscheinlich mit einem Kraftwagen fortgeschafft. Daß der Überfall auf die Bücherei von langer Hand sorgfältig vorbereitet wurde, ging schon daraus hervor, daß bereits Ende März versucht worden war, die Bücherei zu vernichten. Damals wurden die Täter an ihrem Vorhaben dadurch gehindert, daß die Bewohner die Polizei telefonisch benachrichtigten. Diesmal konnte nichts unternommen werden, weil vor dem Überfall sämtliche in das Haus führende Telefonleitungen zerschnitten worden waren.²⁰⁾



Am 24. August 1939 beschossen polnische Batterien zwei deutsche Verkehrsflugzeuge.¹⁸⁾ Ganz Polen befand sich im Zustand der Kriegsvorbereitungen. Die Stärke der mobilisierten Truppen wurde auf 1,5 Millionen Mann geschätzt. Im Grenzgebiet Westpommern wurden Männer bis zu 50 Jahren eingezogen, zum Teil aufgrund mündlicher Gestellungsbefehle. Im gesamten polnischen Staatsgebiet wurden so gut wie alle Wagen, Pferde und Autos herbeigeschafft, wobei die Militärbehörde auch die Personen- und Lastautos Reichsdeutscher mit Beschlagnahme belegte, die geschäftlich in Polen waren. An die polnisch-Danziger Grenze gingen ununterbrochen Truppentransporte mit polnischer Verstärkung.

In Lissa waren alle Kasernen, Turnhallen und öffentliche Gebäude überfüllt, weil fünf neue Jahrgänge zu den Waffen gerufen worden waren, obwohl alle aktiven Truppen Lissa bereits vor ein paar Tagen verlassen hatten. In Tirschtiegel waren starke Einheiten der polnischen Luftwaffe eingetroffen. Durch Dirschau marschierten polnische Soldaten mit Liedern des Inhalts durch die Straßen, sie würden in einigen Tagen in Berlin sein und Deutschland aufteilen.

Im Kreis Wirsitz wurden die Jahrgänge 1901 bis 1907 eingezogen. In Lodz herrschte Panikstimmung infolge der überstürzten offensiven Kriegsvorbereitungen. Dort wurden am 26. August 1939 48 Munitionstransportwagen, die in Richtung deutsche Reichsgrenze fuhren, gezählt. Lodz selbst war vollgepfropft mit Militär. Die drei größten Fabriken der Stadt wurden für die Militärbelegung geräumt. Die Maschinen wurden abmontiert und auf die Straße gestellt, die Arbeiter mit Knüppeln aus der Fabrik gejagt.

In Gdingen wurden aus den Häusern und Bauernhöfen Pferde, Wagen und sogar Fahrräder herausgeholt und für das Militär beschlagnahmt. In Bromberg standen 40.000 Mann abmarschbereit. In Oberschlesien herrschten seit dem 26. August 1939 chaotische Zustände. Die Bahnhöfe waren vollkommen verstopft, Gepäck konnte nicht mehr aufgegeben werden. Die begüterten Familien in Ostoberschlesien verließen fluchtartig Kattowitz mit hochbepackten Lastautos. Der Ansturm auf die Banken hielt an. Die Kommunalsparkasse von Kattowitz schloß am 26. August 1939 ihre Kassen. Die polnischen Hütten wurden am 27. August 1939 unterminiert. Auf Lastkraftwagen wurden aus den Grenzwagen die dort noch wohnenden Deutschen, denen die Flucht über die Grenze nicht gelungen war, in das Innere Polens verschleppt.

Im Rahmen dieser offensiven Kriegsvorbereitungen der polnischen Armee sprach eine Stimme des „Illstrowany Kurier Zachodny Leszno“ für sich selbst, in der es hieß:

„Das polnische Land muß in polnische Hände kommen. Bei den heutigen Verhältnissen und bei der heutigen Lage muß alles daran gesetzt werden, um diesen beunruhigenden Stand der Dinge zu liquidieren.“

Im Jahre 1920 haben wir Europa vor dem öffentlichen Barbarentum gerettet. Jetzt haben wir wieder eine große Rolle zu spielen, indem wir dem barbarischen Vormarsch des Hitlerischen Imperialismus im Voraus entgegenwirken.“

Und an einer anderen Stelle erklärte das gleiche Blatt:

„Wir müssen uns dessen bewußt bleiben, daß jeder Deutsche in unseren Grenzen eine Vorhut des Deutschtums ist.“

„Kurjer Poranny“ schrieb, daß Polen nicht nur seine eigenen Interessen, sondern Europa verteidige, und zwar nicht nur mit seiner sprichwörtlichen Bravour als Ulanen, sondern im Geiste der modernen Kriegsführung.²¹⁾

Am 28. August 1939 schoß ein MG-Trupp der deutschen Grenzüberwachung auf polnische Kavallerie, die auf deutschem Gebiet deutsche Bauern jagte.¹⁸⁾ und Polen zündeten 15 km von der Grenze entfernt im deutschen Haldenburg Häuser an.¹⁸⁾

Am 30. August 1939 um 16:30 Uhr ordnete Polen die Generalmobilmachung an und unterbrach den Zugverkehr nach Ostpreußen durch den Korridor.¹⁸⁾

Am 31. August 1939 gab der Warschauer Rundfunk um Mitternacht bekannt:

„Wir sind auf dem siegreichen Vormarsch und werden gegen Ende der Woche in Berlin sein, die deutschen Truppen gehen an der ganzen Front in Unordnung zurück.“¹⁸⁾

Der „Bromberger Blutsonntag“ war ein polnischer Pogrom am 3. September 1939.

Wie am 6. September 1939 bekannt wurde, hatten in den Wäldern nördlich von Krone an der Brahe umherstreifende Teile der polnischen Kavallerie-Brigade Pormorskie am Montag, dem 4. September 1939 gegen 18:00 Uhr eine deutsche Sanitätskompanie angegriffen und die Mannschaften und die wehrlosen Verwundeten bis auf acht Mann, die entkommen konnten, niedergemetzelt. Sämtliche Gefallenen trugen die weiße Binde mit dem Roten Kreuz und waren entsprechend den Genfer Bestimmungen unbewaffnet, so daß sie völlig wehrlos der polnischen Mordgier zum Opfer fielen.

Das furchtbare Verbrechen der Polen bei Krone an der Brahe hatte unter den deutschen Truppen sichtlich Empörung ausgelöst. Die berüchtigte polnische Kavalleriebrigade Pormorski, die bereits zahllose Überfälle auf die deutsche Zivilbevölkerung, Brandstiftungen und Notzüchtigungen auf dem Gewissen hatte und die zu den im Korridor umzingelten polnischen Truppenteilen gehörte, hatte an der Frontlinie in den Wäldern nordöstlich von Krone an der Brahe eine deutsche Sanitätskompanie überfallen.



Obwohl alle Fahrzeuge der Sanitätskompanie groß und deutlich sichtbar das Rote Kreuz auf weißem Grunde trugen, dieses Zeichen, das noch in jeden Kampf nach internationaler Übereinkunft als unverletzlich geachtet worden war, stürzten sich die Horden der Brigade Pormorski mit Maschinengewehr- und Gewehrfeuer auf die Rot-Kreuz-Wagen, in denen deutsche Verwundete zurücktransportiert wurden. Obwohl der Führer der deutschen Sanitätskompanie eine große Fahne mit dem Roten Kreuz schwenkte, um die ihm anvertrauten Verwundeten zu schützen, schossen ihn die Polen erbarmungslos nieder. Sie stürzten sich auf die einzelnen Wagen, griffen die wehrlosen Verwundeten von den Tragbahnen und metzelten sie nieder. Nur acht Mann der Sanitätskompanie gelang es, ins Unterholz der Wälder zu flüchten. Sie brachten die furchtbare Meldung nach Krone. Wie dann nachträglich bekannt wurde, dach-

ten die Polen auch nicht daran, das Rote Kreuz vom Angriffen auszunehmen. Am 1. September wurde eine Sanitätskompanie, die nach Ostrowo marschierte und durch das Rote Kreuz erkenntlich war, von einem polnischen Flieger beschossen. Mehrere Mannschaften wurden verwundet.²²⁾

Bei einem Einmarsch in das Gebiet der Tucheler Heide am 6. September 1939 fanden die deutschen Truppen die Försterei bei Mentchital in einem Zustand furchtbarer Verwüstung. Die polnischen Truppen hatten das gesamte Vieh abgeschossen, Wohnhaus und Stallgebäude völlig demoliert, die Lebensmittel teils vernichtet, teils in ekelregender Weise verunreinigt und unbrauchbar gemacht. Die beiden Jagdhunde des Försters lagen mit aufgeschnittenen Leibern in den Betten des Försterehepaares. Der 63jährige Förster war von den Polen an das Scheunentor gekreuzigt und von zahllosen Schüssen durchbohrt worden. Ganz offenbar hatten die Polen ihn als Zielscheibe benutzt. Die sofort vorgenommenen ärztlichen Untersuchungen stellten fest, daß der alte Mann bei lebendigem Leibe an das Scheunentor genagelt worden war. Von seiner Frau fehlte jede Spur.

In Kosolitz fanden in einem Bauernhaus die deutschen Truppen vier Kinder im Alter von fünf, sechs, sechseinhalb und acht Jahren von zwei verschiedenen Familien an einem Tische sitzend vor. Als die deutschen Soldaten näher herankamen, sahen sie, daß die vier Kinder mit ihren Zungen auf der Tischplatte festgenagelt waren. Die Kinder waren infolge dieser furchtbaren polnischen Schandtät erstickt.²³⁾

Ein erneuter Beweis polnischer Brutalität war die Mitteilung des Deutschen Roten Kreuzes in Beuthen. Nach langen Suchen fand man die Leichen von 18 Volksdeutschen. Sämtliche Leichen waren grauenvoll verstümmelt. Meistens waren diese Opfern polnischer Brutalität die Augen ausgestochen sowie die Nase und die Ohren abgeschnitten worden. Der größte Teil der gefundenen 18 Volksdeutschen waren derart grauenvoll verstümmelt worden, daß man nur mit Mühe die Identität der Toten feststellen konnte. Man fand diese Leichen im Gelände zwischen der Deutsch-Bleischarly-Grube und den Grenzübergang an der Königshütter Landstraße.²⁴⁾

In den Dörfern Großneudorf und Tannhofen, die an der Straße von Bromberg nach Hohensalza liegen, war die männliche deutsche Bevölkerung fast restlos von polnischen Banden und polnischen Militär erschossen worden. Fast alle Gebäude wurden niedergebrannt. Das lebende und tote Inventar wurde durch die fliehende polnische Bevölkerung geraubt.

Unbeschreiblich waren die Greuelthaten, die in der fast rein deutsch besiedelten Grünfließ-Niederung vom polnischen Mob verübt wurden. Die Polen haben fast die gesamte Bevölkerung ermordet. Die Dörfer wurden niedergebrannt, in die Flammen der Gebäude wurden die Erschlagenen deutschen Männer und Frauen geworfen. Die Gegend war fast ausgestorben.

Zwischen Hohensalza und Moglino waren die Getreideschober und Gutshäuser aller Deutschen niedergebrannt. In Paksch hat man auf gleiche Weise die deutsche Ein- und Verkaufsgenossenschaft vernichtet. Die deutschen Geschäfte in diesem Ort wurden geplündert. Zwischen Paksch und Moglino wurden zahlreiche Deutsche von einem durchfahrenden Militärkommando umgebracht. Besonders verwüstet waren das Scheßinger Pfarrhaus, in dem der Kreisleiter der jungen deutschen Partei wohnte. Die Namen der Räuberbande wurde festgestellt, es handelte sich um die Polen Gornz, Bednarek, Ratajewski und Wruck, die in Ruczon wohnten. Zwischen Moglino und Bartchin hatte das deutsche Dorf Schlabau die gesamte männliche Bevölkerung verloren. Ähnlich war die Lage in Wilhelmsee.[25]

Quellen:

https://de.metapedia.org/wiki/Chronologie_antideutscher_Gewalt_von_Polen

- 1) s. A. Schickel: *Deutsche und Polen. Ein Jahrtausend gemeinsamer Geschichte*, Bergisch-Gladbach 1984, s. 167ff sowie Rasmus, Hugo: *Pommerellen/Westpreußen 1919-1939*, München 1989, S. 15-89
- 2) *Polish Atrocities Against the German Minority in Poland: „58.000 claimed dead or missing by Feb 1940“* (englisch)
- 3) Kapitel 1: „More than 58,000 dead and missing“, in: *Auswärtiges Amt: Die polnischen Greueltaten an den Volksdeutschen in Polen. Im Auftrage des Auswärtigen Amtes auf Grund urkundlichen Beweismaterials zusammengestellt, bearbeitet und herausgegeben von Hans Schadewaldt*, Berlin Volk und Reich Verlag 1940 (englischsprachige Ausgabe als PDF-Datei)
- 4) Alfred Rosenberg: *Adolf Hitler – Letzte Aufzeichnungen. Nürnberg 1945–1946*
- 5) *Völkischer Beobachter vom 30. und 31. August 1939*, s. Kuhn Walter: *Das Deutschtum in Polen und sein Schicksal in Kriegs- und Nachkriegszeit. In Osteuropa-Handbuch Polen*. Hrsg. von W. Markert, Köln/Graz 1959
- 6) *Eine Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs (mit politisch korrekter Einleitung)*
- 7) Pit Pietersen: *Kriegsverbrechen der alliierten Siegermächte, Kapitel 10: Polens Weg zum Krieg*, S. 261
- 8) Seraphim, Maurach und Wolfrum: *Ostwärts von Oder und Neiße*, zitiert in Joachim Nolywaika: *Die Sieger im Schatten ihrer Schuld*
- 9) Theodor Bierschenk: *Die deutsche Volksgruppe in Polen 1934–39*
- 10) Rasmus a.a.O. S. 143 sowie Wehner Bernd: *Die polnischen Greueltaten. Kriminalpolizeiliche Ermittlungsergebnisse*. Berlin 1942
- 11) Rudolf Stade: *im September 1939, Der Bromberger Blutsonntag oder „Die gezielte Provokation zu Beginn des Zweiten Weltkrieges.“ Wie es damals wirklich war.* (Originalausgabe: *Kritik: Die Stimme des Volkes*, Folge Nr. 50; Nordland-Verlag, 1981)
- 12) de Zayas 1987, S. 37
- 13) U. Walendy: *Wahrheit für Deutschland*, 1965, S. 170
- 14) Schröcke, aaO, 125
- 15) *National-Journal*, 27. August 2009
- 16) Udo Walendy: *Wahrheit für Deutschland*
- 17) zitiert in: *Junge Freiheit*, 39/06 22. September 2006: „Schlagt die Deutschen nieder, wo ihr sie trifft!“ *Eine unbeachtete Quelle mit historischem Sprengstoff: Die Posener Gräberzentrale über die Morde an Volksdeutschen in Polen 1939*
- 18) *Auszug aus der VGG-Verfassungsbeschwerde vom 10. Dezember 1992*
- 19) *Mitteldeutsche Nationalzeitung: Freitag 5. Mai 1939*
- 20) *Mitteldeutsche Nationalzeitung: Samstag 6. Mai 1939*
- 21) *Mitteldeutsche Nationalzeitung: 27. August 1939*
- 22) *Thüringer Gauzeitung: Mittwoch, 6. September 1939*
- 23) *Mitteldeutsche Nationalzeitung: 7. September 1939*
- 24) *Mitteldeutsche Nationalzeitung: 8. September 1939*
- 25) *Lichterfelder Anzeiger: Donnerstag, 23. November 1939*
- 26) *mdr.de*, 4. Mai 2011: Verweyen, Greg; Koop, Peter, *Rechtsradikale Polen.* (Abgerufen am 5. Mai 2011. Archiviert bei WebCite®)

Der „Bromberger Blutsonntag“

war ein am 3. September 1939 von Polen gegen Deutsche verübtes Pogrom. Bei diesem Massaker wurde eine große Anzahl Volksdeutscher, die aufgrund des sogenannten Versailler Vertrages unter polnische Verwaltung gestellt worden waren, in der seit 1918 im polnischen Korridor gelegenen deutschen Stadt Bromberg durch Polen ermordet.

Der Völkermord fand zwei Tage nach dem Beginn des sogenannten Polenfeldzuges der deutschen Wehrmacht als Schutzmaßnahme gegen bereits seit den 1920er Jahren verübten ständigen Übergriffen von polnischer Seite auf die deutsche Zivilbevölkerung statt. Warum fanden gerade am 3. September so viele Morde statt? Es war der Tag der englischen und französischen Kriegserklärung an das Deutsche Reich. Die Polen gerieten in einen Freudentaumel und glaubten im Ernst, daß es England um die Erhaltung des polnischen Staates ginge.¹⁾ Das Geschehen spielte sich vor dem Hintergrund mitunter latenter, aber meist offener Spannungen zwischen der polnischen Minderheit und der starken deutschen Mehrheit in den deutschen Reichsgebieten ab.



Offizielle Ermittlungen der deutschen Behörden 1939/40

Eine durch die deutsche Wehrmacht-Untersuchungsstelle (WUst) vorgenommene Untersuchung der Ereignisse in Bromberg schloß eine Befragung gefangener polnischer Soldaten, Volksdeutscher aus Bromberg und Umgebung sowie die Befragung polnischer Zivilisten zu den Vorfällen am 3. September 1939 ein.

Die Vernehmung eines polnischen Vizefeldwebels ergab nach den deutschen Unterlagen, daß die bei Bromberg stationierten polnischen Truppenteile als Folge einer angeblich aus der Stadt zu hörenden Schießerei eine Patrouille in den Ort geschickt hätten, um die Lage zu klären. Bei einer abschließenden Besprechung teilte der Bataillonskommandeur, Major Slawinski, seinen Soldaten mit, daß keine Sabotageakte oder Angriffe durch Volksdeutsche festgestellt wurden und vielmehr zurückflutende Teile der 9. und 27. polnischen Infanterie-Division geschossen hätten.

Richterliche Befragungen von Zeugen in den Monaten nach den Vorfällen ergaben oftmals die Beteiligung polnischer Soldaten an Ermordungen. In diesen Fällen wurden die Soldaten von Zivilisten zu den Häusern von Volksdeutschen geführt, aus denen angeblich Schüsse gefallen waren. Insbesondere erwachsene, männliche Hausbewohner sollen nach diesen Aussagen von den Soldaten getötet worden sein, auch wenn keine Waffen gefunden worden seien oder sich die Beschuldigten nicht bedrohlich oder sonstwie verdächtig verhalten hatten.

Die ausbrechende Panik, die durch die ungeordnet durch den Ort ziehenden Teile polnischer Armee-Einheiten angefacht wurde, soll dann schließlich das Klima geschaffen haben, in dem die meisten Tötungen und Mißhandlungen durch polnische Zivilisten und Soldaten an Volksdeutschen stattfanden. Gerichtsmedizinische Untersuchungen der Opfer durch deutsche Stellen dokumentierten anschließend auf erschütternde Weise teils schwerste Verstümmelungen an den Leichen.

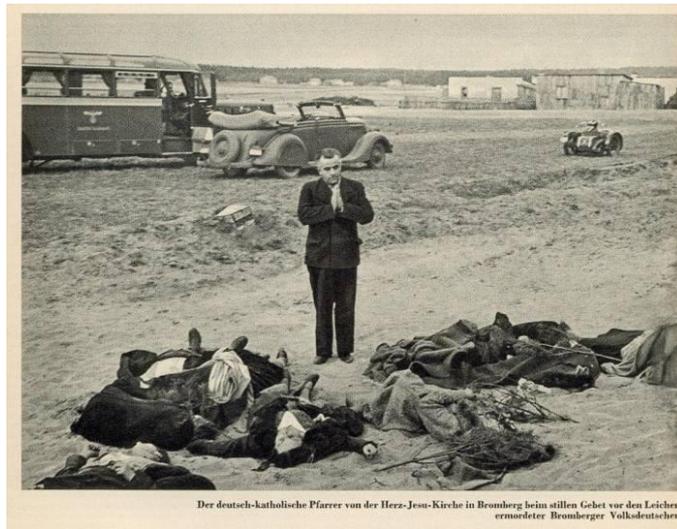
Polnische Untersuchungen

Offizielle polnische Quellen behaupteten später, es seien 238 polnische Soldaten und 223 Angehörige einer nicht weiter spezifizierten subversiven Gruppe getötet worden.

Das sogenannte polnische Institut für Nationales Gedenken (IPN) hat im Juni 2004 die Untersuchung der Vorgänge in Bromberg zwischen dem 3. und dem 5. September 1939 aufgenommen. Anhand neuer Dokumente und Archivquellen wurde behauptet, daß angeblich polnische Truppen von Abwehragenten und Angehörigen der deutschen Minderheit beschossen worden sein sollen. Dabei wurden angeblich zwischen 40 und 50 polnische Soldaten getötet. Im darauffolgenden an der deutschen Zivilbevölkerung vollzogenen Pogrom kamen nach vorgeblichen polnischen „Schätzungen“ im Bromberger Stadtgebiet zwischen 100 und 300 volksdeutsche Einwohner ums Leben.

Opferzahlen und Ursachen

Übereinstimmend wird in verschiedenen Quellen berichtet, daß in Bromberg geschossen wurde. Strittig ist aber, auf wen und ob es sich um deutsche Provokateure oder polnische Partisanen handelte. Eine nicht genau zu ermittelnde Anzahl Deutscher wurde in diesem Zusammenhang ermordet.



Der deutsch-katholische Pfarrer von der Herz-Jesu-Kirche in Bromberg beim stillen Gebet vor den Leichen ermordeter Bromberger Volksdeutschen

Christian Zentner schreibt, der polnische Militärkommandant von Bromberg habe ein Massaker an mehreren Tausend deutschen Brombergern befohlen. Hugo Rasmus – ein gebürtiger Bromberger – hat eine Liste der in der Stadt Bromberg ermordeten Deutschen erstellt. Diese Liste enthält die Namen von 358 Personen, darunter 39 Frauen und 55 ältere Menschen. Nicht berücksichtigt sind dabei die Ermordeten der umliegenden deutschen Dörfer Brombergs sowie in den anderen Landesteilen des durch Polen besetzten deutschen Reichsgebietes. Der Autor Bernhard Lindenblatts schreibt dagegen von „mehr als 1.000 Deutschen Zivilisten“, die an diesem 3. September in und um Bromberg ermordet wurden.

Insgesamt bewegen sich die Angaben über die Zahl der volksdeutschen Opfer in der Literatur meist zwischen 700 und 1.200 Menschen. Die Schwankungen ergeben sich unter anderem oft aus der Frage, ob nur die Opfer in der Stadt Bromberg selbst gezählt werden, oder ob man die Opfer in den umliegenden Gemeinden mit einbezieht.

Allein Mitte August 1939 waren 75.535 Volksdeutsche ins Reich geflohen. Insgesamt hatten die Volksdeutschen kurz vor und nach Kriegsbeginn etwa 20.000 Tote zu beklagen, von denen 12.500 namentlich identifiziert werden konnten. So waren schon im November 1939 zwar nicht 4.850, aber 5.437 Tote vorläufig festgestellt worden. Das erste diesbezügliche vom Auswärtigen Amt veröffentlichte Dokumentenwerk ‚Die polnischen Greuelthaten an den Volksdeutschen in Polen‘, Berlin 1940, nennt als vorläufige Feststellung diese 5.437 Toten, dessen zweite Auflage – Berlin 1940 – bringt als bis zum 1. Februar 1940 ermittelte Zahl 12.857 Tote, zu der 45.000 Vermißte hinzugezählt wurden. Lediglich letztere Zahl ist Propagandawerk, dagegen ist die Zahl der 12.857 Toten urkundlich einwandfrei erhärtet, diese 12.857 wurden identifiziert. Nach Feststellungen der seinerzeitigen ‚Gräberzentrale Posen‘ unter Leitung von Pastor Lic. Berger und Ing. Hans Schmidt hat sich die zuletzt genannte Zahl noch auf über 15.000 Tote erhöht. Allein während des Bromberger Blutsonntags hatten die Volksdeutschen etwa 6.000 Tote zu beklagen, von denen 5.437 namentlich identifiziert werden konnten. Den Bromberger Blutsonntag aber aus dem Gesamtkomplex des 20jährigen polnischen Terrors geschickt herauszulösen und alles andere dieser 20 Jahre sorgfältig zu verschweigen, hat mit einer objektiven Analyse nichts mehr zu tun. Denn jeder wirkliche Kenner der Verhältnisse im Versailler Polen weiß, daß – angefangen mit dem blutigen Mordterror der Korfanty-Banden in Oberschlesien – mit den Grenzschutzkämpfen in Posen und Westpreußen, mit der Errichtung des ersten polnischen Konzentrationslagers in Szczyplorno nach 1918, und den brutalen Ausweisungen von über einer Million Deutschen, Opferzahlen errechnet werden könnten, die die vermeintliche Zahl von 58.000 bei Weitem überschreiten dürften.²⁾



Da von den Nationalsozialisten keine Auszeichnungen oder sonstige Ehrungen an Mitglieder von Militäreinheiten oder Sondereinheiten für Aktionen im fraglichen Zeitraum im Raum Bromberg vergeben wurden und sich überhaupt die Anwesenheit regulärer deutscher Truppen in diesem Gebiet am 3. September 1939 nie belegen ließ, wird eine Beteiligung von SS oder der Wehrmacht an den Ermordungen von den meisten Historikern ausgeschlossen. Jürgen Runzheimer stellt dazu fest, daß es keinerlei Anhaltspunkte dafür gebe, daß es sich dabei etwa um eine Provokation des deutschen SD gehandelt haben könnte.

Die grausamen Morde an der deutschen Zivilbevölkerung in Bromberg sind nur ein Teil der polnischen Übergriffe auf Volksdeutsche in Polen seit 1918. Seitdem inszenierten polnische Verantwortliche permanent gegen die seit Jahrhunderten ansässige deutsche Bevölkerung Prügeleien, infernalische Hetzjagden und öffentliche Mordorgien. Unzählige Deutsche fielen auf bestialische Art und Weise diesem Vorgehen zum Opfer. In einer Dokumentation des Auswärtigen Amtes vom November 1939 wurde die Gesamtzahl der während dieser Ereignisse ermordeten Angehörigen der deutschen Minderheit in Polen mit 5.437 angegeben. Mittlerweile sind weitere Historiker zu dem Ergebnis gekommen, daß insgesamt fast 4.000 Volksdeutsche ermordet wurden, davon allein in Bromberg 1.200 bis 1.500.

Quellen:

https://de.metapedia.org/wiki/Bromberger_Blutsonntag

1) vgl.: Joachim Nolywaika: *Die Sieger im Schatten ihrer Schuld*

2) Hugo Rasmus: *Pommerellen / Westpreußen 1919–1939*, Herbig Verlag, München 1989

Erlebnisbericht von Else Zabel aus dem Dorf Hopfengarten

Um sieben Uhr abends bellten die Hunde. Vier Polen, drei waren bewaffnet, kamen auf unseren Hof. Sie lärmten laut und schwenkten ihre Karabiner. Als mein Mann in der Tür erschien, um sie zu fragen, was sie wollten, brüllten sie „Hitlerschwein!“. Sie schlugen ihn nieder. Dann forderten sie ihn auf, die Waffen herauszugeben. Waffen hatten wir aber nie besessen. Dann stießen sie meinen Mann zur Seite und traten in unsere Wohnung. Sie kamen in die Küche und rissen die Schubladen heraus, machten die Tür vom Küchenspind auf und durchwühlten alles. Sie warfen die Sachen auf den Fußboden. Dann rannten sie ins Wohnzimmer und in das Schlafzimmer. Auch hier rissen sie alle Schränke und Schubladen auf, brachen alles auf und warfen die Gegenstände auf den Fußboden. Die Sachen, die ihnen gefielen, steckten sie in ihre Taschen. Die Betten wurden aufgeschlitzt und aufgerissen. Dann schüttelten sie die Federn aus ... Nachdem die Polen nichts Belastendes gefunden hatten, schlugen sie wieder auf meinen Mann ein und traten ihn mit Füßen und johlten laut „Hitlerschwein!“. Dann wollten sie von ihm Geld und seine Taschenuhr ... Zuerst weigerte er sich, das Geld und die Uhr herauszugeben. Aber sie schlugen erneut auf ihn ein. Er blutete aus der Nase und dem Mund, hatte Platzwunden am Kopf. ...

Ich sah vom Blumengarten aus die Quälerei mit an. Ich durfte mich aber nicht bemerkbar machen, da mich die Polen wahrscheinlich genauso behandelt und noch vergewaltigt hätten. Das hatten sie mehrfach mit den Töchtern unserer Nachbarn gemacht, die auch Deutsche waren. Mein Mann fiel mehrmals hin, wurde aber mit Fußtritten und Kolbenschlägen wieder hochgetrieben. Unter großem Gejohle und Beschimpfungen wie „Hitlerowiec, Schwab, deutsches Schwein“ trieben sie meinen Mann vom Grundstück ... Die Polen schlugen

weiter auf ihn ein, traten ihn und stachen mit den Bajonetten zu. Sie rissen ihn wieder hoch und trieben ihn vor sich her.

Ich war durch diesen Überfall und die Mißhandlungen meines Mannes so verängstigt, daß ich ohne Verpflegung und ohne Gepäck über die angrenzenden Wiesen in eine Lehmgrube floh. Dort fand ich Nachbarn. Sie berichteten auch von Mißhandlungen. Inzwischen war es dunkel geworden. Die ganze Nacht hörten wir von weitem das Lärmen der Soldaten, das Weinen der Kinder, das Jammern der Frauen und der Mädchen. Zwischendurch fielen Schüsse. An mehreren Stellen des Ortes brannten die Häuser der deutschen Bauern ...

(Nach dem Einmarsch der deutschen Truppen) fand ich meinen Mann tot, erschossen, erschlagen. Ich identifizierte ihn anhand seiner Kleidung. Er war fast bis zur Unkenntlichkeit zerschlagen. Er hatte klaffende Wunden in Rücken, Brust und Bauch. Kopf und Schulter waren blutverkrustet. In meinem Schmerz und meiner Ohnmacht bin ich zusammengebrochen ...

Quelle: Heinz Nawratil: *Schwarzbuch der Vertreibung 1945 bis 1948*, S. 46, zitiert nach Rudolf Mühlfnzl (Hg.): *Geflohen und vertrieben – Augenzeugen berichten*, Königstein/Ts. 1981, S. 36 ff.

Polen als Aggressor 1918–1938



Die Polen sehen sich gern als ein Opferstaat des 20. Jahrhunderts und werden vielfach vom Ausland auch als solcher betrachtet. Das ist jedoch falsch. Richtig ist, daß Polen vor allem Tätervolk war und von 1918 bis 1938 alle seine Nachbarn ohne Ausnahme in Angriffskriegen überfallen und ihnen mehrheitlich nichtpolnische Gebiete geraubt hat. In diesen hat es dann sofort scharfe Polonisierungsmaßnahmen durchgeführt, die andersvölkischen Minderheiten unterdrückt oder zur Flucht veranlaßt. Zwischen 1933 und 1936 hat es sich mehrmals um einen gemeinsamen Angriffskrieg gegen Deutschland bei den Westmächten bemüht. Durch die Verfolgung

der Volksdeutschen und seine starre ablehnende Haltung gegenüber berechtigten deutschen Ansprüchen hat es wesentlich zum Zweiten Weltkrieg beigetragen. Seit der dritten polnischen Teilung im Jahre 1795, die durch den Einmarsch der Russen veranlaßt wurde, hatte es für 121 Jahre keinen selbständigen polnischen Staat mehr gegeben. Nach der Vertreibung der Russen aus deren polnischem Teil proklamierten im Ersten Weltkrieg Deutsche und Österreicher am 05.11.1916 ein neues Königreich Polen und setzten bald einen Regentschaftsrat ein, der sich nach der von ihm begrüßten Machtübernahme Jozef PILSUDSKIS am 11.11.1918 drei Tage später auflöste. Unter diesem als Staatschef ging Polen in den beiden nächsten Jahrzehnten gegen seine Nachbarn sehr aggressiv vor und brach mehrfach den Frieden, was die anderen Großmächte ohne große Proteste hinnahmen oder sogar förderten. Historische Tatsachen sind:

1. Mit dem polnischen Posener Aufstand vom 26. Dezember 1918 begann die gewaltsame Besetzung des bis dahin deutschen Posener Landes durch polnische Streitkräfte und die Vertreibung der deutschen Verwaltung und der Amtsenthebung der Beamten aus der in ihrem Westteil mehrheitlich deutsch besiedelten Provinz Posen. Eine deutsche Rückeroberung Posens wurde von den Alliierten untersagt: Am 17.02.1919 wurde ein Waffenstillstand für die Posener Front geschlossen. Die gewaltsame polnische Inbesitznahme erfolgte also schon, bevor die Friedensverhandlungen in Versailles begannen, die das Posener Land ohne Volksabstimmung Polen zusprachen.
2. Der gleichzeitig ebenfalls mit Waffengewalt unternommene polnische Versuch, auch das mehrheitlich deutschbewohnte Westpreußen zu erobern, scheiterte am Widerstand deutscher Freiwilliger des Grenzschutzes. Obwohl in den für Volksabstimmungen vorgesehenen wenigen Kreisen West- und Ostpreußens am 11.07.1920 jeweils mehr als 90 Prozent der Bevölkerung für Deutschland stimmten, was auch im übrigen Westpreußen erfolgt wäre, würde das zu mehr als 95 Prozent deutsche Danzig eine „Freie Stadt“ und mußte das restliche Westpreußen ohne die Abstimmungsgebiete an Polen abgetreten werden.
3. 1919 fiel die polnische Haller-Armee unter General Josef Haller de Hallenberg (1873-1960) in das bis dahin zu Österreich gehörende Ostgalizien ein, wo sich gerade die Westukrainische Volksrepublik bilden wollte, eroberte Lemberg und vertrieb bis zum 17. Juli 1919 die letzten ukrainischen Truppen aus Ostgalizien. Gegen den Protest der mehrheitlich ukrainischen Bevölkerung sprach am 21.11.1919 die alliierte Botschafterkonferenz Polen ein 25jähriges Mandat über Ostgalizien zu, am 15.03.1923 die volle Hoheit über das Land.
4. Als polnische Ostgrenze hatte der Oberste Rat der Alliierten am 08.12.1919 die Curzon-Linie vorgeschlagen, die ungefähr der polnischen Siedlungsgrenze entsprach. Am 26. April 1920 fiel Pilsudski mit polnischen Truppen über diese Grenze hinweg in die von den Sowjets besetzte Ukraine ein, vertrieb zusammen mit dem nationalukrainischen General Petljura die in den Revolutionswirren noch schwachen Bolschewisten, kam am 08.05.1920 bis Kiew, mußte dann vor der sowjetischen Armee bis Warschau zurückweichen, wo er, von Franzosen beraten, im „Wunder an der Weichsel“ am 16.08.1920 die Rote Armee besiegen konnte. Im Frieden von Riga wurde am 18.03.1921 die polnische Ostgrenze rund 250 Kilometer östlich der Curzon-Linie festgelegt, wodurch große mehrheitlich ukrainisch oder weißrussisch besiedelte Gebiete an Polen kamen, das sogenannte Ostpolen, das 1945 wieder an die Sowjetunion fiel.
5. Das vorher russische Litauen war 1915 von deutschen Truppen befreit worden. Am 16.02.1918 wurde in der Hauptstadt Vilnius (Wilna) das selbständige Litauen ausgerufen, dem der deutsche Reichstag im März 1918 zustimmte. Nach dem Abzug der deutschen Truppen im Januar 1919 einigten sich Moskau und Warschau, die zunächst beide Ostlitauen mit Vilnius abwechselnd besetzt und beansprucht hatten, darauf, daß dieser Landesteil bei Litauen bleibe. Am 09.10.1919 überfiel in einem militärischen Handstreich der polnische General Lucjan Zeligowski erneut Ostlitauen und eroberte Vilnius. Die gewaltsame polnische Eroberung wurde von der alliierten Botschafterkonferenz am 15.03.1923 als polnischer Besitz bestätigt, was Litauen bis 1938 nicht anerkannte.



6.

7. Vor und nach der eine große Mehrheit für Deutschland ergebenden Volksabstimmung in Oberschlesien am 20.03.1921 versuchten polnische Streitkräfte (Insurgenten) unter Adalbert Korfanty von 1919 bis 1921 in mehreren Einfällen und Aufständen unter Mithilfe polnischer Truppen, unter anderem der Haller-Armee, Oberschlesien zu erobern und so vollendete Tatsachen zu schaffen. Deutsche Freikorpskämpfer verhinderten das. (u. a. deutsche Erstürmung des Annabergs am 21.05.1921) General Joseph Haller läßt sich im polnisch-sowjetischen Krieg 1920 die bolschewistischen Stellungen zeigen.

8. Nach dem von den europäischen Großmächten abgeschlossenen Münchener Abkommen vom 29.09.1938 zur Vereinigung des geschlossenen deutsch besiedelten Sudetenlandes mit dem Deutschen Reich fielen die nicht beteiligten Polen am 02.10.1938 nach einem kurzfristigen Ultimatum in das 1920 der Tschechoslowakei zugesprochene Olsa-Gebiet, den westlichen Teil des Teschener Landes, ein und besetzten es gegen den Protest Prags. Die Westmächte waren darüber ungehalten, unternahmen aber sonst nichts. Um den sofort einsetzenden Unterdrückungsmaßnahmen zu entgehen, flohen mehr als 5.000 Deutsche in den folgenden Wochen aus diesem Gebiet über die Grenzen in das Reich.

Am 20. und 21. Oktober 1938 besetzten polnische Truppen sechs slowakische Grenzkreise in den Karpaten, so daß eine direkte polnisch-ungarische Grenze entstand und der bestehende „Kleine Korridor“ an der Zips beseitigt wurde.

9. Im Frühjahr 1933 und noch einmal im Winter 1933/34 versucht Pilsudski von Warschau aus, Frankreich für einen Angriffskrieg gegen Deutschland zu gewinnen, um weiteres deutsches Land bis zur Oder, insbesondere die damals Freie Stadt Danzig, und Ostpreußen für Polen zu gewinnen. Da sich Frankreich nicht stark genug fühlte und Großbritannien abriet, kam es nicht zu diesem Angriffskrieg gegen das Reich. Zur Vorbereitung dazu ließ Pilsudski am 6. März 1933 polnische Truppen auf der zur Freien Stadt Danzig gehörenden Westerplatte landen – eine Völkerrechtsverletzung (siehe Beitrag: Völkerrechtswidrige polnische Truppen auf Westerplatte) – und einige Tage später polnische Einheiten im Korridor zusammenziehen.

10. Nach Pilsudskis Tod (12.05.1935) bemühte sich am 7. März 1936, am Tage des deutschen Einmarsches in das bis dahin seit 1919 entmilitarisierte deutsche Rheinland, der neue polnische Staatschef BECK erneut um Frankreichs Mithilfe bei einem Angriffskrieg gegen das Reich: Er versicherte, Polen werde Deutschland

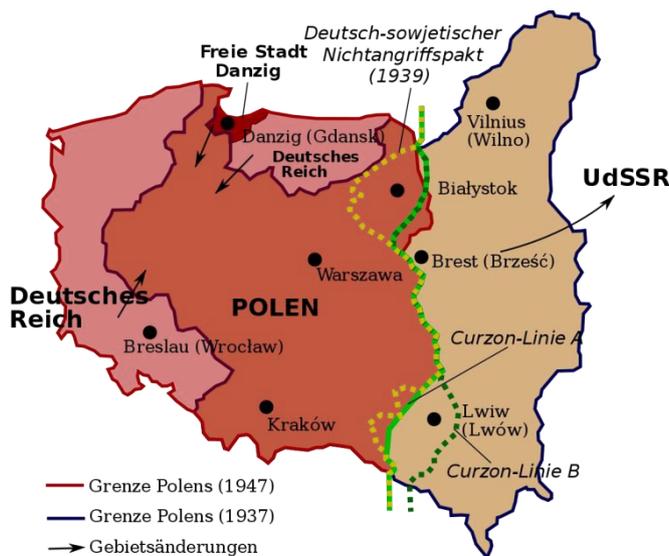
im Osten angreifen, wenn Frankreich in Westdeutschland einmarschiere. Als Paris zögerte, reiste Beck übereilt nach London, wo er ebenso sowohl von der Regierung als auch von König Eduard VIII. eine Absage zu seinen Kriegsplänen erhielt. Warschau wollte also schon 1936 den großen europäischen Krieg gegen Deutschland, um von diesem weitere Gebiete zu erwerben.

11. Im August 1939 nahm Polen eine Reihe von militärischen Grenzverletzungen und Beschießungen deutscher Objekte vor. Allein in den sieben Tagen vom 25. bis 31. August 1939 wurden vom deutschen Auswärtigen Amt 43 meist mit Schüssen sowie mit mehreren deutschen Todesopfern verbundene polnische Grenzüberschreitungen dokumentiert. Am 23.08.1939 wurde ein deutsches Verkehrsflugzeug auf dem Flug nach Danzig außerhalb polnischen Hoheitsgebietes in der Nähe der Danziger Grenze von polnischer Flak beschossen. Am 25.08.1939 wurde ein anderes Verkehrsflugzeug von polnischen Kriegsschiffen aus auf offener See bei Danzig beschossen. Schon am 07.08.1939 hatte der *Ilustrowany Kurjer* in Krakau, eine weitverbreitete polnische Zeitung, geschrieben, daß polnische Einheiten laufend Vorstöße über die Grenze hinweg in deutsches Gebiet unternähmen, um dort militärische Anlagen zu zerstören und Waffen und Geräte der Wehrmacht nach Polen mitzunehmen.

12. Nach der Teilmobilisierung der polnischen Streitkräfte vom 23.03.1939 erfolgte von Warschau die Generalmobilisierung in der Nacht zum 24.08.1939, zunächst persönlich zugestellt, am 29.8. öffentlich bekannt gegeben, wobei die polnischen Militärpläne vorsahen, daß eine Generalmobilmachung nur für den Fall befohlen würde, daß Polen sich für den Krieg entschieden habe. Polen hatte sich also zum Krieg entschieden, als in Berlin und anderenorts noch um eine friedliche Lösung und die Beibehaltung des Friedens für Europa gerungen wurde. Am 05.11.1916 wurde nach Vertreibung der zaristischen Armeen in einer Erklärung des deutschen und des österreichisch-ungarischen Kaisers ein unabhängiges Polen proklamiert. 1919/21: Durch das Versailler Diktat erhielt Polen mit Westpreußen und Posen meist mehrheitlich deutschbesiedeltes Land; 1920 auch Teschen; 1921 durch das Diktat von St.

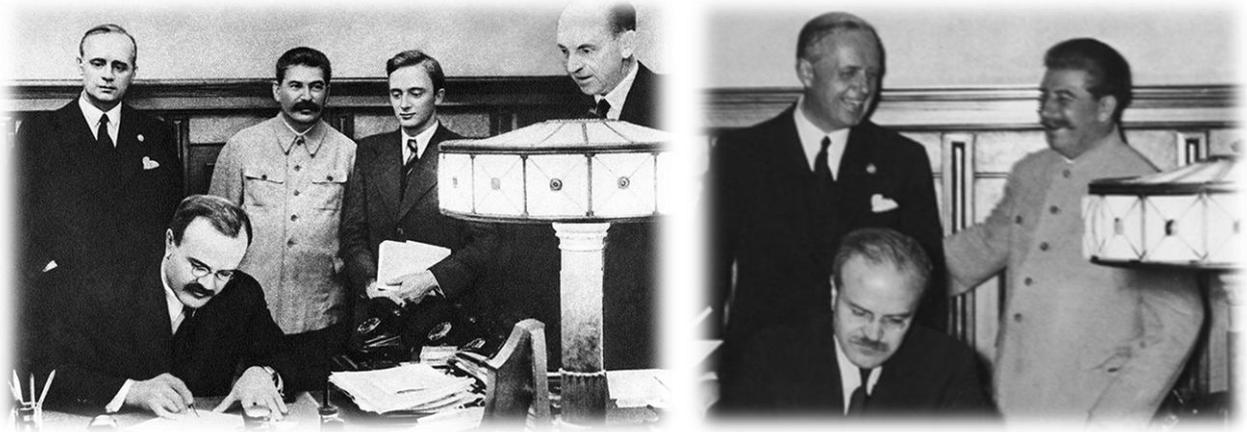


Germain (10.09.1919) von Österreich-Ungarn auch Westgalizien; 1923 auch Ostgalizien. 1921: Nach dem Krieg gegen Rußland 1920/21 behielt Polen im Frieden von Riga Teile Weißrußlands und der Ukraine sowie das östliche Litauen. Die punktiert eingezeichnete "Curzon-Linie" gibt die östliche Volksgrenze Polens und den Vorschlag der Westalliierten von 1919/20 für die Ostgrenze Polens ab. 1945: Auf der Potsdamer Konferenz wurde Deutschland östlich von Oder und Neiße unter sowjetische Verwaltung gestellt. Das 1921 von Polen eroberte russische Gebiet fiel an die Sowjetunion zurück. Ostdeutschland maßstabsgerecht in die Karte der Bundesrepublik (vor 1990) eingefügt: Die deutschen Ostgebiete machen rund ein Viertel des deutschen Volksgebietes aus, das Sudetenland und Österreich dabei nicht berücksichtigt.



Quelle: Rolf Kosiek: *Polen als Aggressor 1918-1938*

19. August 1939 - Stalin will, daß Hitler Polen angreift, um ihm später in den Rücken zu fallen



Unterzeichnung des Deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts; Moskau, 24. August 1939

Durch eine ans Licht der Öffentlichkeit gekommene Rede Stalins vor Mitgliedern des Politbüros und der Komintern wurde deutlich, daß Stalin Krieg gegen das Deutsche Reich plante, obwohl er wenige Tage später einen Nichtangriffspakt mit ihm unterschrieb. „Die Frage Krieg oder Frieden tritt für uns in eine kritische Phase“, heißt es in dem Dokument. In der Rede werden mögliche Strategien erörtert, welche die Sowjetunion verfolgen könnte: „Wenn wir einen Beistandspakt mit Frankreich und Großbritannien abschließen, wird Deutschland von Polen ablassen und einen Modus vivendi mit den Westmächten suchen. Der Krieg würde vermieden, aber im weiteren Verlauf könnten die Ereignisse einen für die Sowjetunion gefährlichen Charakter annehmen.“ Nehme die Sowjetunion hingegen den Vorschlag Deutschlands an und schließe mit den Deutschen einen Nichtangriffspakt, dann würden diese schließlich Polen angreifen. Eine Einmischung Frankreichs und Englands werde daraufhin unvermeidlich.

„Stalin beschloß am 19. August 1939 den Krieg zu beginnen und das ging von oben Schritt für Schritt nach unten und sollte am 6. Juli 1941 mit unserem Überfall auf Deutschland enden.“

Viktor Suworow, Der letzte Mythos - Wer entfesselte den 2. Weltkrieg?, Filmdokumentation

Wörtlich heißt es: „Westeuropa wird ernsthafte Unruhen und Unordnungen erleben. Unter diesen Umständen haben wir große Chancen, dem Konflikt fernzubleiben, und wir können auf einen günstigen Moment unseres Eintritts in den Krieg hoffen.“

„Unsere Aufgabe besteht darin, daß Deutschland so lange wie möglich Krieg führen kann. In Erwartung ihrer Stunde wird die UdSSR dem heutigen Deutschland Hilfe leisten, indem sie es mit Rohstoffen und Lebensmitteln versorgt. Man muß alles dafür tun, damit dieser Krieg solange wie möglich dauert mit dem Ziel der Erschöpfung beider Seiten. Gerade aus diesem Grund müssen wir mit dem Abschluß des Pakts, der von Deutschland vorgeschlagen wurde, einverstanden sein und daran arbeiten, daß dieser Krieg, einmal erklärt, die maximale Zeit andauert.“¹⁾

Der spätere KPdSU-Generalsekretär Nikita Chruschtschow, der zur damaligen Zeit bereits Mitglied in Stalins Politbüro war, berichtete in seinen Memoiren wie Stalin nach der Unterzeichnung des Nichtangriffspaktes mit Deutschland am 24. August triumphierte: „Ich habe Hitler hinters Licht geführt!“²⁾

Quellen:

- 1) Viktor Suworow, *Stalins verhinderter Erstschlag* S.89
- 2) Nikita Chruschtschow, *Erinnerungen* Band 2, S.69

Die letzten Vermittlungsvorschläge



Ignacy Moscicki (1926-39 poln. Staatspräsident).

Der August 1939 wird zu einem in jeder Hinsicht heißen Monat. Briten, Polen, Russen, Franzosen, Italiener, Deutsche, Amerikaner, Belgier, Schweden und der Heilige Stuhl schüren je nach Interessenlage Feuer oder schleppen Wassereimer; die einen für den Frieden, die anderen für das Selbstbestimmungsrecht des eigenen Volkes oder für die eigene Besitzstandswahrung und letzten Endes die meisten für den Krieg.

Der König der Belgier appelliert im Namen der Oberhäupter vieler kleiner Staaten an Deutsche und an Polen, sich gütlich zu einigen und den Frieden für Europa zu erhalten. Die Bemühungen des Heiligen Vaters vom Mai, die zerstrittenen Mächte zu einer Friedenskonferenz zu rufen, sind bereits beschrieben. Die Italiener stimmen sofort zu. Die Briten, die Franzosen und die Polen winken ab und Deutschland antwortet, dann habe es wohl keinen Zweck. Im August folgt eine Serie weiterer Konferenzversuche. Am 8. August schlägt der schwedische Vermittler Dahlerus ein geheimes deutsch-britisch-französisch-italienisches Gespräch über eine friedliche Beilegung der Streitigkeiten vor.¹⁾

Das Deutsche Reich, vertreten durch Minister Göring, sagt sofort zu. England läßt wissen, daß mit einer englischen Antwort erst nach Ablauf einiger Zeit zu rechnen sei. Die Briten und Franzosen verhandeln zu der Zeit mit den Sowjets in Moskau, um ein Dreierbündnis gegen Deutschland abzuschließen. Man kann vermuten, daß London erst den Vertrag mit Moskau in trockenen Tüchern haben will, ehe weitere Gespräche auf dieser Ebene mit Berlin begonnen werden. So werden Zeit und Chance vertan. Am 19. August scheitern die britisch-französisch-russischen Verhandlungen. Dann sind es wieder die Engländer, die mit der deutschen Reichsregierung verhandeln wollen. Das wird noch Thema dieses Buchs an späterer Stelle sein.

Am 22. August bittet Frankreichs Premierminister Daladier US-Präsident Roosevelt, eine Weltfriedenskonferenz nach Washington einzuberufen. Frankreich werde zusagen und Hitler vermutlich absagen. Damit sei wenigstens „die moralische Frage“ dieses Streits geklärt.²⁾ Das Ergebnis dieses Vorschlags ist nicht überwältigend. Am 24. August schickt Roosevelt eine Friedensbotschaft an Hitler und den polnischen Staatspräsidenten Ignacy Moscicki. Roosevelt bittet „für eine bestimmte Zeit jegliche Aggression zu unterlassen“ und sich in direkten Verhandlungen zu verständigen.³⁾ Hitler, der genau das seit 9 Monaten ohne Erfolg versucht, läßt Roosevelt ohne Antwort. Moscicki schreibt zurück, es sei nicht Polen, das hier etwas haben wolle.⁴⁾ Kein Wort dabei zu Danzig oder zu den erbetenen exterritorialen Transitwegen.

Der letzte noch erwähnenswerte Vermittlungsvorschlag kommt von Mussolini. Am 31. August, dem Tag vor Kriegsbeginn, lädt der „Duce“ die Regierungschefs Deutschlands, Polens, Frankreichs und Englands zu einer Friedenskonferenz für den 5. September ein. Als Hauptverhandlungsthema schlägt er vor, die Bestimmungen des Versailler Vertrages als Ursprung der gegenwärtigen Krise zu überprüfen.⁵⁾ Dies ist der erste Vorschlag, der den Ursachen der Kriegsgefahr an ihre Wurzeln geht, doch der Vorschlag kommt zu spät. Der in Versailles gesäte Völkerstreit hätte bei Zeiten von denen aus der Welt geschaffen werden müssen, die ihn eingefädelt haben. Statt dessen versteift man sich in Frankreich und in Polen auf die Versailles-Positionen. England verdirbt mit seiner Garantie für Polen die letzte Chance, daß die Polen sich bewegen. Und man überläßt es Hitler, die Schäden von Versailles über mehrere Jahre Stück für Stück abzutragen, bis er damit soviel Erfolge, Übung und Erfahrung hat, daß er den Krieg mit Polen wagt.

Am Tag des Mussolini-Vorschlags hört die deutsche Funkaufklärung die Weisung des polnischen Außenministers Beck an Lipski in Berlin ab, er solle den neuen deutschen Verhandlungsvorschlag nicht entgegennehmen.

Damit ist für Hitler auch dieser an sich gute Vorschlag aus Italien schon ohne Wert, als er von ihm erfährt. Als Hitler von Mussolinis Vorschlag informiert wird, rollen die deutschen Truppen bereits in ihre Ausgangsstellungen für den Angriff gegen Polen vor. Es bleiben bis dahin nicht einmal mehr neun Stunden. Hitler will nach neun Monaten vergeblichen Verhandeln nicht weiter auf der Stelle treten. So geht er auf den Mussolini-Vorschlag nicht mehr ein. Zu spät.

Am Ende der Vielzahl vergeblicher Versuche, den Krieg um Danzig durch Beschwörung oder durch Vermittlung zu verhindern, bleiben nur zwei Staaten, die um die offene Frage ringen, ob Deutschland den in Versailles geschaffenen Streitfall im Alleingang bereinigen darf oder nicht. Es sind Großbritannien und das Deutsche Reich. Im Kern der Auseinandersetzung steht Hitlers fatale Entscheidung, die Tschechei zum Protektorat zu machen. Das hat die englische Regierung so stark empört, daß sie ähnliches kein zweites Mal geschehen lassen will. Infolgedessen kommt es zur Garantie für Polen, und die verleitet die Warschauer Regierung, jede Änderung am Status des Freistaates Danzig zum casus belli zu erklären. Damit kann die Reichsregierung die deutsche Stadt Danzig nicht mehr mit Deutschland wiedervereinigen, ohne daß es Krieg mit Polen gibt. Krieg mit Polen – wenn auch nur um Danzig – heißt damit Krieg mit England. Frankreich spielt dabei nur noch den „Ladeschützen“. So ist aus der Frage „Wiedervereinigung mit Danzig oder nicht“ die Frage „Krieg zwischen Großbritannien und dem Deutschen Reich“ geworden. Und vor allem darum geht es in der letzten Woche vor dem Krieg.

Quellen:

- 1) Birger Dahlerus, „Der letzte Versuch, London-Berlin Sommer 1939“, Seite 48
- 2) Dirk Bavendamm, „Roosevelts Krieg 1937-45“, Seite 594
- 3) British War Bluebook, Documents 124 and 125
- 4) Paul Rassinier, „Die Jahrhundertprovokation“, Seite 276 zitiert aus Polnisches Weißbuch, Dokument 90
- 5) Ebenda, Seite 296

Die letzte Woche vor dem Krieg

Adolf Hitler ist entschlossen, die offene Danzig-Frage, das Problem der Verkehrsanbindung Ostpreußens an das Reich und den Minderheitenschutz für die Deutschen in Polen noch vor dem Winter auf dem Verhandlungswege oder – wenn das nicht möglich ist – mit einem Krieg zu lösen. Die Generalität hat zwar bisher mehrmals gewarnt, daß ein Krieg mit Polen auch Krieg mit England, mit Frankreich und bei längerer Dauer auch den Krieg mit den USA nach sich ziehen werde, und daß ein Zweifrontenkrieg von der Wehrmacht nicht zu gewinnen sei. Aber sie hat auch beraten, daß militärische Operationen, wenn es denn zum Kriege kommen sollte, aufgrund der Klima- und Wetterdaten nicht nach dem 2. September begonnen werden dürften.²⁷¹ Die Straßen- und Wegeverhältnisse würden für das Heer und das Flugwetter für die Luftwaffe danach in Osteuropa bald zu schwierig werden. So ist Hitlers Entscheidung nicht frei vom Einfluß dieses Datums.

Mittwoch 23. August 1939 - Neun Tage vor dem Kriegsausbruch.



Sir Nevil Henderson, der britische Botschafter in Berlin

Die Sensation der Morgenpresse weltweit ist die Nachricht vom Flug des deutschen Außenministers von Ribbentrop nach Moskau. Es heißt, die deutsche Reichsregierung und die Regierung der Sowjetunion seien übereingekommen, einen Nichtangriffspakt zu schließen. Premierminister Chamberlain, der kurz zuvor vom Scheitern der englischen Bemühungen in Moskau und von Stalins Schwenk erfahren hat, schickt sofort Botschafter Henderson mit einem Brief zu Hitler. Hitler versichert Henderson zunächst seine persönliche Wertschätzung, beklagt sich aber dann über Englands Haltung gegenüber Deutschland in der Danzig-Frage:

„Deutschland habe Polen ein anständiges und faires Angebot gemacht.“¹⁾ „Er (Hitler) sehe keine Möglichkeit auf dem Verhandlungswege, weil er überzeugt sei, daß der Britischen Regierung gar nichts an einer solchen Regelung liege.“

Henderson entgegnet: *„daß das deutsche Angebot zwar erfolgt sei, doch habe es den Charakter eines Diktats gehabt.“* Hitler kommt zum Grundsätzlichen und bedauert, daß England sich ihm, *„der er selbst der größte Freund Englands sein wollte, zum Feinde macht“*. Er betont,

„daß Deutschland niemals etwas zum Schaden Englands unternommen habe, trotzdem stelle sich England gegen Deutschland.“

Und in Bezug auf Danzig und auf Polen,

„daß England den Standpunkt einnehme: lieber Krieg als etwas zum Vorteil Deutschlands.“

Hendersons Antwort stellt die Dinge britisch dar:

„man habe sich nur gegen den Grundsatz der Gewalt gestellt.“

Hitler droht,

„daß er bei dem geringsten polnischen Versuch, noch weiterhin gegen Deutsche oder gegen Danzig vorzugehen, sofort eingreifen werde.“ ... „Bei der nächsten polnischen Provokation werde ich handeln.“

Da Tötlichkeiten gegen Deutsche in Polen an der Tagesordnung sind und Zwischenfälle an Danzigs Grenzen keine Seltenheit, sagt Hitler damit, daß Deutschland auf dem Sprung ist, Polen anzugreifen. Damit ist dies Gespräch beendet. Hitler hat Botschafter Henderson klargemacht, daß er England die Schuld dafür gibt, daß Verhandlungen mit Polen inzwischen zwecklos sind. Und Henderson hat versucht, Hitler klarzumachen, daß Krieg mit Polen Krieg mit Großbritannien nach sich zieht, auch wenn die Sowjetunion nun nicht mehr auf der Seite Englands steht.

Chamberlains Brief, den Henderson an Hitler übergibt, stellt noch einmal Englands Bündnistreue gegenüber Polen in den Vordergrund, doch er enthält auch zwei Angebote.²⁷³ Das erste ist ein Spiel auf Zeit mit wenig Sinn für die Dramatik jener Krise. Chamberlain schlägt vor, die Verhandlungen mit Polen so lange auszusetzen, bis sich das deutsch-polnische Verhältnis abgekühlt und beruhigt hat. Das zweite Angebot muß Hitler locken. Der britische Premier stellt spätere Verhandlungen in Aussicht, die parallel zur Danzig-Frage „gleichzeitig die großen zukünftigen internationalen Beziehungen regeln könnten, einschließlich derer, die England und Deutschland interessieren“. Das ist verklausuliert das Angebot, mit der Regelung der Polen-Sache auch das deutsch-englische Verhältnis neu zu arrangieren. Das ist es, was Hitler seit seinem Amtsantritt versucht.

Des weiteren enthält Chamberlains Brief die sehr direkte Warnung, daß ein Krieg zwischen Großbritannien und dem Deutschen Reich ein langer Krieg mit vielen Fronten werde. Tragisch für das deutsche Volk und viele andere Völker ist, daß Hitler die Dimension der Warnung und ihre Konsequenzen nicht erkennt. Großbritannien will und wird den Krieg um eine einzige Ostsee-Hansestadt zum Weltkrieg machen. Es wird die Dominions von Australien über Indien bis Kanada aufbieten, die alte Waffenbrüderschaft zu den USA reaktivieren und den Krieg an Deutschlands weite Flanken tragen, von Norwegen in Nord- bis Griechenland in Südeuropa.

Hitler hat es eilig mit der Antwort. Schon um 18:00 Uhr des gleichen Tages überreicht er Henderson den Antwortbrief an Chamberlain.²⁾ Er betont den Wunsch nach Freundschaft mit Großbritannien, beklagt sich über Polen und rollt den Ball mit einem Hinweis auf die Verantwortung für Versailles zurück nach England.

„Deutschland“, so schreibt Hitler, „hat niemals Konflikte mit England gesucht und sich nie in englische Interessen eingemischt. Es hat sich im Gegenteil – wenn auch leider vergebens – jahrelang bemüht, die englische Freundschaft zu erwerben.“

Soweit Hitlers Antwort auf das Angebot umfassender Verhandlungen. Er wendet sich dann Polen zu und setzt fort:

„Deutschland war bereit, die Frage Danzig und die des Korridors durch einen wahrhaft einmalig großzügigen Vorschlag auf dem Wege von Verhandlungen zu lösen.“

England habe, so argumentiert er, dieses Angebot durch Stimmungsmache gegen Deutschland und durch die Garantieerklärung an die Polen sabotiert. Deutschland werde Druck und Ultimaten auf die deutsche Minderheit in Polen und gegen die Stadt Danzig nicht mehr weiter dulden.

„Unabhängig davon müssen und werden die Fragen des Korridors und von Danzig ihre Lösung finden.“

Der Brief endet mit den Sätzen:

„Die Frage der Behandlung der europäischen Probleme im friedlichen Sinn kann nicht von Deutschland entschieden werden, sondern in erster Linie von jenen, die sich seit dem Verbrechen des Versailler Diktats jeder friedlichen Revision beharrlich und konsequent widersetzt haben. ... Ich habe Zeit meines Lebens für eine deutsch-englische Freundschaft gekämpft, bin aber durch das Verhalten der britischen Diplomatie – wenigstens bisher – von der Zwecklosigkeit eines solchen Versuchs überzeugt worden. Wenn sich dies in der Zukunft ändern würde, könnte niemand glücklicher sein als ich.

gez. Adolf Hitler“



Rudolf Schmundt (1896-1944)

Dieser erste Notenaustausch in der letzten Woche vor dem Krieg läßt noch auf Verständigung hoffen. Beide Regierungschefs versichern sich, daß sie Krieg vermeiden wollen. Doch beide verfolgen jeder für sich eine Doppelstrategie, die in sich widersprüchlich ist. Chamberlain will die Lösung der anstehenden Probleme nur auf dem Verhandlungswege dulden, doch den hat er mit seinem Garantieverprechen an die Polen de facto selbst versperrt. Und Hitler will sowohl eine Annäherung an England als auch in der Danzig-Frage nicht weiter auf der Stelle treten. Auch das ist kaum vereinbar.

Hitler steht vor dem „entweder – oder“ und er bereitet beides vor: Verhandlungen und Krieg. Am Nachmittag des 23. August läßt er den Wehrmachtsadjutanten Oberst Rudolf Schmundt kommen und befiehlt ihm, das Oberkommando der Wehrmacht solle den Angriff auf Polen für den 26. August um 4:30 Uhr früh vorbereiten.³⁾ Nach dem Brief an Chamberlain und der Unterredung mit Schmundt sendet Hitler noch ein Telegramm an Daladier, den französischen Ministerpräsidenten. Er führt darin unter anderem aus:

„Ich hege keinerlei Feindschaft gegen Frankreich. Ich habe persönlich auf Elsaß-Lothringen verzichtet, und ich habe die deutsch-französische Grenze anerkannt. Ich will keinen Konflikt mit Ihrem Lande, und ich wünsche nur gute Beziehungen zu ihm zu unterhalten. Daher ist der Gedanke, daß ich wegen Polen Frankreich bekämpfen müßte, sehr hart für mich. Nun, die polnischen Herausforderungen haben für das Reich eine Lage herbeigeführt, die nicht andauern kann. ... Ich werde Frankreich nicht angreifen. Doch wenn es an dem Konflikt teilnimmt, werde ich bis ans Ende gehen.“⁴⁾

Daladiers Antwort geht am 27. August bei Hitler ein. Zum 23. August gehören noch Außenminister von Ribbentrops Moskauer Verhandlungen mit Stalin und Außenminister Molotow und von Ribbentrops Telefonanruf bei Hitler, in dem er sich grünes Licht für das „Geheime Zusatzprotokoll“ holt. Es wird späte Nacht, ehe der Deutsch-Sowjetische Nichtangriffspakt die Unterschriften beider Seiten trägt.

Quellen:

- 1) *Gesprächsniederschrift Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik, Serie D, Band VII, Dokument 200.*
- 2) *Ebenda, Dokument 201*
- 3) *Nicolaus von von Below, „Als Hitlers Adjutant“, Pour le Merite Verlag, Selent, 1980, Seite 182*
- 4) *Georges Bonnet, „Vor der Katastrophe, 1938-1939“, Greven Verlag, Köln, 1951, Seite 274*

Donnerstag 24. August 1939 - Acht Tage vor dem Kriegsausbruch.

Um 2:00 Uhr morgens meldet von Ribbentrop am Telefon aus Moskau dem „Führer“ die Unterzeichnung des Vertrags.¹⁾ Hitler schöpft nun wieder Hoffnung, daß

England seine Rolle bei der Unterstützung Polens angesichts der neuen Lage überdenkt, und daß auch Polen eher bereit sein wird, wegen Danzig zu verhandeln.²⁾ So wie es in England und Frankreich auf der einen Seite Kräfte gibt, die ein Einlenken der polnischen Regierung begrüßen würden, und andere, die es bevorzugen, die deutsche Machterweiterung durch einen Krieg zu stoppen, so gibt es auch in Deutschland in Hitlers Nähe sowohl Männer, die einen Krieg verhindern wollen, als auch solche, die auf eine Abrechnung mit den Polen drängen. In Berlin ist es ausgerechnet der Außenminister, der offensichtlich bereit ist, die kriegerische Lösung zu riskieren, von Ribbentrop. Ihm entgegen arbeiten sein Staatssekretär von Weizsäcker und der Oberbefehlshaber der Luftwaffe, Marschall Göring. Der Marschall, zugleich Luftfahrtminister und Reichstagspräsident, hat in den Funktionen den gleichen Zugang zum „Führer“ wie von Ribbentrop.

Als Göring die Briefe Chamberlains und Hitlers liest, schöpft er Hoffnung auf einen Ausweg aus der inzwischen deutsch-englischen Auseinandersetzung um die Danzig-Polen-Frage. Er sieht eine reale Chance, den Krieg als Ausgang dieser Krise zu verhindern. Doch Göring sieht auch, daß von Ribbentrop Hitler eher zum Kriege drängt, als daß er bremst. So versucht Göring den Außenminister zu umgehen. Er nutzt dazu Gesprächskontakte, die er selbst nach England hat,



Der schwedische Friedensvermittler Birger Dahlerus

und den schwedischen Mittelsmann, der am 8. August versucht hatte, eine englischdeutsch-italienisch-französische Krisenkonferenz zu arrangieren, den Industriellen Dahlerus.

Der Marschall ruft den Schweden nach Berlin, legt ihm die inzwischen eingetretene Bedrohlichkeit der Lage dar, bedauert, daß die von ihm vorgeschlagene Vier-Mächte-Konferenz nicht zustande gekommen ist, und bittet ihn, am Folgetag nach London zu fliegen und der englischen Regierung zu übermitteln, daß die deutsche Reichsregierung zu einer deutsch-britischen Verständigung zu kommen wünsche. Göring beteuert, daß er den ganzen Einfluß, den er in der Regierung habe, dazu einsetzen werde, daß eine solche Verständigung gelingt.³⁾

In London hält Premier Chamberlain derweilen eine Rede vor dem Unterhaus.⁴⁾ Er bestätigt erneut die Bündnistreue der Briten zu den Polen. Er beklagt, daß die deutsche Reichsregierung, statt in Ruhe den Zollinspektorenstreit in Danzig zu erörtern, statt über das Schicksal der deutschen Minderheit in Polen und statt über alle anderen Differenzen zu verhandeln, nun kompromißlos Danzig fordert, während *„man in Polen bereit war und allzeit bereit ist, die Differenzen mit Deutschland zu diskutieren.“*

Chamberlain weist außerdem das Ansinnen Hitlers, Osteuropa als deutsche Interessensphäre anzuerkennen, mit dem Hinweis von sich, England stehe für die Freiheit und die Unabhängigkeit der Völker.

Die Rede ist aus britischem Selbstverständnis genauso nachvollziehbar, wie sie aus damaliger deutscher Sicht scheinheilig wirkt. Polen ist in der Danzig-Sache inzwischen genauso kompromißlos wie das Deutsche Reich. Und Großbritannien hält sich in „Middle East Asia“ und in Afrika selbst seine Interessensphären. Es schert sich wenig um die Freiheit und Unabhängigkeit der kolonial gehaltenen Völker von Indien bis Nigeria. Dennoch, die Rede baut keine neue Hürden auf.

Botschafter Henderson beurteilt das Verhalten der polnischen Regierung offensichtlich anders als sein Regierungschef in London. Am späten Vormittag meldet er per Telegramm ans Foreign Office, was er für das Ergebnis seiner letzten zwei Gespräche mit dem deutschen Kanzler hält:

*„Mit dem Vertrag mit Rußland in der Hand“, so Henderson, „liegt die Initiative nun bei Hitler. Ich erwarte jetzt ein Ultimatum an Polen. Jetzt ist mit Hitler kaum noch zu verhandeln. ... Es war niederschmetternd, weil ich von Anfang der Meinung war, daß die Polen äußerst dumm und nicht weise gehandelt haben. So ist es nun. Vielleicht glaubt die Vorsehung, daß wir erst durch einen Krieg lernen müssen, so etwas nicht wieder zu tun.“*⁵⁾

Gegen Mittag wird Hitler eine Meldung des Reichspressechefs auf den Tisch gelegt, wonach noch heute mit der Unterzeichnung eines englisch-polnischen Beistandsvertrags zu rechnen sei. Damit zerstört sich vorerst Hitlers Hoffnung, daß der deutsch-sowjetische Vertragsabschluß von letzter Nacht die Briten dazu bewegen könnte, den Polen anzuraten, in der Danzig-Frage einzuliken.⁶⁾ Er läßt General Keitel, den Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, kommen und fragt ihn, ob man den Angriff gegen Polen noch anhalten und verschieben könne.⁷⁾ Er müsse – so Hitler – „Zeit für weitere Verhandlungen gewinnen“. Die Sofortanfrage beim Heer bestätigt, daß das möglich ist, und Hitler ordnet an, den Angriff auf einen unbekanntem Zeitpunkt zu verschieben. Der „Führer“ bevorzugt an diesem Tage, dem 24. August, offensichtlich noch immer eine „Lösung ohne Blutvergießen“.

Während des ganzen Tages tauschen die Regierungen in London und Warschau rege Informationen aus. Englands Botschafter in Warschau Sir Howard Kennard telegraphiert nach London, daß die deutschen Klagen über angebliche Mißhandlungen von Minderheitenangehörigen Entstellungen von Tatsachen seien und Übertreibungen.⁸⁾ So seien nicht 76.000 Deutsche illegal aus Polen geflohen, sondern höchstens 17.000. Und Kennard beklagt sich über die sehr hohe Zahl an Übergriffen gegen Angehörige der polnischen Minderheit in Deutschland. Wieweit man der Kennard-Darstellung in London angesichts der früheren Unterhausdebatten über die Terrorisierung der ukrainischen und der deutschen Minderheit im neuen Polen Glauben schenkt, ist nicht ersichtlich.



Sir Howard William Kennard (1887-1955)

In Paris bemüht man sich inzwischen auf die eigene Art um Frieden.

„Die französische Regierung empfiehlt nachdrücklichst der polnischen, sich vor jeder militärischen Reaktion zu hüten und mit einer diplomatischen Aktion zu antworten, wenn der Danziger Senat von sich aus den Anschluß Danzigs an das Deutsche Reich erklären sollte.“⁹⁾

Was wundert, ist, daß Frankreich diesen „Selbstanschluß“ nicht als Idee und Kompromiß in die deutsch-englisch-polnische Debatte wirft. Es wirkt vielmehr so, als ob die französische Regierung in dieser hochangespannten Lage lieber wartet, bis Deutschland selbst nach Danzig greift und die Schuld am Kriege übernimmt.

In Washington bleibt alles bei Roosevelts Politik der Quarantäne gegen Deutschland, obwohl der „Hitler-Stalin-Pakt“ von letzter Nacht die Lage Polens mit einem Schlag verändert hat. Am frühen Morgen dieses Tages vertritt der deutsche Diplomat Hans Herwarth von Bittenfeld in Moskau einem amerikanischen Kollegen den Inhalt des gerade einmal sechs Stunden alten geheimen Zusatzabkommens, das Osteuropa in eine russische Interessensphäre und eine deutsche teilt. Die Trennungslinie teilt auch Polen. Mittags um 12:00 Uhr kabelt Botschafter Laurence Steinhardt den Inhalt des Geheimen Zusatzprotokolls an das Außenministerium in Washington.¹⁰⁾

Nur wenig später kennen Präsident Roosevelt und sein Außenminister Hull die heiße Nachricht und damit auch die Gefahr, die Polen ab sofort von Rußland droht. Sowohl Roosevelt als auch Hull unternehmen nichts, um Warschau, London und Paris zu warnen. Statt dessen schickt der Präsident am Abend eine Botschaft an die Regierungen in Warschau und Berlin, man möge eine Lösung der deutsch-polnischen Probleme auf friedlichem Verhandlungswege finden. Eine Warnung noch am gleichen Tage hätte die Polen vielleicht dazu bewegen können, Hitlers Vorschlag vom 28. April zu akzeptieren. Das letzte Hitler-Angebot war ein Freihafen und Wirtschaftsprivilegien in Danzig, die Anerkennung der polnischen Gebietsgewinne von 1920 in Posen, Westpreußen und Südost-Oberschlesien und ein Friedensvertrag für 25 Jahre gegen exterritoriale Wege durch den Korridor und Danzig, das ohnehin nicht polnisch, sondern immer noch Mandatsgebiet des Völkerbundes ist. Eine Warnung an die Briten hätte den Garantievertrag für Polen, der an diesem Tag geschlossen wird, vielleicht verhindert. Doch für Roosevelt ist wichtig, daß Hitler sich im Danzig-Streit verfängt und offensichtlich von geringerer Bedeutung, ob Polen überlebt. Roosevelt schweigt, wie er das auch zwei Jahre später vor dem Überfall auf Pearl Harbor tut.

Polens Beitrag dieses Tages ist, daß es am Vormittag um 11:00 Uhr die Außengrenzen Danzigs schließt. Die dadurch bald erzeugten Versorgungsschwierigkeiten in der Stadt tragen dazu bei, die Stimmung der Danziger für einen schnellen Anschluß weiter anzuheizen.

Quellen:

- 1) v. Below, Seite 183
- 2) v. Weizsäcker Erinnerungen, Seite 253
- 3) Paul Rassinier, „Die Jahrhundertprovokation“, , Seite 277
- 4) British War Bluebook, Document 64
- 5) Documents Brit. Foreign Policy, Third Series, Volume VII, Document 257
- 6) v. Weizsäcker Erinnerungen, Seite 254
- 7) Keitel, Seiten 248 f
- 8) British War Bluebook, Document 52
- 9) Bonnet, Seite 273 und Französisches Gelbbuch, Aktenstück 222
- 10) Bavendamm, Roosevelts Weg zum Krieg, Seite 592, und Paul Rassinier, „Die Jahrhundertprovokation“, , Seite 340. Eine Faksimile des Steinhardt-Telegramms enthält Maser, Seiten 63 und 64

Freitag 25. August 1939 - Sieben Tage vor dem Kriegsausbruch.

Hitler hofft noch immer, daß die polnische Regierung in letzter Stunde einlenkt. Er hat den Angriff der Wehrmacht gegen Polen nach wie vor auf unbestimmte Zeit verschoben. Gegen 8:00 Uhr startet der schwedische Vermittler Dahlerus in Marschall Görings Auftrag mit einer Sondermaschine von Berlin-Tempelhof nach London. Nachmittags gelingt es ihm, zu Außenminister Halifax vorzudringen und Görings Botschaft zu überbringen.

In Berlin jagt inzwischen eine Nachricht die andere, alle für den „Führer“ nicht gerade angenehm. Als erstes flattern ihm die Nachtmeldungen von den deutsch-polnischen Grenzen auf den Tisch.¹⁾ Es sind die Berichte von den Zusammenstößen und Handstreichaktionen beider Seiten. Noch immer werden deutsche Bauernhöfe auf der polnischen Seite der Grenze abgebrannt. Deutsche Stoßtrupps vergelten die Brandstiftungen noch in glei-

cher Nacht auf der Gegenseite. Auch der Flüchtlingsstrom hält weiter an. Polnische Grenztruppen versuchen, die deutschen Flüchtlingsgruppen mit Gewehr- und MG-Feuer von der Grenze wegzutreiben. Deutsche Infanterie dringt auf polnisches Territorium vor und bemüht sich, die Flüchtenden freizukämpfen. Trotzdem sind in der vergangenen Nacht acht Menschen auf der Flucht erschossen worden. Überdies ist wieder ein ziviles Passagierflugzeug auf dem Weg nach Königsberg über der Ostsee von polnischen Flak-Geschützen beschossen worden. Hitler ist empört. Er schreibt spontan an Mussolini und versucht, sich – ohne dies klar anzusprechen – dessen Unterstützung im Streit mit Polen zu versichern:

„Das Verhältnis Deutschlands zu Polen“, so Hitler „ist nicht durch das Verschulden des Reichs, sondern wesentlich durch das Zutun Englands seit dem Frühjahr unbefriedigend gewesen und war in den letzten Wochen einfach unerträglich. Die Nachrichten über die Verfolgung der Deutschen in diesem Gebiet sind nicht erfundene Pressemeldungen, sondern nur ein Bruchteil einer erschütternden Wahrheit. ... Die Behauptung der polnischen Regierung, daß sie für die unmenschlichen Vorgänge, für die zahlreichen Grenzzwischenfälle (heute nacht allein 21 polnische Grenzübergriffe), für die Beschießung deutscher Verkehrsflugzeuge ... nicht verantwortlich sei, beweist nur, daß sie die von ihr aufgeputschte Soldateska nicht mehr in der Hand hat. ... Niemand kann unter diesen Umständen voraussagen, was die nächste Stunde bringt. ...“²⁾

Kaum daß der Brief an Mussolini abgegangen ist, erreicht Hitler ein Vorabbericht der deutschen Botschaft London.³⁾ Es sind die Auswertung der zwei Reden von Chamberlain und Halifax vor dem Unter- und dem Oberhaus vom Tag zuvor, ein Bild der öffentlichen Meinung, die erste Auswertung der Morgenpresse und die Bestätigung der Unterzeichnung des Englisch-Polnischen Beistandspaktes. Hitler erfährt durch den Bericht, daß das englische Volk nach Beurteilung der Botschaft offensichtlich geschlossen hinter der Regierung steht und daß die Parteien von links bis rechts und auch die Presse die Garantie für Polen für einen „nicht mehr diskutierbaren Punkt der Ehre halten“. Der Bericht hebt allerdings hervor, daß Chamberlain und Halifax in beiden Reden alles vermieden haben, was die gegenwärtige Lage noch verschärfen könnte. Diese Bewertung aus London macht Hitlers bisherige Zuversicht, England könnte Polen zum Schluß doch fallen lassen, schwankend.



Wilhelm Keitel (1882 - 1946)

Die Aussicht, wegen Danzig und der Transitwege in einen Krieg mit England zu geraten, widerspricht allen Zusicherungen Hitlers an die Generalität, dies werde er schon zu verhindern wissen. Es verträgt sich auch nicht mit seinen strategischen Vorstellungen von einer zukünftigen deutsch-britischen Zusammenarbeit und Freundschaft. So beschließt Hitler noch am Vormittag des 25. August, den Angriff gegen Polen weiter aufzuschieben und England erneut ein Angebot zu machen. Er läßt den ursprünglich für morgen vorgesehenen Angriff nochmals auf unbestimmte Zeit verschieben.⁴⁾ Die Begründung gegenüber Wilhelm Keitel ist wie am Tag zuvor: „Ich brauche Zeit zum Verhandeln“. Dann bestellt er den englischen Botschafter Henderson zu sich in die Reichskanzlei.

Um 13:30 Uhr stehen sich die beiden Männer gegenüber. Hitler spricht – nach Hendersons Gesprächsnotiz – „mit ernster Stimme und mit allen Anzeichen der Aufrichtigkeit“.⁵⁾ Er knüpft an das letzte Gespräch an, in dem Henderson die Hoffnung auf eine deutsch-britische Verständigung geäußert hatte und stellt ein großes, umfassendes Bündnis mit England in Aussicht, wenn erst einmal das deutsch-polnische Problem gelöst sei.⁶⁾ Hitler klagt dann über die 21 Grenzzwischenfälle der letzten Nacht und versichert, er werde solche „mazedonischen Zustände“ an Deutschlands Ostgrenze in Zukunft nicht mehr dulden. Er bedauert, wenn es bei diesem Streit mit Polen Krieg mit England gäbe. Sofort nach der Lösung der deutsch-polnischen Frage werde er der britischen Regierung ein Vertragsangebot unterbreiten, in dem er den Besitzstand des Britischen Empires garantiere, deutsche Hilfe zusichere, wo immer eine derartige Hilfe benötigt werde, in dem er die Endgültigkeit der deutschen Westgrenze ein weiteres Mal bestätige, und in dem er begrenzte koloniale Forderungen friedlich auszuhandeln wünsche. In der Sache, um die es hier geht, bleibt Hitler hart. Er sagt:

„Das Problem Danzig und Korridor muß gelöst werden.“ Und er legt nach: „Wenn die britische Regierung diese Gedanken erwägen würde, so könnte sich daraus ein Segen für Deutschland und auch für das Britische Weltreich ergeben. Wenn sie diese Gedanken ablehnt, wird es Krieg geben.“

Henderson beharrt auf Englands Bündnis mit den Polen und erwidert, das deutsche Bündnisangebot könne erst in Betracht gezogen werden, nachdem die polnische Frage auf dem Verhandlungswege gelöst worden sei. Hitler kontert, daß er seit sechs Monaten versuche, die Danzig-Frage in Gesprächen mit der polnischen Regierung zu klären, daß er Außenminister Beck dazu mehrmals eingeladen und daß der stets abgesagt habe.

Nachdem Henderson gegangen ist, beschleichen Hitler offensichtlich Zweifel, daß er den Engländer hat überzeugen können. Er bringt seine Anliegen noch einmal in sechs Punkten zu Papier und schickt sie Henderson unverzüglich in die Botschaft nach. In Punkt zwei der Liste schlägt Hitler einen Ton an, der so bisher gefehlt hat. Er bittet, daß Großbritannien bei der Rückgewinnung Danzigs und des Korridors behilflich ist.⁷⁾ Damit ist der Ball bei England, das nun vermitteln könnte oder Polen drängen, auf die moderaten deutschen Forderungen einzugehen.

Die Zweifel, die Hitler an diesem Tag beschleichen, betreffen nicht nur die Haltung Englands. Italien hat inzwischen in mehreren Noten scheinbar mitgeteilt, daß es sich an einem Kriege Deutschlands gegen Polen nicht beteiligen werde. Hitler hatte zunächst einkalkuliert, daß Italien Polens Verbündeten Frankreich würde binden können. An diesem Vormittag wird dem „Führer“ endgültig bewußt, daß mit Italien in dieser Hinsicht nun nicht mehr zu rechnen ist. Hitler kennt die italienisch-französischen Informationskanäle und die französisch-britischen, und er weiß, daß man in London genauso schnell von der italienischen Abfuhr an Deutschland



Adolf Hitler im Gespräch mit dem französischen Diplomaten Robert Coulondre

erfährt wie in Berlin. Hitler hat wieder einen Trumpf verloren und England einen zugewonnen. Ein Grund weniger für die englische Regierung, der polnischen ein Einlenken in der Danzig-Frage zu empfehlen. So wird die Angriffsoption für Hitler wieder wahrscheinlicher als die Verhandlungslösung. Er bestellt die Generale von Brauchitsch, Keitel und Halder in die Reichskanzlei und entscheidet gegen 15:00 Uhr, daß Polen am 31. August angegriffen wird, wenn es bis dahin keine andere Lösung gibt.⁸⁾ Die endgültige Entscheidung wird deshalb auch erst für den 30. August um 17:00 Uhr anberaumt. Hitler braucht einerseits Zeit zum Verhandeln und darf andererseits den 2. September als militärisch letztmöglichen Angriffstag nicht aus den Augen verlieren. Die Zeit wird knapp.

Um 17:30 Uhr läßt sich der französische Botschafter Robert Coulondre bei Hitler melden. Hitler, von den Nachrichten des Tages noch sehr angespannt, geht auf Coulondre zu und eröffnet das Gespräch:

„Angesichts des Ernstes der Lage will ich Ihnen eine Erklärung abgeben, die ich Sie bitte, Herrn Daladier⁹⁾ zu übermitteln. Wie ich ihm schon gesagt habe, hege ich keine feindseligen Gefühle gegen Frankreich. Ich habe persönlich auf Elsaß-Lothringen verzichtet und die deutsch-französische Grenze anerkannt. Ich will keinen Konflikt mit ihrem Land. ... Infolgedessen ist mir der Gedanke, daß ich Polens wegen mit Frankreich kämpfen müßte, außerordentlich schmerzlich. Die polnischen Herausforderungen haben jedoch eine Lage für das Reich geschaffen, die nicht länger andauern kann. Ich habe vor mehreren Monaten Polen, als ich die Rückkehr Danzigs und einen schmalen Gebietsstreifen als Verbindung dieser Stadt mit Ostpreußen forderte, außerordentlich vernünftige Vorschläge gemacht. ... Die polnische Regierung hat nicht nur meine Vorschläge zurückgewiesen, sondern sie hat auch die deutschen Minderheiten auf das Schlimmste mißhandelt. ... Frankreich würde so etwas genausowenig dulden wie Deutschland. Diese Dinge haben lange genug gedauert, und auf neue Herausforderungen werde ich mit Gewalt antworten. Ich lege Wert darauf, es nochmals auszusprechen: Ich wünsche, einen Konflikt mit Ihrem Lande zu vermeiden. Ich werde Frankreich nicht angreifen, aber wenn es in den Konflikt eingreift, so werde ich bis zum Ende gehen. ... Sagen Sie das, bitte, Herrn Daladier von mir.“¹⁰⁾

Botschafter Coulondre erwidert:

„Jetzt, da jedes Mißverständnis behoben ist, lege ich Wert darauf, Ihnen mein Ehrenwort als Soldat zu geben, daß Frankreich Polen, falls es angegriffen würde, mit seinen Streitkräften zur Seite stehen wird. Ich kann Ihnen aber gleichfalls mein Ehrenwort geben, daß die Regierung der Französischen Republik bis zum letzten Augenblick alles tun wird, was in ihrer Macht steht, um den Frieden zu bewahren. Sie wird es der polnischen Regierung an Mahnungen zur Vorsicht nicht fehlen lassen.“¹¹⁾

Hitler entgegnet heftig:

„Warum, ja warum haben Sie Polen dann einen Blankoscheck gegeben?“

Nun rückt der Franzose mit dem eigentlichen Grund für den Krieg heraus, an dessen Schwelle die Welt in diesen Tagen steht:

„Das ist das Ergebnis der Ereignisse des vergangenen 15. März. Die Besetzung Prags hat einen tiefen Eindruck auf die Gemüter in Frankreich gemacht. Sie hat allenthalben ein Gefühl der Unsicherheit hervorgeufen, wodurch Frankreich veranlaßt wurde, seine Bündnisse fester zu knüpfen.“¹²⁾

Hitler mußte hier – und eigentlich schon lange – erkennen, daß ihm nun die Rechnung für die unrechtmäßige Besetzung der Rest-Tschechei vorgelegt wird.

Auf der Rechnung stehen unausgesprochen weitere Posten:

- Die Kündigung von Versailles,
- die Angliederung Deutsch-Österreichs,
- die Häresie der autoritären Staatsform,
- der Machtzuwachs des Reiches in den vergangen sechs Jahren,
- die Aufrüstung der Wehrmacht,
- Hitlers Forderung nach Rückgabe der ehemals deutschen Kolonien und
- der deutsche Wille, zur Vormacht in Ostmitteleuropa aufzusteigen.

Es geht hier nicht mehr allein um Danzig und um Transitwege, also um die Fragen, zu denen man in England in der Vergangenheit meist die Auffassungen der Deutschen geteilt hat. Danzig ist für Großbritannien und Frankreich nun die Hürde, vor der sie das Deutsche Reich zum Stehen oder mit der sie das Reich zum Fallen bringen wollen.

Nach dem Gespräch mit Coulondre trifft Mussolinis Antwort auf Hitlers Brief vom gleichen Morgen ein. Der „Duce“ teilt dem „Führer“ sein volles Verständnis für die deutsche Haltung gegenüber Polen mit und erkennt an, daß eine so gespannte Lage nicht endlos dauern könne. Aber er schreibt auch, daß Italien nicht kriegsbereit sei, und sich an Auseinandersetzungen mit Polen und dessen Verbündeten bedauerlicher Weise nicht beteiligen könne.¹³⁾ Hitler ist bestürzt. Italien verweigert seine Unterstützung. England stärkt weiterhin die Polen, statt sie an den Verhandlungstisch zu drängen, und Frankreich ist fest entschlossen, auf Polens Seite in den Krieg zu ziehen.

Auch zwischen der englischen Botschaft in Warschau und dem Außenministerium in London gehen viele Telegramme hin und her. Um 1:00 Uhr fordert Halifax aus London Kennard in Warschau auf, die Polen zu ermahnen, „jede Handlung zu unterlassen, die sie in die Rolle des Aggressors versetzen könnte.“³⁰⁰ Um 1:20 Uhr telegraphiert Kennard zurück, daß der französische Botschafter dem polnischen Außenminister Beck diese Ermahnung bereits in der vergangenen Nacht übermittelt habe. Um 2:35 Uhr geht ein weiteres Telegramm an Halifax in London. Kennard berichtet, daß er von Außenminister Beck erfahren hat, daß Göring in Berlin versucht hat, mit Lipski ein Gespräch über Polens Haltung zu den deutschen Vorschlägen zu führen. Beck hat dabei offensichtlich mögliche deutsch-polnische Gespräche als einen Bruch von Polens Bündnistreue gegenüber England dargestellt. Und Kennard gibt diese Sicht der Dinge weiter, als wäre sie die seine. Er schreibt im 2.35-Telegramm, daß Göring versucht habe, bei Lipski einen Keil zwischen England und Polen zu treiben.

„Herr Beck glaubt, “ so setzt der Bericht fort, „ daß die deutsche Regierung jede Anstrengung unternimmt, durch solche Methoden freie Hand im Osten zu bekommen, und er meint, es sollte zur Kenntnis genommen werden, daß sich Polen nicht in eine solche Intrige hineinziehen lassen will.“¹⁴⁾



Edward Wood, 1st Earl of Halifax (1881– 1959)

Um 14:00 Uhr schickt Kennard noch eine Einschätzung der Lage an Halifax in London:

„... Ich bezweifle ausgesprochen, daß es irgendeinen Nutzen bringt, wenn der polnische Botschafter ein Gespräch mit Hitler sucht. Obwohl ich die Dinge von hieraus natürlich nicht beurteilen kann, scheint es mir doch so zu sein, daß nach Herrn Hitlers Antwort (Brief vom 23.8., Anm. d. Verf.) jedes solches Vorgehen als ein Zeichen von Schwäche angesehen würde und ein Ultimatum provozieren würde.“¹⁵⁾

Paris und London sind in Sorge, daß der Krieg von Polen statt von Deutschland losgetreten wird. In Warschau bezeichnet man die Gesprächsversuche von deutscher Seite als Intrige, und Kennard zeigt keine Neigung, die Polen zu Gesprächen mit den Deutschen zu bewegen.

Quellen:

- 1) Benoist-Méchin, Band 7, Seiten 383 f. Die deutschen Vergeltungsmaßnahmen tauchen tags darauf in einer Protestnote der polnischen Regierung an die Reichsregierung wieder auf: Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik, Serie D, Band VII, Dokument 330
- 2) Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik, Serie D, Band VII, Dokument 266
- 3) Ebenda, Serie D, Band VII, Dokument 287, Eingang in Berlin telefon. voraus 25. August, schriftlich am 26. August
- 4) Wilhelm Keitel, „Mein Leben“, Seite 249
- 5) British War Bluebook, Document 69
- 6) Die Stichworte aus dem Gespräch sind den Akten des AA entnommen: Akten zur Deutschen Auswärtigen, Serie D, Band VII, Dokument 265 und dem British War Bluebook, Document 69
- 7) Jacques Benoist-Méchin, „Auf dem Weg zur Macht 1925-1939, Geschichte der deutschen Militärmacht 1918-1946“, Band 7, Seiten 515 f
- 8) Wilhelm Keitel, „Mein Leben“, Seite 250
- 9) Edouard Daladier (1884-1970), französischer Ministerpräsident
- 10) Jacques Benoist-Méchin, „Auf dem Weg zur Macht 1925-1939, Geschichte der deutschen Militärmacht 1918-1946“, Band 7, Seiten 396 f und Französisches Gelbbuch, Dokument 242
- 11) Ebenda, Band 7, Seite 397 und Französisches Gelbbuch, Dokument 242
- 12) Ebenda, Band 7, Seite 397 und Französisches Gelbbuch, Dokument 242
- 13) Akten zur Deutschen Auswärtigen, Serie D, Band VII, Dokument Nr. 271
- 14) Documents Brit. Foreign Policy, Third Series, Volume VII, Document 272
- 15) Ebenda, Document 273
- 16) Ebenda, Document 263
- 17) Ebenda, Document 270

Sonnabend 26. August 1939 - Sechs Tage vor dem Kriegsausbruch.

Um 7:50 Uhr fliegt Botschafter Henderson nach London, um Hitlers Vorschlag an die britische Regierung zu überbringen. Um 11:00 Uhr gelingt es Dahlerus, erneut bei Außenminister Halifax vorzusprechen und ihm die Wirkung des britisch-polnischen Vertrags auf Hitler zu berichten. Dahlerus kann den Minister überzeugen, daß Marschall Göring in diesem Augenblick auf deutscher Seite die einzige Persönlichkeit von Einfluß ist, die den Frieden jetzt noch retten kann.¹⁾ Der Schwede bittet Halifax, Göring einen Brief zu schreiben und Englands ernsten Willen zu einer friedlichen Lösung zu bestätigen. Dahlerus kehrt mit dem erbetenen Schreiben zurück nach Deutschland und übergibt es Göring. Der hält die Botschaft für so wichtig, daß er sofort zu Hitler fährt und ihn davon in Kenntnis setzt. Inzwischen ist es wieder Mitternacht.

Kurz nach Mitternacht (27.8.) läßt Hitler Dahlerus zu sich in die Reichskanzlei bestellen. Jetzt wird der Schwede vom Vermittler zwischen Göring und der englischen Regierung zum Vermittler zwischen Hitler und den Briten. Die Konferenz zu tiefer Nacht, die nun über eineinhalb Stunden folgt, wird zum Dialog zwischen Hitler und Dahlerus.²⁾ Der auch anwesende Göring schaltet sich erst ganz zum Ende ein. Bemerkenswert dabei ist, daß Außenminister von Ribbentrop nicht hinzugezogen wird, der Hitler bis dahin in Bezug auf Englands Reaktionen offensichtlich falsch beraten hat. Hitler schildert seine und Deutschlands Lage, so wie er sie sieht. Dem folgt ein Zwiegespräch, bei dem Hitler Dahlerus nach seinen England-Erfahrungen befragt. Dann setzt der „Führer“ wieder zu einem seiner Monologe an. Er schildert die Unschlagbarkeit des deutschen Heeres und der Luftstreitkräfte. Dahlerus seinerseits versucht, dem deutschen Kanzler klar zu machen, daß das Deutsche Reich einen Seekrieg gegen die Seemacht England niemals gewinnen können. Zum Schluß geht Hitler sehr erregt in seinem Zimmer auf und ab, ehe er plötzlich innehält und zu dem schwedischen Vermittler sagt:

„Sie Herr Dahlerus, haben meine Auffassung gehört. Sie müssen sofort nach England reisen, um sie der englischen Regierung mitzuteilen. Ich glaube nicht, daß Henderson mich verstanden hat, und ich wünsche aufrichtig, daß eine Verständigung zustande kommt.“

Es wird beschlossen, die Hitler-Position genau zu definieren. Dahlerus lernt sie auswendig, um auf dem Flug nach London keine kompromittierenden Papiere mit sich führen zu müssen. Es sind wiederum sechs Punkte,

die nun zum Teil schon weiter greifen, als die sechs Punkte, die Hitler Henderson mit auf den Weg gegeben hat:

„1. Deutschland wünscht ein Bündnis mit England, das alle Streitfragen politischer oder wirtschaftlicher Art in Zukunft beseitigen soll.“

Dieses Angebot gilt also unverzüglich und nicht erst nach der Danzig-Lösung, wie es Hitler vorher vorgeschlagen hatte.

„2. England wird gebeten mitzuwirken, daß Deutschland Danzig und den Korridor erhält, jedoch mit Ausnahme eines Freihafens in Danzig, der Polen zur Verfügung stehen soll. Polen soll einen Korridor zur Hafenstadt Gdingen erhalten und ganz über diese Stadt und ein hinreichend großes Gebiet um sie herum verfügen..“

Hier wird nun mit dem Korridor mehr verlangt, als nur die exterritorialen Transitwege. Da Polen bisher auf die von Hitler vorgeschlagene Minimallösung von sich aus nicht eingegangen ist, hofft er, mit Englands Rückendeckung auch den nicht polnisch bewohnten Teil des Korridors für Deutschland heimzuholen. Göring ergreift einen Atlas, reißt ein Kartenblatt heraus und markiert mit einem Rotstift das Gebiet, das nach dem neuen Wunsch zu Deutschland kommen sollte.

„3. Deutschland verpflichtet sich, Polens Grenzen zu garantieren.

4. Deutschland wünsche ein Abkommen über Kolonien, über die Rückgabe seiner ehemaligen Besitzungen oder Kompensationen.

5. Deutschland wünsche Garantien über die Behandlung der deutschen Minderheit in Polen.

6. Deutschland verpflichtet sich, das Britische Empire, wo immer es angegriffen werden könnte, mit seiner Wehrmacht zu schützen.“

Dahlerus sagt zu, den neuen Vorschlag so schnell wie möglich in London vorzutragen. Es ist inzwischen Morgen, als Hitler, Dahlerus und Göring auseinandergehen.

Am Nachmittag des 26. August, nachdem Halifax Dahlerus mit dem Brief an Göring nach Berlin entlassen hatte, empfängt er noch Graf Raczynski, den polnischen Botschafter, und informiert ihn über die Gespräche Hendersons mit Hitler. Dabei gibt er weiter, daß „Hitler nicht die geringste Andeutung gemacht hat, was er als die Lösung der deutsch-polnischen Probleme ansieht.“³⁾ Hitlers Lösungsvorschlag liegt aber seit dem 24. Oktober vorigen Jahres auf dem Tisch: Danzig und exterritoriale Transitwege gegen Freihafen und Handelsprivilegien in Danzig für die Polen, Grenzgarantien und ein Friedensvertrag für 25 Jahre. Halifax hält das offensichtlich für keinen Lösungsansatz.

Nachzutragen für den 26. August sind noch die französischen Aktivitäten. Früh um 1:00 Uhr berichtet Botschafter Coulondre aus der deutschen Hauptstadt nach Paris. Er bringt dabei einen gänzlich neuen Vorschlag in die Debatte ein. Coulondre regt an, einen Bevölkerungsaustausch in sämtlichen deutsch-polnischen Grenzgebieten mit gemischter Bevölkerung vorzunehmen, statt der deutschen Danzig-Forderung nachzugeben.⁴⁾ Der Vorschlag geht noch am gleichen Tag nach Warschau, wo er die Zustimmung des polnischen Außenministers findet.



Graf Edward Bernard Raczynski (1879–1986)

Am gleichen 26. August erhält Präsident Daladier Hitlers Brief, in dem er schreibt, daß Deutschland von sich aus keinen Krieg gegen Frankreich eröffnen werde. Daladier und Außenminister Bonnet verfassen eine Antwort, welche die drei bekannten Positionen wiedergibt: Die Bündnistreue Frankreichs zu Polen, die Beteuerung des Friedenswillens und der Vorschlag, mit Warschau zu verhandeln.⁵⁾ Erstaunlich ist, daß der Coulondre-Vorschlag mit dem Bevölkerungsaustausch in diesem Schreiben mit keinem Wort Erwähnung findet. Ansonsten ist der Brief kaum hilfreich. Präsident Daladier ergeht sich in einer langen Folge von Friedensbeteuerungen, die alle meinen: „Wir Franzosen sind friedlich, und wer den Danzig-Status anrührt, ist es nicht.“ Die französische Regierung denkt fünf Tage vor dem Krieg von sich aus nicht daran, das von ihr in Versailles mit geschaffene deutsch-polnische Problem, den Status des Freistaates Danzig, zur Disposition zu stellen und Polen zu ver-

anlassen, in dieser Sache einzulenken. An diesem Tage wird im ostpreußischen Kreis Neidenburg eine polnische Kavallerieeinheit bei einem Streifzug durch deutsche Dörfer von den Soldaten einer Königsberger Artilleriebatterie gestellt. 47 Polen fallen im MG-Feuer der dort zum Schutz der deutschen Grenzbevölkerung eingesetzten Batterie.

Quellen:

1) Birger Dahlerus, „Der letzte Versuch, London-Berlin Sommer 1939“, Seite 56

2) Das folgende Gespräch ist der Dahlerus-Darstellung entnommen. Ebenda, Seiten 61 ff

3) Documents Brit. Foreign Policy, Third Series, Volume VII, Document 390

4) Georges Bonnet, „Vor der Katastrophe, 1938-1939“, Seite 274

5) Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik, Serie D, Band VII, Dokument 324 (franz. Text) und Auswärtiges Amt 1939 2, Dokument 460 (deutscher Text)

Sonntag 27. August 1939 - Fünf Tage vor dem Kriegsausbruch.



In London berät das Kabinett über Hitlers ersten, in sechs Punkten formulierten Vorschlag. Im Mittelpunkt der Überlegungen steht, daß der für gestern erwartete Einmarsch der deutschen Wehrmacht in Polen ausgeblieben ist. Man sieht darin ein Zurückweichen Hitlers vor der eigenen Politik der Unnachgiebigkeit¹⁾, statt es als Entgegenkommen zu bewerten. Sobald Dahlerus in London eintrifft, wird er hinzugezogen. Die Herren prüfen Hitlers Offerte Punkt für Punkt. Dann wird vereinbart, daß der schwedische Vermittler an Stelle Hendersons mit der englischen Antwort nach Berlin zu Hitler fliegt, dessen Reaktion darauf sofort nach London übermittelt, damit

die Londoner Regierung dann erneut beraten kann. Und es wird beschlossen, daß Henderson erst morgen mit der dann endgültigen und offiziellen Antwort des Kabinetts nach Deutschland folgt. Dieser Modus wird telefonisch von Hitler akzeptiert und Dahlerus fliegt nach Deutschland, wo er sofort von Göring in Empfang genommen wird. Es ist inzwischen wieder später Abend.

Göring hält die Antwort aus London für nicht in allen Punkten günstig und besteht darauf, sie Hitler alleine vorzutragen und ihm unter vier Augen vom Nutzen der Reaktion aus London zu überzeugen. Die Antwort bezieht sich strikt auf Hitlers Punkte.²⁾ Sie lautet zu Punkt 1, daß England grundsätzlich bereit ist, einen Vertrag mit Deutschland zu schließen, der eine friedliche Entwicklung auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet sichert. In Bezug auf Punkt 2, die Bitte bei der Wiedergewinnung von Danzig und dem Korridor zu helfen, steht die englische Regierung einer Lösung der Frage wohlwollend gegenüber und empfiehlt, hierfür direkte Verhandlungen zwischen Berlin und Warschau. Zu Punkt 3, der deutschen Garantie der zukünftigen Grenzen Polens, besteht die britische Regierung darauf, daß Polens zukünftige Grenzen nicht allein von Deutschland, sondern auch von Rußland, Italien, Frankreich und Großbritannien garantiert werden müssen. Zu Punkt 4, den ausreichenden Garantien für die deutsche Minderheit in Polen, akzeptiert die englische Regierung Deutschlands Forderung und empfiehlt, diese Frage ebenfalls durch direkte Verhandlungen mit Polen zu lösen. Den in Punkt 5 erhobenen deutschen Anspruch auf die spätere Rückgabe der früheren deutschen Kolonien oder auf Ersatz lehnt die englische Regierung zunächst ab, stellt aber spätere Verhandlungen dazu in Aussicht. Das Angebot in Punkt 6, das britische Weltreich im Bedarfsfall militärisch zu unterstützen, wird gleichfalls abgelehnt.

Görings Zweifel an Hitlers positiver Reaktion sind nicht ganz unberechtigt. Schließlich trifft der Vorschlag, die Danzig- und Korridor-Sache deutsch-polnisch zu verhandeln, den wunden Punkt der deutschen Position. Außenminister Beck in Warschau ist in der Danzig-Transitfrage seit Oktober vorigen Jahres nicht einen Schritt auf Deutschland zugegangen. Die britischen und französischen Garantien und Versprechen vom März und Mai und von vor zwei Tagen haben Beck bestärkt, davon nicht abzugehen. Auch der Vorschlag, in der Minderheitenfrage zu verhandeln ist ein Hohn. Polen hat die im Versailler Vertrag unterzeichneten Minderheitenschutzbestimmungen gekündigt und die zwei Minderheitenschutzverträge mit dem Deutschen Reich im eigenen Land nie durchgesetzt. Was sollte die Polen jetzt beflügeln, sich in Bezug auf Danzig, den Korridor und die Minderheiten umzustellen? Göring will versuchen, Hitler mit dieser Antwort der englischen Regierung vom Einmarsch

in Polen abzubringen. Als er sich mit der von Dahlerus überbrachten Chamberlain-Antwort beim „Führer“ meldet, ist es fast Mitternacht.

Der Dahlerus-Versuch, die Katastrophe zu verhindern, ist nicht der einzige an diesem Tag. Am Nachmittag erscheint der Kabinettschef des Außenministers Joseph Beck, Graf Michal-Tomasz Łubieński, in Berlin und sucht den Vorsitzenden der Deutsch-Polnischen Gesellschaft, Dr. Kleist, auf, einen Beamten im Auswärtigen Amt. Łubieński gelingt es, Dr. Kleist zu überzeugen, daß sein Chef in Warschau nicht mehr „Herr des Verfahrens“ ist, und daß die seit Monaten in einen Kriegsrausch versetzte polnische Bevölkerung derzeit keinen Kompromiß zu Danzig dulden werde. Beck, so Graf Łubieński, sehe die Lage Polens durchaus realistisch, doch er brauche Zeit, bis sich die Verhältnisse in Polen abgekühlt und normalisiert hätten.³⁾ Dr. Kleist vermittelt diese Sicht der Dinge sofort an von Ribbentrop, der sich damit noch am gleichen Tag bei Hitler meldet. Es ist schon ein kleines Wunder, daß sich von Ribbentrop, der sonst nicht gerade mäßigend auf Hitler Einfluß nimmt, hier zum Fürsprecher seines polnischen Kollegen macht. Doch auch dieser kleine Hoffnungsfunke für den Frieden verglimmt ganz schnell angesichts der Auswirkungen, die *W* gerade diese in Polen angefachte Stimmung gegenüber Deutschland hat. Nach von Ribbentrops kurzem Vortrag entgegnet Hitler:

„Wie ich Herrn Henderson schon gesagt habe, glaube ich gern, daß Beck und Lipski voller guter Absichten sind. Aber sie sind nicht mehr Herr der Lage. Sie sind Gefangene einer öffentlichen Meinung, die durch Übersteigerung ihrer eigenen Propaganda und die Prahlereien der Militärs zur Weißglut gebracht worden ist. Selbst wenn sie verhandeln wollten, wären sie nicht in der Lage dazu. Das ist der eigentliche Kern der Tragödie. Sehen Sie!“⁴⁾

Hitler reicht von Ribbentrop ein Telegramm, das auf seinem Schreibtisch liegt:

„24. August, 13:15 Uhr, Verkehrsflugzeug ‚Lufthansa D-ABHF‘ 15 bis 20 Km Entfernung vor Küste Hela in 1500 m Flughöhe durch polnische Flak von etwa 40 km von Küste liegendem polnischen Schiff beschossen. Sprengwolken von acht Schüssen von Maschine beobachtet. 25. August, 12:47 Uhr, Verkehrsflugzeug ‚Lufthansa D-AHHH‘ 20 km Entfernung von Heisternest durch polnische Flak beschossen. Schüsse so nahe, daß Detonationen im Flugzeug laut gehört wurden. Unter Fluggästen Staatssekretär Stuckart. ... 25. August, 14:18 und 15:25 Uhr, Wasserflugzeug der Kriegsmarine Pillau auf Höhe von Brösen in weiter Entfernung von Küste beschossen, zweites Mal mit sechs Schuß. Schüsse entweder von Heia oder vom polnischen Schiff abgegeben.“

Hitler bemerkt zu den drei Meldungen:

„Wenn wir die Warschauer Regierung auffordern, sie solle sich bei uns entschuldigen, wird sie uns wie gewöhnlich antworten, sie träge keine Schuld. Das ist reine Anarchie. Was soll man da machen?“

Von Ribbentrops einziger überlieferter Versuch, Hitler zu bewegen, der polnischen Regierung mehr Zeit zu lassen, ist damit kein Erfolg beschieden.

Am gleichen Tag liegt in London der nächste Bericht aus Warschau vor. Botschafter Kennard teilt mit, wie er die Dinge sieht:

„Soweit ich das beurteilen kann, sind die deutschen Behauptungen über die massenhaften Mißhandlungen an Angehörigen der deutschen Minderheit in Polen grobe Übertreibungen, wenn nicht sogar Fälschungen. ... Jedenfalls handelt es sich dabei schlicht und einfach um deutsche Provokationen im Zusammenhang mit einer Politik, die die zwei Nationen gegeneinander aufgebracht hat. Ich nehme an, daß dies geschieht, um (a) Kriegsstimmung in Deutschland zu entfachen, (b) die öffentliche Meinung im Ausland zu beeindrucken und (c) entweder Niedergeschlagenheit oder offensichtliche Aggressionen in Polen zu provozieren. ... Es gibt keine Anzeichen, daß die zivilen Behörden die Kontrolle über Zustände in Polen verloren haben. ...“⁵⁾



Der französische Ministerpräsident Edouard Daladier ging nicht auf Hitlers Vorschlag ein

Quellen

- 1) Paul Rassinier, „Die Jahrhundertprovokation“, Seite 284
- 2) Die folgende englische Antwort ist entnommen aus Birger Dahlerus, „Der letzte Versuch, London-Berlin Sommer 1939“, Seite 78 f.
- 3) Jacques Benoist-Méchin, „Auf dem Weg zur Macht 1925-1939, Geschichte der deutschen Militärmacht 1918-1946“, Band 7, Seiten 433 ff
- 4) Ebenda
- 5) British War Bluebook, Document 55

Berlin glaubt, die Tür sei offen für eine friedliche Lösung

In einem Schreiben an den französischen Ministerpräsidenten Edouard Daladier betonte Hitler, daß das Deutsche Reich keine kriegerischen Absichten gegenüber Frankreich verfolge und wies wiederholt auf die Verbrechen der Polen an Deutschen hin, die nunmehr nach jahrelangen, vergeblichen Bemühungen beendet werden müßten. Dabei stellte er die Frage, wie wohl Frankreich reagiert hätte, wenn ihm das selbe widerfahren wäre wie Deutschland:

„Darf ich mir nun die Frage erlauben, Herr Daladier, wie würden Sie als Franzose handeln, wenn durch irgendeinen unglücklichen Ausgang eines tapferen Kampfes eine Ihrer Provinzen durch einen von einer fremden Macht besetzten Korridor abgetrennt würde, eine große Stadt - sagen wir Marseille - verhindert würde, sich zu Frankreich zu bekennen und die in diesem Gebiete lebenden Franzosen nun verfolgt, geschlagen, mißhandelt, ja bestialisch ermordet würden? Sie sind Franzose, Herr Daladier, und ich weiß daher, wie Sie handeln würden.“¹⁾

Zudem verlangte Hitler eine Beendigung der „untragbarsten Bestimmungen“ des Versailler Vertrags. Diese Forderung war auch von nahezu allen seinen Vorgängern gestellt worden. Schon der nationalliberale Reichskanzler Gustav Stresemann, der 1926 den Friedensnobelpreis erhalten hatte, hatte auf die Zurückgewinnung Danzigs und des polnischen Korridors gedrängt.

„Es gibt nur eine Sünde, die gegen die ganze Menschheit mit allen ihren Geschlechtern begangen werden kann, und dies ist die Verfälschung der Geschichte.“

Friedrich Hebbel, deutscher Lyriker und Dramatiker

Hitlers aufrichtiger Friedensbrief an den französischen Präsidenten

Die Schlagzeilen der Hitler-hassenden Zeitungen Großbritanniens und Amerikas bestätigten, daß es die Alliierten waren, die Deutschland „einen langen Krieg“ erklärten, während Hitler weiterhin für Frieden und Ruhe plädierte.





„Stumpfe Antwort auf Görings Friedensversuch“ - ein Hinweis auf die Weigerung Großbritanniens, überhaupt mit den Deutschen zu sprechen



Die Schlagzeile der Hitler-hassenden New York Times vom 28. August 1939 bestätigte, daß Hitler versuchte, einen Krieg mit Großbritannien und Frankreich zu vermeiden. Unten finden Sie den Text des nachdenklichen und logischen Briefes, den Hitler an den französischen Präsidenten Edouard Daladier schrieb - einen Brief, den die Times auf ihrer Titelseite veröffentlicht hat und den sie jetzt nicht leugnen kann.

„Mein lieber Ministerpräsident:

Ich verstehe die Bedenken, denen Sie Ausdruck verleihen. Auch ich habe nie die schwerwiegende Verantwortung übersehen, die denjenigen auferlegt wird, die für das Schicksal der Nationen verantwortlich sind. Als alter Frontkämpfer kenne ich wie Sie die Schrecken des Krieges. Geleitet von dieser Haltung und Erfahrung habe ich versucht, alle Angelegenheiten zu beseitigen, die zu Konflikten zwischen unseren beiden Völkern führen könnten.

Ich habe dem französischen Volk ganz offen gesagt zugesichert, daß die Rückkehr der Saar die Voraussetzung dafür sein würde. Nach seiner Rückkehr habe ich sofort und feierlich meinen Verzicht auf weitere Ansprüche ausgesprochen, die Frankreich betreffen könnten. Das deutsche Volk hat meines Erachtens dem zugestimmt.“

Anmerkung: Nach dem Versailler Nachkriegsvertrag sollte die Saarregion 15 Jahre lang gemeinsam vom Vereinigten Königreich und Frankreich besetzt werden. Die Kohleproduktion der Saar wurde von Frankreich kontrolliert. 1935 wurde ein Referendum zugelassen, und die Bevölkerung der Saarregion (die an Frankreich grenzt) stimmte mit einem Vorsprung von 91% für die Rückkehr nach Deutschland.

„Wie Sie bei Ihrem letzten Besuch hier selbst beurteilen konnten, hat das deutsche Volk in Kenntnis seines eigenen Verhaltens keine schlechten Gefühle, geschweige denn Haß, gegenüber seinem einst mutigen Gegner. Im Gegenteil, die Befriedung unserer Westgrenze führte zu einer zunehmenden Sympathie. Sicherlich für das deutsche Volk eine Sympathie, die sich bei vielen Gelegenheiten wirklich demonstrativ zeigte.“

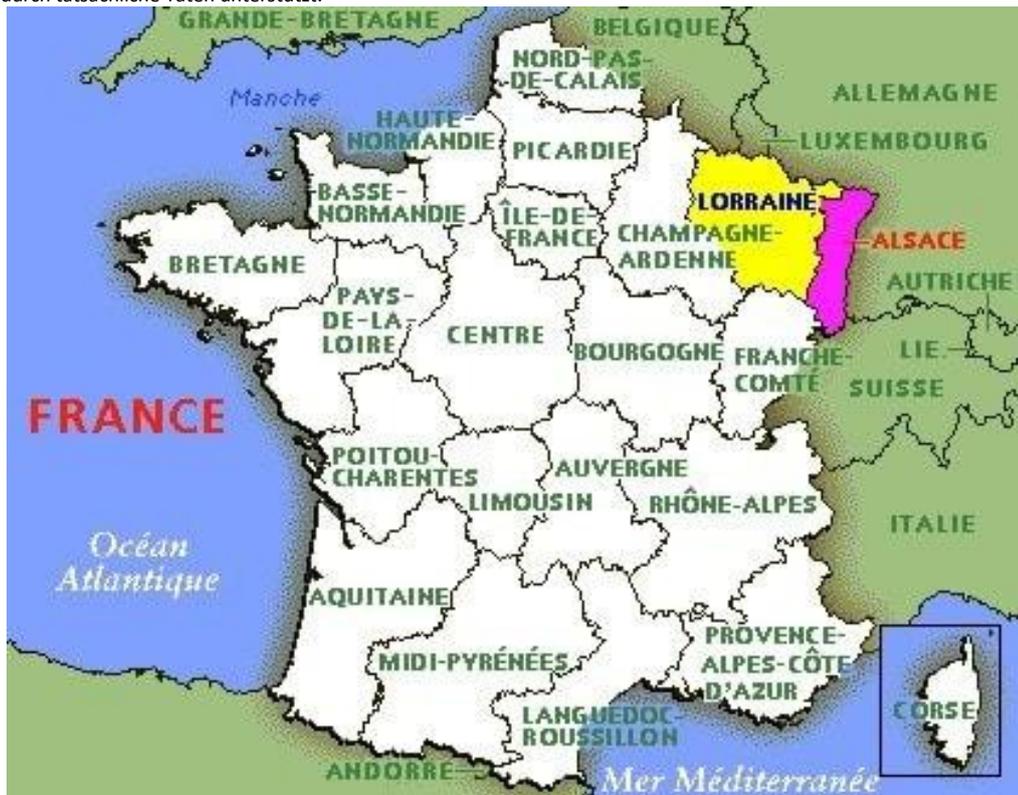
Anmerkung: Dies ist 100% wahr. In den dreißiger Jahren findet man weder in der deutschen Presse noch unter dem glücklichen deutschen Volk einen Ausdruck der Feindseligkeit gegenüber Frankreich oder England. Dies ist bemerkenswert angesichts dessen, was der wehrlosen Nation nach dem Ersten Weltkrieg angetan wurde (Gebietsverluste, haushohe Reparationszahlungen, Hungerblockade, Besetzung, Diebstahl von Ressourcen usw.).

Nach vielen Jahren der Demütigung und des Leidens hatte das deutsche Volk unter Hitler Glück erlangt. Das Letzte, was sie oder ihre Regierung wollten, war ein weiterer zerstörerischer Krieg gegen Frankreich und England.

„Der Bau der westlichen Befestigungsanlagen, die gleichzeitig viele Millionen (von Mark) verschluckten und noch schlucken, war für Deutschland ein Beleg der Annahme und Festlegung der letzten Reichsgrenzen. Dabei hat das deutsche Volk auf zwei Provinzen verzichtet, die einst dem Deutschen Reich gehörten, später auf Kosten von viel Blut wieder erobert und schließlich mit noch mehr Blut verteidigt wurden.“

Ich glaubte, daß durch diesen Verzicht und diese Haltung jede denkbare Konfliktquelle zwischen unseren beiden Völkern, die zu einer Wiederholung der Tragödie von 1914-1918 führen könnte, beseitigt worden war.“

Anmerkung: Hitler macht hier einen sehr logischen Punkt. Wenn jemand einen teuren Zaun entlang einer bestimmten Linie auf seinem Grundstück baut, sagt uns der gesunde Menschenverstand, daß er diese Linie als seine Grundstücksgrenze und alles auf der anderen Seite als die seines Nachbarn akzeptiert hat. Indem Hitler an einem bestimmten Ort Millionen Mark für Grenzbefestigungen ausgab, wurde Hitlers verbaler Verzicht auf zusätzliches Territorium auch durch tatsächliche Taten unterstützt.



Um mögliche Spannungen zwischen Frankreich und Deutschland abzubauen, verzichtete Hitler auf jeglichen Anspruch auf die gestohlenen Provinzen Elsaß-Lothringen und baute die deutschen Verteidigungsanlagen hinter der Region.

„Diese freiwillige Einschränkung des deutschen Lebensanspruchs im Westen kann jedoch nicht als Akzeptanz aller anderen Phasen des Versailler Diktats interpretiert werden. Ich habe wirklich Jahr für Jahr versucht, zumindest die unmöglichsten und unerträglichsten Bestimmungen dieses Diktats durch Verhandlungen zu überarbeiten. Das war unmöglich.“

In diesem Sinne habe ich versucht, die irrationalsten Bestimmungen des Versailler Diktats aus der Welt zu entfernen. Ich habe der polnischen Regierung ein Angebot gemacht, das das deutsche Volk scho-

ckierte. Niemand außer mir konnte es wagen, mit einem solchen Angebot in die Öffentlichkeit zu gehen. Es konnte daher nur einmal gemacht werden.“

Anmerkung: Der Mann sagt die Wahrheit - schon wieder! In ihrer Ausgabe vom 2. September wird die New York Times die Einzelheiten des großzügigen Angebots Deutschlands an das aggressive Polen zusammenfassen. Hitler bot unter anderem an, Polen eine 1,6 km breite Autobahn durch deutsches Gebiet zu geben, damit es immer Zugang zur Ostsee habe. Polens Antwort war, den Mißbrauch von Deutschen zu verstärken, die aufgrund des Landraubes nach dem Ersten Weltkrieg in Polen gestrandet waren.



Westpreußen wurde mit vorgehaltener Waffe unter Androhung von Hunger gestohlen, nachdem Deutschland im Ersten Weltkrieg getäuscht und zur bedingungslosen Kapitulation verraten worden war. Der lächerliche Danziger Korridor übergab die Region dem neu geschaffenen Staat Polen und schnitt Ostpreußen vom Rest des Reiches ab. Im Korridor und in der „freien Stadt“ Danzig gefangene Deutsche (heute Danzig, Polen) wurden schrecklich mißbraucht und das Selbstbestimmungsrecht verweigert.

„Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß, wenn vor allem England damals, statt eine wilde Kampagne gegen Deutschland in der Presse zu starten und statt Gerüchte über eine deutsche Mobilmachung in die Welt zu setzen, die Polen irgendwie zur Vernunft gebracht hätte, Europa heute und seit fünfundzwanzig Jahren einen Zustand tiefsten Friedens genießen könnte.

Die polnische öffentliche Meinung war von einer Lüge über die deutsche Aggression begeistert. Klare Entscheidungen, die die Situation erforderte, wurden der polnischen Regierung schwer gemacht. Vor allem die Fähigkeit der Regierung, die Grenzen realistischer Möglichkeiten zu erkennen, wurde durch das folgende Garantieverprechen beeinträchtigt.“

Anmerkung: Hitler war nicht der einzige, der die britische Presse des Kriegstreibens beschuldigte. Unter anderem machte Lord Beaverbrook, der größte Zeitungsmann in England, dieselbe Beobachtung in zwei privaten Briefen von 1938 schrieb er: „In England gibt es 20.000 deutsche Juden - in Berufen, die Forschung betreiben. Sie alle arbeiten gegen eine Annäherung an Deutschland.“ In einem nachfolgenden Brief fügte Beaverbrook hinzu: „Die Juden haben hier großen Einfluß in der Presse. Ich bin erschüttert. Die Juden könnten uns in den Krieg treiben.“ Der Medienmogul Beaverbrook schrieb privat, was er - trotz seiner eigenen Macht und seines Einflusses - nicht öffentlich zu sagen wagte.

„Die polnische Regierung lehnte die Vorschläge ab. Die polnische Öffentlichkeit, überzeugt, daß England und Frankreich nun für Polen kämpfen würden, begann Forderungen zu stellen, die man vielleicht als lächerlichen Wahnsinn bezeichnen könnte, wenn sie nicht so ungeheuer gefährlich wären. Nun begann in den vom Reich abgetretenen Gebieten ein unerträglicher Terror, eine physische und wirtschaftliche Verfolgung der Deutschen, obwohl sie mehr als anderthalb Millionen zählten.“

Anmerkung: Was die Unterstützung Polens und die Ermutigung zum Kampf gegen Deutschland angeht, so kann Hitler wiederum durch eine unabhängige Quelle bestätigt werden. Von Graf Jerzey Potocki, dem polnischen Botschafter in den Vereinigten Staaten, privat geschrieben im Jahr 1934: „Vor allem ist die Propaganda hier ganz in jüdischer Hand. Wenn man die Unwissenheit der Öffentlichkeit bedenkt, ist ihre Propaganda so wirksam, daß die Menschen keine wirkliche Kenntnis von der wahren Lage der Dinge in Europa haben ... Präsident Roosevelt wurde die Macht gegeben, ... riesige Reserven an Rüstungsgütern für einen zukünftigen Krieg zu schaffen, auf den die Juden absichtlich zusteuern.“



Der polnische Botschafter Jerzy Potocki verlässt das Weiße Haus des FDR.



Marschall Rydz-Śmigły war der effektive Militärdiktator Polens. Unterstützt von Großbritannien, Frankreich und dem FDR war der "tapfere" Śmigły (der später aus seinem besiegten Land floh) sehr dreist in seinem Kriegstreiben gegen Deutschland.



Die deutsche Malerei zeigt den verrückten Marschall, der triumphierend durch das Brandenburger Tor in Berlin reitet und auf deutschen Flaggen herumtrampelt.

„Von den Grausamkeiten, die sich ereigneten, will ich nicht sprechen. Es genügt zu sagen, daß auch Danzig durch fortwährende aggressive Handlungen polnischer Beamter in zunehmendem Maße bewußt gemacht wurde, daß es anscheinend der Selbstherrlichkeit einer dem nationalen Charakter der Stadt und ihrer Bevölkerung fremden Macht ausgeliefert war.“

Anmerkung: Es ist wieder wahr! Als die polnische Regierung „wegauckte“, wurden die Deutschen von bolschewistischen Terrorbanden extrem mißhandelt. Das Massaker vom 3. September 1939 in Bromberg, das Propagandahistoriker zu mildern versucht haben, aber nicht leugnen können, gibt einen klaren Hinweis auf den böswilligen und neidischen Haß gegen unschuldige Deutsche. In Bromberg wurden bis zu 3.000 Deutsche, darunter Frauen und Kinder, gefesselt, gefoltert, geschlagen, verstümmelt, geschlachtet oder erschossen - und es war nicht das erste Mal, daß solche Ereignisse im Korridor stattfanden.



In Polen gestrandete Deutsche wurden routinemäßig von bolschewistischen jüdischen Partisanen und polnischen Ultrationalisten mißhandelt und sogar geschlachtet.

„Darf ich mir nun erlauben, Ihnen, Herr Daladier, eine Frage zu stellen: Wie würden Sie sich als Franzose verhalten, wenn durch einen unglücklichen Ausgang eines tapferen Kampfes eine Ihrer Provinzen durch einen von einer fremden Macht besetzten Korridor abgetrennt würde? Und wenn eine große Stadt - sagen wir Marseille - daran gehindert würde, zu Frankreich zu gehören, und wenn Franzosen, die in diesem Gebiet leben, verfolgt, geschlagen und auf bestialische Weise mißhandelt, ja ermordet würden?

Sie sind Franzose, Herr Daladier, und ich weiß daher, wie Sie handeln würden. Ich bin Deutscher, Herr Daladier. Zweifelnd Sie nicht an meinem Ehrgefühl und meinem Pflichtbewußtsein, genau wie Sie zu handeln. Wenn Sie also das Unglück hätten, das das unsere ist, würden Sie dann, Herr Daladier, verstehen, daß Deutschland ohne Grund darauf besteht, daß der Korridor durch Frankreich bestehen bleibt, daß das geraubte Gebiet nicht zurückgegeben werden darf und daß die Rückgabe von Marseille verboten ist?“

Anmerkung: Die Logik von Hitlers Frage an Daladier ist unmöglich zu widerlegen, weshalb Propagandahistoriker die Existenz des Danziger Korridors, sowie die Mißhandlungen und Morde, die in ihm stattfanden, aus den Geschichtsbüchern und aus den TV-Dokumentaries heraus redigiert haben.

„Sicherlich kann ich mir nicht vorstellen, Herr Daladier, daß Deutschland aus diesem Grund gegen Sie kämpfen würde. Denn ich und wir alle, haben auf Elsaß-Lothringen verzichtet, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden. Noch viel weniger würden wir Blut vergießen, um eine Ungerechtigkeit aufrechtzuerhalten, die für Sie so unerträglich wäre, wie sie für uns unerheblich wäre.“

Möglicherweise können wir uns als alte Frontkämpfer in einigen Bereichen am besten verstehen. Ich bitte Sie aber, auch dies zu verstehen: Daß es für eine Nation der Ehre unmöglich ist, auf den Anspruch von fast zwei Millionen Menschen zu verzichten, die an den eigenen Grenzen geschunden werden. Ich habe deshalb eine klare Forderung an Polen gestellt. Danzig und der Korridor müssen an Deutschland zurückgegeben werden.

Ich sehe keine Möglichkeit, Polen, das sich als unangreifbar fühlt, jetzt, wo es den Schutz Ihrer Garantien genießt, zu einer friedlichen Lösung zu bewegen. Sollten unsere beiden Länder aus diesem Grunde dazu bestimmt sein, sich wieder auf dem Schlachtfeld zu treffen, so würde doch ein Unterschied in den Motiven bestehen.

Ich, Herr Daladier, werde mein Volk in einem Kampf führen, um ein Unrecht zu berichtigen, während die anderen kämpfen würden, um dieses Unrecht zu bewahren.

Das ist um so tragischer, als viele wichtige Männer, auch aus dem eigenen Volk, den Irrsinn der damals (in Versailles) gefundenen Lösungen ebenso erkannt haben wie die Möglichkeit, sie dauerhaft aufrechtzuerhalten.

Daß unsere beiden Völker in einen neuen, blutigen Vernichtungskrieg eintreten, ist nicht nur für Sie, sondern auch für mich, Herr Daladier, schmerzlich. Wie schon bemerkt, sehe ich keine Möglichkeit, unsererseits auf Polen in Richtung der Vernunft Einfluß zu nehmen, um eine für das deutsche Volk und das Deutsche Reich unerträgliche Situation zu korrigieren.

Adolf Hitler“



Daladier traf sich 1938 mit Hitler, um den Sudetenland-Streit friedlich zu entschärfen.

Anmerkung

Fast 7 Jahre nach Hitlers Herrschaft, zu einer Zeit, als Europa noch in Frieden lebte und die Juden in Hitler-Deutschland gut lebten und gediehen, stieß Hitlers logischer, durchdachter und wahrheitsgemäßer Versuch, die Katastrophe abzuwenden, auf taube Ohren. Weder die Franzosen noch die Briten versuchten überhaupt, Hitlers Behauptungen zu widerlegen. Statt dessen, genau wie moderne „Hoffhistoriker“, ignorierten sie einfach die unwiderlegbaren Punkte, die Hitler zum Ausdruck brachte; und plapperten dann weiter über „die Rechte Polens“.

Inzwischen war der kriegstreiberische Druck auf den französischen Präsidenten Daladier und den britischen Premierminister Chamberlain zu groß, um sich zurückzuhalten. So ermutigt, erlaubte die militaristische und ultranationalistische Regierung Polens den Ultranationalisten und jüdisch-bolschewistischen Partisanen, ihre Grenzprovokationen gegen Deutschland eskalieren zu lassen. Dies gipfelte im deutschen Gegenangriff gegen Polen am 1. September 1939, gefolgt von der Befreiung des Korridors und Danzigs.

Großbritannien und Frankreich erklärten Deutschland den Krieg, machten aber keinen Finger krumm, um Polen zu helfen. Sie wurden als „Dummköpfe“ abgestempelt. Polen wurde bald von den Alliierten aufgegeben, als Stalins Sowjetunion von Osten her in Polen einfiel. Während die Alliierten weiterhin Hitlers Bitten um Frieden ignorierten, verbrachten sie die nächsten acht Monate damit, Manöver in Skandinavien zu planen und eine massive mechanisierte Kampftruppe in Nordfrankreich aufzustellen, in Erwartung einer Invasion Deutschlands über das „neutrale“ Belgien und Holland irgendwann im Frühjahr 1940.²⁾

Quellen:

- 1) Max Domarus: Hitler. Reden und Proklamationen von 1932-1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen. Würzburg 1962/63. S.1329
- 2) <https://www.realthistorychan.com/hitlers-peace-letter-to-french-president.html>

Montag, der 28. August - Vier Tage vor dem Kriegsausbruch.

Frühmorgens 1:30 Uhr: Göring kommt von Hitler zurück und hat mit der Dahlerus-Botschaft Erfolg gehabt. Hitler hat wider Görings anfängliche Befürchtungen Englands Standpunkt respektiert. Göring berichtet trotz der Schlafenszeit sofort Dahlerus über Hitlers Kommentare zur aus London überbrachten Antwort.

„Mit Freude“, so Marschall Göring „begrüße Hitler Englands Wunsch, mit Deutschland zu einer friedlichen Abmachung zu gelangen. Der Reichskanzler würde größten Wert darauf legen, ein wirkliches Bündnis zwischen Großbritannien und Deutschland zustande zu bringen und nicht nur einen Vertrag. Hitler respektiere Englands Entschluß, seine Garantie für Polen aufrechtzuerhalten und ebenso die englische Forderung nach internationaler Garantie der polnischen Grenzen durch die fünf Großmächte. Er akzeptiere auch den englischen Vorschlag, die Fragen Korridor und Danzig endgültig durch direkte Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen zu regeln. Hitler habe weiter den Vorschlag der englischen Regierung gebilligt, die Entscheidung über die Kolonien bis zur allgemeinen Demobilisierung und

Normalisierung der Lage zu vertagen. Er habe auch seiner Überzeugung Ausdruck gegeben, daß die Engländer bei den damit zusammenhängenden Verhandlungen ihr Bestes tun würden, um eine befriedigende Lösung herbeizuführen.“¹⁾

Der Friede scheint gerettet. Immerhin gibt Hitler mit seiner Reaktion zwei Dinge zu erkennen. Zum einen will er, der Beck seit dem 5. Januar immer wieder zu Gesprächen über Danzig und die Transitwege eingeladen hat, noch einmal warten. Was noch bemerkenswerter ist, ist zweitens, sein Einverständnis zu einer Garantie der Grenzen Polens durch England, Frankreich, Italien und die Sowjetunion. Dies Einverständnis läßt darauf schließen, daß sein Interesse an der Eroberung des Nachbarlandes Polen relativ gering ist. Falls er trotzdem eine Annexion in den letzten Monaten in Erwägung gezogen haben sollte, ist er jetzt jedenfalls bereit, Polens Existenz auf Dauer zu achten, wenn er dafür die Freundschaft Großbritanniens gewinnen kann.

Dahlerus beeilt sich, die Reaktionen Hitlers und Görings so schnell wie möglich mit Hilfe der englischen Botschaft in Berlin nach London durchzugeben. Er hebt dabei hervor, daß Großbritannien nun Polen überzeugen muß, daß es sofort beginnt, mit Deutschland zu verhandeln. Dahlerus übermittelt außerdem, daß es äußerst wichtig ist, daß die offizielle Antwort, die Henderson später überbringen soll, erwähnt, daß England sich verpflichtet, die polnische Regierung zu Verhandlungen mit Deutschland zu bewegen.²⁾ Gegen Mittag begibt sich Dahlerus noch einmal zu Feldmarschall Göring, der sich inzwischen in sein mobiles Hauptquartier westlich von Potsdam begeben hat. Der Schwede lernt dort die Luftwaffengenerale Milch, Jeschonnek, Udet, Bodenschatz und Staatssekretär Körner kennen, die offensichtlich uni sono die Auffassung vertreten, daß ein Krieg vermieden werden müsse.³⁾

In London wird derweilen die offizielle Antwort der britischen Regierung auf Hitlers Sechs-Punkte-Angebot zu Ende formuliert. Um 14:00 Uhr geht ein Telegramm von Lord Halifax an den englischen Botschafter in Warschau Kennard mit dem Auftrag, sofort beim polnischen Außenminister nachzufragen, ob sich die polnische Regierung zu direkten Verhandlungen mit der deutschen bereit erklärt.⁴⁾ Im Telegramm steckt ein Schachzug Londons, der unweigerlich zum Kriege führt. Minister Halifax betont in diesem Auftrag an Botschafter Kennard als erstes, daß man in London genau zwischen der Methode der empfohlenen Verhandlung und den Zielen der Verhandlung unterscheide. Man werde die Andeutung der Verhandlungsbereitschaft von polnischer Seite nicht als Zustimmung zu Hitlers Forderungen in irgendeiner Weise mißverstehen. Die Verhandlungen hätten nach den Grundsätzen der Wahrung der wesentlichen Interessen Polens und der Gespräche „auf gleicher Augenhöhe“ zu geschehen. Großbritannien stehe weiter hinter Polen.



Sir Neville Henderson (1882 – 1942)

Das Telegramm enthält nicht ein einziges Wort zu Danzig und nicht den geringsten Hinweis an die Adresse Warschau, den Deutschen ein Stück des Weges entgegenzukommen. Die verklausulierte Botschaft lautet, daß die englische Regierung die polnische Verhandlungsbereitschaft nicht als ein Nachgeben in der Danzig-Frage mißverstehen werde und daß Warschau das auch nicht tun sollte. Man erwarte, daß Polen verhandele und nicht mehr. Nach dieser Botschaft kann man in London sicher sein, daß Warschau in Bezug auf Danzig mauert.

Um 16:00 Uhr trifft die Antwort aus Warschau im Foreign Office ein:

„Außenminister Beck ist äußerst dankbar für die vorgeschlagene Antwort an Hitler und ermächtigt seiner Majestät Regierung, die deutsche Regierung zu informieren, daß Polen bereit ist, sofort in direkte Verhandlungen mit dem Reich einzutreten“⁵⁾

Um 17:00 Uhr tritt Botschafter Henderson mit der Antwort im Gepäck den Rückflug nach Berlin an. Um 22:30 Uhr wird er in der Reichskanzlei protokollarisch mit den Ehren empfangen, die sonst nur Staatsoberhäuptern vorbehalten sind. So groß ist Hitlers Wille, die Bedeutung zu unterstreichen, die er der deutsch-britischen Annäherung beimißt.⁶⁾ Ehe Henderson das Antwortschreiben Chamberlains überreicht, tauschen sich die beiden Männer aus.⁷⁾ Der Botschafter betont die Bündnistreue Englands zu Polen und erklärt:

„Das englische Volk und besonders Mister Chamberlain wünschten eine Verständigung mit Deutschland, brauchten allerdings bei der Durchführung dieser Absicht die Mitwirkung Deutschlands, das versuchen müßte, sich mit den Polen auf friedlichem Wege zu einigen.“

Hitler entgegnet:

„daß er durchaus bereit gewesen sei, die schwebenden Fragen mit der Polnischen Regierung auf einer sehr vernünftigen Grundlage zu regeln. ... Jetzt hätten sich die Dinge aber soweit zugespitzt, daß täglich neue Zwischenfälle und neue Gewalttaten gegenüber den Volksdeutschen geschähen. ... Für ihn bestehe die Wahl seiner Möglichkeiten jetzt darin, die Rechte des deutschen Volkes zu verteidigen oder um den Preis einer Einigung mit England aufzugeben. Das sei für ihn keine Wahl, sondern er habe die Pflicht, für die Rechte des deutschen Volkes einzutreten.“

Nach etwa einstündigem Gespräch wird Henderson von Hitler mit der Zusicherung entlassen, er werde die Botschaft Chamberlains sorgfältig studieren und morgen schriftlich Antwort geben. Die erste Durchsicht des Briefes aus London stellt Hitler offensichtlich zunächst zufrieden. Dahlerus, der schwedische Vermittler, wird jedenfalls noch um 1:15 Uhr auf Görings Anweisung hin telefonisch aus der Reichskanzlei davon informiert,

*„daß die Antwort höchst zufriedenstellend wäre und daß nun große Hoffnung bestehe, daß die Kriegsgefahr vorbei sei.“*⁸⁾

Am gleichen Tage gibt es noch einen weiteren Hoffnungsschimmer für die deutsche Seite. Mussolini läßt dem Auswärtigen Amt mitteilen, daß das deutsche Anrecht auf Danzig grundsätzlich anerkannt werden müsse, und daß er für alle übrigen Fragen, wie die der Abrüstung, die der Rohstoffversorgung für Deutschland und die der Kolonien, eine Vierer- oder Fünferkonferenz anregen werde.⁹⁾

Quellen:

- 1) Birger Dahlerus, „Der letzte Versuch“, Seiten 82 f
- 2) Paul Rassinier, „Die Jahrhundertprovokation“, Seite 285
- 3) Birger Dahlerus, „Der letzte Versuch“, Seite 85
- 4) British War Bluebook, Document 73
- 5) Documents Brit. Foreign Policy, Third Series, Volume VII, Document 420 und Paul Rassinier, „Die Jahrhundertprovokation“, Seite 286
- 6) Paul Rassinier, „Die Jahrhundertprovokation“, Seite 287
- 7) Das folgende Gespräch ist aufgezeichnet in Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik, Serie D, Band VII, Dokument 384
- 8) Internationaler Militärgerichtshof Nürnberg-Vernehmungen, Band IX, Seite 519
- 9) Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik, Serie D, Band VII, Dokument 395

Dienstag, 29. August 1939 - Drei Tage vor dem Kriegsausbruch.

Ganz Europa liegt im Fieber und trotzdem sieht es in Berlin tagsüber zunächst nach Frieden aus.

Das Oberkommando der Sowjetischen Streitkräfte gibt die Verstärkung der Truppen an der Westgrenze bekannt.¹⁾ Die Mobilmachungsvorbereitungen in England, Polen, Deutschland, Frankreich, Bulgarien und den Niederlanden laufen weiter; in Polen und Deutschland allerdings bislang inoffiziell. Ungarn macht gegen Rumänien mobil und umgekehrt. Die Grenzen zwischen Italien und Frankreich und die zwischen Frankreich und Deutschland werden von beiden Seiten geschlossen. Italien versetzt seine Luftwaffe in Libyen, Äthiopien, Sardinien und Sizilien in Alarmbereitschaft. Das ägyptische Territorialheer wird mobilgemacht. Spanien läßt seine Pyrenäenfestungen unter Hochdruck in Abwehrbereitschaft versetzen. In der Türkei wird einberufen und die Dardanellenstellungen werden bemannt. In Belgien sind Reservisten für 12 Divisionen und in der Schweiz 100.000 Mann für die Grenztruppen eingezogen worden. Und Irland bestreitet Großbritannien das Recht, in England lebende Iren zum Kriegsdienst heranzuziehen.

Auch die USA – obwohl neutral – machen mit dem Herzen schon mobil. Am frühen Morgen 7:10 Uhr trifft der Abendbericht der deutschen Botschaft aus Washington in Berlin ein. Der dortige Geschäftsträger Thomsen schreibt:

„In Militärkreisen ist Stimmung gegenüber Deutschland wesentlich weniger durch Pressehetze beeinflusst, als in breiter Öffentlichkeit. In letzterer gilt Deutschland allgemein als Friedensstörer und Angreifer, der sich weigert, politische Probleme anders als mit Gewalt zu lösen. ... Ich beurteile die Lage wie folgt:

1. Roosevelt hält Neutralität für verwerflich. ...
2. Amerika will militärisch intervenieren,
 - a. falls England und Frankreich in Gefahr einer Niederlage geraten,
 - b. voraussichtlich auch falls sichere Aussicht auf englisch-französischen Endsieg besteht. ...“²⁾

Gegen 11:00 Uhr morgens sehen sich Göring und Dahlerus wieder. Der Marschall drückt dem schwedischen Vermittler die Hand und sagt ganz aufgeregt: „Es bleibt Frieden! Der Frieden ist gesichert.“³⁾

Inzwischen ist man in der Reichskanzlei dabei, den Antwortbrief der englischen Regierung sorgfältig auszuwerten. Oberflächlich betrachtet stimmt der Schrifttext mit der von Dahlerus schon vorher überbrachten Antwort überein.

„England teilt den Wunsch nach gegenseitiger Verständigung. Die deutsch-polnischen Vereinbarungen müssen die wesentlichen Interessen Polens sicherstellen. Polens neue Grenzen sind von fünf Mächten zu garantieren. Die Minderheitenprobleme sollten erst nach einer Phase der Beruhigung verhandelt werden.“⁴⁾

Hitler ist mit alledem offensichtlich einverstanden. Doch der Brief enthält auch drei Passagen, bei denen nicht ersichtlich ist, ob Hitler, Göring und von Ribbentrop erfassen, was sie besagen und was ihre Konsequenzen sind. Da heißt es:

„Seiner Majestät Regierung vertraut darauf, daß der Herr Reichskanzler nicht glauben wird, daß seiner Majestät Regierung, weil sie ihre Verpflichtung gegenüber Polen genau nimmt, aus diesem Grunde nicht bestrebt ist, ihren ganzen Einfluß für das Zustandekommen einer sowohl Deutschland wie Polen befriedigenden Lösung einzusetzen.“

Entkleidet aller Floskeln heißt der Satz:

„Wir hoffen, daß Sie nicht glauben, daß wir uns nicht für eine auch für Deutschland befriedigende Lösung einsetzen werden.“

Man kann den Satz auch noch wie folgt verkürzen:

„Wir hoffen nicht, daß Sie glauben, daß wir nichts für Sie tun.“

Das ist – sorgfältig gelesen – keine Zusage, daß die britische Regierung sich für das Zustandekommen einer für Deutschland befriedigenden Lösung einsetzen werde. Und genau darum hatte Hitler Chamberlain zwei Tage vorher in seinem Brief gebeten. Der Satz - blendend ausgedrückt – erweckt den Anschein britischer Unterstützung für das deutsche Anliegen und sagt dennoch rein gar nichts aus. Tags zuvor hat die gleiche britische Regierung Botschafter Kennard in Warschau angewiesen, dem polnischen Außenminister Beck in der Sache kein Entgegenkommen anzuraten. Nur verhandelt sollte werden. So ist der oben zitierte Satz mit „Seiner Majestät Regierung ...“ im Zusammenhang mit der Kennard-Weisung nichts als eine brillant formulierte Täuschung Hitlers; vielleicht eine Rache des Premiers Chamberlain für Hitlers Wortbruch in Bezug auf die Tschechei.

Die zweite zweifelhafte Passage in diesem Antwortbrief betrifft die Verhandlungsbereitschaft Polens. Da heißt es:

„Seiner Majestät Regierung hat bereits eine definitive Zusicherung von der polnischen Regierung erhalten, daß diese bereit ist, auf dieser Grundlage in Besprechungen einzutreten.“

Der Satz muß Hitler glauben machen, daß sich die polnische Regierung tags zuvor auf Englands Drängen hin bereit erklärt hat, etwas in der Sache zu bewegen. Doch genau das hat die Kennard-Weisung versucht zu unterbinden. Der Kern der englischen Ratschläge an die Polen ist gewesen: „Sprechen ja, bewegen ist von unserer Seite nicht gefordert“, oder in einem Bild gesprochen: „Geht zum Ball, aber laßt das Tanzen“. Die britische Regierung suggeriert mit diesem Satz den nun offenen Verhandlungsweg, den sie in Wirklichkeit durch Botschafter Kennan hat verstellen lassen.

Ein dritter und genauso folgenschwerer Haken in der Antwort aus London ist die Reihenfolge der Voraussetzungen, die nun gelten sollen. Hitler hat einen Freundschaftspakt geboten, wenn England bei der Danzig-Sache hilft. Die britische Regierung antwortet: wenn Deutschland und Polen den Danzig-Streit auf dem Verhandlungsweg gelöst haben, ist England bereit, einen Freundschaftspakt zu schließen. Hitlers Voraussetzung für Deutschlands Einigung mit Polen ist der Freundschaftspakt mit England. Chamberlains Voraussetzung für den Freundschaftspakt mit England ist Deutschlands Einigung mit Polen. Die Briten zeigen Hitler also nach wie vor die verschlossene Tür in Warschau und sagen „Geh hindurch“. Hitlers Rechnung oder Hoffnung geht also auch in diesem Punkt nicht auf. Dennoch ist ihm sein Fernziel eines Ausgleichs und eines Freundschaftspakts mit Großbritannien nun wichtiger als das Nahziel Danzig. Er geht auf Chamberlains schwierige Konditionen ein.



*Józef Beck (1894 - 1944)
von 1932–1939 polnischer Außenminister.*

Hitler antwortet mit einer Note, in der er als erstes die Bedingungen aus London akzeptiert.⁵⁾ Dann wiederholt er noch einmal die Klage gegen die Drangsalierung der Volksdeutschen in Polen und erklärt, daß dieser Zustand nicht weitere Wochen oder auch nur Tage hingenommen werden kann. Hitler fordert in diesem Schreiben die Revision des Versailler Vertrages, soweit er Danzig und den Korridor betrifft und sichert den Fortbestand des Staates Polen unter der Fünf-Mächte-Garantie ansonsten zu. Soweit folgt Hitler den Vorgaben der britischen Regierung. Erst zum Schluß des Briefes baut er eine Hürde auf, über die nun die Briten und die Polen gehen müssen. Er beendet seinen Brief mit der Erwartung, daß die deutsch-polnischen Verhandlungen nun wirklich binnen 29 Stunden aufgenommen werden:

„Die Deutsche Reichsregierung ist unter diesen Umständen damit einverstanden, die vorgeschlagene Vermittlung der Königlich Britischen Regierung zur Entsendung einer mit allen Vollmachten versehenen polnischen Persönlichkeit nach Berlin anzunehmen. Sie rechnet mit dem Eintreffen dieser Persönlichkeit für Mittwoch, dem 30. August 1939.“⁶⁾

Das heißt: Verhandlungsbeginn spätestens am Tag danach um 24:00 Uhr, ohne ein weiteres englisch-polnisches Spiel auf Zeit. Hitler schwankt jetzt offensichtlich zwischen der Hoffnung auf die Vermittlungskünste der Londoner Regierung und der Erwartung, daß die Warschauer Regierung sich nicht bewegen wird.

Der deutsche Kanzler steht in vieler Hinsicht mit dem Rücken an der Wand. Er will so schnell wie möglich von den Briten Taten sehen oder herausfinden, ob er hingehalten wird. Er kann die Mobilmachung und den Aufmarsch der Wehrmacht nicht mehr lange in der Schwebe halten. Entweder müssen die Streitkräfte in absehbarer Zeit zurückgezogen werden oder spätestens am 2. September in Polen einmarschieren. Außerdem will Hitler sich von der polnischen und der französischen Presse nicht wieder „weiche Knie“ wie vor drei Wochen attestieren lassen. So muß er den Haltbefehl für die aufmarschierte Wehrmacht bald mit einem Verhandlungserfolg aufwiegen. Und in dieser Situation wohl ganz entscheidend: er kann die drangsalierte deutsche Minderheit in Polen nicht lange weiter ohne Hilfe lassen.

Um 19:00 Uhr übergibt Hitler seine Antwort an Botschafter Henderson, der sie sofort lesend überfliegt. Henderson ist zunächst erleichtert festzustellen, daß Hitler alle englischen Bedingungen akzeptiert. Die Erleichterung wechselt zur Bestürzung, als er den Schluß des Briefes liest. Henderson macht aus dem Entsetzen über die so kurz gesteckte Frist nicht den geringsten Hehl:⁷⁾

„Sie geben dem polnischen Unterhändler 24 Stunden Zeit, um nach Berlin zu kommen. Die Frist ist viel zu kurz. Warum eine solche Übereilung? Das klingt wie ein Ultimatum.“

„Aber keineswegs“, entgegnet Hitler. „Dieser Satz unterstreicht nur die Dringlichkeit des Augenblicks. Bedenken Sie, daß es jederzeit zu einem schweren Zwischenfall kommen kann, wenn sich zwei mobilisierte Armeen gegenüberliegen.“

Henderson beharrt auf seiner Ansicht:

„Die Frist ist unzureichend.“

„Nein“, so Hitler. „Es ist jetzt eine Woche, daß wir immer daſelbe wiederholen. Wir tauschen unablässig Noten und Antworten aus. Dieses unsinnige Spiel kann nicht ewig weitergehen. ... Denken Sie an die Gewehre, die jeden Augenblick von allein losgehen können. Denken Sie daran, daß mein Volk Tag um Tag blutet.“

Die Unterredung zwischen beiden Männern ist erregt und zum Schluß unfreundlich heftig. Als Henderson sieht, daß er Hitler nicht zu einer Terminverschiebung bewegen kann, fragt er zum Schluß der Notenübergabe, ob ein polnischer Unterhändler, der nach Berlin käme, freundlich empfangen würde und ob die Verhandlungen auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung geführt würden. Hitler sichert beides zu. Er stellt außerdem in Aussicht, ein neues Angebot für Polen vorzubereiten.

Nach dem Besuch bei Hitler bittet Henderson sofort den polnischen Kollegen Lipski zu sich in die englische Botschaft. Er informiert ihn über das Gespräch mit Hitler und den Inhalt des Briefes an Chamberlain. Der Brite bietet gegenüber seinem polnischen Kollegen alle Überredungskunst auf, zu der er fähig ist, und dringt händeringend auf die sofortige Entsendung eines bevollmächtigten Unterhändlers von Warschau nach Berlin. Dann ruft Henderson seinen französischen und seinen italienischen Botschaf-



*Tadeusz Kasprzycki (1891-1978)
(1935-1939 poln. Kriegsminister)*

terkollegen in Berlin an, setzt sie schnell ins Bild und bittet beide, sie möchten unverzüglich die Regierungen in Paris und Rom anrufen und ihnen eine sofortige Intervention in Warschau anraten. Das polnische Außenministerium, so drängt Henderson, sollte schnellstmöglich einen zu Verhandlungen bevollmächtigten Unterhändler nach Berlin entsenden.

Dann erst, um 21:00 Uhr, wendet sich Henderson per Telegramm an Minister Halifax in London. Er kündigt Hitlers Brief an, den er vor Übersendung noch in Englisch übersetzen lassen will. Vorinformierend – weil die Zeit drängt – weist er darauf hin, daß Hitler morgen, am 30. August, einen bevollmächtigten Unterhändler Polens in Berlin erwartet. Er teilt auch schon mit, daß Hitler die Bedingungen des letzten Halifax-Vorschlages akzeptiert hat, und daß die Note aus Berlin zum Ausdruck bringt, daß die deutschen Vorschläge nie zum Ziele hatten, die vitalen Interessen Polens einzuschränken.⁸⁾ Eine Stunde später schickt Henderson die übersetzte Hitler-Antwort hinterher. Im Begleittext zum Hitler-Brief bringt er es auf den Punkt:

„Hitler blufft nicht. Er ist bereit loszuschlagen. Die einzige Chance, die wir noch haben, um den Krieg zu verhindern, ist, daß Beck nach Berlin kommt.“⁹⁾

Henderson ringt offensichtlich ehrlich um den Frieden.

In Warschau beraten derweil Außenminister Beck, Verteidigungsminister Kasprzycki und der Oberbefehlshaber der Streitkräfte Marschall Rydz-Śmigły. Ihr Ergebnis: in der Danzig-Frage wird nicht nachgegeben, und Polen muß der deutschen Forderung militärisch widerstehen. Ein Entschluß zu verhandeln, wie von den Briten dringend angeraten, kommt nicht zustande. Am Nachmittag tritt der Ministerrat zusammen und beschließt, für morgen, den 30. August, die Allgemeine Mobilmachung offiziell bekanntzugeben.¹⁰⁾ Beide Länder, sowohl Polen als auch Deutschland, haben das wegen der demonstrativen Wirkung dieses Schrittes bisher tunlichst unterlassen.

Der französische Botschafter und der englische, die unbedingt verhindern wollen, daß der Krieg im letzten Moment doch noch von Polen provoziert wird, protestieren sofort im polnischen Außenministerium gegen den Beschluß, öffentlich mobil zu machen. In Paris und London erwartet man jetzt Verhandlungen und nicht Eskalation aus Warschau. Wenn Warschau jetzt den Krieg auslöst und nicht Berlin, ist kein Bündnisfall gegeben, und Paris und London hätten völkerrechtlich keine Legitimation, mit Deutschland abzurechnen. Der Protest der zwei Botschafter kann nicht das verhindern, was verhindert werden sollte. Noch um etwa 18:00 Uhr versichert der polnische Außenminister dem britischen Botschafter Kennard, daß die Generalmobilmachung geheimgehalten werden kann.¹¹⁾ Doch schon eine Stunde später gibt er zu, daß das nun nicht mehr möglich ist. Außenminister Beck hängt dem Geständnis die schicksalsschwere Frage an:

„Würde Ihrer Majestät Regierung verantworten, die polnische Regierung anzuweisen, eine Maßnahme zu unterlassen, die für die Sicherheit Polens entscheidend ist und dadurch Polens Existenz gefährden?“¹²⁾

Nach dem Hitler-Henderson-Gespräch werden fast zeitgleich Marschall Göring in der Reichskanzlei und Sir Ogilvie-Forbes – zweiter Mann an Londons Botschaft – vom Inhalt und Verlauf des Zusammentreffens unterrichtet. Beide sind bestürzt und nehmen nur wenige Minuten nacheinander Verbindung zu Dahlerus auf. Beide sind voll Sorge, daß der Streit um die zu kurz gesteckte Frist und die dadurch entstandene Verstimmung die Bereitschaft der englischen Regierung zu weiterer Vermittlung beenden könnte. Ogilvie-Forbes ist Dahlerus Ansprechpartner in der britischen Botschaft in Berlin.

Göring ist sehr aufgebracht, gibt Henderson die Schuld an der Verstimmung – was wohl unberechtigt ist –, beklagt sich über die „Unverschämtheit“ der Polen gegenüber Deutschland und erwähnt, daß gerade heute wieder fünf deutsche Flüchtlinge auf dem Weg von Ost nach West bei dem Versuch, die Warthe zu durchschwimmen, vom polnischen Militär erschossen worden seien. Dies habe Hitler sehr erzürnt.¹³⁾

Marschall Göring bittet den Schweden, sofort nach London zu fliegen und der englischen Regierung einen genauen Bericht über die Ereignisse des Abends zu geben, Deutschlands weitere Entschlossenheit zu betonen, zu einer Verständigung zu kommen und mitzuteilen, daß

„Hitler beabsichtige, Polen im Laufe des morgigen Tages eine Note zu übermitteln, die so leichte Bedingungen enthalten würde, daß sie sicherlich von Polen akzeptiert und von der englischen Regierung befürwortet werden könnten.“¹⁴⁾

Göring und Dahlerus trennen sich um 2:00 Uhr in der Nacht. Der Schwede informiert, ehe er sich zu Bett begibt, noch Ogilvie-Forbes, damit der schnellstens nach London berichten kann.

- 1) Die nachstehenden Mobilmachungsmaßnahmen sind dem Archiv der Gegenwart, Band 1939-1940 entnommen, Seiten 4193-1195
- 2) Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik, Serie D, Band VII, Dokument 378
- 3) Birger Dahlerus, „Der letzte Versuch“, Seite 88 und Internationaler Militärgerichtshof Nürnberg-Verhandlungen, Band IX, Seite 519
- 4) Auswärtiges Amt 1939, Nr. 2, Dokument 463 und Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik, Serie D, Band VII, Dokument 3 84 und Documents on British Foreign Policy, Third Series, Volume VII, Document 447
- 5) Auswärtiges Amt 1939 Nr. 2, Dokument 464 und Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik, Serie D, Band VII, Dokument 421
- 6) Auswärtiges Amt 1939 Nr. 2, Dokument 464 und Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik, Serie D, Band VII, Dokument 421
- 7) Wiedergabe des folgenden Gesprächs nach Benoist-Méchin, Band 7, Seiten 473 f
- 8) Documents on British Foreign Policy, Third Series, Volume VII, Document 490
- 9) Documents on British Foreign Policy, Third Series, Volume VII, Document 493
- 10) Jacques Benoist-Méchin, „Auf dem Weg zur Macht 1925-1939, Geschichte der deutschen Militärmacht 1918-1946“, Band 7, Seite 478
- 11) Documents on British Foreign Policy, Third Series, Volume VII, Document 475
- 12) Documents on British Foreign Policy, Third Series, Volume VII, Document 482
- 13) Birger Dahlerus, „Der letzte Versuch“, Seite 95
- 14) Ebenda Seite 99

Mittwoch 30. August 1939 - Zwei Tage vor dem Kriegsausbruch.

Morgens um 4:00 Uhr erhält Henderson aus London die Weisung, der deutschen Reichsregierung mitzuteilen, daß man dabei sei, die deutsche Note sorgfältig zu prüfen und daß man nicht damit rechne, binnen 24 Stunden einen bevollmächtigten Unterhändler aus Warschau nach Berlin zu bekommen. Die Warnung, daß an diesem „letzten“ Tag kein Pole kommen werde, gibt Henderson weder an Außenminister von Ribbentrop noch an Hitler weiter.

Den ganzen Morgen erarbeitet eine Gruppe von Diplomaten und Juristen nach Hitlers Weisungen und Görings Vorschlägen das neue Verhandlungsangebot an die polnische Regierung.

Um 5:00 Uhr startet Dahlerus von Berlin. Um 10:30 Uhr wird er in der Downing Street No. 10 empfangen.¹⁾ Premier Chamberlain hat nach Dahlerus' Eindruck offenbar die Grenzen seiner Geduld erreicht und den Glauben an den Nutzen weiterer Verhandlungen verloren.²⁾ Dahlerus beginnt nun, „um die Ecke“ zu argumentieren. Er berichtet von den Gewalttätigkeiten der Polen gegen deutsche Flüchtlinge und anderen Grausamkeiten und ergänzt, es sei wichtig, wenn die Deutschen die Gewalttaten der Polen provozierten, die Polen zu überzeugen, daß sie sich nicht zu den Grausamkeiten verleiten ließen und diese unterließen. Dahlerus' Argumentation wird akzeptiert. So geht um 17:30 Uhr ein Telegramm aus London an Kennard in Warschau mit dem Auftrag, der polnischen Regierung folgendes zu empfehlen:

„Die Atmosphäre könnte sich verbessern, wenn die polnische Regierung folgende Weisung an alle militärischen und zivilen Behörden gibt:

1. *Nicht auf deutsche Flüchtlinge oder Minderheitenangehörige, die Unruhe stiften, zu schießen, sondern sie zu inhaftieren.*
2. *Von Gewalttätigkeiten gegen Minderheitenangehörige abzusehen und sie zu verhindern.*
3. *Deutsche Minderheitenangehörige, die Polen verlassen wollen, ziehen zu lassen.*
4. *Aufhetzende Radiopropaganda einzustellen.*

Bitte unterrichten Sie Außenminister Beck, daß die britische Regierung bestrebt ist, Hitler jeden Vorwand zu nehmen, zu übertriebenen Maßnahmen zu greifen.“³⁾

Das Telegramm ist angesichts der so oft von Kennard bestrittenen polnischen Übergriffe gegen Angehörige der deutschen Minderheit in Polen ein bemerkenswertes Dokument.

Nachdem dieser Punkt abgehandelt ist, interpretiert Dahlerus vor Chamberlain und Halifax noch einmal die Einzelheiten der Hitler-Antwortnote mit allen Erläuterungen, die ihm Göring mit auf den Weg gegeben hat. Er vergißt nicht zu erwähnen, daß der deutsche Kanzler angekündigt hat, ein „großzügiges Angebot“ für Polen vorzulegen. Hier entschlüpft Chamberlain eine Bemerkung, die nur schwer nachvollziehbar ist, auch wenn sein Mißtrauen gegen Hitler seit der Tschechei sehr wohl begründet ist. Der englische Premier sagt zu Dahlerus, er hege den Verdacht, daß die Hitler-Antwort mit den sechs Punkten und der neue Vorschlag für die Polen „eine Finte sei, um Zeit zu gewinnen.“⁴⁾ Bisher ist es ein Vorwurf von Chamberlain und Halifax gewesen, daß Hitler die Polen unter Zeitdruck setzt. Nun soll er selbst versuchen, Zeit zu schinden. Das paßt nicht zueinander. Man kann hier nur vermuten, daß Chamberlain seine eigentliche Befürchtung an diesem 30. August versehentlich entschlüpft, daß Hitler so lange warten könnte, bis Polen einen Krieg auslöst. Dann stünde England völkerrechtlich außen vor und hätte keine Legitimation, in einen Krieg mit Deutschland einzutreten. Daß ein Gedanke

dieser Art bei Chamberlain nicht aus der Luft gegriffen wäre, zeigt der letzte Schritt der Polen. Sie haben gegen Englands Rat mobilgemacht.

Um 12:40 Uhr informiert Göring telefonisch aus der Reichskanzlei Dahlerus, der noch immer mit den Briten konferiert. Göring kündigt an, daß Hitler höchstwahrscheinlich ein Plebiszit für die Bevölkerung im Korridor vorschlägt, so daß die selbst entscheiden kann, ob ihr Gebiet nun polnisch oder deutsch sein soll. Des weiteren teilt Göring mit, daß ein Auswanderungsrecht für die Minderheiten vereinbart werden soll, die nach der Ziehung neuer Grenzen auch weiter außerhalb des eigenen Volks verbleibt.⁵⁾ Göring und Dahlerus bemühen sich vergeblich, die Briten als „Vermittler“ anzustoßen, die Polen mit Hilfe dieser Vorschläge zum Verhandeln zu bewegen. Chamberlain entläßt Dahlerus ohne weitere Botschaft an Hitler, von Ribbentrop oder Göring, und der schwedische Vermittler fliegt nach Berlin zurück.

Dort ist mittags der neue Vorschlag für die polnische Regierung fertig. Hitler hat die früheren deutschen Wünsche aus der Zeit seiner demokratischen Vorgängerregierungen weit zurückgefahren. Ost-Oberschlesien und die Provinz Posen sind endgültig abgeschrieben. Auch in Bezug auf Westpreußen und den Korridor hat er die Forderungen, die er noch vor vier Tagen gegenüber Henderson geäußert hat, wieder reduziert. Hitler will offensichtlich die Briten mit einem sehr moderaten Vorschlag überzeugen, so daß die guten Gewissens die Polen drängen können. Dennoch, der neue Vorschlag verlangt mehr für Deutschland als der von Polen ausgeschlagene März-Vorschlag Hitlers. Die Auflistung der deutschen Wünsche und Angebote umfaßt 16 Punkte.⁶⁾ Dazu gehören:

- Danzig kehrt heim ins Reich.
- Im nördlichen Korridor soll die Bevölkerung in einer Abstimmung selbst entscheiden, ob das Gebiet polnisch oder deutsch wird.
- Die Hafenstadt Gdingen bleibt dabei auf jeden Fall polnisch.
- Je nach Abstimmungsergebnis im Korridor erhält entweder Deutschland extritoriale Verkehrswege nach Ostpreußen oder Polen extritoriale Verkehrswege nach Gdingen.
- Die in Danzig für Polen gewünschten Sonderrechte werden ausgehandelt und
- Deutschland gleiche Rechte in Gdingen zugestanden.
- Die Beschwerden der deutschen Minderheit in Polen und die der polnischen Minderheit in Deutschland werden einer internationalen Kommission unterbreitet und von dieser untersucht. Beide Nationen zahlen Entschädigungen an betroffene Geschädigte nach Maßgabe der Kommission.
- Im Falle einer Vereinbarung nach diesen Vorschlägen demobilisieren Polen und Deutschland sofort ihre Streitkräfte.

Der Vertragsvorschlag ist so ausgelegt, daß er sowohl die unglückliche, in Versailles verfügte Abtrennung Ostpreußens vom Deutschen Reich beendet, als auch den freien Zugang Polens zur Ostsee sicherstellt. Außerdem wahrt er das Selbstbestimmungsrecht der betroffenen polnischen, kaschubischen und deutschen Bevölkerungsanteile in einer zeitgemäßen Weise. Aber so neuzeitlich und demokratisch die vorgeschlagene Regelung auch ist, für den Vielvölkerstaat Polen mit seinen nicht integrierten Minderheiten birgt er eine ungeheure Sprengkraft. Die ukrainische, die weißrussische und die tschechische Minderheit könnten dem deutschen Beispiel später folgen und das von ihnen ungeliebte Polen ebenfalls mit regionalen Volksabstimmungen verlassen wollen.

Der 30. August, der Mittwoch vor dem Kriegsausbruch, vergeht, ohne daß ein polnischer Unterhändler in Berlin erscheint, um den neuen Verhandlungsvorschlag Hitlers in Empfang zu nehmen. Im Auswärtigen Amt und bei den Soldaten der inzwischen voll aufmarschierten Wehrmacht steigen Spannung und Nervosität. Man ist sich selbst in Hitlers nächster Umgebung nicht klar darüber, ob der „Führer“ Krieg will oder Erfolg auf dem Verhandlungsweg. So hängt an diesem Tage alles an dem nächsten Schritt der Polen. Hitler gibt sich gegenüber Polen skeptisch. Für ihn steht jetzt nicht nur Danzig auf dem Spiel, sondern vor allem sein ersehnter Pakt mit England. Und er weiß, daß er in dieser Hinsicht in der Hand der Polen steckt. Göring sieht alles etwas optimistischer. Er glaubt an eine faire Vermittlungstätigkeit der Briten. Schließlich hat er Dahlerus die Botschaft mit nach London auf den Weg gegeben, daß der „Führer“ ein großzügiges Angebot an Polen vorbereitet.⁷⁾

Anstelle eines polnischen Unterhändlers trifft um 17:30 Uhr die Nachricht aus der deutschen Botschaft in Warschau ein, daß seit heute morgen in ganz Polen die Generalmobilmachung öffentlich bekanntgegeben wird.⁸⁾ Als auch am Nachmittag noch niemand aus Warschau angekündigt wird, und Hitlers Hoffnung schwindet, bestellt er General von Brauchitsch, den Oberbefehlshaber des Heeres, und General Keitel, den Chef des Ober-

kommandos der Wehrmacht, in die Reichskanzlei und verschiebt den bisher auf den 31. August festgelegten Beginn des Angriffs gegen Polen noch einmal um 24 Stunden.⁹⁾ Neuer X-Tag ist nun der 1. September, Angriffszeit ist 4:45 Uhr. Hitler räumt sich damit selber eine weitere Chance ein, ohne Blutvergießen zum Erfolg zu kommen. Für ihn ist ein Krieg, zwei Tage bevor er ihn eröffnet, offensichtlich noch immer nur der schlechtere von zwei Lösungswegen.

In Warschau ist die polnische Regierung derweil nach wie vor der Überzeugung, daß Hitler blufft und selber in der Klemme steckt.¹⁰⁾ Man hält die letzte Drohung Hitlers, am 26. August in Polen einzumarschieren, nachträglich für ein mißglücktes Einschüchterungsmanöver, dem nun ein zweites folgen wird. Außenminister Beck glaubt, man müsse das nur mit guten Nerven aussitzen. Gerüchte über einen bevorstehenden Aufstand der Wehrmachtsgenerale und die Gewißheit der englischen und französischen Waffenhilfe unterstützen Beck in seinem Glauben. Er ist entschlossen, niemand nach Berlin zu schicken.

Auch aus Paris und Washington kommt an diesem Tage kein Impuls an Polen, das Risiko des Kriegsausbruchs zu mindern. Eher gespenstisch wirkt das, was sich zwischen Washington, Paris und Warschau abspielt. Man beschwört sich gegenseitig, hart zu bleiben. Frankreichs Chef des Außenamtes Leger legt Premierminister Daladier darauf fest, die Polen nicht zu zwingen, mit den Deutschen zu verhandeln.¹¹⁾ Er tut dies – was ja ungewöhnlich ist – im Beisein des amerikanischen Botschafters Bullitt, was einem Signal an Roosevelt gleichkommt. Ganz ähnliches spielt sich zur selben Zeit in Warschau ab. Dort läßt man den amerikanischen Botschafter Biddle wissen, was die Polen von Hitlers Vorschlag halten und wie es weitergehen soll. Um 19:30 Uhr meldet Biddle aus Warschau an Außenminister Hull in Washington, daß der polnische Außenminister Beck zu Hitlers Verhandlungsangebot „40 mal Nein“ gesagt hat.¹²⁾ Noch immer gibt es keine Warnung der Amerikaner an die Polen, daß sie jetzt auch von Osten her bedroht sind. Am späten Abend wird Biddle noch einmal zu Beck bestellt, der ihm die Gründe auseinandersetzt, warum er keine Kompromisse eingeht. Beck sagt auch, daß er nicht gedenkt, einen Verhandlungsführer nach Berlin zu schicken. Beck hat sich mit dem Offenlegen seiner Absicht den Segen Washingtons geholt, da Biddle ihm nicht abrät.

Bei dieser Haltung Polens fällt der Blick unwillkürlich zurück auf England, den Vermittler in der Krise. Um 10:00 Uhr morgens, kurz vor Dahlerus' Ankunft bei Premierminister Chamberlain, geht dort ein Telegramm vom englischen Botschafter Kennard aus Warschau ein.¹³⁾ Kennard berichtet, wie er die momentane Lage in Polen sieht, und er teilt mit, was er selbst von Hitlers so kurz anberaumter Frist und von Berlin als Tagungsort für die deutsch-polnischen Gespräche hält. Kennard ist sich sicher, daß Beck nicht nach Deutschland reisen wird, und daß Polen eher kämpfen und untergehen werde, als daß Beck jemanden nach Berlin entsendet. Kennard schreibt, daß die polnische Regierung, welche die deutschen März-Vorschläge ohne die Rückendeckung Englands abgelehnt hat, nun weitergehende deutsche Forderungen unmöglich annehmen könne, wo sie England und Frankreich als Verbündete an ihrer Seite hat. Was Kennard nicht erwähnt, ist, was er Außenminister Beck denn nun geraten hat. Sein Bericht wirkt so, als habe er Beck selbst empfohlen, niemand nach Berlin zu schicken.¹⁴⁾

Um 19:00 Uhr schickt Halifax das nächste Telegramm nach Warschau. Er weist Kennard an, Beck zu informieren, daß die deutsche Seite die englischen Vorschläge zu direkten deutsch-polnischen Verhandlungen und zur Fünf-Mächte-Garantie angenommen und versichert hat, Deutschland werde die vitalen Interessen Polens respektieren. Doch von den neuen 16 Punkten Hitlers, die er zum Teil schon von Dahlerus kennt, wird kein Sterbenswort erwähnt. Statt dessen,

„daß es so aussieht, als würde die deutsche Regierung an neuen Vorschlägen arbeiten, und wenn die eintreffen, könne man weitersehen.“¹⁵⁾

Chamberlain versucht ganz offensichtlich, Hitlers Zeitreserve zu verbrauchen. Gegen Abend wird auch für die deutsche Seite sichtbar, daß Außenminister Halifax die ganze Frist, die Hitler für eine Friedens- und Verhandlungslösung offenläßt, hat verstreichen lassen, ohne daß er Polen drängt, sofort Gespräche mit den Deutschen aufzunehmen. Um 18:50 Uhr schickt er Henderson in Berlin die Weisung, der deutschen Reichsregierung „nahezulegen, den polnischen Botschafter einzuladen, die neuen deutschen Vorschläge entgegenzunehmen und nach Warschau weiterzuleiten“. Halifax unterläuft Hitlers Forderung nach einer sofortigen Aufnahme von Verhandlungen, indem er schreibt:

„Wir können der polnischen Regierung nicht raten, daß ein polnischer Unterhändler mit Vollmachten zur Entgegennahme der deutschen Vorschläge nach Berlin kommt.“¹⁶⁾

Das Unterlaufen ist perfekt, weil Halifax den Brief so spät auf die Reise schickt, daß Hitlers Termin für den Beginn der deutsch-polnischen Gespräche bei Ankunft schon verstrichen ist.

Um 23:00 Uhr rechnet Außenminister von Ribbentrop in Berlin nicht mehr mit dem Erscheinen eines polnischen Abgesandten. Die von Hitler als „Erwartung“ gesetzte Frist ist damit ergebnislos verstrichen. Kurz vor Mitternacht meldet sich dann – zu dieser Stunde völlig unerwartet – Botschafter Henderson, um die gerade erwähnte Antwort seiner Regierung auf Hitlers gestrigen Brief zu überreichen und zu erklären, man habe den Polen nicht zu Gesprächen hier und heute raten können.

So ist der 30. August zum Kräftemessen zwischen Chamberlain und Hitler geworden, statt zum Ringen um den Frieden. Hitler in Berlin hat den ganzen Tag gehofft, daß Chamberlain angesichts der Kriegsgefahr die Polen drängt, auf Deutschland zuzugehen. Nach dem Brief des englischen Premierministers vom 28. August hatte er ja auch davon ausgehen können, daß die Briten nun zwischen den Deutschen und den Polen vermitteln werden. Hitler glaubt, daß die Drohung mit der aufmarschierten Wehrmacht den Polen Beine macht. Er ist sich ziemlich sicher, daß sein sehr moderates Angebot an Polen auch Chamberlain in letzter Stunde auf die deutsche Seite zieht.

Chamberlain in London hat indessen den Polen nicht den geringsten Wink gegeben, in Bezug auf Danzig und den Korridor die eigene Position zu überdenken. Er versucht statt dessen – mit Noten hin und Noten her – im Interesse Polens Zeit zu gewinnen. Ihm geht es nicht um Danzig und um Minderheitenfragen. Ihm geht es darum, daß Hitler seit drei Jahren mit Drohungen dem Ausland gegenüber durchsetzt, was er für richtig hält. Chamberlain will Hitler „zähmen“. So verbaut er eine der letzten Chancen, die der Frieden hat, indem er die Vermittlerei so in die Länge zieht, bis Hitlers „Stichtag“ kommt. Chamberlain wartet, bis Hitler das Gesicht oder die Geduld verliert. Er läßt den 30. August mit Friedensbeteuerungen und diplomatischem Taktieren verstreichen, statt im Sinne eines Maklers zielstrebig zu vermitteln. Hitler und Chamberlain sind an diesem Tag auf der Schwelle zum Krieg beide die Gefangenen ihrer Erfahrungen der letzten Jahre. Hitler weiß, daß die Siegermächte dem Deutschen Reich seit 1920 so gut wie keine Zugeständnisse zur Verbesserung der Lage nach dem Krieg gemacht haben. Alles bisher Erreichte ist durch Eigenmächtigkeit oder durch die Androhung von Gewalt erstritten worden. Chamberlain weiß, daß das so gewesen ist, und daß er nun keine weiteren Zugeständnisse unter Drohung dulden darf.

Vielleicht denkt sich mancher Engländer an diesem Tag, was Churchill kurz vor Hitlers Amtsantritt am 24. November 1932 in einer Unterhausrede ausgesprochen hat:

„Wenn die englische Regierung wirklich wünscht, etwas zur Förderung des Friedens zu tun, dann sollte sie die Führung übernehmen und die Frage Danzigs und des Korridors ihrerseits wieder aufrollen, solange die Siegerstaaten noch überlegen sind. Wenn diese Fragen nicht gelöst werden, kann keine Hoffnung auf einen dauerhaften Frieden bestehen.“¹⁷⁾

Quellen:

- 1) Amtssitz des engl. Premierministers
- 2) Birger Dahlerus, „Der letzte Versuch“, Seite 101
- 3) British War Bluebook, Document 85
- 4) Birger Dahlerus, „Der letzte Versuch“, Seite 102
- 5) Documents on British Foreign Policy, Third Series, Volume VII, Document 519
- 6) Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik, Serie D, Band VII, Dokument 458
- 7) Birger Dahlerus, „Der letzte Versuch“, Seite 102
- 8) Auswärtiges Amt 1939 Nr. 1, Dokument 13
- 9) v. Below, Seite 191
- 10) Paul Rassinier, „Die Jahrhundertprovokation“, , Seite 292
- 11) Bavendamm, Roosevelts Weg zum Krieg, Seite 603
- 12) Bavendamm, Roosevelts Weg zum Krieg, Seite 603
- 13) British War Bluebook, Document 84
- 14) Der englische Historiker Nicoll behauptet in seinem Buch „Englands Krieg gegen Deutschland“ Seite 187, daß „Botschafter Kennard den polnischen Staatsmännern ständig geraten hat, nicht zu verhandeln, sondern es auf einen Krieg mit Deutschland ankommen zu lassen.“ Nicoll führt allerdings keine Quelle für diese Behauptung an.
- 15) 352 Documents Brit. Foreign Policy, Third Series, Volume VII, Document 539
- 16) 353 British War Bluebook, Document 88 Kern, Seite 82

Mittwoch 30. August 1939 - Zwei Tage vor dem Kriegsausbruch.

Morgens um 4:00 Uhr erhält Henderson aus London die Weisung, der deutschen Reichsregierung mitzuteilen, daß man dabei sei, die deutsche Note sorgfältig zu prüfen und daß man nicht damit rechne, binnen 24 Stunden einen bevollmächtigten Unterhändler aus Warschau nach Berlin zu bekommen. Die Warnung, daß an diesem „letzten“ Tag kein Pole kommen werde, gibt Henderson weder an Außenminister von Ribbentrop noch an Hitler weiter.

Den ganzen Morgen erarbeitet eine Gruppe von Diplomaten und Juristen nach Hitlers Weisungen und Görings Vorschlägen das neue Verhandlungsangebot an die polnische Regierung.

Um 5:00 Uhr startet Dahlerus von Berlin. Um 10:30 Uhr wird er in der Downing Street No. 10 empfangen.¹⁾ Premier Chamberlain hat nach Dahlerus' Eindruck offenbar die Grenzen seiner Geduld erreicht und den Glauben an den Nutzen weiterer Verhandlungen verloren.²⁾ Dahlerus beginnt nun, „um die Ecke“ zu argumentieren. Er berichtet von den Gewalttätigkeiten der Polen gegen deutsche Flüchtlinge und anderen Grausamkeiten und ergänzt, es sei wichtig, wenn die Deutschen die Gewalttaten der Polen provozierten, die Polen zu überzeugen, daß sie sich nicht zu den Grausamkeiten verleiten ließen und diese unterließen. Dahlerus' Argumentation wird akzeptiert. So geht um 17:30 Uhr ein Telegramm aus London an Kennard in Warschau mit dem Auftrag, der polnischen Regierung folgendes zu empfehlen:

„Die Atmosphäre könnte sich verbessern, wenn die polnische Regierung folgende Weisung an alle militärischen und zivilen Behörden gibt:

5. Nicht auf deutsche Flüchtlinge oder Minderheitenangehörige, die Unruhe stiften, zu schießen, sondern sie zu inhaftieren.

6. Von Gewalttätigkeiten gegen Minderheitenangehörige abzusehen und sie zu verhindern.

7. Deutsche Minderheitenangehörige, die Polen verlassen wollen, ziehen zu lassen.

8. Aufhetzende Radiopropaganda einzustellen.

Bitte unterrichten Sie Außenminister Beck, daß die britische Regierung bestrebt ist, Hitler jeden Vorwand zu nehmen, zu übertriebenen Maßnahmen zu greifen.“³⁾

Das Telegramm ist angesichts der so oft von Kennard bestrittenen polnischen Übergriffe gegen Angehörige der deutschen Minderheit in Polen ein bemerkenswertes Dokument.

Nachdem dieser Punkt abgehandelt ist, interpretiert Dahlerus vor Chamberlain und Halifax noch einmal die Einzelheiten der Hitler-Antwortnote mit allen Erläuterungen, die ihm Göring mit auf den Weg gegeben hat. Er vergißt nicht zu erwähnen, daß der deutsche Kanzler angekündigt hat, ein „großzügiges Angebot“ für Polen vorzulegen. Hier entschlüpft Chamberlain eine Bemerkung, die nur schwer nachvollziehbar ist, auch wenn sein Mißtrauen gegen Hitler seit der Tschechei sehr wohl begründet ist. Der englische Premier sagt zu Dahlerus, er hege den Verdacht, daß die Hitler-Antwort mit den sechs Punkten und der neue Vorschlag für die Polen „eine Finte sei, um Zeit zu gewinnen.“⁴⁾ Bisher ist es ein Vorwurf von Chamberlain und Halifax gewesen, daß Hitler die Polen unter Zeitdruck setzt. Nun soll er selbst versuchen, Zeit zu schinden. Das paßt nicht zueinander. Man kann hier nur vermuten, daß Chamberlain seine eigentliche Befürchtung an diesem 30. August versehentlich entschlüpft, daß Hitler so lange warten könnte, bis Polen einen Krieg auslöst. Dann stünde England völkerrechtlich außen vor und hätte keine Legitimation, in einen Krieg mit Deutschland einzutreten. Daß ein Gedanke dieser Art bei Chamberlain nicht aus der Luft gegriffen wäre, zeigt der letzte Schritt der Polen. Sie haben gegen Englands Rat mobilgemacht.

Um 12:40 Uhr informiert Göring telefonisch aus der Reichskanzlei Dahlerus, der noch immer mit den Briten konferiert. Göring kündigt an, daß Hitler höchstwahrscheinlich ein Plebiszit für die Bevölkerung im Korridor vorschlägt, so daß die selbst entscheiden kann, ob ihr Gebiet nun polnisch oder deutsch sein soll. Des weiteren teilt Göring mit, daß ein Auswanderungsrecht für die Minderheiten vereinbart werden soll, die nach der Ziehung neuer Grenzen auch weiter außerhalb des eigenen Volks verbleibt.⁵⁾ Göring und Dahlerus bemühen sich vergeblich, die Briten als „Vermittler“ anzustoßen, die Polen mit Hilfe dieser Vorschläge zum Verhandeln zu bewegen. Chamberlain entläßt Dahlerus ohne weitere Botschaft an Hitler, von Ribbentrop oder Göring, und der schwedische Vermittler fliegt nach Berlin zurück.

Dort ist mittags der neue Vorschlag für die polnische Regierung fertig. Hitler hat die früheren deutschen Wünsche aus der Zeit seiner demokratischen Vorgängerregierungen weit zurückgefahren. Ost-Oberschlesien und die Provinz Posen sind endgültig abgeschrieben. Auch in Bezug auf Westpreußen und den Korridor hat er die

Forderungen, die er noch vor vier Tagen gegenüber Henderson geäußert hat, wieder reduziert. Hitler will offensichtlich die Briten mit einem sehr moderaten Vorschlag überzeugen, so daß die guten Gewissens die Polen drängen können. Dennoch, der neue Vorschlag verlangt mehr für Deutschland als der von Polen ausgeschlagene März-Vorschlag Hitlers. Die Auflistung der deutschen Wünsche und Angebote umfaßt 16 Punkte.⁶⁾ Dazu gehören:

- Danzig kehrt heim ins Reich.
- Im nördlichen Korridor soll die Bevölkerung in einer Abstimmung selbst entscheiden, ob das Gebiet polnisch oder deutsch wird.
- Die Hafenstadt Gdingen bleibt dabei auf jeden Fall polnisch.
- Je nach Abstimmungsergebnis im Korridor erhält entweder Deutschland extritoriale Verkehrswege nach Ostpreußen oder Polen extritoriale Verkehrswege nach Gdingen.
- Die in Danzig für Polen gewünschten Sonderrechte werden ausgehandelt und
- Deutschland gleiche Rechte in Gdingen zugestanden.
- Die Beschwerden der deutschen Minderheit in Polen und die der polnischen Minderheit in Deutschland werden einer internationalen Kommission unterbreitet und von dieser untersucht. Beide Nationen zahlen Entschädigungen an betroffene Geschädigte nach Maßgabe der Kommission.
- Im Falle einer Vereinbarung nach diesen Vorschlägen demobilisieren Polen und Deutschland sofort ihre Streitkräfte.

Der Vertragsvorschlag ist so ausgelegt, daß er sowohl die unglückliche, in Versailles verfügte Abtrennung Ostpreußens vom Deutschen Reich beendet, als auch den freien Zugang Polens zur Ostsee sicherstellt. Außerdem wahrt er das Selbstbestimmungsrecht der betroffenen polnischen, kaschubischen und deutschen Bevölkerungsanteile in einer zeitgemäßen Weise. Aber so neuzeitlich und demokratisch die vorgeschlagene Regelung auch ist, für den Vielvölkerstaat Polen mit seinen nicht integrierten Minderheiten birgt er eine ungeheure Sprengkraft. Die ukrainische, die weißrussische und die tschechische Minderheit könnten dem deutschen Beispiel später folgen und das von ihnen ungeliebte Polen ebenfalls mit regionalen Volksabstimmungen verlassen wollen.

Der 30. August, der Mittwoch vor dem Kriegsausbruch, vergeht, ohne daß ein polnischer Unterhändler in Berlin erscheint, um den neuen Verhandlungsvorschlag Hitlers in Empfang zu nehmen. Im Auswärtigen Amt und bei den Soldaten der inzwischen voll aufmarschierten Wehrmacht steigen Spannung und Nervosität. Man ist sich selbst in Hitlers nächster Umgebung nicht klar darüber, ob der „Führer“ Krieg will oder Erfolg auf dem Verhandlungsweg. So hängt an diesem Tage alles an dem nächsten Schritt der Polen. Hitler gibt sich gegenüber Polen skeptisch. Für ihn steht jetzt nicht nur Danzig auf dem Spiel, sondern vor allem sein ersehnter Pakt mit England. Und er weiß, daß er in dieser Hinsicht in der Hand der Polen steckt. Göring sieht alles etwas optimistischer. Er glaubt an eine faire Vermittlungstätigkeit der Briten. Schließlich hat er Dahlerus die Botschaft mit nach London auf den Weg gegeben, daß der „Führer“ ein großzügiges Angebot an Polen vorbereitet.⁷⁾

Anstelle eines polnischen Unterhändlers trifft um 17:30 Uhr die Nachricht aus der deutschen Botschaft in Warschau ein, daß seit heute morgen in ganz Polen die Generalmobilmachung öffentlich bekanntgegeben wird.⁸⁾ Als auch am Nachmittag noch niemand aus Warschau angekündigt wird, und Hitlers Hoffnung schwindet, bestellt er General von Brauchitsch, den Oberbefehlshaber des Heeres, und General Keitel, den Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, in die Reichskanzlei und verschiebt den bisher auf den 31. August festgelegten Beginn des Angriffs gegen Polen noch einmal um 24 Stunden.⁹⁾ Neuer X-Tag ist nun der 1. September, Angriffszeit ist 4:45 Uhr. Hitler räumt sich damit selber eine weitere Chance ein, ohne Blutvergießen zum Erfolg zu kommen. Für ihn ist ein Krieg, zwei Tage bevor er ihn eröffnet, offensichtlich noch immer nur der schlechtere von zwei Lösungswegen.

In Warschau ist die polnische Regierung derweil nach wie vor der Überzeugung, daß Hitler blufft und selber in der Klemme steckt.¹⁰⁾ Man hält die letzte Drohung Hitlers, am 26. August in Polen einzumarschieren, nachträglich für ein mißglücktes Einschüchterungsmanöver, dem nun ein zweites folgen wird. Außenminister Beck glaubt, man müsse das nur mit guten Nerven aussitzen. Gerüchte über einen bevorstehenden Aufstand der Wehrmachtsgenerale und die Gewißheit der englischen und französischen Waffenhilfe unterstützen Beck in seinem Glauben. Er ist entschlossen, niemand nach Berlin zu schicken.

Auch aus Paris und Washington kommt an diesem Tage kein Impuls an Polen, das Risiko des Kriegsausbruchs zu mindern. Eher gespenstisch wirkt das, was sich zwischen Washington, Paris und Warschau abspielt. Man

beschwört sich gegenseitig, hart zu bleiben. Frankreichs Chef des Außenamtes Leger legt Premierminister Daldier darauf fest, die Polen nicht zu zwingen, mit den Deutschen zu verhandeln.¹¹⁾ Er tut dies – was ja ungewöhnlich ist – im Beisein des amerikanischen Botschafters Bullitt, was einem Signal an Roosevelt gleichkommt. Ganz ähnliches spielt sich zur selben Zeit in Warschau ab. Dort läßt man den amerikanischen Botschafter Biddle wissen, was die Polen von Hitlers Vorschlag halten und wie es weitergehen soll. Um 19:30 Uhr meldet Biddle aus Warschau an Außenminister Hull in Washington, daß der polnische Außenminister Beck zu Hitlers Verhandlungsangebot „40 mal Nein“ gesagt hat.¹²⁾ Noch immer gibt es keine Warnung der Amerikaner an die Polen, daß sie jetzt auch von Osten her bedroht sind. Am späten Abend wird Biddle noch einmal zu Beck bestellt, der ihm die Gründe auseinandersetzt, warum er keine Kompromisse eingeht. Beck sagt auch, daß er nicht denkt, einen Verhandlungsführer nach Berlin zu schicken. Beck hat sich mit dem Offenlegen seiner Absicht den Segen Washingtons geholt, da Biddle ihm nicht abrät.

Bei dieser Haltung Polens fällt der Blick unwillkürlich zurück auf England, den Vermittler in der Krise. Um 10:00 Uhr morgens, kurz vor Dahlerus' Ankunft bei Premierminister Chamberlain, geht dort ein Telegramm vom englischen Botschafter Kennard aus Warschau ein.¹³⁾ Kennard berichtet, wie er die momentane Lage in Polen sieht, und er teilt mit, was er selbst von Hitlers so kurz anberaumter Frist und von Berlin als Tagungsort für die deutsch-polnischen Gespräche hält. Kennard ist sich sicher, daß Beck nicht nach Deutschland reisen wird, und daß Polen eher kämpfen und untergehen werde, als daß Beck jemanden nach Berlin entsendet. Kennard schreibt, daß die polnische Regierung, welche die deutschen März-Vorschläge ohne die Rückendeckung Englands abgelehnt hat, nun weitergehende deutsche Forderungen unmöglich annehmen könne, wo sie England und Frankreich als Verbündete an ihrer Seite hat. Was Kennard nicht erwähnt, ist, was er Außenminister Beck denn nun geraten hat. Sein Bericht wirkt so, als habe er Beck selbst empfohlen, niemand nach Berlin zu schicken.¹⁴⁾

Um 19:00 Uhr schickt Halifax das nächste Telegramm nach Warschau. Er weist Kennard an, Beck zu informieren, daß die deutsche Seite die englischen Vorschläge zu direkten deutsch-polnischen Verhandlungen und zur Fünf-Mächte-Garantie angenommen und versichert hat, Deutschland werde die vitalen Interessen Polens respektieren. Doch von den neuen 16 Punkten Hitlers, die er zum Teil schon von Dahlerus kennt, wird kein Sterbenswort erwähnt. Statt dessen,

„daß es so aussieht, als würde die deutsche Regierung an neuen Vorschlägen arbeiten, und wenn die eintreffen, könne man weitersehen.“¹⁵⁾

Chamberlain versucht ganz offensichtlich, Hitlers Zeitreserve zu verbrauchen. Gegen Abend wird auch für die deutsche Seite sichtbar, daß Außenminister Halifax die ganze Frist, die Hitler für eine Friedens- und Verhandlungslösung offenläßt, hat verstreichen lassen, ohne daß er Polen drängt, sofort Gespräche mit den Deutschen aufzunehmen. Um 18:50 Uhr schickt er Henderson in Berlin die Weisung, der deutschen Reichsregierung „nahezulegen, den polnischen Botschafter einzuladen, die neuen deutschen Vorschläge entgegenzunehmen und nach Warschau weiterzuleiten“.

Halifax unterläuft Hitlers Forderung nach einer sofortigen Aufnahme von Verhandlungen, indem er schreibt: *„Wir können der polnischen Regierung nicht raten, daß ein polnischer Unterhändler mit Vollmachten zur Entgegennahme der deutschen Vorschläge nach Berlin kommt.“¹⁶⁾*

Das Unterlaufen ist perfekt, weil Halifax den Brief so spät auf die Reise schickt, daß Hitlers Termin für den Beginn der deutsch-polnischen Gespräche bei Ankunft schon verstrichen ist.

Um 23:00 Uhr rechnet Außenminister von Ribbentrop in Berlin nicht mehr mit dem Erscheinen eines polnischen Abgesandten. Die von Hitler als „Erwartung“ gesetzte Frist ist damit ergebnislos verstrichen. Kurz vor Mitternacht meldet sich dann – zu dieser Stunde völlig unerwartet – Botschafter Henderson, um die gerade erwähnte Antwort seiner Regierung auf Hitlers gestrigen Brief zu überreichen und zu erklären, man habe den Polen nicht zu Gesprächen hier und heute raten können.

So ist der 30. August zum Kräftemessen zwischen Chamberlain und Hitler geworden, statt zum Ringen um den Frieden. Hitler in Berlin hat den ganzen Tag gehofft, daß Chamberlain angesichts der Kriegsgefahr die Polen drängt, auf Deutschland zuzugehen. Nach dem Brief des englischen Premierministers vom 28. August hatte er ja auch davon ausgehen können, daß die Briten nun zwischen den Deutschen und den Polen vermitteln werden. Hitler glaubt, daß die Drohung mit der aufmarschierten Wehrmacht den Polen Beine macht. Er ist sich

ziemlich sicher, daß sein sehr moderates Angebot an Polen auch Chamberlain in letzter Stunde auf die deutsche Seite zieht.

Chamberlain in London hat indessen den Polen nicht den geringsten Wink gegeben, in Bezug auf Danzig und den Korridor die eigene Position zu überdenken. Er versucht statt dessen – mit Noten hin und Noten her – im Interesse Polens Zeit zu gewinnen. Ihm geht es nicht um Danzig und um Minderheitenfragen. Ihm geht es darum, daß Hitler seit drei Jahren mit Drohungen dem Ausland gegenüber durchsetzt, was er für richtig hält. Chamberlain will Hitler „zähmen“. So verbaut er eine der letzten Chancen, die der Frieden hat, indem er die Vermittlerei so in die Länge zieht, bis Hitlers „Stichtag“ kommt. Chamberlain wartet, bis Hitler das Gesicht oder die Geduld verliert. Er läßt den 30. August mit Friedensbeteuerungen und diplomatischem Taktieren verstreichen, statt im Sinne eines Maklers zielstrebig zu vermitteln. Hitler und Chamberlain sind an diesem Tag auf der Schwelle zum Krieg beide die Gefangenen ihrer Erfahrungen der letzten Jahre. Hitler weiß, daß die Siegermächte dem Deutschen Reich seit 1920 so gut wie keine Zugeständnisse zur Verbesserung der Lage nach dem Krieg gemacht haben. Alles bisher Erreichte ist durch Eigenmächtigkeit oder durch die Androhung von Gewalt erstritten worden. Chamberlain weiß, daß das so gewesen ist, und daß er nun keine weiteren Zugeständnisse unter Drohung dulden darf.

Vielleicht denkt sich mancher Engländer an diesem Tag, was Churchill kurz vor Hitlers Amtsantritt am 24. November 1932 in einer Unterhausrede ausgesprochen hat:

„Wenn die englische Regierung wirklich wünscht, etwas zur Förderung des Friedens zu tun, dann sollte sie die Führung übernehmen und die Frage Danzigs und des Korridors ihrerseits wieder aufrollen, solange die Siegerstaaten noch überlegen sind. Wenn diese Fragen nicht gelöst werden, kann keine Hoffnung auf einen dauerhaften Frieden bestehen.“¹⁷⁾

Quellen:

17) Amtssitz des engl. Premierministers

18) Birger Dahlerus, „Der letzte Versuch“, Seite 101

19) British War Bluebook, Document 85

20) Birger Dahlerus, „Der letzte Versuch“, Seite 102

21) Documents on British Foreign Policy, Third Series, Volume VII, Document 519

22) Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik, Serie D, Band VII, Dokument 458

23) Birger Dahlerus, „Der letzte Versuch“, Seite 102

24) Auswärtiges Amt 1939 Nr. 1, Dokument 13

25) v. Below, Seite 191

26) Paul Rassinier, „Die Jahrhundertprovokation“, , Seite 292

27) Bavendamm, Roosevelts Weg zum Krieg, Seite 603

28) Bavendamm, Roosevelts Weg zum Krieg, Seite 603

29) British War Bluebook, Document 84

30) Der englische Historiker Nicoll behauptet in seinem Buch „Englands Krieg gegen Deutschland“ Seite 187, daß „Botschafter Kennard den polnischen Staatsmännern ständig geraten hat, nicht zu verhandeln, sondern es auf einen Krieg mit Deutschland ankommen zu lassen.“ Nicoll führt allerdings keine Quelle für diese Behauptung an.

31) 352 Documents Brit. Foreign Policy, Third Series, Volume VII, Document 539

32) 353 British War Bluebook, Document 88

33) Kern, Seite 82

Donnerstag, 31. August 1939 - Der letzte Tag vor Kriegsausbruch.

Das soeben erwähnte mitternächtliche Treffen von Botschafter Henderson und Minister von Ribbentrop wird entgegen beider Absicht zum Desaster. Die Nerven der zwei Männer liegen nach so vielen Verhandlungsnächten in der letzten Woche blank. Henderson überreicht die Antwortnote Chamberlains vom 30. August, 18:50 Uhr.¹⁾ Er fügt dem Brief zwei mündliche Erklärungen hinzu. Die erste betrifft die beiderseitige Zurückhaltung, die nun erwartet werde. Er sagt, man könne von der polnischen Regierung nur eine völlige Zurückhaltung erwarten, wenn die Provokationen durch die deutsche Minderheit in Polen aufhörten. Es seien Berichte im Umlauf, nach denen die Deutschen in Polen Sabotageakte verübten, die die schärfsten Gegenmaßnahmen seitens der polnischen Regierung rechtfertigten. Von Ribbentrop verliert die Beherrschung und entgegnet, daß die unerhörtesten Sabotageakte von den Polen ausgingen. Im Auswärtigen Amt lägen allein Berichte über 200 Morde an Volksdeutschen in Polen vor. Das Gespräch wird frostig.

Als zweites nimmt Henderson Bezug auf die deutsche Forderung nach Erscheinen eines bevollmächtigten Vertreters der polnischen Regierung in Berlin. Henderson erklärt, die britische Regierung sei nicht in der Lage, der polnischen zu empfehlen, auf dieses Verhandlungsverfahren einzugehen. Sie schlage der Reichsregierung vor, den normalen diplomatischen Weg einzuschlagen und die deutschen Vorschläge an den polnischen Botschafter zu übergeben. Dann fragt Henderson von Ribbentrop, ob er ihm die Vorschläge schriftlich aushändigen könne. Von Ribbentrop merkt, daß die englische Regierung ihren Einfluß bei der polnischen bisher offensichtlich nicht genutzt hat, um sie zu sofortigen Verhandlungen zu bewegen.³⁵⁶ Auch aus Polen ist ja bis zur Stunde kein Verhandlungssignal zu sehen. So kann Ribbentrop sogar vermuten, daß England Polen in der Danzig-Frage freie Hand läßt. Ihm kommt der Verdacht, daß die englische Regierung entgegen aller anders lautenden Beteuerungen in Wirklichkeit kein Interesse mehr daran hat, die Polen zum Einlenken zu bewegen, und daß sie auf Zeit spielt bis Hitler aufgibt oder einen Krieg auslöst. Die Empfehlung Hendersons, den normalen diplomatischen Weg zu beschreiten, klingt nach allem anderen, nur nicht nach englischem Bemühen um eine schnelle Lösung. Von Ribbentrop muß fürchten, daß der „normale Weg“ viel Zeit kosten und wieder am Nein der Polen enden wird. Der deutsche Minister reagiert verärgert. Statt daß er den Versuch wagt, Henderson mit Hitlers 16-Punkte-Vorschlag zu überzeugen, verliert er den Hitler-Vorschlag so schnell, daß Henderson nicht alles verstehen und behalten kann. Zum Schluß sagt von Ribbentrop, die Offerte sei nun – da kein Pole in Berlin erschienen sei – überholt und weigert sich, sie schriftlich auszuhändigen. Die britische Vermittlung – soweit sie eine war – ist damit erst einmal gescheitert. Henderson verläßt das Auswärtige Amt und eilt, um nichts unversucht zu lassen, in die polnische Botschaft. Er informiert Lipski von dem, was er von Hitlers 16 Punkten aus dem Gespräch mit Ribbentrop behalten hat, daß Deutschland lediglich die Abtretung Danzigs und eine Volksabstimmung im Korridor vorsähen, und daß die Vorschläge insgesamt nicht unvernünftig seien.²⁾ Angesichts der äußerst kritischen Lage – so drängt Henderson in aller Schärfe – solle Lipski unverzüglich Außenminister von Ribbentrop anrufen und bitten, daß man ihm die neuen deutschen Vorschläge aushändigt. Lipski mauert und erklärt, daß er dies ohne Rücksprache mit Warschau nicht tun könne. Henderson beharrt auf seinem Rat und wird persönlich:

„Sie haben vier Monate lang den Mund nicht aufgetan. Das wird man Ihnen vorwerfen, wenn es zum Kriege kommt.“³⁾

Lipski verspricht nun wenigstens, mit seiner Regierung zu telefonieren. Zur Zeit des mißglückten Ribbentrop-Henderson-Gesprächs – ebenfalls kurz nach Mitternacht – kehrt Dahlerus aus London zurück und fährt direkt zu Göring, um ihm zu berichten. Dahlerus beurteilt seine Londoner Mission ganz optimistisch. Er vergißt nicht, Englands Wunsch nach direkten deutsch-polnischen Gesprächen zu erwähnen. Görings Neuigkeit für Dahlerus sind Hitlers 16 Punkte. Sein Kommentar, nachdem er sie verlesen hat:

„Hitler hat in seinem Wunsch, mit England zu einem Übereinkommen zu gelangen, ein Angebot an Polen ausgearbeitet, das ein großes Entgegenkommen von deutscher Seite bedeutet, das in seiner offensichtlich demokratischen, gerechten und praktisch durchfuhrbaren Art großes Aufsehen erregen muß und das sowohl von Polen als auch von England akzeptiert werden kann.“⁴⁾

Beide Männer, Göring und Dahlerus, sind sich bei dem Gespräch einig, in ihrem Ringen um den Frieden nahe am Erfolg zu sein. Dahlerus will nun wissen, was bei dem Treffen Ribbentrops mit Henderson herausgekommen ist und ruft von Görings Telefon aus in der Botschaft an. Ogilvie-Forbes⁵⁾ informiert ihn vom Desaster des Gesprächs.

Es ist jetzt 2:00 Uhr morgens. Der Marschall und der Schwede versuchen noch zu retten, was zu retten ist. Göring ermächtigt Dahlerus, Ogilvie-Forbes sofort den 16-Punkte-Vorschlag Hitlers telefonisch zu diktieren. Damit soll Hitlers Angebot an Polen doch noch zu Henderson gelangen. Unmittelbar danach informiert Göring Hitler von Ribbentrops verpatzter Notenübergabe. Hitler spricht dem Marschall für dessen schnelles Eingreifen seine Anerkennung aus.⁶⁾ Ogilvie-Forbes kann den Hitler-Vorschlag nicht sofort an Botschafter Henderson weiterleiten, weil der sich noch in der polnischen Botschaft aufhält. Er legt die im Telefondiktat niedergeschriebenen 16-Punkte auf Hendersons Schreibtisch und geht zu Bett. Um 9:00 Uhr findet der Botschafter das Schreiben und kennt nun den vollen Text des Hitler-Angebots. Zeitgleich schickt Göring Dahlerus mit einer



George Arthur Drostan Ogilvie-Forbes
(1891-1954)

Kopie des Textes zu Henderson, damit er sicher ist, daß der Botschafter den richtigen Text in Händen hat. Der nutzt das Erscheinen des schwedischen Vermittlers, ihn zu bitten, den Hitler-Vorschlag so schnell wie möglich in Ogilvie- Forbes' Begleitung zu Lipski in die polnische Botschaft zu überbringen. Um 11:00 Uhr treffen die beiden Emissäre bei Lipski ein. Die Szene, die nun folgt, hat etwas gespenstisch Unwirkliches.⁷⁾ Die Botschaft ist so gut wie leer geräumt.

Die Umzugskisten stehen in der Halle aufgereiht. Das Botschaftspersonal ist damit beschäftigt, die Abreise vorzubereiten. Dahlerus liest Lipski in dessen fast leerem Zimmer Hitlers Vorschlag vor, der ja an die polnische Regierung gerichtet ist. Lipski unterbricht nach kurzem Zuhören und erklärt, den Inhalt nicht zu verstehen, und das, obwohl er fließend Deutsch spricht. Der Schwede verläßt den Raum, um eine Abschrift der Hitler-Note zu fertigen und zu übergeben. Derweil eröffnet Lipski dem zurückgebliebenen Ogilvie-Forbes, daß er

„keinerlei Anlaß habe, sich für Noten oder Angebote von deutscher Seite zu interessieren. Er kenne die Lage in Deutschland. ...Er sei überzeugt, daß hier im Falle eines Krieges Unruhen ausbrechen werden und daß die polnischen Truppen gegen Berlin marschieren werden.“⁸⁾



Ernst von Weizsäcker (1882-1951)

Dahlerus kommt zurück und händigt Lipski den Hitler-Vorschlag aus. Inzwischen ist es kurz vor 12:00 Uhr mittags. Beide Emissäre kehren mit Eile in die britische Botschaft zurück und berichten Henderson. Dahlerus informiert gleich von der Botschaft aus auch das Außenministerium in London über seine merkwürdige Begegnung mit Botschafter Lipski. Er beschwert sich darüber, daß Polen offensichtlich ganz bewußt jede Verhandlungsmöglichkeit zerstört. Lipski habe ihm gesagt, die deutschen Vorschläge seien nicht einmal erwägenswert. Dahlerus ist erregt, weil er erkennt, daß seine Vermittlertätigkeit wahrscheinlich an der Unbeweglichkeit der Polen scheitert. Zum Ende des Berichts betont der Schwede, daß er selbst den deutschen 16-Punkte-Vorschlag für außerordentlich großzügig hält.

In London hält man den Dahlerus-Anruf offensichtlich für ausgesprochen wenig hilfreich. Es folgt postwendend eine Ermahnung von Halifax an Henderson „er möge in Zukunft bitte Personen, die nicht zur englischen Botschaft gehörten, daran hindern, seine Telefonleitung zu benutzen.“⁹⁾ Diese an sich lächerliche Ermahnung über eine Telefonbenutzung nährt den Verdacht, daß Außenminister Halifax zu diesem Zeitpunkt keine weiteren Vermittlungsbemühungen mehr wünscht.

Während der vergangenen Stunden ist im Foreign Office wieder ein Bericht des Botschafters in Warschau Kennard eingetroffen.¹⁰⁾ Kennard meldet, daß er tags zuvor mit dem polnischen Außenminister Beck gesprochen habe, und daß der ihm eine schriftliche Antwort auf den englischen Vermittlungsvorschlag bis heute mittag versprochen habe. Beck habe sich sehr erleichtert gezeigt, daß sich die britische Regierung in keiner Weise für die deutschen Forderungen eingesetzt habe. Kennard spricht hier aus, was von Ribbentrop befürchtet und was Göring im Vertrauen auf Englands „faire“ Vermittlung nicht vermutet. Die englische Regierung krümmt keinen Finger, um in Polen Verständnis für die deutschen selbst geschaffenen Streitpunkt Danzig aus der Welt zu schaffen.

Kurz bevor Dahlerus das Außenministerium in London von seiner merkwürdigen Begegnung mit Lipski unterrichtet – etwa 12:00 Uhr mittags – geht ein Telegramm von dort nach Warschau.¹¹⁾ Außenminister Halifax fordert Botschafter Kennard auf, zusammen mit seinem französischen Kollegen die polnische Regierung zu ersuchen, der deutschen Reichsregierung zu bestätigen, daß sie „das Prinzip direkter deutsch-polnischer Gespräche akzeptiere“. Das ist noch weit entfernt vom Rat, einen zu Gesprächen bevollmächtigten Gesandten nach Berlin zu schicken.

Offensichtlich nur Minuten nach dem Dahlerus-Anruf über das Verhalten Lipskis folgen zwei weitere Weisungen aus London. Henderson in Berlin erhält um etwa 13:00 Uhr per Telefon den Auftrag, die Reichsregierung davon zu informieren, daß die polnische Regierung nun ihren Botschafter ins Außenministerium schicken werde.¹²⁾ Und Kennard in Warschau wird um 13:45 Uhr telegraphisch angewiesen¹³⁾, er möge der polnischen Regierung unverzüglich den Rat geben, ihren Botschafter in Berlin zur Reichsregierung zu entsenden. Lipski solle sich dort bereit erklären, neue deutsche Vorschläge entgegen zu nehmen und nach Warschau zu übermitteln.

Warschau könne dann ebenfalls Vorschläge vorlegen. Auch dieses Telegramm enthält noch keinen Hinweis auf den von Hitler geforderten, zur Aufnahme von Gesprächen bevollmächtigten polnischen Gesandten. Es wirkt so, als versuchten Chamberlain und Halifax Hitler in diesem Punkt so lange hinzuhalten, bis er schwach wird oder von sich aus mit dem Krieg beginnt.

Henderson begibt sich mit seinem Auftrag sofort ins Außenministerium und informiert Staatssekretär von Weizsäcker von der Neuigkeit aus London. Die Botschaft geht sofort an Hitler weiter, der im Begriff ist, die „Weisung Nr. 1 für die Kriegführung“, das heißt den Befehl zum Angriff gegen Polen mit seiner Unterschrift in Kraft zu setzen. Hitler soll nach dieser Ankündigung aus London die Unterschrift noch einmal verschoben haben.¹⁴⁾

Die zweite Anweisung in gleicher Sache, die von Halifax an Kennard, kreuzt sich mit zwei Depeschen aus Warschau nach London und Berlin. In der ersten vom polnischen Außenminister Beck an den englischen Außenminister Halifax erklärt sich die polnische Regierung zu Gesprächen mit der deutschen Reichsregierung bereit.¹⁵⁾ Diese Nachricht läuft über Kennard und so braucht sie von etwa 12:00 Uhr mittags bis 18:30 Uhr abends, ehe sie in London vorliegt.

Die zweite Depesche geht um 12:40 Uhr direkt per Funk von Beck an Lipski in Berlin, wo sie von der deutschen Funkaufklärung mitgeschnitten und entschlüsselt wird. Zu der Depesche liegen heute zwei offiziell dokumentierte Niederschriften vor. In der polnischen wird Lipski angewiesen, Außenminister von Ribbentrop aufzusuchen und ihm mitzuteilen:

*„Diese Nacht wurde die polnische Regierung von der britischen von deren Erörterungen mit der deutschen Regierung über die Möglichkeit direkter Verhandlungen zwischen der deutschen und der polnischen Regierung unterrichtet. Die polnische Regierung wird den Vorschlag der britischen Regierung in günstigem Sinn erwägen und der britischen Regierung in einigen Stunden eine formelle Antwort zu dieser Frage geben.“*¹⁶⁾

In der Niederschrift des Mitschnitts der deutschen Funkaufklärung hat diese Weisung einen Anhang, der da lautet:

*„Lassen Sie sich unter keinen Umständen in sachliche Diskussionen ein. Wenn die Reichsregierung mündliche oder schriftliche Vorschläge macht, müssen Sie erklären, daß Sie keinerlei Vollmacht haben, solche Vorschläge entgegenzunehmen oder zu diskutieren, und daß Sie ausschließlich obige Mitteilung Ihrer Regierung zu übermitteln und erst weitere Instruktionen einzuholen haben.“*¹⁷⁾

Für die Echtheit dieser deutschen Dokumentation spricht, daß sich Lipski streng an diese Zusatzweisung hält, und daß sie Kennard in einem Bericht vom gleichen Tag bestätigt.¹⁸⁾

Mit der Vorlage dieser mitgehörten Weisung bei Hitler, Göring und von Ribbentrop platzt die fast letzte Chance für den Frieden. Es ist jetzt 13:00 Uhr, noch 16 Stunden bis zum festgesetzten Angriffsbeginn der Wehrmacht gegen Polen. Göring und Dahlerus beraten gerade den weiteren Gang der Dinge, als ein Bote die entschlüsselte Lipski-Weisung überbringt.¹⁹⁾ Der Marschall schäumt vor Wut. Er gibt Dahlerus ein Exemplar des dechiffrierten Textes. Nach etwa zwei Stunden weiteren Überlegens schlägt der Schwede dem Marschall vor, er möge nun selbst Verhandlungen mit den Briten aufnehmen. Beide Männer sind sich einig, daß Außenminister von Ribbentrop mit seiner Unbeherrschtheit und seiner Bereitschaft, es auf einen Krieg mit Polen ankommen zu lassen, nicht der rechte Mann ist. Beide wissen, daß mit den Polen nun keine so schnelle Verständigung mehr möglich ist, daß sie die Wehrmacht stoppen könnte. Göring fährt zu Hitler, um sich neue Gespräche mit der englischen Regierung genehmigen zu lassen. Der „Führer“ ist mehr als skeptisch, doch er akzeptiert die Idee des Marschalls. Er billigt sofortige Gespräche Görings mit Henderson und den Vorschlag, England für Polen mitverhandeln zu lassen. Hitler weiß, daß ihn das nun sichere Ausbleiben eines polnischen Verhandlungsführers sonst zwingen würde, Danzig und die deutsche Minderheit in Polen aufzugeben oder Polen in 14 Stunden anzugreifen. Der Umweg über London ist damit auch seine letzte Chance für eine Verständigung mit England. Hitler ist offensichtlich auch jetzt noch – am Nachmittag vor Kriegsausbruch – bereit, den Polenfeldzug abzublasen. Sonst hätte er Göring in dieser Stunde festgehalten. Die einzige Bedingung, die Hitler mit dem Göring-Henderson-Gespräch verbindet, ist, daß ein Vertreter eines neutralen Staates daran teilnimmt. Das wird dann der Schwede Dahlerus sein.

Dahlerus eilt derweilen in die englische Botschaft, um dort den Boden zu bereiten. Henderson empfängt ihn freundlich, aber äußert sofort den Verdacht, daß die Deutschen nur wünschten, zwischen England und Polen

einen Keil zu treiben. Dahlerus zeigt Henderson den entschlüsselten Text der Weisung Becks an Lipski und macht ihm damit deutlich, daß es in dieser hochbrisanten Lage nur noch die Möglichkeit, den Frieden zu erhalten gäbe, wenn Göring – mit Hitlers Billigung – und Henderson zu einer Verständigung über ein Programm für deutschenglische Verhandlungen kämen. Dahlerus schreibt zu der Begegnung:

„Ich bin überzeugt, daß Henderson, obwohl er mir aufmerksam zuhörte, innerlich die ganze Zeit der bestimmten Auffassung war, das Ganze sei ein Intrigenspiel, ein Versuch, Polen und England zu trennen, um Deutschland Gelegenheit zu geben, Polen ungestört anzugreifen.“²⁰⁾

Um 16:30 Uhr kommt die Konferenz mit Henderson, Göring, Dahlerus und Ogilvie- Forbes zustande. Göring empfängt Henderson besonders herzlich. Beide bemühen sich offensichtlich, eine günstige Atmosphäre für das anstehende Gespräch zu schaffen. Als man zum Thema kommt, schlägt der deutsche Marschall dem englischen Botschafter vor, Verhandlungen zwischen Deutschland und Großbritannien einzuleiten, bei denen letzteres auch für Polen mit verhandeln sollte. Henderson bleibt reserviert. Er glaubt nicht, daß der Vorschlag Görings zu einer Lösung führt und will ihm deshalb auch nicht folgen.²¹⁾ Göring setzt nach und legt dem Engländer das entschlüsselte Chiffretelegramm von Beck an Lipski als Beweis vor, daß Deutschland unter den gegebenen Bedingungen schlecht zu einer Regelung mit Polen kommen könne. Göring kann dabei nicht ahnen, daß die englische Regierung und Kennard vor Ort in Warschau die polnische Blockadehaltung immer noch bestärken. Henderson erklärt sich daraufhin bereit, seiner Regierung den neuen deutschen Vorschlag zu übermitteln. Auch Henderson versucht, ein Anliegen in der Besprechung anzubringen. Er bittet Marschall Göring, die für den gleichen Abend angekündigte Veröffentlichung der 16 Punkte Hitlers über Rundfunk zu verhindern. Henderson – so sein Argument – befürchtet, daß damit die letzte schwache Hoffnung auf ein Zustandekommen deutsch-polnischer Gespräche zerstört würde.²²⁾ Das Gespräch der vier Herren endet kurz vor 19:00 Uhr, ohne daß Göring etwas Definitives erreicht hätte.

Der Wunsch Botschafter Hendersons, die 16 Punkte Hitlers so lange wie möglich vor der Welt geheimzuhalten, liegt auf der gleichen Linie wie Duff Coopers Bitte an die Redaktionen von DAILY MAIL und DAILY TELEGRAPH, den 16- Punkte Vorschlag Hitlers möglichst negativ zu kommentieren. Der Wunsch zielt offensichtlich auf die Kriegsbereitschaft der Menschen in England, Frankreich und in den USA. Die Beschränkung der deutschen Forderungen auf das Berechtigte und der Vorschlag, die betroffenen Bewohner des Korridors selbst über ihre Zugehörigkeit zu Polen oder Deutschland abstimmen zu lassen, könnte vielen Franzosen, Briten und Amerikanern nicht mehr genügen, um deshalb für die Polen in den Krieg zu ziehen.

Inzwischen, gegen 16:00 Uhr, sucht Botschafter Lipski um ein Gespräch bei Außenminister von Ribbentrop nach. Der weiß ja seit ein paar Stunden, daß Lipski weder verhandeln noch die deutschen Vorschläge entgegennehmen darf. Um 18:30 Uhr stehen sich die beiden Männer gegenüber.²³⁾ Lipski verliest die polnische Erklärung, die von Ribbentrop bereits aus dem entschlüsselten Telegramm aus Warschau kennt. Der Minister fragt daraufhin, ob der Botschafter verhandeln dürfe. Der verneint. Das Gespräch berührt noch den deutsch-englischen Meinungs austausch der letzten Tage und Hitlers Erwartung, bis zum Abend des 30. August einen polnischen Verhandlungsbevollmächtigten in Berlin zu sehen. Dann fragt von Ribbentrop Botschafter Lipski ein zweites Mal, ob er verhandeln dürfe. Als der verneint, ist das Gespräch beendet. Weder von Ribbentrop noch Lipski machen den leisesten Versuch, dem Gegenüber einen Weg zu lassen. Beide wissen, daß das den Krieg bedeutet.

So sind um 19:00 Uhr die beiden letzten Versuche gescheitert und im Sand verlaufen, den Angriffsbeginn der Wehrmacht am 1. September zu verhindern. Gescheitert ist das Bemühen, mit Polen Gespräche über Hitlers 16-Punkte-Vorschlag zu beginnen, und im Sand verlaufen ist der Versuch, mit England statt mit Polen zu verhandeln.

Im Pariser Kabinett toben derweilen Richtungskämpfe. Präsident Daladier vertritt die Meinung, Frankreich müsse gegenüber Deutschland unnachgiebig bleiben.²⁴⁾ Hitler werde den Kriegsbeginn politisch im eigenen Land nicht überleben. Außenminister Bonnet rät, schnellstens mit Deutschland, Italien, England und Polen über alles zu verhandeln, was Krieg auslösen könnte.²⁵⁾ Und der französische Botschafter Coulondre in Berlin schreibt tageweise unterschiedlich, mal an den Präsidenten:

„Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Kraftprobe schlägt zu unseren Gunsten aus. Aus sicherer Quelle erfahre ich, daß Hitler sich seit fünf Tagen abwartend verhält, die Parteigrößen schwankend geworden sind und die Berichte von einer wachsenden Unzufriedenheit der Bevölkerung sprechen. ... Nach wie vor müssen wir festbleiben, festbleiben

und nochmals festbleiben. ... Wenn ich recht unterrichtet bin, so beansprucht Hitler Danzig und einen Korridor durch den Korridor. Wir müssen ihn durch unsere feste Haltung davon überzeugen, daß er mit den Methoden, die er bisher angewandt hat, gar nichts mehr bekommen wird. ...“²⁶⁾

Tags darauf am 31. August berät Coulondre Außenminister Bonnet ganz anders:

„... Die Deutsche Regierung ist nach sicheren Informationen sehr verärgert darüber, daß sie von Polen keine Antwort erhalten hat. Es steht zu befürchten, daß sie Befehl zum sofortigen Angriff erteilt, wenn sie bis zum Ende des Morgens keine Antwort in Händen hat. ...Es läge ganz im Interesse der polnischen Regierung, unverzüglich nach Berlin mitzuteilen, daß sie die Fühlungnahme gut heiße und Lipski mit sämtlichen notwendigen Instruktionen als Bevollmächtigten zum Verhandeln entsendet. ...“²⁷⁾

So stark der Richtungsstreit im Kabinett, so schwach ist Frankreichs Außenwirkung, als es gilt, die in Versailles eingefädelt Probleme im Konsens mit Polen und dem Deutschen Reich zu lösen.

Ein schon erwähnter Vermittlungsversuch der Franzosen und der Italiener von diesem Tag, dem letzten vor dem Krieg, ist da kaum noch des Beachtens wert. Gegen Mittag schlägt Mussolini – wohl auf früheres Drängen der Franzosen – eine Konferenz vor, die die Schäden von Versailles und alle Streitigkeiten zwischen Italien, England, Frankreich, Polen und Deutschland grundlegend heilen soll.²⁸⁾ Frankreichs Außenminister Bonnet ist der Auffassung, daß dieser Vorschlag erst zwischen Paris und London abgestimmt werden sollte, ehe Hitler eingeladen wird. So entsteht ein Abstimmungsprozeß bis in den späten Abend. Die englische Regierung hält den Vorschlag Mussolinis für eine Falle und rät, ihn nicht brüsk abzulehnen, sondern vorher eine Demobilisierung der Armeen aller Länder zu verlangen.²⁹⁾ Die französische Regierung ist um 22:00 Uhr soweit, der englischen ihren Entschluß mitzuteilen, daß sie Mussolinis Vorschlag für den Fall zustimmt, daß die deutsch-polnischen Verhandlungen gescheitert seien. London antwortet, daß es seine Entscheidung am nächsten Morgen nach Rom schicken werde. Dann aber rollt die Wehrmacht schon durch Polen. Beide, Briten wie Franzosen, lassen es nun laufen.

Um 19:00 Uhr erscheint der italienische Botschafter Dr. Attolico zur Audienz bei Hitler und trägt ihm das Vermittlungsangebot des „Duce“ an.³⁰⁾ Für Hitler läuft die Zeit. Er kann zu dieser späten Uhrzeit den Anmarsch der deutschen Truppen nicht mehr stoppen. Mit jedem weiteren Tag, den er jetzt hingehalten wird, steigt die Gefahr, daß der Feldzug gegen Polen nicht in Warschau, sondern in Schlamm und Regen stecken bleibt. Die Generalität hat ihn beraten, nicht nach dem 2. September mit einem Feldzug zu beginnen. Das wissen auch die Generale bei den Briten und Franzosen.³¹⁾ General Gamelin hat – wie schon erwähnt – damit gerechnet, daß ein deutscher Angriff im Herbst und Winter erfolglos stecken bleiben würde. So steht Hitler an diesem Abend nicht mehr vor der Wahl zwischen Verhandeln oder Krieg, sondern nur noch vor der zwischen dem Verzicht auf Danzig und den Schutz der deutschen Minderheit in Polen oder einem Krieg. Er sieht inzwischen, daß die Briten ihm nicht bei den Polen helfen werden, und daß die Polen unter dem Schutz der Briten nicht verhandeln wollen. Hitler lehnt das späte Angebot des „Duce“ dankend ab.

Eine allerletzte Möglichkeit, die Polen, Briten und Franzosen zu einem Überdenken ihrer Positionen zu bewegen, wird an diesem Tag ganz offensichtlich mit Bewußtsein unterlassen. Roosevelt, der seit sieben Tagen weiß, daß Hitler der Sowjetunion Ostpolen als ihr Interessengebiet zugestanden hat, hüllt sich auch jetzt in Schweigen. Es wird dem Präsidenten der USA nicht schmerzhaft sein, sich vorzustellen, daß die polnische Regierung mit diesem, seinem Wissen die Rückgliederung des Freistaates Danzig in das Deutsche Reich dem nun sicheren Verlust Ostpolens vorgezogen hätte. Es klingt schon recht makaber, aber am Morgen dieses letzten Tages vor dem Krieg versichert der amerikanische Botschafter in Paris Bullitt seinem polnischen Kollegen Graf Łukasiewicz, er wisse aus verlässlicher Quelle, daß ein möglicherweise existierendes geheimes Zusatzabkommen zum Hitler-Stalin-Pakt nur die drei baltischen Staaten betreffe, nicht aber Polen.³²⁾



*William Christian Bullitt Jr. (1891 – 1967)
1933-36 amerikan. Botschafter in Moskau*

Hitler muß sich am Abend vor dem Kriege eine große Niederlage eingestehen. Sein Traum vom Vertrag und der Partnerschaft mit England liegt in Scherben. Für ihn sind es die Polen, deren Unnachgiebigkeit den Weg zur

Erfüllung seines Traums versperrt. In seiner Verärgerung über diese persönliche Niederlage versteigt sich Hitler zu einem Satz, der seine Kriegslust zu belegen scheint. Als der italienische Botschafter gegangen ist, wendet sich Hitler dem im Raum verbliebenen Staatssekretär Meißner zu und sagt:

*„Im Grunde genommen bin ich heilfroh, daß die Polen mein Angebot nicht angenommen haben. Ich habe es gegen meine innere Überzeugung gemacht, aber wenn die Polen es angenommen hätten, wäre ich daran gebunden gewesen.“*³³⁾

Vielleicht deckt Hitler mit der Bemerkung auf, daß er im Grunde doch schon seit geraumer Zeit den Krieg mit Polen wollte. Vielleicht ist der Ausspruch auch die Schutzbehauptung eines Mannes, dem etwas mißlungen ist, und der dann behauptet, er hätte es gar nicht anders haben wollen. Oder vielleicht ist es der Ausbruch einer inzwischen angestauten Wut gegen die Haltung Polens, die ihm die Heimkehr Danzigs ohne Blutvergießen und eine Partnerschaft mit Großbritannien verdorben hat: also Krieg als Rache für eine außenpolitische Niederlage Hitlers.

Um 21:00 Uhr gibt der deutsche Rundfunk Hitlers 16-Punkte-Vorschlag bekannt. Zwischen 21:00 und 22:00 Uhr überreicht Staatssekretär von Weizsäcker die schriftlichen Ausfertigungen des Hitler-Vorschlags nacheinander an die Botschafter Englands, Frankreichs, Japans und an die Geschäftsträger der USA und der Sowjetunion.

Spät abends muß sich die englische Regierung noch einmal um die Presse kümmern. Der DAILY TELEGRAPH hat in seiner Abendausgabe über die Vermittlungstätigkeit der Londoner Regierung zwischen Warschau und Berlin berichtet. Dabei hat die Zeitung auch erwähnt, daß die polnische Regierung nach Eingang des Verhandlungsangebots aus Deutschland die Generalmobilmachung für die Streitkräfte angeordnet hat, statt das Angebot zu honorieren. Die Abendausgabe des DAILY TELEGRAPH wird beschlagnahmt. Ein Nachdruck, der als Spätausgabe kommt, läßt die Generalmobilmachung in Polen unerwähnt. Nichts in dieser schweren Krise soll Englands Lesern Zweifel kommen lassen.³⁴⁾

Quellen:

- 1) *Internationaler Militärgerichtshof Nürnberg, „Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Gerichtshof“, Verhandlungen, Band X, Seite 311*
- 2) *Sir Nevile Henderson, „Failure of a Mission Berlin 1937-39“, Seite 273*
- 3) *Documents on british Foreign Policy, Third Series, Volume VII, Document 575*
- 4) *Birger Dahlerus, „Der letzte Versuch“, Seite 105*
- 5) *Geschäftsträger in der britischen Botschaft während der Abwesenheit des Botschafters*
- 6) *Paul Rassiner, „Die Jahrhundertprovokation“, Seite 294*
- 7) *Der folgende Ablauf ist von Dahlerus beschrieben. Siehe Dahlerus, Seite 110, und IMT-Dokumente, Band IX, Seite 521*
- 8) *Birger Dahlerus, „Der letzte Versuch“, Seite 110, und IMT-Dokumente, Band IX, Seite 521*
- 9) *Documents on british Foreign Policy, Third Series, Volume VII, Document 589*
- 10) *British War Bluebook, Document 93*
- 11) *Ebenda, Document 94*
- 12) *Jacques Benoist-Méchin, „Geschichte der deutschen Militärmacht 1918-1946“, Band 7, Seite 509*
- 13) *British War Bluebook, Document 95*
- 14) *Jacques Benoist-Méchin, „Geschichte der deutschen Militärmacht 1918-1946“, Band 7, Seite 510. Der Historiker B.-M. gibt allerdings keinen Quellenhinweis zu diesem Sachverhalt.*
- 15) *British War Bluebook, Document 97*
- 16) *Polnisches Weißbuch, Dokument 110*
- 17) *Birger Dahlerus, „Der letzte Versuch“, Seite 112*
- 18) *British War Bluebook, Document 96*
- 19) *Die folgenden Ereignisse sind dem Bericht von Dahlerus, „Der letzte Versuch“ S. 111 f entnommen.*
- 20) *Birger Dahlerus, „Der letzte Versuch“, Seite 119*
- 21) *Sir Nevile Henderson, „Failure of a Mission Berlin 1937-39“, Seite 275*
- 22) *Ebenda, Seite 275*
- 23) *Das folgende Gespräch ist vom Chefdolmetscher Dr. Schmidt protokolliert. Siehe ADAP, Serie D, VII, Dokument 476*
- 24) *Jacques Benoist-Méchin, „Geschichte der deutschen Militärmacht 1918-1946“, Band 7, Seite 518*
- 25) *Ebenda, Seite 514*
- 26) *Ebenda, Seite 494*
- 27) *Bonnet, Seite 281*
- 28) *Ebenda, Seiten 285 f*
- 29) *Jacques Benoist-Méchin, „Geschichte der deutschen Militärmacht 1918-1946“, Band 7, Seite 513*
- 30) *Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik, Serie D, Band VII, Dokument 478*
- 31) *Auch der franz. Außenminister Bonnet und der brit. Botschafter Henderson schreiben in ihren Erinnerungen, daß sie damals wußten, daß Hitler den Polenfeldzug aus Witterungsgründen nicht mehr hinausschieben konnte.*
- 32) *Dirk Bavendamm, Roosevelts Weg zum Krieg, Seite 604, unter Bezug auf den poln. Historiker Jêdrzejewicz in seinem Buch Łukasiewicz, Seite 269*
- 33) *Jacques Benoist-Méchin, „Geschichte der deutschen Militärmacht 1918-1946“, Band 7, Seite 524, der dort Otto Meißner, Staatssekretär unter Ebert-Hindenburg-Hitler, Hamburg 1950, Seite 518 zitiert.*
- 34) *Sven Hedin, „Amerika im Kampf der Kontinente“, Seite 60*